

Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen



Mit Sonder-
schwerpunkt zum
8. Forum Bürger-
gesellschaft

**ANSTIFTER, STRIPPENZIEHER,
URGESTEINE**
Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen

Heft 4 – Dezember 2013 € 19,-

LUCIUS
LUCIUS



EDITORIAL

- 3 Anstifter, Strippenzieher, Urgesteine.
Schlüselfiguren in sozialen Bewegungen

AKTUELLE ANALYSE

- 6 *Ruth Simsa*
Protest ohne Organisationen?

THEMENSCHWERPUNKT**THEORIE & KONZEPTION:
POTENTIALE DES SCHLÜSSELFIGURENANSATZES**

- 14 *Alexander Leistner*
Die Selbststabilisierung sozialer Bewegungen: Das analytische und theoretische Potential des Schlüselfigurenansatzes
- 24 *Andreas Pettenkofer*
Die Zeugin und der Sündenbock. Zur informellen Ordnung sozialer Bewegungen
- 32 *Dieter Rucht*
Schlüselfiguren statt Führer: Zur (Selbst-)Steuerung sozialer Bewegungen
- 43 *Silke Roth*
Alltag und Aktivismus – Schlüselfiguren in Familie, Nachbarschaft und Arbeit

FORSCHUNGSFELDER:**SCHLÜSSELFIGUREN IN SOZIALEN BEWEGUNGEN**

- 52 *Fabian Virchow*
Führer und Schlüselfiguren in extrem rechten Bewegungen
- 58 *Christian Fröhlich*
Schlüselfiguren zeitgenössischer Anarchie-Bewegungen
- 64 *Thomas Schmidt-Lux*
Jenseits von Batman. Schlüselfiguren des Vigilantismus

AUS DER PRAXIS:**VON ANSTIFTERN UND STRIPPENZIEHERN**

- 72 *Aleksej Gaskarow*
Brief aus dem Gefängnis
- 74 *Hansjörg Weigel*
Der ungewisse Beginn. Das Königswalder Friedensseminar
- 78 *Wolfgang Hertle (Interview)*
Ein Grenzgänger auf der Suche nach Heimat
- 82 *Mona Bricke (Interview)*
Brückenbauen im Dienste des Klimaschutzes

SONDERSCHWERPUNKT**8. FORUM BÜRGERGESELLSCHAFT**

- 88 *Olaf Ebert/Nina Leseberg/Andreas Pautzke/Ana-Maria Stuth/Tobias Quednau*
Kümmerer – Motoren der Bürgergesellschaft
- 92 *Christoph Hoefl/Johanna Klatt/Anniko Klimmeck/Julia Kopp/Sören Messinger/Jonas Rugenstein*
Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter: Schlüselfiguren des Stadtteillebens
- 96 *Lea Miram/Tobias Federwisch*
Dorfkümmerer – innovative Lösungen für den ländlichen Raum
- 100 *Ralf Vandamme*
Hauptamtliche „Kümmerer“ in Infrastruktureinrichtungen und Kommunen?
- 103 *Karsten Speck/Oxana Ivanova-Chessex*
Kümmerer in Verbänden und Vereinen

PULSSCHLAG

- 108 *Sabine Stach*
Jan Palach als oppositioneller Märtyrer? Zur Handhabe eines „absoluten Opfers“
- 114 *Jutta Sundermann*
Etwas ins Rollen bringen: BewegungsarbeiterInnen
- 122 *Markus Rhombert/Andre Wilkens*
Stiftungen als Akteure im politischen Raum
- 127 *Katharina Grabietz*
Soziale Krise und Demokratie

TREIBGUT

- 131 Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 136 *Albrecht Lüter*
Rechtsextremismus in öffentlichen Diskursen (Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen)
- 138 *Stephanie Schmoliner*
Industriearbeiter denken anders (Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen)
- 141 *Sabrina Zajak*
Europäische Bewegungen – europäische Bewegungsforschung? (Fominaya, Cristina Flesher/Cox, Laurence: Understanding European Movements)

144 ABSTRACTS**153 IMPRESSUM**

Anstifter, Strippenzieher, Urgesteine

Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen

Ein Problem sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung ist, wenn sie allzu alltags- und umgangssprachlich verfährt. Einerseits kann sie dann wissenschaftliche Konzepte eingängig machen, weil jedeR eine vage Vorstellung davon hat, was etwa eine „Rolle“ ist. Andererseits laden solche Begriffe zu einer verwässernden Verwendung ein, weil eben jeder oder jedem etwas anderes zum Thema „Rolle“ einfällt. Trennschärfer verfährt eine wissenschaftliche Disziplin, wenn sie sich auch in ihrer Sprache diszipliniert und mit allerlei semantischen Kunstgriffen Präzision erzeugt. Der Eingeweihte weiß dann recht genau, was unter „Autopoiesis“ zu verstehen ist. Aber eben auch nur der Eingeweihte.

In dieser Hinsicht mag es verhänglich sein, gerade im Kontext sozialer Bewegungen von „Schlüsselfiguren“ zu sprechen. Es ist vielleicht kein allzu geläufiger Begriff, aber er wird im Zweifel mit der Vorstellung von bekannten oder einflussreichen Personen assoziiert sein. Aus Sicht des im Heft vorgestellten Ansatzes ist das ein Missverständnis. Mehr noch: Die Vorstellung, es gäbe und bräuchte in sozialen Bewegungen herausgehobene und prominente Figuren, stößt dort auf Unwillen und Unverständnis. Wo sonst ist die Sensibilität für die – auch in Bewegungen recht alltäglichen – Dominanzen Einzelner, für Machtgefälle und Hierarchien so ausgeprägt wie in zeitgenössischen (linkslibertären) Protestkontexten? Die Versuchung liegt also nahe, Schlüsselfiguren über deren Einfluss in die Bewegung und in die Öffentlichkeit zu identifizieren. Wenn Medien über soziale Bewegungen berichten, dann nicht selten in personalisierter Weise. Für die Anliegen der Anti-Atom-Bewegung wird dann etwa Jochen Stay befragt, der in der Berichterstattung dann wahlweise als „Protest-Ikone“, „Veteran“ oder „Anstifter“ beschrieben wird.

Aber auch in der Bewegungsforschung gibt es, zumindest im englischsprachigen Raum, eine Tradition, die diese Perspektive stark macht und die Relevanz von Leadership, also die Bedeutung von Führungsfiguren in Bewegungen untersucht.

Um das Konzept der Schlüsselfiguren zu schärfen, sind also Differenzierungen nötig. Gegen die intuitive Vermutung, Schlüsselfiguren seien wissenschaftlich deshalb so interessant, weil sie besonders *einflussreich* sind, wird im Heft betont, dass der Schlüsselfigurenansatz vor allem *aufschlussreich* sein möchte. Er erschließt ein anderes Verständnis davon, was soziale Bewegungen sind und wie sie entstehen. Schlüsselfiguren werden als eine Ordnung informeller, mit spezifischen Funktionen versehenen, Rollen in einer Bewegung verstanden, mit deren Hilfe sich erklären lässt, wie sich Bewegungen gerade in ihrer Entstehungsphase jenseits formaler Organisationsstrukturen stabilisieren können. Das ist nicht zuletzt eine sehr gegenwärtige Herausforderung, wie die aktuelle Analyse von *Ruth Simsa* zeigt. Sie diagnostiziert in ihrem Beitrag ein Auseinanderdriften der neuen, stark informellen Protestformen in den finanzkrisengeschüttelten Industrienationen oder der arabischen Welt auf der einen Seite und den institutionalisierten Strukturen der Zivilgesellschaft auf der anderen. Wie lassen sich aber Protestbewegungen analytisch fassen, die sowohl formale Strukturen als auch ein starkes Leadership ablehnen?

Der Themenschwerpunkt zu Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen will auf diese Frage aus drei Blickwinkeln Antworten geben. In einem ersten *theoretisch-konzeptionellen Teil* eröffnen *Alexander Leistner* und *Andreas Pettenkofer* die Diskussion um den Schlüsselfigurenansatz. Leistner skizziert in seinem einführenden Beitrag das analytische und theoretische Potential des Ansatzes zur Erklärung der Selbststabilisierung sozialer Bewegungen. Pettenkofer beschreibt das Konzept als einen alternativen Erklärungsansatz zu rationalistischen Konzepten der Bewegungsforschung. *Dieter Rucht* plädiert für ein Konzept multipler ex-

pionierter Schlüsselfunktionen und eine entsprechende Typologie von Schlüsselfiguren. *Silke Roth* verbindet die Beteiligung in sozialen Bewegungen mit der Beteiligung in anderen Lebensbereichen und versteht Schlüsselfiguren als Mittler zwischen Zivilgesellschaft, öffentlichem Bereich und Wirtschaft.

Im zweiten Teil des Themenschwerpunktes werden konkrete *Fallstudien zu Schlüsselfiguren* in einzelnen Bewegungen vorgestellt. *Fabian Virchow* bietet in seinem Beitrag einen erhellenden Einblick in die Bedeutung von Schlüsselfiguren der extremen Rechten in Deutschland. Die besondere Bedeutung einzelner Figuren im Unterschied zu anderen Bewegungen liefert ein vertieftes Verständnis dieser Bewegung, die ohne charismatische Führerfigur auskommt und sich durch starke lokale Verankerung auszeichnet. *Christian Fröhlich* nimmt mit zeitgenössischen Anarchiebewegungen in Russland den theoretisch interessanten Fall in den Blick, wie diese sich trotz Ablehnung institutionalisierter Strukturen etablieren konnten. *Thomas Schmidt-Lux* fragt, welche Schlüsselfiguren für die kurzlebigen und unorganisierten Phänomene vigilanter Gruppen konstitutiv sind und zeigt in einer Fallstudie, wie sich eine lokale Initiative über Jahre über die Figur ihres zivilisierenden Anführers stabilisieren konnte. Die Selbstverbrennung Jan Palachs als Reaktion auf die Niederschlagung des Prager Frühlings durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes analysiert die Historikerin *Sabine Stach* in ihrem Beitrag in der Rubrik „Pulsschlag“ in einer Fallstudie. Sie fragt nach dem zivilgesellschaftlichen Mobilisierungspotential von Märtyrerdiskursen und macht die ambivalenten, keineswegs zwingend funktionalen Wirkungen des Aktes der Selbstverbrennung auf die tschechoslowakische Opposition deutlich. Alle vier AutorInnen vertiefen und ergänzen in ihren Beiträgen mit empirischen Zugängen das Konzept der Schlüsselfunktionen und -figuren sozialer Bewegungen.

Der dritte Teil des Themenschwerpunktes versammelt schließlich *Erfahrungen aus der Praxis* aktueller und historischer Bewegungen.

Bekannte und weniger bekannte Schlüsselfiguren der Antifa-, Friedens-, Anti-AKW- und Klimabewegung kommen hier zu Wort. Der derzeit inhaftierte russische Antifaschist *Alexej Gaskarow* berichtet in seinem Brief aus dem Gefängnis darüber, wie er für die Öffentlichkeit und die Sicherheitsbehörden zum Gesicht der antifaschistischen Bewegung in Moskau wurde und mit welchen Konsequenzen diese Entwicklung verbunden war. *Hansjörg Weigel* – ein Urgestein der DDR-Friedensbewegung – schildert die mühsamen Anfänge und Anläufe, die mit langem Atem schließlich zur Gründung des ersten staatsunabhängigen Friedensseminars in der DDR führte. Beide verkörpern – zu unterschiedlichen Zeiten – eindrücklich den Mechanismus des Zeugnis-Ablegens, des aktiven Einstehens für die eigenen Überzeugungen auch unter den Bedingungen staatlicher Repression. Gerade Gaskarows Text erinnert die saturierten Zivilgesellschaften der westlichen Demokratien zudem daran, wie gefährlich und existenziell Engagement vielerorts ist. Die beiden Interviews, die das Forschungsjournal jeweils mit *Wolfgang Hertle* und *Mona Bricke* geführt hat, lesen sich wie ein fiktiver Bewegungsdialo g zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Generationen und ideologischer Flügel. Beide verbindet, dass sie als VernetzerIn und VermittlerIn agier(t)en und dass sie versuch(t)en, weitreichende gesellschaftliche Protestanliegen vor Ort zu verankern, Hertle in der Anti-AKW-Bewegung und Bricke in der heutigen Klimabewegung.

Der Themenschwerpunkt wird dramaturgisch durch den Pulsschlag-Beitrag von *Jutta Sundermann* abgerundet: Sie greift die Irritationen auf, die der Ansatz der Schlüsselfiguren auf den ersten Blick in sozialen Bewegungen auslöst. In ihrem Text stellt sie das von der Bewegungsstiftung initiierte Konzept der BewegungsarbeiterInnen vor: Die Stiftung unterstützt Personen, die in Schlüsselpositionen einer Bewegung aktiv sind, bei der Suche nach Paten, die sie in ihrem Tun finanzieren. Die Gespräche, die Sundermann mit den BewegungsarbeiterInnen Cecile Lecomte, Jochen

Stay und Hagen Kopp führte, kreisen auch darum, welche Spannungen solche Formen von Rollenausdifferenzierung in Bewegungen auflösen können.

Alexander Leistner (Leipzig), *Vera Faust* (Aachen)

Sonderschwerpunkt „Kümmerer – Motoren der Bürgergesellschaft“

Wie auch in den vergangenen Jahren dokumentiert das Forschungsjournal Soziale Bewegung das Forum Bürgergesellschaft der Stiftung Bürger für Bürger. Vom 26. bis 27. April 2013 trafen sich zum nunmehr achten Mal ausgewählte Expertinnen und Experten im Schloss Diedersdorf, um über aktuelle Entwicklungen im Bereich Bürgergesellschaft zu diskutieren. In diesem Jahr war das gemeinsame Thema „Kümmerer – Motoren der Bürgergesellschaft“. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Kümmerer, also jene Menschen, die andere Menschen zu Engagement motivieren und sie dabei begleiten, gefördert werden können.

Neben einem Überblicksartikel, der die in der Diskussion vorgebrachten Argumente zusammenfasst, bietet die Dokumentation ausgewählte Impulse, die den Auftakt der einzelnen Diskussionsrunden bildeten. Die Autorengruppe um *Johanna Klatt* zeigt, welche besonderen Charakteristika die in Stadtquartieren aktiven Viertelgestalter ausmachen, und welche Rahmenbedingungen sie benötigen, um erfolgreich zu agieren. Davon zu unterscheiden sind Kümmerer im ländlichen Raum. *Lea Miram* und *Tobias Federwisch* berichten über die Erfahrungen, die sie mit dem Projekt Dorfkümmerer gemacht haben. Das Projekt hat das Ziel, Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen für sozialunternehmerisches Handeln zu gewinnen und damit zur Verbesserung der regionalen Erwerbssituation und der Bewältigung des demographischen Wandels beizutragen. *Ralf Vandamme* nimmt in seinem Beitrag die hauptamtlichen Kümmerer, vor allem die Fachkräfte für bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Kommunalverwaltungen, in den Blick. Er zeigt, wie sich deren Rolle im Laufe der Jahre gewandelt hat und welche Herausforderungen dadurch bestehen. *Karsten Speck* und *Oxana Ivanova-Chessex* beleuchten die Rolle von Kümmerern in Verbänden und Vereinen.

Tobias Quednau (Berlin)

Protest ohne Organisationen?

Ruth Simsa

1 | Einleitung

Gegenwärtig gibt es eine massive Zunahme von zivilgesellschaftlichem Protest, von Aktivismus und freiwilliger Selbstorganisation. In den Krisenländern der EU sind regelmäßig Millionen Menschen auf den Straßen. Occupy und der Arabische Frühling wie auch jüngere Proteste in der Türkei brachten den Begriff der Zivilgesellschaft in TV und Tagespresse und zeigten Protestaktivitäten von bislang untypischen AkteurInnen. Das letzte Jahrzehnt kann insgesamt als Phase weltweiter und umfassender Mobilisierung gekennzeichnet werden (Kaldor/Selchow 2013). Insgesamt werden damit auf einer neu entstehenden Bühne soziale Spannungen verhandelt und prozessiert – mit noch ungewissen Auswirkungen auf die politische Kultur, soziale Konsensfindung und ökonomischen Strukturen.

Auffallend, und noch wenig diskutiert in ihren Auswirkungen, ist dabei die Kultur der „un-institutionalized politics of protest in the streets“, also die geringe Kopplung zu zivilgesellschaftlichen und politischen Institutionen (Fishman 2012). Untersuchungen der internationalen Zivilgesellschaftsforschung deuten auf einen Trend der zunehmenden Abkopplung von Protest und zivilgesellschaftlichem Engagement von den traditionellen Institutionen der Zivilgesellschaft, also NGOs bzw. – weiter gefasst – NPOs hin.

Das Zusammenspiel von nicht-institutionalisierter Partizipation (vgl. Kaase/Marsh 1979) und Institutionen der Zivilgesellschaft scheint sich jedenfalls neu zu gestalten, die Beziehungen der Zivilgesellschaft zu staatlichen wie internationalen Institutionen bzw. NGOs verändern sich (Brunnengräber 2012).

Im Folgenden will ich mit Fokus auf Europa die Veränderung der Beziehungen zwischen

NPOs und den neuen Protestbewegungen von beiden Seiten her charakterisieren. Ich beziehe mich dabei auf Befunde der internationalen Zivilgesellschaftsforschung sowie der NPO-Forschung und verbinde damit zwei Zugänge, die zwar oft beide unter der Überschrift „Zivilgesellschaft“ behandelt werden, sich dennoch aber auf Unterschiedliches beziehen.

2 | NPOs, NGOs und die Zivilgesellschaft – eine notwendige Begriffsklärung

Zivilgesellschaft meint eine Sphäre zwischen Staat, Wirtschaft und Privatem, in der Menschen ihre Anliegen selbst vertreten und zu gestalten versuchen (Edwards 2009), meist verbunden mit Ideen von Partizipation, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit (Pollack 2004; Zimmer/Priller 2007). Häufig wird die Zivilgesellschaft in Zusammenhang mit NPOs bzw. NGOs gebracht, also mit privaten, nicht-gewinnorientierten, formalen Organisationen mit einem Mindestmaß an Freiwilligkeit (vgl. Salamon/Anheier 1992). Kontrovers ist, wie weit Anforderungen an Pluralität, Toleranz und Diskursivität konstitutives Element sind. Auch nationalistische und fundamentalistische oder sogar rechtsradikale AkteurInnen agieren in dieser – dann als „bad civil society“ bezeichneten (Chambers/Kopstein 2001) – Sphäre und häufig ist das Ergebnis zivilgesellschaftlichen Agierens eine betont homogene, nach außen abgeschirmte Gemeinschaft (Heins 2002; Teune 2008).

Die Trennlinie zwischen Zivilgesellschaft und NPO-Sektor ist oft diffus. Auch die Soziologie hat eine unscharfe Begrifflichkeit (Klein/Rohde 2003), „Zivilgesellschaft“ und „Dritter Sektor“ oder „NPO-Sektor“ werden oft synonym verwendet (Simsa 2013) und Forschung

unter dem Titel Zivilgesellschaft wird oft auf die Erfassung von NPOs eingeschränkt (exemplarisch Frantz/Zimmer 2002; Jirku 2011; Narberhaus 2012). Auch wenn v. a. freiwillige Vereine oft zu Recht als organisatorischer Kern oder Infrastruktur der Zivilgesellschaft charakterisiert werden (Adloff 2005; Birkhölzer 2005), und es historisch eine starke Überschneidung des NPO-Sektors mit Netzwerken sozialer Bewegungen gibt (Roth 1994; Rucht 2011), wird diese Vorgangsweise den gegenwärtigen Entwicklungen nicht gerecht.

Anheier charakterisiert es daher als aktuelle Herausforderung, „den Blick nicht auf formal verfasste Organisationen und Akteure zu verengen. Denn wir erleben vermehrt, dass sich jene neue Generation von Demonstranten, Aktivistinnen und Bloggern, die in die Öffentlichkeit drängen und teilhaben wollen am politischen Diskurs und an Entscheidungsprozessen, dem Zugriff von etablierten Bewegungen und Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, aber auch NPOs, entziehen.“ (Anheier 2013: 86)

Wenn dagegen neuere Erhebungen NPOs im Begriff der *subterranean politics* qua Definition aus der Analyse ausschließen (Kaldor/Selchow 2013), dann bringt das wertvolle empirische Erkenntnisse über *subterranean politics*, lässt neben der Frage des Zusammenspiels verschiedenster Akteure aber v.a. auch jene nach erfolgreichen Strukturen von politischer Governance offen und birgt die Gefahr, neue Formen des Protests in romantisierender Form vorschnell als positive Erneuerung der Demokratie zu missinterpretieren, anstatt als bloßes Ventil für die Frustration über etablierte Politik (Trägårdh 2013).

Hier soll Zivilgesellschaft definiert werden als die Summe von Akteuren und Handlungen, die ein Mindestmaß an Autonomie von Markt und Staat aufweisen; die auf die Gestaltung politischer Prozesse und/oder sozialer Lebensbedingungen gerichtet sind und im Rahmen kollektiven Handelns stattfinden. In anderen Worten: „Civil society is an open arena of participation, located beyond the fuzzy

boundaries of state and market, in which different types of individuals, groups, and organizations cooperate or compete for visibility and relevance, in the pursuit of collective (though not necessarily shared) political and social goals and animated by a variety of values and interests“ (Fioramonti/Thümmler 2013). Soziale Bewegungen, die an Themen kondensieren und sozialen Wandel durch Protest herbeiführen wollen, können als Sonderform zivilgesellschaftlichen Engagements charakterisiert werden, die sich durch einen besonders hohen Grad an Vernetzung, Aktivitäts- und Interaktionsdichte auszeichnen.

Ich verwende den Begriff NPO statt NGO, da dieser Begriff weiter gefasst ist – die hier verwendete Definition schließt den Begriff der international politisch agierenden NGO mit ein – und da zweitens die meisten NPOs mehrere gesellschaftliche Funktionen parallel erfüllen, die nach Service-, Advocacy- und Communitybuilding-Funktion unterschieden werden können (Neumayr/Schneider 2008). All jene NPOs, die auch politisch orientiert sind und Advocacy betreiben, also die Konfrontation der Gesellschaft mit sonst ausgeblendeten Themen und den Versuch der Mitgestaltung von gesellschaftlichen Bedingungen, können m.E. zur Zivilgesellschaft gezählt werden.

3 | Internationale Entwicklungen der Zivilgesellschaft

Empirische Befunde deuten darauf hin, dass die globale Zivilgesellschaft in einen umfassenden Restrukturierungsprozess eingetreten ist (Albrow u.a. 2011; Kaldor/Moore/Selchow 2012). Die 1990er Jahre können als Phase der Konsolidierung bezeichnet werden, gekennzeichnet durch den Aufbau einer stabilen zivilgesellschaftlichen Infrastruktur, v.a. in Form von (internationalen) NPOs, deren Management-Orientierung und Formalisierung. Die 2000er Jahre waren durch starke politische und soziale Polarisierung geprägt. Soziale Bewegungen (v.a. die Weltsozialforen) mobilisierten gegen Krieg, Terror und die Macht globaler Märkte. Es kam zu einer

Betonung der Formen freiwilliger Selbstorganisation und des Aktivismus, von politisierendem Mobilisieren und Experimentieren, zur Entwicklung neuer Aktions- und Praxisformen (Roth 2012). Gegenwärtig ist die Zivilgesellschaft gekennzeichnet durch massive Mobilisierungen mit z.T. hoher medialer Resonanz im jeweiligen In- und Ausland sowie durch neue Formen des Aktivismus.

So weiteten sich z.B. Proteste gegen geplante Ausgabenkürzung in Spanien im Jahr 2011 sehr schnell auch auf andere spanische Städte aus, Demonstrationen insgesamt mehrerer Millionen Menschen standen an der Tagesordnung (Kaldor/Selchow 2013). Neue Formen des Aktivismus hier sind etwa die Weigerung von Berufsgruppen (Schlosser, Feuerwehr), bei Delogierungen von Personen, die Kreditraten für Wohnungen nicht zahlen können, tätig zu werden, flash-mobs von Pensionistinnen, Hausbesetzungen durch bislang untypische Besetzer wie ganze Familien oder alte Menschen.

Gegenwärtig neue soziale Bewegungen, wie die auf Demokratisierung gerichteten in der arabischen Welt oder die an zunehmenden sozialen Ungleichheiten ansetzenden wie Occupy oder Movimiento 15M der Indignados (die Empörten) in Spanien, weisen Merkmale der Anfangsstadien sozialer Bewegungen auf: „(...) der Einbezug einer neuen Generation, das Experimentieren mit alternativen Organisationsformen, die Artikulation neuer und manchmal noch vager politischer Ideen und vor allem: Begeisterung an der gemeinsamen Sache.“ (Anheier 2013) Ein langfristiger internationaler Trend besteht darin, dass die Partizipation an politischen Demonstrationen zunehmend schichten- und generationenübergreifend wird (Van Aelst/Walgrave 2001), Frauen, Akademiker und Berufstätige, sogar ganze Familien beteiligen sich zunehmend (Anheier 2013; Rothschild-Whitt 1979). Großes Mobilisierungspotenzial gibt es zudem in der wachsenden Gruppe der unter Dreißigjährigen, die vom Arbeitsmarkt, von sozialer Teilhabe und von politischen Entscheidungen exkludiert sind.

Ein internationales Phänomen ist auch die Re-Emotionalisierung der Politik (Enrique Gil Clavo 2012)¹ bzw. die Remoralisierung des Protests (Roth 2012).

Es gibt erste Ansätze, diese Phänomene im Rahmen eines Mapping der internationalen Zivilgesellschaft konzeptuell besser zu erfassen und transnational vergleichend zu untersuchen (Albrow/Seckinelgin 2011; Kaldor/Selchow 2013).

Ergebnisse deuten darauf hin, dass Akteure der Protestbewegungen die Krise nicht nur als ökonomische, sondern als grundlegend politische verstehen und neue Formen von Demokratie anstreben. Systemische Zusammenhänge werden allerdings nur bedingt thematisiert: so sind z. B. Europa und die EU keine zentralen Themen der europäischen AktivistInnen, Finanzmärkte und deren Dynamiken werden wenig adressiert (Anheier 2012, Orr 2002). Die Aufmerksamkeit vieler Aktivitäten richtet sich eher auf lokale Phänomene und Themen. Dies ist bemerkenswert, da die Hintergründe der Probleme vielfach globaler Natur sind. Der massive Druck der Finanzmärkte auf nationale Regierungen zur Durchsetzung von Austeritätspolitik und Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnkürzungen, Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und Reduktion öffentlicher (Sozial) Ausgaben (Roubini/Mihm 2011) war ein wesentlicher Auslöser jener sozialen und politischen Krisen, an denen soziale Bewegungen in Europa und den USA kondensierten (Fioramonti/Thümler 2013).

Besonders auffallend ist der hohe Grad an Partizipation und Resonanz (Kaldor/Selchow 2013): Eine spannende Dichotomie liegt in der Parallelität von virtueller und physischer Präsenz. Zum einen hat das Internet hohe Bedeutung für networking, Mobilisierung und Prozesse der kollektiven Co-Produktion von Inhalten (Gauntlett 2011), zum anderen ist mit Besetzungen und Demonstrationen, sit-ins etc. durch in Summe mehrere Millionen Menschen auch eine Rückeroberung des öffentlichen Raums beobachtbar, der Prozess der „Tyrannei der Intimität“ (Sennett 2001) mithin hinterfragt.

4 | Die wachsende Distanz von Aktivist:innen zu Organisationen

Ein weiterer Trend betrifft Organisationsformen im Rahmen der Zivilgesellschaft, die durch Veränderungen der NPO-Infrastruktur selbst (v. a. Zunahme von Hybridformen, informelle Quasi-Organisationen) wie auch der Zunahme von neuen Organisationsformen außerhalb der NPO-Welt gekennzeichnet ist. Im Zuge dessen bildet sich eine zivilgesellschaftliche Infrastruktur jenseits formeller NPOs aus (Anheier 2013). Neue Formen des Protests gehen häufig in Distanz zu etablierten Formen politischer Repräsentation (vgl. Hardt/Negri 2011), etwa mit der Weigerung, Sprecher zu nominieren, Organisationen zu bilden oder mit Programmen an bestehende politische Angebote anzuknüpfen (Roth 2012). Starkes Leadership wird ebenso abgelehnt wie formale Strukturen. Visionen „fluid“ und „horizontal“ Demokratie sind nicht neu, werden aber durch die kommunikativen Möglichkeiten sozialer Netze beflügelt.

Clark sieht in Diversität und der Abhängigkeit von Informationstechnologie neben der Stärke auch eine Schwäche der Zivilgesellschaft, die solcherart nur eine Ansammlung lose verbundener Anlässe sei „...in effect, a ‚Protest Mall‘, not a campaign...“ (Clark 2011: 245). Die Proteste sind demnach sehr gut darin, systemische Probleme zu identifizieren, ihr Operationsmodus, der weithin web-basiert ist, mit gelegentlichen Treffen in großen und unstrukturierten Gruppen, welche jegliche Führung ablehnen, verhindert aber starke und zugkräftige Botschaften (ebd., vgl. auch Keck/Von Bülow 2011)

Durchgängig wird eine wachsende Kluft zwischen traditionellen Institutionen der Zivilgesellschaft (NPOs, Gewerkschaften) und den Aktivist:innen der neueren Bewegungen konstatiert (Pianta 2013), z. T. sogar von einer „weitgehend organisationslosen Mobilisierung“ gesprochen (Roth 2012: 26). Deren Lösungskapazität allerdings ist fraglich, Anheier z. B. argumentiert in Zusammenhang mit der

Kontrolle von Finanzmärkten: „Wir brauchen eine gezielte Entwicklung von zivilgesellschaftlicher Infrastruktur aus Mitgliedsorganisationen, Interessenverbänden, Denkfabriken und Stiftungen auf nationaler und globaler Ebene“ (Anheier 2012: 436). Streeck sieht nur dann Veränderungsmacht auf Seiten der Zivilgesellschaft, wenn diese die politische Natur gegenwärtiger Konflikte und damit auch Macht- und institutionelle Strukturen stärker in den Blick nimmt (Streeck 2013).

Die hohe Distanz zu und auch Desinteresse an politischen Eliten wie auch etablierten NPOs (Flesher Fominaya 2007) hängt insbesondere in süd- und osteuropäischen Ländern mit dem geringen Vertrauen in jene Institutionen zusammen, die die Basis der Demokratie bilden. Neben generell niedrigem Vertrauen (social trust) und ineffizienten, z. T. korrupten Regierungen ist v. a. zentral, „that the routinized, institutional connections between citizens and their associations and the state are absent, ad hoc, or weak, at least by comparison to the Nordic countries.“ (Trägårdh 2013)

Auch zu den internationalen NPOs, die noch in den 1990er Jahren als Sprachrohr sozialer Bewegungen an Bedeutung gewannen, wächst die kritische Distanz, ihre Leistungsfähigkeit und Legitimation wird zunehmend kritischer betrachtet bzw. in Frage gestellt (Brunnengräber 2012: 44).

5 | Und die andere Seite: Organisationen im Stress

Der institutionalisierte Teil der Zivilgesellschaft hingegen ist weitgehend im Stress. Sowohl öffentliche als auch private Finanzierung sind international rückläufig, während soziale Spannungen und Aufgaben für NPOs gestiegen sind (Fioramonti/Thümler 2013: 120; Monzon/Chaves 2012). Eine Verbesserung der Situation ist nicht absehbar, auch in Zukunft ist krisenbedingt mit erheblichen Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme zu rechnen (Obinger 2012). Die in allen europäischen Ländern

beobachtbare Entwicklung zu Prekarisierung, einer zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich und wachsender Exklusion ist vermutlich noch nicht beendet und die Frage nach gesellschaftlicher Integration und sozialer Gerechtigkeit stellt sich damit in verschärfter Form (Penz 2010).

Der überwiegende Anteil an NPOs erbringt neben Advocacy auch Serviceleistungen, z. B. Sozialorganisationen, die neben ihrer politischen Arbeit für die Lebensbedingungen von Immigranten oder gegen Armut auch Pflegeheime oder Essen auf Rädern bereitstellt oder Drogenhilfsorganisationen, die neben Bewusstseinsbildung und Lobbying auch von öffentlichen Geldern finanzierte Therapien und Beratungen anbieten. Diese Organisationen leiden besonders am Rückgang öffentlicher Finanzierung in Relation zu geforderten Leistungen. In einer Erhebung im österreichischen NPO-Sektor (Simsa/Hollerweger 2012) gaben 96 Prozent der Befragten an, dass der Bedarf nach Aktivitäten oder Leistungen ihrer Organisation in den letzten vier Jahren deutlich gestiegen ist, bei 35 Prozent der Organisationen betrug der Anstieg des Bedarfs mehr als 20 Prozent. Ein Großteil (80 Prozent) der befragten Organisationen haben bei meist gleichbleibender oder rückläufiger Finanzierung ihr quantitatives Angebot gesteigert, ebenso viele bieten zudem eine höhere Vielfalt an Leistungen an.

Unterschiedlich ausgeprägt gilt dies für NPOs europaweit: Einem höheren Bedarf an Leistungen stehen gleichbleibende bzw. rückläufige Finanzierungen durch die öffentliche Hand gegenüber (Meyer/Simsa 2013). Die zu hohen Anteilen an Leistungserbringung orientierten und von öffentlichen Geldern abhängigen Organisationen haben auf diese bereits länger andauernde Entwicklung bereits größtenteils reagiert: mit Professionalisierung, Effizienzsteigerung, Wirkungsnachweisen und z. T. auch Einschränkungen von Advocacy-Tätigkeiten. Während finanzielle Kürzungen bis vor einigen Jahren noch teilweise durch die Nutzung von Produktivitätsreserven aufgefangen werden konnten, treffen sie gegenwärtig

zunehmend auf Organisationen, die über keinerlei Reserven (organisationalen „slack“) mehr verfügen. Im letzten Jahrzehnt war v.a. im Sozialbereich in den meisten NPOs auch eine deutliche Steigerung der Professionalisierung zu beobachten, hier gibt es wenig zusätzliches Potenzial und in Folge ist auch weiterer Prekarisierungsdruck (Dimmel 2012; Jirku 2011) zu befürchten.

Die genannten Strategien der Professionalisierung und Effizienzsteigerung können zwar auf Organisationsebene z. T. durchaus überlebenssichernd sein, tragen aber dazu bei, die Anschlussfähigkeit an nichtformalisierten Aktivismus zu verringern. Der Trend zur Wirkungsmessung tut ein Übriges: Advocacy wird hier aufgrund der vergleichsweise schwierigen Bewertbarkeit tendenziell vernachlässigt, sodass NPOs in Wirkungskennzahlen quasi dafür „bestraft“ werden (Simsa et al. 2012).

Vor diesem Hintergrund erleben NPOs Aktivitäten der Advocacy als heikel: Zum einen bleiben immer weniger Ressourcen dafür, das alte Spannungsfeld „Voice versus Service“ stellt sich damit noch drastischer. Zum anderen müssen auch etablierte NPOs, die mehrere gesellschaftliche Funktionen erfüllen, genau abwägen, ob sie mit aktivem Advocacy zu kontrovers beurteilten Themen wie Flüchtlingen oder der Homosexuellenhe den Entzug finanzieller Ressourcen (Spenden, Mitgliedsbeiträge) riskieren. Insgesamt ist es nicht verwunderlich, dass es einen globalen Trend der Verschiebung der Funktionen von NPOs gibt, welcher in Summe zu einem Bedeutungsgewinn von Service auf Kosten von Advocacy führt (Clark 2011).

Jene (zahlenmäßig deutlich wenigeren) Organisationen, die ausschließlich Advocacy leisten, also klassische Bewegungsorganisationen, haben andere Probleme: Im Zuge ihrer Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen mussten sie ihre Anschlussfähigkeit an etablierte Institutionen gewährleisten, folglich in ihren Forderungen moderater werden und gerieten damit sowohl mit ihrem Habitus als auch mit ihren Inhalten zumindest teilweise in Distanz zum radikalen Widerstand der Protestbe-

wegungen. Die heikle Balance zwischen radikalen Ansprüchen und gesellschaftlicher Mitwirkung verdeutlicht eine Untersuchung der spanischen Poverty Zero-Kampagne. Sie zeigt, wie nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen Netzwerke sozialer Bewegungen schaffen, welche ihrerseits zu professionalisierten und bürokratischen Strukturen tendieren, mit dämpfenden Folgen für Advocacy und die Bereitschaft, das globale System zu hinterfragen (Roca 2007).

6 | Soziale Nachhaltigkeit

Die Situation ist prekär. Für NPOs stellt sich die Frage, wie weit sie gegenwärtig ihre Funktion als Spezialisten für Vermittlung und Kritik (Simsa 2001) verlieren: Wenn der Sektor im Einklang mit neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik noch stärker zur kostengünstigen Dienstleistungserbringung funktionalisiert wird, verliert er seine politische Bedeutung, die wesentlich für Legitimität und Mobilisierungspotenzial ist. Für Protestbewegungen stellt sich die Frage der sozialen Nachhaltigkeit: Wenn es nicht gelingt, Anschlussfähigkeit an etablierte institutionelle Strukturen herzustellen, also die Energie unzähliger Menschen und Aktionen in die Sprache der entscheidungsrelevanten Systeme zu übersetzen, dann werden Sozialkapital geschaffen, einzelne schadensbegrenzende Maßnahmen erwirkt und die Empörung über wachsende Ungleichheit und Exklusion emotional und sozial kanalisiert – in Verursachungszusammenhänge wird aber u.U. nur bedingt eingegriffen.

Mit den Protesten und den Organisationen der Zivilgesellschaft driften also zwei Welten auseinander, die füreinander historisch immer große Bedeutung hatten. Was dies in weiterer Folge bedeutet, ist offen. Möglicherweise entstehen neue Organisationen mit der Konsolidierung der Bewegungen, gegenwärtig ist dies nur vereinzelt der Fall. Für NPOs könnte es wichtig werden, ihre traditionelle „Mehrsprachigkeit“, also die Anschlussfähigkeit an unterschiedliche Systeme, für die Weiterentwicklung und Kanalisierung von Kritik und damit

auch für eine Stärkung ihrer gesellschaftspolitischen Funktionen zu nutzen. Angesichts der wachsenden Exklusionsphänomene und ökologischer wie ökonomischer Krisen wäre dies nicht nur sinnvoll, sondern es gäbe auch Anknüpfungspunkte: Inhaltlich, nämlich in Bezug auf ihren Unmut über Exklusion und ungethemte Ökonomisierung zum Vorteil weniger, haben beide Welten mehr gemein, als die Unterschiedlichkeit in den Operationslogiken vermuten lässt.

Für die Bewegungs- wie auch die NPO-Forschung ist die weitere konzeptuelle Fassung und empirische Untersuchung des Zusammenspiels von nicht-institutionalisierter Partizipation mit institutionalisierten Formen der Zivilgesellschaft jedenfalls eine Aufgabe, von der noch interessante Ergebnisse zu erwarten sind.

Ruth Simsa arbeitet an der Wirtschaftsuniversität Wien am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung. Kontakt: www.ruthsimsa.at

Anmerkung

¹ Im Interview: http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/743252/Arbeitslosigkeit-in-Spanien_Jugend-am-Ende.

Literatur

Adloff, F. 2005: Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Theoretische und empirische Perspektiven (1. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag.

Albrow, M./Seckinelgin, H. 2011: Global Civil Society 2011: Globality and the Absence of Justice. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan.

Anbeier, H. K. 2013: Entwicklungen der internationalen Zivilgesellschaft. In R. Simsa/M. Meyer/C. Badelt (Hg.): Handbuch der Non-profit-Organisation. Strukturen und Management (5., überarb. Aufl.). Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 77-89

Anbeier, H. K. 2012: Zivilgesellschaft und Krisen: Dahrendorf'sche Relektionen. *Leviathan*, 40(3), 421-440.

- Birkhölzer, K./ Klein, Ansgar/Priller, Eckhardt/Zimmer, Annette* (Hg.) 2005: Dritter Sektor – Drittes System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven (1. Aufl.). Wiesbaden: VS, Verlag.
- Brunnengräber, A.* 2012: Ein neuer Bewegungszyklus. Von der NGOisierung zur Occupy-Bewegung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 25(1), 42-50.
- Chambers, S./Kopstein, J.* 2001: Bad Civil Society. *Political Theory*, 29(6), 837-865.
- Clark, J.* 2011: Civil Society in the Age of Crisis. *Journal of Civil Society*, 7(3), 241-263.
- Dimmel, N.* 2012: Sozialwirtschaft unter Prekarisierungsdruck. *WISO*, 1(1), 27-47.
- Edwards, M.* 2009: *Civil society* (2. Aufl.). Cambridge [u.a.]: Polity Press.
- Fioramonti, L./Thümmler, E.* 2013: Citizens vs. Markets. How Civil Society is Rethinking the Economy in a Time of Crisis. In: *The Journal of Civil Society*, 9(2).
- Fishman, R. M.* 2012: On the Significance of Public Protest in Spanish Democracy. *Democràcia, política i societat. Homenatge a Rosa Virós*. Universitat Pompeu Fabra.
- Flesher Fominaya, C.* 2007: Autonomous Movements and the Institutional Left: Two Approaches in Tension in Madrid's Anti-globalization Movement. In: *South European Society & Politics*, 12(3), 335-358.
- Frantz, C./Zimmer, A.* 2002: *Zivilgesellschaft international: alte und neue NGOs. Bürgerchaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gauntlett, D.* 2011: *Making is Connecting: The Social Meaning of Creativity, From DIY and Knitting to YouTube and Web 2.0*. London: Polity Press.
- Hardt, M./Negri, A.* 2011: The fight for ‚real democracy‘ at the heart of Occupy Wall Street. *Foreign Affairs*. Online: www.foreignaffairs.com/articles/136399/michael-hardt-and-antonio-negri/the-fight-for-real-democracy-at-the-heart-of-occupy-wall-street [10.07.2013].
- Heins, V.* 2002: Das andere der Zivilgesellschaft. Zur Archäologie eines Begriffs. Bielefeld: Transcript.
- Jirku, B.* 2011: Ist sozial, was Arbeit schafft? Zivilgesellschaft und Soziale Arbeit. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 24(3), 71-76.
- Kaase, M./Marsh, A.* 1979: Political Action – A Theoretical Perspective. In: S. H. Barnes/M. Kaase (Hg.): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills: Sage Publications, 27-56.
- Kaldor, M./Moore, H. L./Selchow, S.* 2012: *Global civil society 2012: Ten years of critical reflection* (1. Aufl.), Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Kaldor, M./Selchow, S.* 2013: The ‚Bubbling Up‘ of Subterranean Politics in Europe. In: *Journal of Civil Society*, 9(1), 78-99.
- Keck, M. E./Von Bilow, M.* 2011: Commentary: What Can we Ask of Civil Society? In: *Journal of Civil Society*, 7(3), 283-286.
- Klein, A./Rohde, M.* 2003: Konturen der Zivilgesellschaft – Zur Profilierung eines Begriffs. Editorial zum Themenheft. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16(2), 2-5.
- Meyer, M./Simsa, R.* 2013: Entwicklungsperspektiven des Nonprofit-Sektors. In: R. Simsa/M. Meyer/C. Badelt (Hg.): *Handbuch der Nonprofit-Organisation. Strukturen und Management*, (5., überarb. Aufl.). Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 509-525.
- Monzon, J. L./Chaves, R.* 2012: The Social Economy in the European Union. In: *European Social and Economic Committee* (Hg.). Brussels.
- Narberhaus, M.* 2012: Effektive Strategien für zivilgesellschaftliche Organisationen zur „Großen Transformation“. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 25 (1), 65-70.
- Neumayr, M./Schneider, U.* 2008: Nonprofit Organisationen – Mehr als nur Dienstleister? Empirische Befunde zu den Funktionen von Nonprofit Organisationen in Österreich und der Tschechischen Republik. In: R. Schauer/B. Helmig/R. Purtschert/D. Witt (Hg.): *Steuerung und Kontrolle in Nonprofit Organisationen*. Wiesbaden: DUV-Gabler, 397-418.

Obinger, H. 2012: Die Finanzkrise und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. *Leviathan* (3), 441-461.

Orr, J. C. 2002: Business associations and global financial governance. In: J. A. Scholte/ A. Schnabel (Hg.): *Civil Society and Global Finance*. London: Routledge, 199-212.

Penz, O. 2010: Vom Sozial- zum Wettbewerbsstaat. In: A. Grisold/W. Maderthaler/ O. Penz (Hg.): *Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich*. Wien: Böhlau, 139-179.

Pianta, M. 2013: Democracy Lost: The Financial Crisis in Europe and the Role of Civil Society. In: *Journal of Civil Society*, 9(2), 148-161.

Pollack, D. 2004: Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. In: A. Klein/K. Kern/ B. Geißel/M. Berger (Hg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*. Wiesbaden: VS Verlag, 23-40.

Roca, B. 2007: Organizations in Movement: An Ethnographer in the Spanish Campaign Poverty Zero. In: *Voluntas*, 18(2), 116-134.

Roth, R. 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln: Bund-Verl.

Roth, R. 2012: Vom Gelingen und Scheitern sozialer Bewegungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 25(1), 21-31.

Rothschild-Whitt, J. 1979: The collectivist organization: An alternative to rational-bureaucratic models. In: *American Sociological Review*, 509-527.

Roubini, N./Mihm, S. 2011: *Crisis Economics: A Crash Course in the Future of Finance*. New York: Penguin.

Rucht, D. 2011: Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 24(3), 20-47.

Salamon, L. M./Anheier, H. K. 1992: In Search of the Nonprofit Sector I: The Question of Definitions. In: *Voluntas*, 3(2), 267-309.

Sennett, R. 2001: *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*

(ungekürzte Ausg., 12. Aufl.). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verl.

Simsa, R. 2001: *Gesellschaftliche Funktionen und Einflussformen von Nonprofit-Organisationen. Eine systemtheoretische Analyse*. Frankfurt am Main; Wien [u.a.]: Lang.

Simsa, R. 2013: *Gesellschaftliche Restgröße oder treibende Kraft? Soziologische Perspektiven auf NPOs*. In R. Simsa/M. Meyer/ C. Badelt (Hg.): *Handbuch der Nonprofit-Organisation, mVol. 5*. Stuttgart: Schaeffer& Poeschel, 125-145.

Simsa, R./Hollerweger, E. 2012: *Rahmenbedingungen für die organisierte Zivilgesellschaft*. Wien. unveröffentlichter Projektbericht, Wien.

Simsa, R./Millner, R./Maier, F./Schober, C./Rauscher, O. 2012: *Das Konzept des Social Return on Investment - Grenzen und Perspektiven*. In: M. Gmür/R. Schauer/L. Theuvsen (Hg.): *Performance Management in NPO: Theoretische Grundlagen, empirische Ergebnisse und Anwendungsbeispiele*. Bern: Haupt Verlag.

Streeck, W. 2013: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012 (2. Aufl.), Berlin: Suhrkamp.

Teune, S. 2008: *Rechtsradikale Zivilgesellschaft - contradictio in adiecto? Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 21 (4), 17-22.

Trägårdh, L. 2013. *Commentary: The Politics of Distrust*. In: *Journal of Civil Society*, 9(1), 100-104.

Van Aelst, P./Walgrave, S. 2001. *Who is that (wo)man in the street? From the normalisation of protest to the normalisation of the protester*. In: *European Journal of Political Research*, 39(4), 461-486.

Zimmer, A./Priller, E. 2007: *Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

Theorie & Konzeption: Potentiale des Schlüsselfigurenansatzes

Die Selbststabilisierung sozialer Bewegungen: Das analytische und theoretische Potential des Schlüsselfigurenansatzes¹

Alexander Leistner

Wie erinnert das kollektive Gedächtnis soziale Bewegungen? Wohl zumeist anhand einzelner herausragender Ereignisse: der tödliche Schuss auf Benno Ohnesorg, der Busboykott von Montgomery, der Fall der Berliner Mauer; und das wiederum meist anhand prominenter Repräsentanten, die einer Bewegung ihr Gesicht gaben. Und es erinnert in Form unzähliger Jahres- und Gedenktage - mit Vorliebe der runden.

In diesem Sommer rief für kurze Zeit der 50. Jahrestag von Martin Luther Kings Rede vor dem Lincoln Memorial die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung in Erinnerung. Eine Rede, in der King ausdrucksstark den Traum einer amerikanischen Gesellschaft ohne Diskriminierung und - was gern übergangen wird - ohne soziale Ungleichheit beschwor (vgl. Scharenberg 2013). 2004 jährte sich der 75. Geburtstag des Bürgerrechtlers. Zu diesem Zeitpunkt stand ich dem Martin Luther King Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage stellvertretend vor. Es wurde Ende der 1990er Jahre an einem unwahrscheinlichen Ort gegründet - einer Kleinstadt in der westsächsischen Provinz. Schorsch Meusel, der Initiator des Zentrums und ein Urgestein der ostdeutschen Friedensbewegung, war in seiner Jugend stark von King inspiriert worden und ward fortan nicht müde, für Kings Ideen des zivilen Ungehorsams in vorwiegend christlichen, friedensbewegten Kreisen der DDR zu werben (vgl. Neubert 1997: 379f.). Das Zentrum sollte dann wiederum das Erbe seines geistigen Mentors im deutschsprachigen Raum bewahren. Auf der Jubiläumsveranstaltung anlässlich des 75. Geburtstags nun hielt ich eine Rede zur Aktualität Kings. Und mit der jugendlichen Verve des nachgeborenen Aktivistin machte ich mich an die Zertrümme-

rung des Denkmals für Martin Luther King. Denn: „Hinter seinem Denkmal verschwindet die Vorgeschichte. Nicht mit ihm ist die Bürgerrechtsbewegung entstanden, er stieß zufällig dazu und sie bekam ein charismatisches Gesicht. ‚Die Welt stand auf, als Rosa Parks sitzen blieb‘. Es wird zäh die Legende von der müden unbedarften Näherin erzählt, die sich 1955 weigerte, ihren Sitzplatz im Bus einem weißen Fahrgast zur Verfügung zu stellen und anschließend verhaftet wurde. Und es stimmt, mit dieser Aktion begann der Busboykott von Montgomery, dessen Sprecher der junge King wurde. Unerzählt bleibt, dass sich Rosa Parks auf diese Aktion in Seminaren des Highlander Center vorbereitete. In Rollenspielen trainierte man die öffentlichkeitswirksame Verweigerung. Was King später eindrucksvoll vertrat, was Unzählige auf die Straße brachte, wurde von wenigen uns Unbekannten über Jahre hinweg mit langem Atem vorbereitet. Es sind unverdrossene Minderheiten, die vom Rand her und auf den ersten Blick vergeblich, die Verhältnisse zu ändern suchen. Es bleibt aber in der Erinnerung der Eindruck, dass mit Kings Ermordung die Bürgerrechtsbewegung in sich zusammenbrach. Als Massenbewegung trifft dies zu, sie hat den Verlust ihrer charismatischen Führerfigur nicht verkraftet. Und manchmal spüre ich bei vielen Menschen die Sehnsucht nach jemandem wie King. Jemandem, der es vermag, unsere von ungelösten Problemen zerrissene Welt wachzurütteln. Aber diese folgenschwere Verwechslung, der aktiven Suche nach Lösungen und dem passiven Warten auf Erlöser, nimmt uns letztlich aus der Verantwortung. Wo Gefahr ist, kommt nicht zuerst irgendein ersehnter Retter, sondern es wächst

- frei nach Hölderlin - das Rettende auch. Nichts ist aktueller an King, als diese Vorgesichte und sie ist der Grund, warum auch wir nicht warten können.“

Wenn ich diese Rede als Wissenschaftler und mit zeitlichem Abstand beobachte, dann reproduzieren sich in ihr klassische Argumente und Einwände gegen eine derartige Heraushebung prominenter Führungsfiguren. Sie werden der realen und verwickelten Ereignisgeschichte nicht gerecht. Sie gehen einer oberflächlichen „Personalisierung“ (Rucht in diesem Heft) auf den Leim und verstellen damit den Blick auf die typische Sozialform einer Bewegung: ein flüchtiges Gebilde, instabil und in der Frühphase ihrer Entstehung für die Öffentlichkeit kaum sichtbar. Schließlich befördern sie die Mythisierung sozialer Bewegungen in einer wesentlich massenmedial geprägten Erinnerungskultur, der die wissenschaftliche Historisierung häufig hinterherhinkt.²

Das Konzept der Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen versucht hingegen, das beabsichtigte wie unbeabsichtigte Wirken von bekannten wie unbekanntem Akteuren für die Erklärung der Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen ernst zu nehmen und in eine funktionalistische Perspektive zu übersetzen, ohne aber dabei den Einfluss Einzelner zu überhöhen.

Nach einer kurzen Diskussion von Leadership-Ansätzen in der Bewegungsforschung entfalte ich Schlüsselfiguren, die in sozialen Bewegungen präsent und wirksam sind. Dabei konturiere ich das von mir an anderer Stelle ausführlich eingeführte Konzept (Leistner 2011) als alternativen Ansatz innerhalb der Bewegungsforschung. Es wird zunächst gezeigt, dass ein Rückgriff auf klassische Ansätze der Leadershipforschung fruchtbar sein kann, um soziale Bewegungen in ihrer Formationsphase und in ihrer flüchtigen sozialen Gestalt fassen zu können. Dieser Rückgriff macht aber erhebliche Modifizierungen nötig, die sich in der Unterscheidung von Führungs- und Schlüsselfiguren ausdrücken. Dieser Perspektivwechsel, oder genauer: der modifizierende Rückgriff auf

funktionalistische Perspektiven birgt das Potential, analytische und theoretische Schwachstellen innerhalb der Bewegungsforschung zu beheben (1). Dieses Potential wird exemplarisch am Beispiel der unabhängigen DDR-Friedensbewegung vorgeführt (2). Der Aufsatz endet mit einem Ausblick auf zukünftige Forschungen (3).

1 | Die Unterscheidung von Führungs- und Schlüsselfiguren – ein folgenreicher Perspektivwechsel

In der noch sehr punktuellen Rezeption des Ansatzes begegnet einem hier und da das grundlegende Missverständnis, bei Schlüsselfiguren handle es sich zwangsläufig um Führungsfiguren, gar „Führerpersönlichkeiten“ (vgl. Bauer 2012: 433). Dabei ist das Gegenteil der Fall, geht es doch um eine Blickerweiterung gegen die Engführung klassischer Leadershipansätze. Zugleich liegt die Versuchung nahe, mit Schlüsselfiguren eine jede personengebundene Funktion zu benennen, die für eine Bewegung wichtig sein könnte. Die Blickerweiterung geht dann zu weit und der Ansatz wird konturlos.

Anliegen des Schlüsselfigurenansatzes ist es, soziale Bewegungen trotz ihrer Flüchtigkeit und Instabilität in ihrer Sozialgestalt zu fassen. Er schließt damit eine Leerstelle innerhalb der Bewegungsforschung. Zentraler Bezugspunkt verschiedener Ansätze sind formale Bewegungsorganisationen und deren Framing- und Mobilisierungsstrategien, wobei in diesen Ansätzen vorausgesetzt wird, dass die Bewegung sichtbar geworden ist und einem gewissen Organisationsgrad erreicht hat. Die Entstehung neuer Bewegungen bleibt damit ein Erklärungsproblem. Sie tauchen – für Wissenschaftler, wie für die Öffentlichkeit – nicht selten überraschend auf. Man denke an die plötzlichen wie heftigen Proteste des arabischen Frühlings oder die wundersame Widerspenstigkeit Stuttgarter Bahnhofsgegner. Für den Bewegungsforscher Jochen Roose sind solche unerwarteten Protestereignisse Ausdruck dafür, „dass soziale Bewegungen immer wieder quasi ‚aus

dem Nichts⁴ entstehen. Es lässt sich nicht, wie beispielsweise in Parteien, die Entstehung von einzelnen Wortmeldungen beobachten, die allmählich zahlreicher werden. Diese anfänglich verstreuten Widersprüche gibt es bei sozialen Bewegungen natürlich auch, doch wo sie entstehen, ist weit unklarer. Sie entstehen an der Basis in neu entstehenden oder thematisch nicht unbedingt einschlägigen Gruppen und Netzwerken an verschiedenen Orten. Erst wenn sich diese Entwicklung vernetzt und koordiniert, wird eine soziale Bewegung sichtbar“ (Roose 2013: 141).

Dieses Gewimmel verstreuter Aktivitäten in der Frühphase einer Bewegung macht deutlich, dass es nicht ausreicht, sie über formale Organisationen zu beschreiben. Aber lässt sich die sich formierende informelle Struktur einer Bewegung angemessener mittels Leadershipansätzen fassen? Die Bedeutung von Führungsfiguren für soziale Bewegungen gilt in der Forschung als weitgehend unzureichend untersucht (vgl. Barker/Johnson/Lavalette 2001; Morris/Staggenborg 2007); in der deutschsprachigen Forschung spielt sie bisher nahezu keine Rolle. Das ist für ein internationale Debatten rege rezipierendes Forschungsfeld ungewöhnlich und dürfte unterschiedliche Gründe haben. Hierzulande ist die Konzentration auf „Führer“ einer Bewegung historisch belastet. Zudem widerspricht sie einer ausgeprägten Hierarchiefeindlichkeit und der Idealisierung basisdemokratischer Entscheidungsprozesse heutiger Bewegungen. Einer Rezeption dürften zudem eine theoretische Dominanz rationalistisch-strategischer Ansätze und quantitativ methodische Vorlieben der deutschsprachigen Bewegungsforschung entgegenstehen (vgl. Teune 2008, Haunss/Ulrich 2013). Den eher raren qualitativ-rekonstruktiven Fallstudien ist zudem häufig eine Scheu zu generalisierenden theoretischen Abstraktionen eigen. Selten geraten dadurch funktionale Bestands- und Erfolgsbedingungen in den Blick, dass es Akteure braucht, die Missstände aussprechen, Programmatiken formulieren und in öffentlichen Debatten vertreten, die Reden halten, Entschei-

dungen festlegen und situationsbezogen improvisieren, die Bündnisse schmieden, Emotionen kanalisieren und potentielle Unterstützer ansprechen. Hier lohnt ein Rückgriff auf frühe Studien zu Leadership in Sozialen Bewegungen – wie Dieter Rucht es bspw. in seinem Beitrag ausführlicher vorführt. Sie haben – neben der naheliegenden Anwendung von Max Webers Konzept der charismatischen Herrschaft (Weber 1980: 140-148) – die unterschiedlichen Handlungsanforderungen kenntlich gemacht und diese dann als Anforderungen an Führungsfiguren beschrieben. So unterscheidet Staggenborg die wechselnden Anforderungen an Bewegungsunternehmer im Zuge der Professionalisierung von Bewegungsorganisationen. Es brauche in der Gründungsphase den dynamischen Führungsstil des „Entrepreneurs“ oder „Enthusiasten“, der trotz ungewisser Erfolgsaussichten Risikoinvestitionen vornimmt. Später bedürfe es dann eher des „Managers“ oder des „Bürokraten“ (vgl. Staggenborg 1988, sowie Roche/Sachs 1955).

Der Schlüsselfigurenansatz nimmt die in diesen frühen Arbeiten angelegte funktionalistische Perspektive wieder auf. Funktionale Erfordernisse werden phasenspezifisch unterschieden und typologisch zu Sozialfiguren verdichtet, in denen sich grundlegende Merkmale bündeln. Ihren wichtigen Einsichten zum Trotz ist diesen Arbeiten ein auf Sichtbarkeit, Einfluss und formale Positionen verengtes Verständnis von Leadership gemeinsam. Diese Fokussierung auf Führungsfiguren änderte sich erst mit der verstärkten Historisierung und „Durchforschung“ der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Vor allem feministische Forscherinnen haben die einseitige Konzentration auf die prominenten, vornehmlich männlichen Repräsentanten und (Laut-)Sprecher der Bewegung kritisiert. Im Zuge dieser Kritik wurde ein grundlegendes Problem erhellt: dass in der Forschung der Einfluss *informeller* Führungsfiguren, die eher im Hintergrund agieren, übersehen wurde, und damit auch deren maßgebliche Bedeutung für die Entwicklung der Bewegung (vgl. Barnett 1993). Hier deu-

tet sich schon der angestrebte Perspektivwechsel an.

Belinda Robnett hat, diese Kritik aufgreifend, die „klassischen“ Führungsfiguren im Sinne der Sprecherin, Repräsentantin, Bewegungsunternehmerin ergänzt um die Figur des „bridge leaders“. Diese überbrücken im Hintergrund als Vernetzerin oder Vermittlerin die Kluft, „between the prefigurative politics of small towns and rural communities and the strategic politics of movement organizations“ (Robnett 1996: 1688). Diese Figur der „Brückenbauerin“ sensibilisiert somit für die informelle Struktur sozialer Bewegungen und die Prozesse an der Bewegungsbasis fernab der Bewegungsorganisation – im konkreten Fall die in vielfacher Hinsicht schwierige und ungewisse Mobilisierung von Aktivistinnen in den kleinen, von der Rassentrennung besonders geprägten Städten und Gemeinden im Süden der USA. In einzelnen Fallstudien wurde diese Sicht noch einmal differenziert. So zeigt Ann Herda-Rapp, wie informelle Schlüsselfiguren ihren starken wie subtilen Einfluss trotz und gerade aufgrund ihrer „zentralen Randständigkeit“ innerhalb der Bewegung entfalten können. Sie sind zentral, weil sie aufgrund ihres Status als „Bewegungsveteran“ anerkannt und sehr gut vernetzt sind. Sie sind zugleich formal randständig, weil sie keine offizielle Position (mehr) innerhalb einer Bewegungsorganisation haben und sich unabhängig von den Phasen und Anforderungen der „Tagespolitik“ machen (vgl. Herda-Rapp 1998). In ihren besonderen Funktionen werden am Beispiel einzelner Aktivistinnen nun verschiedene funktionale Schlüsselfunktionen sichtbar. Damit wird zugleich deutlich, dass Schlüsselfiguren analytisch nicht identisch mit konkreten Akteuren sind. Denn diese agieren, will man verschiedene Typen von Schlüsselfiguren hier schon anwenden – zugleich als *Urgestein* und *Storyteller* der Bewegung und vermitteln zwischen den Generationen, „between the old movement and the new movement by providing continuity during periods of abeyance, historical perspective, practical experience and connections to an established move-

ment network“ (Herda-Rapp 1998: 344). Als *Mentorinnen* unterstützen sie Aktivistinnen in strategischen Fragen, ermuntern, vernetzen und platzieren Jüngere in Schlüsselpositionen und üben dergestalt als *Strippenzieherinnen* über ein dichtes Beziehungsgeflecht entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Bewegung aus. Es scheint also sinnvoller, in diesem Zusammenhang nicht von Leadership, sondern von Schlüsselfiguren zu sprechen. Warum? So wichtig diese Sensibilisierung für die vielfältigen Funktionen solcher „informal leader“ auf allen Ebenen einer Bewegung ist, so überzeugend ist die kritische Anfrage, ob man das noch sinnvoll als Leadership bezeichnen kann (Morris/Staggenborg 2007: 177). Der zentrale Einwand, den ich mit dem Konzept der Schlüsselfiguren formuliere, ist, dass in diesen Forschungen auf der einen Seite die Bedeutung prominenter Führungsfiguren, die sich auf Charisma und/oder Organisationsmacht stützen können, überschätzt wird. Im Gegenzug ist es aber auch unzutreffend, das weniger sichtbare Hintergrundwirken wichtiger Akteure außerhalb formaler Entscheidungsstrukturen als Leadership zu bezeichnen.

Wertvoll an diesen Ansätzen ist die funktionalistische Perspektive. Es wird nach den phasenspezifischen Funktionen von Akteuren in sozialen Bewegungen gefragt. Diese Perspektive wird im Konzept aufgegriffen und weitergeführt. Der Einfluss von Schlüsselfiguren ist weder zwingend an formale Positionen in Bewegungsorganisationen gebunden – wenngleich bestimmte Positionen den Einfluss erhöhen oder teilweise überhaupt ermöglichen – noch muss dieser Einfluss im Sinne strategischer Interaktion intendiert sein oder zielgerichtet ausgeübt werden. Es gibt auch Schlüsselfunktionen, die erfüllt werden, ohne dass dies von den Akteuren beabsichtigt wird. Oder noch zugespitzter gesagt: Das Konzept der Schlüsselfiguren geht über rationalistische Ansätze der Bewegungsforschung hinaus (zu Überblick und Kritik vgl. Pettenkofer 2010). Die Entstehung und (fragile) Stabilität einer Bewegung sind nicht zwingend das Ergebnis einer intendier-

ten Zusammenarbeit unterschiedlicher Schlüsselfiguren (im Bewusstsein des Aufeinanderangewiesenseins) und also weniger eine Selbststeuerung, wie Dieter Rucht in seinem Beitrag nahelegt. Sie sind häufig viel stärker das Ergebnis eines kontingenten Zusammenwirkens (auch ohne dass man umeinander weiß).

An dieser Stelle fehlt der Raum, die einzelnen typischen Figuren in ihrer Funktion aufzufächern. Das im Rahmen meiner Dissertation entwickelte Konzept ist ein vorläufiges Tableau idealtypisch verdichteter Schlüsselfiguren, die in sozialen Bewegungen präsent und wirksam sind. Sie haben, bezogen auf typische Bezugsprobleme (vorrangig das der Ordnungsbildung), eine je spezifische Funktion inne und sind somit in unterschiedlichen Phasen der Bewegungsentwicklung unterschiedlich bedeutsam. Eine zentrale Grundfigur ist die des Zeugen und Märtyrers. An ihr wird ein Grundmechanismus sichtbar, wie sich abweichende folgenindifferente Handlungsorientierungen ausbilden. Von diesen Grundfiguren ausgehend lassen sich weitere je spezifisch funktionale Figuren ausdifferenzieren: der Pionier – im Sinne der Vorreiter bzw. der narrativen Gründungsfiguren, die Sozialisationswirkung des Mentors, der Vordenker, der Vernetzer, der Fürsprecher, der Aktionist, der Renegat, der Agent Provocateur.

Die Anwendung dieser Figuren geht über das bloße Benennen, wer zeitlich der/die Erste war oder wer vernetzend agierte, hinaus. In ihnen verdichten sich vielmehr grundlegende Mechanismen, die für die Erklärung dieser Form ungewisser und instabiler Ordnungsbildung wichtig sind. Der Zeuge, ob in Gestalt als Pionier und Vorreiter oder als risikobereiter Aktionist, öffnet den Blick für den Mechanismus des Zeugnisablegens, des aktiven Eintretens für die eigene als „heilig“ erachtete Gesinnung, ein Eintreten, das wiederum ein Handeln motiviert, das „auch bei niedrigen Erfolgsaussichten und insgesamt ungünstigen Rahmenbedingungen auf Dauer gestellt“ (Pettenkofer 2010: 194) wird. Dieser Mechanismus begünstigt, wie Pettenkofer unter Rückgriff auf Max

Weber zeigt, den Aufbau einer Struktur, die sich von der gesellschaftlichen Umwelt unabhängig macht. Der Mentor, aber auch der Renegat fokussieren wiederum – biographieanalytisch besehen – auf Prozesse der politischen Sozialisation sowie auf Prozesse der Selbstvergewisserung. Die identifizierende oder sich kritisch abgrenzende Orientierung an ihnen unterstützt die Entstehung und Stabilisierung solcher abweichenden Handlungsorientierungen in sozialen Bewegungen; mithin also auf Prozesse sich am Beispiel anderer (dem Vorbild oder dem Verräter) zu versichern, auf dem richtigen Weg zu sein.

Figuren wie der Vernetzer unterlaufen die konkurrenzgeprägte Binnendynamik sozialer Bewegungen. Diese Dynamik ist häufig gekennzeichnet durch die Ausdifferenzierung unterschiedlichster Strömungen oder Auslegungsgemeinschaften der als geteilt unterstellten politischen Überzeugungen. Die Vernetzer agieren hier oft in einer fragilen, angreifbaren Position des Dazwischen und es ist hochinteressant, was eine solche Positionierung biographisch motiviert. Fürsprecher, Vordenker und Übersetzer sind wiederum Figuren, die sich auf die Umweltbeziehungen sozialer Bewegungen konzentrieren, auf die notwendige wechselseitige Durchdringung und das Anregungspotential der politischen Anliegen in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären. Welchen Beitrag diese Figuren für die Entstehung einer sozialen Bewegung unter den Bedingungen von Ungewissheit und staatlicher Repression leisten, wird im Folgenden exemplarisch gezeigt.

2 | Der analytische Ertrag für die Bewegungsforschung am Beispiel der DDR-Friedensbewegung

Als analytisches Instrumentarium formuliert das Konzept den Anspruch und das Anliegen, Bewegungen in ihrer Komplexität, fragilen Stabilität und in ihrer dynamischen Entwicklung zu greifen. Bewegungen erscheinen aus dieser Perspektive auch als ein um Schlüsselfiguren

herum und durch die in ihnen repräsentierten Selbststabilisierungsmechanismen sich fragil stabilisierendes Netzwerke. Damit lassen sich einige blinde Flecken gängiger Ansätze der Bewegungsforschung erhellen und alternative Erklärungsansätze formulieren.

Bedeutung und Ertrag des Konzepts werden im Folgenden anhand grundlegender Fragestellungen der Bewegungsforschung skizziert.

Wie lässt sich die Entstehung sozialer Bewegungen erklären? Das Konzept eignet sich besonders gut für *Formationsanalysen*. Die Vor- und Frühphase der Entstehung einer Bewegung ist nicht selten geprägt von ungünstigen politischen Gelegenheitsstrukturen und einem geringen Grad an Vernetzung und wechselseitiger Wahrnehmung der am jeweiligen Thema interessierten Aktiven. Exemplarisch wird dies an den ersten staatsunabhängigen Friedensgruppen in der DDR sichtbar. Gerade diese Friedensgruppen, die vor allem Ende der 1970er Jahre in Opposition zur offiziellen „Friedenspolitik“ der SED und unter dem Dach und im Umfeld der evangelischen Kirche entstanden, scheinen aufgrund ihrer schwachen Institutionalisierung und Professionalisierung zur Untersuchung der Frage nach Funktion und Bedeutung solcher Sozialfiguren geeignet. Die besondere gesellschaftliche Entstehungskonstellation der DDR – die repressive Herrschaftsdurchsetzung und der legitimatorische Gründungsmythos, „das andere Deutschland“ zu sein, hatte auf Gestalt und Aktionsrepertoire der Friedensgruppen keinen unerheblichen Einfluss. Einerseits wurde jegliche Form politischer Selbstorganisation unterbunden, zugleich gab es aber mit den evangelischen Kirchen einen leidlich abgesicherten und manchmal nur halbherzig zur Verfügung gestellten Schutzraum für die Gründung politisch alternativer Gruppen.³ Darüber hinaus blieben den Friedensgruppen die Möglichkeiten verwehrt, die Bevölkerung auf die eigene Existenz, geschweige denn die eigenen Inhalte aufmerksam zu machen. Die sich in der DDR formierende Friedensbewegung war also staatsunabhängig,

denn sie entwickelte ihre Problemdeutungen, ihre Friedensverständnisse und ihre konkreten Schlussfolgerungen in Abgrenzung zur offiziellen und allgegenwärtigen Friedenspropaganda. Als unabhängige Friedensbewegung formierte sie sich unter dem Dach und im Schutz- und Kommunikationsraum von Teilen der evangelischen Kirche. Die Gründungen der ersten Gruppen in den 1970er Jahren waren – wie die Erinnerungen Hansjörg Weigels im Heft deutlich machen – individuell riskant und im Wortsinn aussichtslos: ohne dass eine gesellschaftliche Wirkung abzusehen und wahrscheinlich gewesen wäre (sofern eine solche Wirkung nach außen überhaupt bezweckt wurde). Diese ersten Gruppen waren über die ganze Republik verstreut. Vernetzung geschah erst sehr viel später, vor allem in den 1980er Jahren (Wunnicke 2008). Erst allmählich formte sich ein informelles Netzwerk von Friedensgruppen. Gerade in dieser Phase war das Wirken von Schlüsselfiguren von entscheidender Bedeutung. Allen voran die der *Zeugen*. Deren Rigorismus motiviert von *Mentoren* entscheidend unterstützte Aktivitäten (etwa die Gründung erster Gruppen von Gleichgesinnten), die im Rückblick dann als Pionierarbeit für eine Bewegung erscheinen, die erst später sichtbare Konturen annehmen wird. Für die Bewegungsforschung ist hier interessant, welche Funktionen wichtig und unverzichtbar dafür sind, dass eine Bewegung sich formieren kann oder – wie im Fall der Klimaschutzbewegung – nicht auf die Beine kommt. Am Beispiel dieser unscheinbaren ersten Basismobilisierungen wird sichtbar, dass Erklärungsansätze der *Selbststeuerung* sozialer Bewegungen, die sich etwa in der rationalen Orientierung an Opportunitätsstrukturen ausdrücken, für die Frühphase selten greifen. Lohnender scheint es, von Prozessen der (teilweise kontingenten und nicht zwingend gelingenden) *Selbststabilisierung* einer sich durch und um Schlüsselfiguren herum ausbildenden Struktur auszugehen.

Ebenfalls zur Formationsgeschichte der DDR-Friedensbewegung gehört, dass die Evangelischen Kirchen in der DDR eine wichtige,

wenn auch ambivalente Rolle bei der Entstehung der Friedensbewegung spielten. Die Bedeutung von Religion für soziale Bewegungen kann gerade unter den Bedingungen staatlicher Repressionen gegenüber Protesten wichtig sein (Smith 1996). Religiöse Akteure stellen – und das ist ein klassisches Thema des Ansatzes der Ressourcenmobilisierung (McCarthy/Zald 1998) – *organisatorische Ressourcen* für soziale Bewegungen zur Verfügung: eine flächendeckende Infrastruktur, qualifiziertes Personal, finanzielle Ressourcen, das Vorhandensein von Kommunikationskanälen, Netzwerken und so praktischen Dingen wie Vervielfältigungs- und Publikationsmöglichkeiten. Und es existieren feste Gruppen und Netzwerke, Kirchengemeinden, aus denen sich die Mitglieder einfacher rekrutieren lassen. In seiner vergleichenden Studie über die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung und die politisch alternativen Gruppen der DDR hat Michael Haspel diese Funktion religiöser Akteure präzisiert. Über die Evangelische Kirchen in der DDR schreibt er: „Um ihr Überleben als Organisationen zu sichern, mussten sie (und wollten zum Teil auch) vermeiden, selbst als Opposition wahrgenommen zu werden. Zugleich aber boten sie unter ihrem Dach Raum für politisch alternative Gruppen, die zu einem erheblichen Teil organisatorisch und personell mit den kirchlichen Strukturen verflochten waren“ (Haspel 2004: 53, ausführlicher 1997). Die schiefe Existenz und organisatorische Eigenständigkeit führten aber noch nicht automatisch dazu, als „*movements midwife*“ zu agieren. Haspel regt daher an, den Ressourcenmobilisierungsansatz zu erweitern um die Frage nach der notwendigen Transformation des eigenen Selbstverständnisses, also um die Frage, was kirchliche Akteure zu der Überzeugung kommen ließ, dass Protest gegen Militär und Krieg in der DDR notwendig und unterstützenswert ist. In seiner Studie skizziert er dann die Kontextualisierung und mithin Politisierung theologischer Grundüberzeugungen. Diese Überlegungen lassen sich noch präzisieren. Es existierten schon in den 1960er Jahren Schlüssel-

figuren, die als *Vordenker*, *Mentoren* und *Vernetzer* innerhalb der amtskirchlichen Strukturen die Überzeugung vertraten, dass das Friedensthema bzw. das „Friedenszeugnis“ nach der Weltkriegserfahrung unhintergehbare Bestandteil des kirchlichen Selbstverständnisses sein muss. Diese Schrittfolge ist wichtig. Der Ressourcenmobilisierungsansatz kann die Bereitschaft religiöser Akteure, Ressourcen bereitzustellen, selbst nicht hinreichend erklären. Voraussetzung ist der Wandel des theologischen Selbstverständnisses und dies wiederum ist eng verbunden mit biographischen Prozessen der politischen und religiösen Sozialisation einflussreicher Schlüsselfiguren. Auch an dieser Stelle deutet sich das Potential (und die Notwendigkeit) an, mit dem Konzept der Schlüsselfiguren existierende Ansätze der Bewegungsforschung zu erweitern.

Hier ließe sich die Frage anschließen, wie sich die fragile Stabilisierung sozialer Bewegungen erklären ließe? In der Figur des Zeugen verdichtet sich, wie bereits gezeigt, ein für Bewegungen wichtiger Grundmechanismus: wie – abweichend zur gesellschaftlichen Umwelt – eine starke identitäre Selbstbindung an das Engagement entsteht. Und mehr noch: die Bereitschaft für eben diese Gesinnung das Risiko von staatlicher Repression oder sozialer Ächtung einzugehen. Am Beginn der DDR-Friedensbewegung standen die frühen *Zeugnisgemeinschaften* einzelner Friedensaktivisten, aus denen heraus sich Schlüsselfiguren rekrutierten, die wechselseitig in Kontakt blieben. Diese entstehende Struktur bildete einen wichtigen *sozialen Kontext der Abwechslungsverstärkung*. Die Gruppen waren Orte, an denen sich die Gleichgesinnten wiederholten trafen, austauschten, anregten und wechselseitig versicherten, auf dem richtigen Weg zu sein (auch in Abgrenzung zu *Renegaten* – einer für Prozesse der Selbstvergewisserung zentralen Schlüsselfigur). Die sich derart festigende Identität der Akteure beeinflusste die Aktivitäten und führte zum Entstehen einer

um *Schlüsselfiguren* herum stabilisierten sozialen Struktur. Diese Aktivitäten und Strukturen wiederum stabilisieren und prägen rekursiv die Identität.

Ein weiteres lohnendes Anwendungsfeld sind schließlich *Konstellationsanalysen*. Ein solches Vorgehen geht über die akteurszentrierte Identifizierung einzelner Schlüsselfiguren hinaus und nimmt spezifische Akteurskonstellationen in den Blick, also das beabsichtigte wie unbeabsichtigte Zusammenwirken verschiedener Schlüsselfiguren in einer Bewegung, bzw. in deren Umwelt. Einerseits lassen sich derart Bewegungen noch einmal tiefenschärfer charakterisieren. Die Dominanz oder das Fehlen bestimmter Schlüsselfiguren – mithin also nicht realisierte Funktionen, wie etwa das Fehlen einer Bewegungsbasis oder die gesellschaftliche Isolation, führt zu strukturbezogenen Unterscheidungen von Bewegungen, die sich dann bspw. als aktionsorientiert, isoliert, gespalten oder intellektualistisch charakterisieren lassen.

Ein konkretes Beispiel sind die Entwicklungen im Vorfeld des politischen Umbruchs in der DDR von 1989. Wichtige Akteure und Gruppen hatten sich in den Jahren zuvor jeweils in lokalen Kontexten gebildet und sich räumlich zu regionalen Zentren der Opposition verdichtet. Diese lokale Ordnungsbildung hing von der spezifischen Konstellation der Schlüsselfiguren vor Ort und den jeweiligen Akteursdominanz ab. In den Monaten vor dem Fall der Mauer beeinflussten sich die lokalen Gruppen zwar wechselseitig, aber es gab weder ein republikweit abgestimmtes Vorgehen, noch waren im engen Sinne eine Zentrale oder herausragende Köpfe der Bewegung erkennbar. Ende der 1980er Jahre werden markante Unterschiede zwischen lokalen Protestfeldern sichtbar. Charakteristisch etwa für Leipzig war die *Dominanz von Aktionisten*, die in den Massendemonstrationen des Revolutionsherbstes mündete. Charakteristisch für Berlin war wiederum eine *Dauerkonkurrenz wichtiger Gruppenvertreter*, die zur Ausdifferenzierung politischer Ansätze führte und schließlich in der Bildung der verschiedenen Bürgerbewegun-

gen mündete. Charakteristisch für Dresden oder Erfurt war schließlich die *Dominanz einflussreicher Fürsprecher*, die einerseits die Verhandlungsmacht der lokalen Kirche und der Gruppen erfolgreich und machtvoll bündelten und andererseits den Staat in einen Dialog verstrickten, aus dem er sich nie wieder befreien konnte. Die Schlüsselfiguren agierten also nicht abgestimmt aufeinander. Weder gab es eine übergreifende *Zusammenarbeit* noch den einen sichtbaren *Zusammenschluss*. Ganz im Gegenteil, es war ein kontingentes Zusammenwirken.

3 | Zusammenfassung und Ausblick

Worin liegt das analytische und theoretische Potential des Schlüsselfigurenansatzes? Er ermöglicht die modifizierte Anknüpfung an Studien zu Leadership und erweitert diese um eine Perspektive auf informelle funktionale Schlüsselfunktionen in sozialen Bewegungen. Dabei bedient sich die hier vorgeführte Typenbildung der funktionalistischen Methode als heuristisches Prinzip. In diesem Sinne wurden die Schlüsselfiguren als Idealtypen gebildet mit Blick auf die Funktionen, die sie für eine soziale Bewegung haben.⁴

Das heißt, dass die Typenbildung zunächst davon abhängt, welcher Problembezug jeweils besteht, und ob und für was die Schlüsselfiguren jeweils funktional sind. In dieser Variabilität liegt ein analytisches Potential des Ansatzes. Allerdings besteht hier die Gefahr, dass der Ansatz ausfranst und an Konturen verliert. Denn es geht nicht vordergründig darum, deskriptiv in bestehenden Bewegungen die unterschiedlichen Schlüsselfiguren zu entdecken, sondern für bestimmte theoretisch abgeleitete Fragestellungen nach deren spezifischem Wirksamwerden zu fragen. Zentral für das Konzept ist, dass es eng verknüpft ist mit der Frage nach der Sozialgestalt einer sozialen Bewegung. Wenn man sie mindestens in ihrer Frühphase (auch) als Form flüchtiger, ungewisser und teilweise instabiler Ordnungsbildung auffasst, dann liefert der An-

satz wichtige Bausteine, eine solche Form der informellen Strukturbildung zu rekonstruieren und zu erklären. In dieser Phase greifen Erklärungsansätze, die die Herausbildung und den Strukturaufbau dadurch erklären, dass sich Akteure rational an Gelegenheitsstrukturen orientieren, zu kurz. Nicht selten sind die verfochtenen Anliegen der Bewegung marginalisiert und ein entsprechendes Engagement sanktioniert. Mit der DDR-Friedensbewegung wurde dementsprechend als Anwendungsbeispiel ein theoretisch interessanter Fall gewählt. Die gesellschaftliche Ausgangssituation in der DDR war dergestalt, dass die Entstehung einer Bewegung zunächst unwahrscheinlich war: das Friedensthema war nicht institutionalisiert, die Gruppen zunächst weitgehend isoliert und ohne öffentliche Artikulationsmöglichkeiten und politisch abweichende Positionierungen wurden staatlich verfolgt. Mit dem Schlüsselfigurenansatz lässt sich rekonstruieren und erklären, wie sich einerseits erste Strukturen und Netzwerke ausbilden konnten und wie sich zweitens Teile der Evangelischen Kirche in einer Weise politisierten, dass sie bereit waren, den Gruppen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Das theoretische Potential erschließt sich somit vor allem über die Fokussierung der Fragestellung auf die Funktion von Schlüsselfiguren für die Formation und Stabilisierung von Bewegungsstrukturen sowie der Funktion für die Ausbildung und Festigung von Aktivistenidentitäten. In diesem Sinne erschließt der Ansatz einen wichtigen theoretischen Baustein für eine Soziologie sozialer Bewegungen, die nach alternativen Erklärungsansätzen sucht (vgl. Pettenkofer 2010). Es ist mithin ein Konzept, das dazu einlädt, weiterentwickelt zu werden.

Alexander Leistner ist wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut/Außenstelle Halle. Arbeitsschwerpunkte: Soziologie sozialer Bewegungen, Gewalt, rekonstruktive Sozialforschung. Kontakt: Alex.Leistner@gmx.net

Anmerkungen

- ¹ Für wichtige Hinweise danke ich Greta Hartmann. Den letzten Schliff gab mit routinierter Präzision Julia Böcker.
- ² Für die Protestgeschichte der 1960er vgl. Gassert 2010.
- ³ Vgl. grundlegend und wegweisend Pollack 1994, 2000.
- ⁴ Wobei immer auch mitgedacht ist, dass es mit Blick auf diese Funktionen auch funktionale Äquivalente im Sinne einer formalisierten Arbeitsteilung geben kann (Fundraiser, Pressesprecher usw.).

Literatur

Barker, Colin/Alan Johnson/Michael Lavalette (Hg.) 2001: Leadership and Social Movements. Manchester: Manchester University Press.

Barnett, Bernice McNair 1993: Invisible Southern Black Women Leaders in the Civil Rights Movement: The triple constraints of gender, race, and class. Signs, Jg. 7, H. 2, 162-182.

Bauer, Gisa 2012: Evangelikale Bewegung und evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte eines Grundsatzkonflikts (1945 bis 1989). Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.

Gassert, Phillip 2010: Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre. In: H-Soz-u-Kult, 30.04.2010, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-04-001>.

Haspel, Michael 1997: Politischer Protestantismus und gesellschaftliche Transformation. Ein Vergleich der evangelischen Kirchen in der DDR und der schwarzen Kirchen in der Bürgerrechtsbewegung in den USA. Tübingen: Francke Verlag.

Haspel, Michael 2004: Organisierte religiöse Akteure: Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung und die Bürgerbewegung in der DDR. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17, H. 4, 53-60.

Haußs, Sebastian/Peter Ullrich 2013: Viel Protest – wenig Forschung. Zu- und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik, *Soziologie*, Jg. 42, H. 3, 290-304.

Herda-Rapp, Ann 1998: The Power of Informal Leadership: Women Leaders in the Civil Rights Movement. *Sociological Focus*, Jg. 31, H. 4, 341-355.

Leistner, Alexander 2011: Sozialfiguren des Protests und deren Bedeutung für die Entstehung und Stabilisierung sozialer Bewegungen: Das Beispiel der unabhängigen DDR-Friedensbewegung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* Jg. 12, H. 2 nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1102147.

Luhmann, Niklas 1970: Funktion und Kausalität. In: ders.: *Soziologische Aufklärung*. Köln: Opladen, 9-30.

McCarthy, John D./Zald, Mayer N. 1998: Religious Groups as Crucibles of Social Movements. In: Demerath, Amherst N.J./Hall, Peter D./Schmitt, Terry/Williams, Rhys H. (Hg.): *Sacred Companies. Organisational Aspects of Religion and Religious Aspects of Organizations*. Oxford: Oxford University Press, 24-49.

Morris, Aldon D./Staggenborg, Suzanne 2007: Leadership in Social Movements. In: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): *Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford: Blackwell Publishing Ltd., 171-196.

Neubert, Erhardt 1997: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Pettenkofer, Andreas 2010: Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen. Frankfurt/M.: Campus.

Pollack, Detlef 1994: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart: Kohlhammer.

Pollack, Detlef 2000: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen: Leske + Budrich.

Robnett, Belinda 1996: African-American Women in the Civil Rights Movement, 1954-1965: Gender, leadership, and micromobilization. *American Journal of Sociology*, Jg. 101, H. 6, 1661-1693.

Roche, John P./Sachs, Stephen 1955: The Bureaucrat and the Enthusiast: An Exploration of the Leadership of Social Movements. *The Western Political Quarterly*, Jg. 8, H. 2, 248-261.

Roose, Jochen 2013: Soziale Bewegungen als Basismobilisierung. Zum Verhältnis von Basis und Führungspersonal in den Ansätzen der Bewegungsforschung. In: Speth, Rudolf (Hg.): *Grassroots Campaigning*. Wiesbaden: Springer VS, 141-157.

Scharenberg, Albert 2013: Der unvollendete Traum. Der „Marsch auf Washington“ und das radikale Vermächtnis Martin Luther Kings. New York: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Smith, Christian (Hg.) 1996: Disruptive religion. The Force of Faith in Social Movement Activism. New York & London: Routledge.

Staggenborg, Suzanne 1988: The Consequences of Professionalization and Formalization in the Pro-choice Movement. *American Sociological Review*, Jg. 53, H. 4, 585-605.

Teune, Simon 2008: „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ – Zur Forschung über soziale Bewegungen und Protest, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 49, H. 3, 528-547.

Weber, Max 1980 [1920]: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr.

Wunnicke, Christoph 2008: Fernziel Zivilgesellschaft. Die Selbstorganisation der kirchlichen Basisgruppen in der DDR. *Zeitschrift des Forschungsverbundes*, Heft 23, 113-135.

Die Zeugin und der Sündenbock. Zur informellen Ordnung sozialer Bewegungen

Andreas Pettenkofer

Um Protest zu erklären, braucht man ein tragfähiges Konzept der Sozialform politischer Bewegungen. Die derzeitige Protestforschung beschränkt sich meist auf ein Modell professionalisierter Organisationen.¹ Dagegen eröffnet die Frage nach ‚Schlüsselfiguren‘ (Leistner 2011) einen Zugang zur *informellen* Struktur sozialer Bewegungen, indem sie einer *rollentheoretischen* Strategie folgt. Begreift man Institutionen als Rollen-Ordnungen (und sieht den Formalisierungsgrad der Rollen sowie die Stabilität der entsprechenden Erwartungen wie auch der Bindung von Rolle und Person als variabel), dann wird es einfacher, Ordnungsbildung diesseits und jenseits formalisierter Strukturen zu beschreiben. Damit kann man die Frühphasen sozialer Bewegungen erfassen (die Verfestigung von Rollen in informellen Kommunikationskontexten ist ein erster Schritt zur Herausbildung stabiler Koordinationsmuster), aber auch stabilere Formen von Einfluss, die nicht auf formale Entscheidungsmacht zurückführbar sind. Das hilft, dem Umstand gerecht zu werden, dass Bewegungsorganisationen oft nicht professionalisiert sind und Bewegungen nicht nur aus Organisationen bestehen.

Im Folgenden präsentiere ich ein paar Überlegungen zur Ausarbeitung dieses Ansatzes. Dazu nutze ich einige Konzepte der klassischen Religionssoziologie – nicht, um Protestbewegungen für irrational zu erklären (auch wenn manche Beobachter religionssoziologische Kategorien zu genau diesem Zweck heranziehen), sondern weil die klassische Religionssoziologie die *allgemeinen* Funktionsbedingungen zugleich anspruchsvoller und informeller Koordinationsformen zum Thema macht. Diese Konzepte erlauben es erstens, in unterschiedlichen beobachtbaren ‚Schlüsselfiguren‘ Varianten eines einzigen Handlungsmodells zu erkennen: der Figur der Zeugin. Zweitens helfen sie

die Mechanismen zu erfassen, durch die sich solche Positionen in Protestbewegungen herausbilden und zum Ordnungserhalt in solchen Bewegungen beitragen. Ich stelle zuerst die Figur der Zeugin vor (1) sowie die – ähnliche Mechanismen auf anderem Wege in Gang setzende – Figur des Sündenbocks (2); danach diskutiere ich, warum die Frage nach Schlüsselfiguren keine individualistische, auf das kontingente Handeln herausgehobener Individuen abstellende Erklärungsstrategie bedeutet (3).

1 | Die Zeugin

Das Problem, von dem aus sich die Rolle der Zeugin begreifen lässt, ist das der Erfolgswahrscheinlichkeit, mit der Protestteilnehmer – gerade bei nicht oder schwach institutionalisierten Themen – typischerweise konfrontiert sind.² Die gängigen Strukturtheorien blenden diese Ungewissheit aus; sie kann aber regelmäßig einen Abbruch des Engagements motivieren. Wirkliche Stabilität erlangt ein solches Engagement nur durch Mechanismen, die ihm einen vom politischen Erfolg *unabhängigen* Sinn verleihen. Dabei kann dieser erfolgswahrscheinliche Sinn in Protestbewegungen kaum durch jene finanziellen Anreize gewährleistet werden, die in professionalisierten Organisationen solche Probleme zumindest mildern. Im Folgenden konzentriere ich mich auf eine andere mögliche Grundlage eines relativ erfolgsindifferenten Protesthandelns: die Bindungswirkung von Protestnormen.

Zeugenschaft kann zunächst darin bestehen, an vergangene Protesthandlungen zu erinnern. In seinem Buch über soziale Gedächtnisse schreibt Halbwachs (1985 [1925]: 371f.), dass „die Gesellschaft nur in Tatsachen, Personen und Ereignissen denken kann“. Auch die Bindungskraft einer Norm wird eher durch

einen Bericht über ein paradigmatisches Ereignis gestärkt als durch eine rationale Begründung. Gerade für Kooperationskontexte, in denen weder starke Sanktionen noch starke materielle Anreize zur Verfügung stehen, ist das wichtig. Darum gehören soziale Gedächtnisse seit längerem zu den prominenten ‚kulturwissenschaftlichen‘ Themen; auch die Protestforschung interessiert sich nun für das bewegungsinterne Geschichtenerzählen und befreit es als *struktureverhaltende* Tätigkeit (Fine 1995; Polletta 2006). Allerdings ist dieses Gedächtnis angewiesen auf Erzählende, die die entsprechende Vergangenheit glaubhaft verkörpern.³

Die Zeugentätigkeit kann aber nicht in erster Linie im Erinnern an Vergangenes bestehen; dann wäre sie dem Verdacht ausgesetzt, eine bloß *nostalgische* Haltung zum Ausdruck zu bringen. Hierzu seien zwei Beispiele aus dem westdeutschen Anti-AKW-Protest angeführt: Ende 1978 wird über Demonstrationen, die kaum zwei Jahre zurückliegen, gesagt: „Von Brokdorf und Grohnde wird in einer Art und Weise gesprochen, wie es sonst vielleicht alte Krieger tun: ‚Weiß‘de noch damals, Mann, waren das Zeiten!‘,“⁴; im Frühjahr 1984 heißt es, eine Großdemonstration in Brokdorf 1981 sei nun Gegenstand einer „verklärenden Erinnerung im 68er Stil“.⁵

Entscheidend ist ein *gegenwärtiges* Bezeugen. In seiner dramatischen Variante ist das wohlbekannt, v.a. in den verschiedenen Formen eines ‚Suizid‘-Aktivismus. Religiös geprägte Bewegungen nehmen solche Handlungsmodelle (Märtyrer, *shahid*) auch in ihre Selbstbeschreibungen auf; ein westeuropäisches Beispiel bietet die IRA (Pettenkofer 2008). Auch ‚gewaltfreie‘, d.h. im freiwilligen Erleiden von Gewalt bestehende Protestformen rechtfertigen sich – selbst wenn sie als Medienstrategien zum Ins-Unrecht-Setzen des Gegners motiviert sein mögen – oft als Formen des Zeugnis-Ablegens.

Das allgemeine Muster lässt sich hier gut erkennen: Immer geht es um ein Handeln, das exemplarisch die *richtige Praxis* vor Augen führt und dabei wesentlich ein Bezeugen der richti-

gen inneren Haltung ist. Die entsprechenden Handlungen müssen, um auf das Publikum so zu wirken, nicht von einer Mitteilungsabsicht angeleitet sein; eine Mitteilung muss hier wiederum nicht in verbaler Form geschehen, als Präsentieren verallgemeinerbarer Geltungsansprüche etc.; sie kann auch die Form des *Vorlebens* annehmen, mit Weber: der ‚exemplarischen Prophetie‘.⁶ Soweit sich diese Handlungen an ein Publikum richten, folgen sie also nicht dem Muster des strategischen Aushandelns; sie zielen nicht darauf, die Glaubwürdigkeit von Versprechen und Drohungen zu belegen, sondern darauf, die Festigkeit und die Richtigkeit der eigenen Überzeugung zu beweisen. (Wird ein Handeln als Beleg für das Vorliegen der jeweils hochgeschätzten Haltung akzeptiert, dann kann dies – im Rahmen dieses Verständnisses – als Beweis für die Richtigkeit dieses Handelns und seiner Voraussetzungen wirken, und dann auch als Aufforderung, ebenfalls so zu handeln.) Die Bereitschaft, das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, ist eine Extremvariante eines solchen Handelns, das als Ausdruck eines rechtfertigenden inneren Zustands gilt. In diesem Rahmen kann auch ein *gescheitertes* Engagement motivieren, da gerade die Bereitschaft, das Scheitern auf sich zu nehmen, als Beleg der richtigen Haltung gelten kann – vgl. den Mobilisierungseffekt des irischen Osteraufstands von 1916, in dessen Folge die IRA entsteht. Die Logik des Zeugnis-Ablegens hilft also zu erklären, warum Repression Protest nicht immer hemmt.

Hier nur Akteure in den Blick zu nehmen, die zumindest ihr Leben riskieren, wäre aber eine Verengung aufs Spektakuläre, mit der man die Reichweite der entsprechenden Mechanismen übersähe. Schon in religiösen Bewegungen können sehr unterschiedliche Handlungen als Zeugnis-Ablegen gelten – im US-Abolitionismus etwa der Verzicht auf Sklaven und schon der Verzicht auf Alkohol (Young 2006). Auch in der Binnenkommunikation moderaterer säkularer Bewegungen stößt man rasch auf lobende Attribute, die solche rechtfertigenden inneren Zustände benennen (‚Entschlossenheit‘,

„Radikalität“, „Konsequenz“). Art und Grad der Bemühungen, die als geeignete Belege solcher Eigenschaften akzeptiert werden, können wiederum sehr unterschiedlich ausfallen. Auch in diesen minder spektakulären Varianten führt dieses Muster zur Entstehung herausgehobener Positionen und wirkt so strukturerhaltend. Die Mechanismen, die dazu beitragen, benennt die klassische Religionssoziologie. Sie basieren zunächst darauf, dass das entsprechende Handeln für die Beteiligten *zusätzliche* Bedeutungen gewinnt.

(a) Zunächst kann es den Sinn einer Selbstvergewisserung erlangen. Diesen Mechanismus beschreibt Weber (1920): In religiösen Kontexten ist es für die Beteiligten letztlich immer ungewiss, ob sie über die geforderten „inneren“ Eigenschaften verfügen. Das führt zur Suche nach Handlungen mit Beweiswert. Jede Handlung, die als Zeugnis-Ablegen anerkannt wird, bietet den Handelnden zugleich diesen Beweiseffekt; das schafft ein Zusatzmotiv, diese Handlungen zu vollziehen. Auch in säkularen Protestbewegungen kann ein solcher Selbstvergewisserungsbedarf entstehen: Je umfassender sich eine Gruppe gegen die bestehende Ordnung richtet, desto mehr müssen die einzelnen Beteiligten nicht nur an den anderen Mitgliedern, sondern auch an sich selbst zweifeln, was die Festigkeit dieser Ablehnung angeht; desto mehr müssen sie sich beweisen, dass sie tatsächlich an die Protestnormen gebunden sind. Das kann einen eigenständigen Grund zum Engagement liefern, der nicht unbedingt der Erwartung eines politischen Nutzens bedarf. Schon weil diese Handlungen sich also auch dort, wo sie einer Ausdrucks- und Beweisabsicht folgen, nicht in erster Linie an ein *Publikum* wenden müssen, sind sie nicht mit einem Modell des strategischen *Framing* zu erfassen.

(b) Diese serienweise auftretenden Beweis-handlungen können von den anderen Beteiligten als Signale verstanden werden, die – vermittelt über eine dadurch erzeugte Gemeinsamkeitswahrnehmung – die Geltung der Protestnorm bekräftigen.⁷

(c) Gerade diese Bestätigung der Protestnorm kann die Selbst- und Fremdzweifel daran steigern, dass der Norm Genüge getan wird. Dadurch können Hierarchisierungsprozesse in Gang kommen, die zur Entstehung zumindest lokal herausgehobener Zeugen-Positionen führen. Aus der Vorstellung einer „ungleichen religiösen Qualifikation der Menschen“ entsteht „eine Tendenz aller intensiven Religiosität zu einer Art von ständischer Gliederung gemäß den charismatischen Qualifikationsunterschieden“ (Weber 1920: 259).⁸ Auch unter säkularen Bedingungen führt der Zweifel, ob die Bindung an die Protestnorm stark genug ist, zum Eindruck ungleich verteilter Qualifikationen und darum zur internen Hierarchisierung noch dort, wo die Beteiligten sich als antihierarchisch eingestellt verstehen. (Diese Autorität betrifft eher die Geltung von Kriterien als die Entscheidungen, die aus diesen Kriterien abgeleitet werden, verkürzt also kaum die typischen zeitaufwändigen Entscheidungsprozesse.) Solche Hierarchisierungen fördern zugleich jene in Protestbewegungen oft anzutreffende permanente Statuskonkurrenz, mit der Dauerfrage, wer wirklich dazugehört.

Die so entstehenden Zeugen-Positionen tragen dazu bei, die genannten Mechanismen auf Dauer zu stellen und dadurch einen selbsttragenden Stabilisierungsprozess am Laufen zu halten, der auch ohne Organisation funktioniert. Erstens lassen sie jene von Mead (1964 [1925]) beschriebenen Situationen wahrscheinlicher werden, die das Verhalten der Beteiligten ändern, indem sie ihnen eine Perspektive auf ihr eigenes Handeln nahebringen, die zunächst die des Kooperationszusammenhangs im Ganzen ist (und nur nachrangig die eines anderen Individuums); die Zeugin repräsentiert in der Situation die Perspektive des Kooperationszusammenhangs.⁹ Zweitens erleichtert die Zeugin, weil sie die geteilten Normen sichtbar verkörpert, das In-Gang-Kommen von Prozessen, in denen die anderen Protestteilnehmer einander signalisieren, dass sie an die Protestnorm gebunden sind. Über die Proteste nach dem Attentat auf Rudi Dutschke berichtet

Baumann (1975: 40f.): „Ostern 68 [...] war unsere große Chance, weil es von allen gleich erlebt wurde, weil es eben gerade die Person Rudis war. Wenn es irgendjemand anders gewesen wäre, ein Unbekannter oder so, wäre es natürlich nie so geworden. [...] Darüber war das ein spontanes Erleben, irrsinnig stark.“ Dutschkes Status erzeugt nicht nur eine tatsächliche Gemeinsamkeit unter den Beteiligten; er ermöglicht es ihnen zu unterstellen, dass diese Gemeinsamkeit tatsächlich besteht, und schafft so einen euphorischen Bestätigungseffekt. Drittens kann die Zeugin, die fortwährend Verhaltenserwartungen signalisiert, bei den Protestteilnehmern jene Selbstzweifel fördern, die zum Protest als Beweishandlung motivieren. Diese Mechanismen können auch diesseits und jenseits formaler Organisationen wirksam werden: einerseits in überschaubaren Kommunikationskontexten (wie Fabriken, Universitäten, Stadtvierteln, besetzten Plätzen), wo ‚Zeugen‘ schon vor der Gründung formaler Organisationen, aber auch über Gruppengrenzen hinweg wirken; andererseits durch Verbreitungsmedien – neue Medientechnologien wie YouTube erleichtern ein nicht über Organisationskanäle vermitteltes Zeugnis-Ablegen. Die Zeugin kann aber auch als Organisationsmitglied Spenden einwerben, gerade von Ex-Protestteilnehmern, denen das Engagement, an das sie nicht mehr recht glauben, doch weiter wichtig bleibt – nach dem Muster, das Davie (2000) als *vicarious religion* fasst.¹⁰

Die Zeugen-Tätigkeit – das glaubhafte Verkörpern der Protestnorm – ist für diverse ‚Schlüsselfiguren‘, die sich in Protestbewegungen zeigen (vgl. Leistner 2011), wesentlich. Sie lassen sich als Typen von Zeugen rekonstruieren – mit Spezialisierungen auf Sozialisationsaufgaben (*Mentorin*), auf spezifische Gedächtnisfunktionen (*Pionier* und *Veteranin*, die eine bestimmte Weise beglaubigen, die Protestgeschichte zu erzählen) oder auf eine Tätigkeit als Stellvertreterin; dabei kann es um die Repräsentation des Bewegungskerns gegenüber lokalen Aktivist:innen gehen, um die der lokalen Betroffenen gegenüber dem Bewegungskern

oder um die der Anhänger einer alternativen Deutung des skandalisierten Problems gegenüber anderen Protestierenden (*Vernetzer*, *Vermittlerin*, *Fürsprecherin*, *Vordenker*). Bei jeder dieser Stellvertreter-Tätigkeiten geht es zunächst um *Übersetzungsleistungen*; deren Erfolg ist immer auf einen Übersetzer angewiesen. (So beschreibt Fuchs (2009) den Dalit-Aktivist:innen Bhimrao Ambedkar, der die Situation der indischen ‚Unberührbaren‘ im Lichte einer neuen Buddhismus-Aneignung deutet und dadurch einen neuen Politisierungsschub in Gang setzt.¹¹) Dieser Übersetzer kann nur Erfolg haben, wenn er als Zeuge wirkt, d.h. eine bestimmte Auslegung der Protestnorm gegenüber einem bestimmten Publikum glaubwürdig vertritt.

Aus der strukturellen Angewiesenheit sozialer Bewegungen auf Zeugen-Figuren ergeben sich auch spezifische Repressions- und Destabilisierungsmöglichkeiten. Da die Zeugen-Rolle einem Normtyp unterliegt, der nie nur einzelne Handlungen in den Blick nehmen lässt, sondern immer die ganze Person, berührt jeder *Verdacht* eines nennenswerten Fehlverhaltens die Fähigkeit, Zeugnis abzulegen. Ein jüngeres Beispiel bietet die unter den prinzipiell Sympathisierenden geführte Debatte über den Wikileaks-Aktivist:innen Julian Assange: Verdient eine Organisation, die Informationen über eine problematische Kriegspolitik an die Öffentlichkeit bringt, noch Unterstützung, wenn einer der Hauptbeteiligten mit einem Vergewaltigungsvorwurf konfrontiert ist? Hat diese Person noch Anspruch auf Schutz vor Repression, solange der Verdacht nicht ausgeräumt ist?

2 | Der Sündenbock

Die beschriebenen Mechanismen werden noch durch eine weitere ‚Schlüsselfigur‘ gestützt, die sich nicht als Variante des Zeugen begreifen lässt. Der Sündenbock demonstriert einerseits, wie man sich *nicht* verhalten soll; andererseits gibt er den übrigen Beteiligten u.U. erst die Möglichkeit, selbst Zeugnis abzulegen. Schon Durkheim (1988 [1893]) dis-

kutiert den Mechanismus einer Normstabilisierung, die auf wechselseitigen Gemeinsamkeitswahrnehmungen aufbaut, zuerst am Fall der kollektiven Reaktion auf ein Verbrechen – wobei es ihm auch hier darum geht, wie sich nichtformalisierte, nichthierarchische Kooperationskontexte stabilisieren: Der Verbrecher gefährdet die Ordnung nicht, sondern *erhält* sie, weil er den Angehörigen des Publikums Gelegenheit zu Beweishandlungen gibt. Aufgrund der Normverletzung können sie „sich gegenseitig [...] bezeugen, [...] dass dieser besondere Fall“ – das Verbrechen – „eine Anomalie ist“, und einander so „gegenseitig versichern, dass sie noch immer im Einklang stehen.“ (ebd. 153) Gerade der Normverletzer ermöglicht den Beweis, dass die Norm immer noch allgemein geteilt wird, und damit auch den sozialen Beweis für die *Richtigkeit* der Norm. Dafür kommt es nicht darauf an, dass der als Normverletzer Geltende die Tat begangen hat; solange die Beteiligten ihn für den Täter halten, sind diese ordnungsstützenden Beweishandlungen möglich. (Das kann auch dazu führen, dass die Beteiligten kein allzu großes Interesse daran entwickeln, die Frage der tatsächlichen Verantwortung zu klären.) Insofern liegt es nahe, diese Rolle als die des Sündenbocks zu bezeichnen – selbst in den Fällen, in denen er die Ordnung nicht auch dadurch erhält, dass er eine individuelle Zurechnung von Problemen ermöglicht, die sich aus dem allgemeinen Koordinationsmuster ergeben. Sündenböcke können strategisch hergestellt werden; entscheidend ist aber, dass der Mechanismus auch *ohne* zentrale Steuerung in Gang kommen kann.

3 | Warum das Konzept ‚Schlüsselfiguren‘ nicht für einen individualistischen Ansatz steht

Die Aufmerksamkeit für ‚Schlüsselfiguren‘ läuft nicht auf die These hinaus, es komme eben auf die einzelnen Menschen an. Schon Webers Charisma-Konzept beschreibt Folgen von *Zurechnungsprozessen*.¹²

Zurechnung bedeutet erstens Selektionswirkung kultureller Kriterien: Ob ein Individuum einen entsprechenden Status erlangt, ergibt sich aus den Bewertungs- und Glaubwürdigkeitskriterien des Protestzusammenhangs. Das gilt schon für die Erzählerin, die eine bestimmte Vergangenheit verkörpert. Zwar kontrastiert die Diskussion über soziale Gedächtnisse manchmal ein ‚kommunikatives‘, von lebenden Zeugen getragenes Gedächtnis mit einem ‚kulturellen‘ Gedächtnis (Assmann 1992); aber auch die soziale Wirkung lebender Sprecher hängt von kulturellen Glaubwürdigkeitskriterien ab.¹³ Es gilt gleichermaßen für den Status des Zeugen und des Sündenbocks. Diese Kriterien betreffen auch die Details des Interaktions- und Kommunikationsstils, die als Anzeichen der richtigen inneren Haltung gelten; die Zeugin ist eine Protestteilnehmerin, die diese Regeln – etwa Regeln der Gefühlsdarstellung (Hochschild 1979) – *virtuos* beherrscht.¹⁴

Für den Status des Zeugen genügt es also nicht, dass ein Protestteilnehmer selbst von einer Logik des Zeugnis-Ablegens angetrieben wird; sein Verhalten muss als Zeugnis-Ablegen *anerkannt* werden.¹⁵ Dass beides nicht zusammenfallen muss, zeigt z.B. die Parteikarriere von Petra Kelly (Richter 2010). Übersehen werden kann dieser Unterschied – auch von den Betroffenen selbst – einerseits wegen der Kriterien der Massenmedien, die besonders ausdrucksstarke Protestteilnehmer in den Vordergrund rücken; andererseits, weil die betroffene Person in einer *anderen* Rolle anerkannt wird – wie Petra Kelly wohl beim Großteil der Partei ihre begrenzte Akzeptanz nicht als Symbolfigur gewann, sondern als engagierte und vergleichsweise effiziente Wahlkämpferin und Organisatorin, dabei aber unter einem tragischen Missverständnis ihrer Akzeptanzgrundlage litt.

Weil sich solche kulturellen Anforderungen selten ganz erfüllen lassen, ist das erfolgreiche Besetzen einer Zeugen-Position oft auch ein Ergebnis aufwändiger Darstellungsleistungen. Beispiele wären das systematische Durchprobieren unterschiedlicher Bilder beim Aufbau-

en Hitlers zum Gesicht der Bewegung (Herz/Till 1994), wie auch der mit der Ethnologin Elisabeth Burgos (1984) verfasste Bericht der späteren Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú über ihre Erfahrungen mit der Militärdiktatur in Guatemala: Der Versuch, an *einer* Lebensgeschichte, zudem einer *jungen* Frau, exemplarisch das *ganze* Leiden der lokalen Armutsbevölkerung vor Augen zu führen, erfordert einiges an Konstruktionsarbeit. (Dies ermöglicht es skeptischen Beobachtern, die nicht leicht zu beantwortende Frage aufzuwerfen, ob und in welchem Sinne der Zeugenbericht eine *wahre* Geschichte erzählt; auch in dieser Hinsicht ergibt sich aus der der strukturellen Angewiesenheit sozialer Bewegungen auf Zeuginnen zugleich ein Destabilisierungspotential.¹⁶) Wie die Beispiele zeigen, kann die Darstellungsarbeit nicht unbedingt vom betroffenen Individuum allein geleistet werden – oft ist der Zeuge auch in diesem Sinne ein *kollektives* Produkt.

Zurechnung bedeutet zweitens Eigenleistung des Kommunikationszusammenhangs. Deutlich sieht man das bei der Aufwertung Rudi Dutschkes zur Symbolfigur der westdeutschen Studentenbewegung: Im Sozialistischen Deutschen Studentenbund war Dutschke – auch wenn seine Medienprominenz den gegenteiligen Eindruck weckte – hochumstritten (vgl. Karl 2003). Erst nach dem Attentat erlangt er, schlechthin ohne eigenes Zutun, jene Position des allgemein anerkannten Zeugen, die auch spätere erratische Auftritte kaum schwächen können. Ohnehin ist ein Übernehmen der entsprechenden Rolle für eine Erfüllung der genannten Funktionen nicht nötig. Beim Sündenbock wäre die Identifikation mit der Rolle sowieso unwahrscheinlich. Der Adressat mag die Zuschreibung annehmen, dass er bestimmte Normen nicht einhalten kann; damit übernimmt er noch nicht die Perspektive des Sündenbocks – das ist nur unter Sonderbedingungen möglich.¹⁷ Auch bei der Rolle des Zeugen fragt sich, ob der Authentizitätseffekt nicht gefährdet ist, wenn die Erfüllung dieser Rolle bewusst angestrebt

wird (Boltanski/Thévenot 2007: 127ff.). Das dürfte gerade dort gelten, wo bereits eine Spannung zwischen einem antihierarchischen Programm und der Entstehung herausgehobener Zeugen-Positionen herrscht.

Jenseits solcher Fragen nach Zurechnungsprozessen wäre jeweils zu vermuten, dass die Zeugin den geltenden Kriterien deshalb entspricht, weil sie auf das eigene Verhalten in besonders konsequenter Weise die Perspektive des Protestzusammenhangs einnimmt. Das kann im Prinzip aus einer kalkulierenden Distanz heraus geschehen. Zu fragen wäre aber, wie lange sich das durchhalten ließe, ohne dass die Beteiligten von der eingeübten Perspektive affiziert werden; und oft auch, worin – wenn es nicht um versteckte Polizeiermittler geht – der *Anreiz* für solche inszenierten Perspektivübernahmen bestehen könnte. Insofern wäre damit zu rechnen, dass diese ‚Schlüsselfiguren‘ meist Produkte einer besonders erfolgreichen bewegungsinternen Sozialisation sind und auch insofern an einem Prozess rekursiver Stabilisierung teilhaben. Auch darum hilft das Ansetzen bei solchen Figuren, die informelle Ordnung sozialer Bewegungen genauer zu erfassen.

Andreas Pettenkofer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt. Arbeitsschwerpunkte: soziologische Theorie, Protest, Vertrauen. Kontakt: andreas.pettenkofer@uni-erfurt.de

Anmerkungen

- ¹ Auf dieses Problem reagieren auch neuere zeithistorische Versuche, bei der Erforschung der Protestbewegungen der 1970er das Milieukonzept wieder aufzuwerten (Reichardt/Siegfried 2010).
- ² Den Bezug zum Problem der Ungewissheit betont schon Leistner (2011). Allgemeiner zur Rolle des Ungewissheitsproblems sowie zur weitgehenden Ausblendung dieses Problems in den Erklärungsstrategien der Protestforschung vgl. Pettenkofer (2010); dort

auch eine genauere Darstellung des im Folgenden skizzierten Erklärungsansatzes (der sich durch das Konzept der Schlüsselfiguren noch weiter ausarbeiten ließe). Ausprobiert wurde dieser Ansatz in einer Fallstudie zur Entstehung einer ‚grünen‘ Politik (Pettenkofer 2014).

³ Herda-Rapp (1998: 349) beschreibt die Bürgerrechtsaktivistin Hattie Kendrick als eine solche Erzählerin.

⁴ Atomexpresß 10, November 1978, 35.

⁵ Atomexpresß 39, Mai 1984, 50.

⁶ Dieses Konzept nutzen auch Touraine u.a. (1980: 337f.) in ihrer Studie über die französische Anti-AKW-Bewegung, allerdings v.a. zu polemischen Zwecken.

⁷ Diesen Mechanismus beschreibt Durkheim in seiner Religionssoziologie (1981 [1912]). Weber berücksichtigt, aufgrund einer zugespitzt individualistischen Theorieanlage, die Bedeutung des Füreinander-Bezeugens nicht.

⁸ Das ist die Pointe von Webers oft missverstandenen Charisma-Konzept: Es soll erklären, warum sich in antihierarchischen Gruppen hierarchische Koordinationsmuster bilden. Die „plebiszitäre Führerdemokratie“ begreift Weber (1972 [1920]: 842f.) als Mischform ‚charismatischer‘ und ‚bürokratischer‘ Machtausübung.

⁹ Zum ordnungstheoretischen Nutzen des Perspektivübernahme-Konzepts vgl. auch Pettenkofer (2013).

¹⁰ Für den Hinweis danke ich Monika Wohlrab-Sahr.

¹¹ Zum Kontext siehe Fuchs (1999).

¹² Das wird oft vernachlässigt. Ein Beispiel für eine konsequente Nutzung des Konzepts – und einer wichtigsten neueren Beiträge zur historischen Protestforschung – ist der erste Band von Kershaws Hitler-Biographie (1998), der zeigt, wie sich im Zuge der Institutionalisierung einer Protestbewegung die öffentliche Figur ‚Hitler‘ schrittweise herausbildet.

¹³ Zum Problem der kulturellen Glaubwürdigkeit solcher persönlichen Zeugnisse vgl. Beim/Fine (2007).

¹⁴ Empirisch bei den ‚Schlüsselfiguren‘ ansetzen, hilft darum auch, die jeweils wirksamen Regeln – die Details der geltenden Rechtfertigungsordnung – zu erkennen.

¹⁵ Den Unterschied zwischen einer biographischen Logik und der sozialen Logik dieser ‚Schlüsselfiguren‘ betont auch Leistner (2011).

¹⁶ Vgl. die allerdings polemisch eingefärbte Studie von Stoll (2004) und die Beiträge in Arias (2001).

¹⁷ Für eine literarische Annäherung an einen solchen Fall vgl. Koestler (2005 [1940]), der erzählt, wie eine leninistische Partei ein Mitglied dazu bringt, die Rolle des Sündenbocks anzunehmen; zur Figur des freiwilligen Sündenbocks vgl. v.a. 213ff.

Literatur

Arias, Arturo (Hg.) 2001: *The Rigoberta Menchú Controversy*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Assmann, Jan 1992: *Das kulturelle Gedächtnis*. München: Beck.

Baumann, Bommi 1975: *Wie alles anfang*. München: Trikont.

Beim, Aaron/Fine, Gary Alan 2007: *Trust in Testimony: The Institutional Embeddedness of Holocaust Survivor Narratives*. In: *Archives européennes de sociologie*, Jg. 48, H. 1, 55-75.

Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent 2007: *Über die Rechtfertigung*. Hamburg: Hamburger Edition.

Burgos, Elisabeth 1984: *Rigoberta Menchú. Leben in Guatemala*. Bornheim-Merten: Lamuv.

Davie, Grace 2000: *Religion in Modern Europe*. Oxford: Oxford UP.

Durkheim, Emile, 1981 [1912]: *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Durkheim, Emile 1988 [1893]: *Über soziale Arbeitsteilung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fine, Gary Alan 1995: *Public Narration and Group Culture*. In: Johnston, Hank/Klan-

dermans, Bert (Hg.): *Social Movements and Culture*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 127-143.

Fuchs, Martin 1999: Kampf um Differenz. Repräsentation, Subjektivität und soziale Bewegungen: Das Beispiel Indien. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fuchs, Martin 2009: Reaching out; or, Nobody Exists in One Context Only – Society as Translation. In: *Translation Studies*, Jg. 2, H. 1, 21-40.

Halbwachs, Maurice 1985 [1925]: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Herda-Rapp, Ann 1998: The Power of Informal Leadership: Women Leaders in the Civil Rights Movement. In: *Sociological Focus*, Jg. 31, H. 4, 341-355.

Herz, Rudolf/Till, Wolfgang (Hg.) 1994: *Hoffmann und Hitler. Fotografie als Medium des Führer-Mythos*. München: Klinkhardt u. Biermann.

Hochschild, Arlie Russell 1979: Emotion Work, Feeling Rules, and Social Structure. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 85, H. 3, 551-557.

Karl, Michaela 2003: *Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution*. Frankfurt a.M.: Neue Kritik.

Kershaw, Ian 1998: *Hitler. 1889-1936*. Stuttgart: DVA.

Koestler, Arthur 2005 [1940]: *Sonnenfins-ternis*. Hamburg: Rotbuch.

Leistner, Alexander 2011: Sozialfiguren des Protests und deren Bedeutung für die Entstehung und Stabilisierung sozialer Bewegungen: Das Beispiel der unabhängigen DDR-Friedensbewegung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* Jg. 12, H. 2 nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs-1102147.

Mead, George Herbert 1964 [1925]: The Genesis of the Self and Social Control. In:

Selected Writings. Chicago: University of Chicago Press, 267-293.

Pettenkofer, Andreas 2008: Die Politik des Martyriums. Ein kulturosoziologischer Blick auf die IRA. In: *Bonacker, Thorsten/Greshoff, Rainer/Schimank, Uwe* (Hg.): *Sozialtheorien im Vergleich. Der Nordirlandkonflikt als Anwendungsfall*. Wiesbaden: VS, 53-83.

Pettenkofer, Andreas 2010: Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen. Frankfurt a.M.: Campus.

Pettenkofer, Andreas 2013: Das soziale Selbst und die Macht der Struktur. Mead und das Mikro-Makro-Problem. In: *Nungesser, Frithjof/Ofner, Franz* (Hg.), *Potentiale einer pragmatistischen Sozialtheorie*. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 12 (i.E.).

Pettenkofer, Andreas 2014: Die Entstehung der grünen Politik. *Kulturosoziologie der westdeutschen Umweltbewegung*. Frankfurt a.M.: Campus (erscheint demnächst).

Polletta, Francesca 2006: *It was Like a Fever: Storytelling in Protest and Politics*. Chicago: University of Chicago Press.

Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef 2010: *Das alternative Milieu*. Göttingen: Waldstein.

Richter, Saskia 2010: *Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly*. München: DVA.

Stoll, David 2004. *Rigoberta Menchú and the Story of All Poor Guatemalans* (2. erw. Aufl.). Boulder: Westview.

Touraine, Alain/Hegedus, Zsuzsa/Dubet, François/Wieviorka, Michel 1980: *La prophétie antinucléaire*. Paris: Seuil.

Weber, Max 1920: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie 1*. Tübingen: Mohr.

Weber, Max 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft* (5. Aufl.). Tübingen: Mohr.

Young, Michael P. 2006: *Bearing Witness against Sin: The Evangelical Birth of the American Social Movement*. Chicago: University of Chicago Press.

Schlüsselfiguren statt Führer: Zur (Selbst-)Steuerung sozialer Bewegungen

Dieter Rucht

In formaler Hinsicht sind soziale Bewegungen mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen. Als solche haben sie kein Zentrum mit einer hierarchischen Spitze, von der aus das Ganze gesteuert oder gar kommandiert werden könnte. Gleichwohl bilden sich in informellen Gruppen und erst recht in formalen Organisationen bestimmte Funktionen und Rollen heraus, die einigen Mitgliedern mehr Anerkennung und Einfluss zuweisen als allen übrigen. Im englischsprachigen Raum wird dafür meist der Begriff *leader* verwendet, während der Begriff Führer¹ im deutschen Sprachraum historisch belastet ist und somit eher gemieden wird.

Der Begriff des Führers hat den Vorzug der Klarheit. Er bezeichnet Macht über die Geführten (Gefolgschaft, Nachgeordnete, Untergebene usw.). Aber er unterstellt zumeist ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis und bleibt indifferent gegenüber diversen herausgehobenen Schlüsselfiguren in bewegungszugehörigen Gruppen, Organisationen und Netzwerken.

In diesem Beitrag werde ich zunächst einige in der Literatur vorhandene Konzepte von Führung in sozialen Bewegungen sichten, um dann eine Systematisierung von üblicherweise mit Führung assoziierten Schlüsselfunktionen vorzustellen. Im zweiten Teil werden anhand empirischer Beispiele die Notwendigkeit, Relevanz und Problematik von personengebundenen Schlüsselfunktionen diskutiert. Dabei vertere ich die These, dass das Konzept der Führung die differenzierten Steuerungsleistungen in sozialen Bewegungen nicht angemessen erfasst und zugunsten eines Konzeptes multipler Schlüsselfunktionen aufgegeben werden sollte.

1 | Führung in sozialen Bewegungen – Systematisierung

Als weit gespannte Netzwerke unter Einschluss sehr verschiedener Formelemente stehen soziale Bewegungen in besonderem Maße vor dem Problem, praktikable Entscheidungsstrukturen und angemessene symbolische Repräsentationen für ihre kollektive Identität zu entwickeln. Eine mögliche Lösung dafür ist die Konzentration dieser Funktionen auf kleine Personenkreise oder gar einen singulären Exponenten – prototypisch den charismatischen Führer. In diesem Fall besteht, einer weithin geteilten Wahrnehmung zufolge, die duale Konstellation von (agitatorischem) Führer und (emotionalisierter) Gefolgschaft, wie sie in der urteilsbehafteten Massenpsychologie des ausgehenden 19. Jahrhunderts als Grundmuster sozialer Bewegungen beschrieben wurde (König 1992). Erst der Führer, so die Annahme, verleiht der amorphen, durchwegs negativ charakterisierten Masse² Richtung und Schwung.

Die schematische Konstellation von einem Führer, der alle Schlüsselfunktionen auf sich vereinigt (*composite leader* in der Terminologie von Lasswell 1930), und seiner mehr oder weniger willfähigen Gefolgschaft trifft allenfalls auf Ausnahmesituationen zu. Eine erste, wenngleich noch einfache Differenzierung von Führungsfunktionen bietet das Konzept von dual leadership (Verba 1961; Etzioni 1965). Ihm liegt die Unterscheidung von instrumentellen und expressiven Funktionen sozialen Verhaltens zugrunde. So wird, etwa mit Blick auf archaische Stämme, die Rollentrennung von Häuptling und Medizinmann betont. In die Zuständigkeit des Häuptlings fallen zum Beispiel Fragen der Kriegsführung, die Schlichtung von Streitigkeiten sowie alltagspraktische Entscheidungen. Hingegen ist der Medizin-

mann für die Behandlung von Krankheiten und für die spirituelle Festigung der Gemeinschaft zuständig. Eine solche doppelte Führung kann auch in komplexen Gesellschaften, zum Beispiel im Nebeneinander und der Machtkonkurrenz von mittelalterlichem Königtum und Papsttum, einen institutionellen Ausdruck finden.

Eine anders angelegte Unterscheidung bietet Gusfield (1963 und 1966), der auf die „mobilization function“ und „articulation function“ von Führung hinweist. In ähnlicher Weise haben Roche und Sachs (1955) mit Blick auf die britische Labour Party den *leadership style* des „enthusiast“ und des „bureaucrat“ unterschieden. Dem entspricht in etwa die Gegenüberstellung einer charismatischen und institutionellen Führerschaft (Heberle 1951: 287).

Am bekanntesten ist wohl Max Webers Trilogie von Herrschaftsformen (traditional, legal-bürokratisch, charismatisch), die nicht auf die Funktion, sondern auf die Geltungsgrundlage von Führerschaft ausgerichtet ist (1976: 124ff.). Führung bedeutet für Weber, kämpferisch für eine überpersönliche Sache einzutreten und volle Verantwortung zu übernehmen. In Bezug auf soziale Bewegungen wird meist nur der Webersche Typus charismatischer Führung aufgegriffen, obgleich es für diese Verengung kaum gute Gründe gibt. Dass sich soziale Bewegungen auf Dauer stellen und veralltäglichen können, ist mit der Figur des Charismatikers schwer vereinbar. So wurde bereits frühzeitig festgestellt, dass mehr als ein Führungstypus in einer Bewegung vorkommen kann (Blumer 1946; Gusfield 1963). In Webers Trilogie ist implizit die bedeutsame Unterscheidung von institutionalisierter (legal-rational) und nicht institutionalisierter Führung (charismatisch) angelegt. Dagegen fällt es schwer, in gleicher Weise den Typus traditionaler Herrschaft zu klassifizieren. Traditionale Herrschaft kann auf Überlieferung und Gewohnheit jenseits von gesetzten Regeln beruhen; andererseits muss aber jede Form von Herrschaft durch Rituale bekräftigt und insofern institutionalisiert werden.

Turner und Killian wandeln mit ihrer Typisierung von *charismatic*, *intellectual* und *administrative leader* (1957: 992) die Webersche Trilogie etwas ab, scheinen aber dabei Webers Differenzierungskriterium, die Art der Geltungsgrundlage von Herrschaft bzw. Führung, aus dem Blick zu verlieren. John Wilson (1973) dagegen benennt die unterschiedlichen Klassifikationskriterien von Geltungsgründen vs. funktionalen Herausforderungen. Indem er Fragen der Führung sozialer Bewegungen in einem Kapitel zu „The Problem of Goal-Attainment“ behandelt, stellt er sie implizit in einem funktionalistischen Rahmen. Hierbei betont er die doppelte Herausforderung einer internen und externen Seite von goal attainment, zielen Bewegungen doch auf soziale und/oder personale Transformation (1973: 222). Im Hinblick auf die Interaktion zwischen Führer und Gefolgschaft – und in deutlicher Abgrenzung zu Weber – unterscheidet Wilson *charismatic*, *ideological* und *pragmatic leadership*, wobei er zu jedem Typus mehrere Beispiele anführt. Auch geht er, wie schon etliche Soziologen vor ihm, von einem Nebeneinander und einer Arbeitsteilung dieser Typen aus: „It is highly possible that any given movement will contain all three types of legitimation. No matter how much one particular movement becomes identified with one particular leader, control functions inevitably become dispersed across several aspects of the movement, each aspect fostering its own kind of legitimation.“ (1973: 221f.)

Kurt Lang und Gladys Engel Lang (1961) haben in ihrem grundlegenden und systematisch ausgerichteten Werk „Collective Dynamics“ Fragen der Führerschaft sowohl im breiteren Kontext kollektiven Verhaltens als auch in Bezug auf soziale Bewegungen relativ ausführlich behandelt. In beiden Fällen sind sie zudem auf Besonderheiten der Gefolgschaft eingegangen. Die Autoren bieten nützliche, auch heute noch aktuelle Hinweise auf Führerschaft als einem relationalem und emergentem Konzept. In der Fokussierung auf nicht-institutionalisierte, auf persönlichen Qualitätä-

ten beruhender Führerschaft unterscheiden die Autoren drei Typen: innovator, influential und agitator (letzterer in mehrere Unterkategorien aufgeteilt, ebd. 241-254). In den Abschnitten zu „Leadership in Social Movements“ wird in Anschluss an Dawson und Gettys (1935) eine etwas andere, nämlich auf Entwicklungsphasen zugeschnittene Typologie präsentiert.³ Neben dem Agitator, dem eine Schlüsselrolle „to stir things up“ in der Frühphase einer Bewegung zugeschrieben wird, nennen sie den Propheten als Verkünder einer Hoffnung gebenden Utopie in der zweiten Phase, den Administrator mit der Funktion „to co-ordinate the movement and to supervise its apparatus“ während der Wachstums- und Ausbreitungsphase, schließlich den Staatsmann als „the politician who adroitly moves within the realm of the possible and helps the movement to gain its objective“ in der Endphase der Bewegung (Lang/Lang 1961: 521).

Seit diesen frühen Veröffentlichungen von den 1950er bis zu den 1970er Jahren ist die Systematik von leadership in sozialen Bewegungen kaum weiter entwickelt worden, obgleich das Forschungsfeld insgesamt einen enormen Aufschwung erfahren hat. Somit kann auch heute noch von einem „virgin field“ (Wilson 1973: 221) gesprochen werden. Die meisten neueren breit angelegten Publikationen zu so-

zialen Bewegungen widmen dem Thema leadership keine besondere Aufmerksamkeit (Tarrow 1994; della Porta/Diani 1999; McAdam/Tarrow/Tilly 2001). Andere, speziell auf diese Thematik ausgerichtete Arbeiten referieren entweder die vorhandene Literatur zu leadership (z.B. Morris/Staggenborg 2004) oder präsentieren überwiegend einzelne Fallstudien (z.B. Barker/Johnson/Lavalette 2001). Eigenständige Konzeptionen fehlen jedoch.⁴

Für eine auf elementare Funktionserfordernisse von Bewegungen ausgerichtete Typologie von movement leaders bietet sich m. E. die Kombination zweier Dimensionen an: der vorrangige Einflussbereich (intern oder extern) und die vorrangige Handlungslogik (instrumentelle oder expressiv). In der dabei entstehenden Vierfelder-Matrix kann jeweils ein Führungstypus lokalisiert werden, der auf eine spezifische Schlüsselfunktion ausgerichtet ist (siehe Tabelle 1). Der Organisator ist primär für das bewegungsinterne instrumentelle Handeln, der Strategie für das nach außen gerichtete instrumentelle Handeln einschließlich des Umgangs mit den Opponenten zuständig. In der expressiven Handlungsdimension bedarf es zur internen Mobilisierung des Motivators; die symbolische Verkörperung und Repräsentation der Bewegung obliegt dem Repräsentanten.

Tabelle 1: Schlüsselfunktionen in sozialen Bewegungen

		<i>Primäre Funktion</i>	
		<i>Instrumentell</i>	<i>Expressiv</i>
<i>Primärer Aktionsraum</i>	<i>Intern</i>	Organisator	Motivator
	<i>Extern</i>	Strategie	Repräsentant

Quelle: Rucht 2012: 110

Als Schlüsselfunktionen werden hier besonders exponierte Aufgaben bezeichnet, die für den Erhalt einer sozialen Bewegung unverzichtbar sind und deren Erfüllung spezielle Eigenschaften bzw. Qualifikationen verlangt, welche nur relativ wenige Personen innerhalb einer Bewegung aufweisen. Wer eine derartige Schlüsselposition ein-

nimmt, hat, bezogen auf diese Funktion, mehr Einfluss und mehr Gewicht als alle übrigen Aktivisten einer Bewegung. Allerdings ist nicht vorausgesetzt, dass jede Schlüsselfunktion jeweils nur von *einer* Person wahrgenommen wird. Oft werden solche Funktionen von kleinen Teams oder Personen erfüllt, die an unterschiedlichen Kno-

tenpunkten eines Bewegungsnetzwerkes lokalisiert sind.

Diese obige Typologie ist rein klassifikatorischer Natur; sie gibt nicht darüber Auskunft, für welchen Bewegungstypus, in welchen Entwicklungsphasen und in welchen Problem- und Konfliktkonstellationen welche Funktion besondere Bedeutung erlangt. Erst mit der Behandlung solcher Fragen und einer entsprechenden Hypothesenbildung über kausale Zusammenhänge würde jedoch der Weg zur Theoriebildung beschritten (dazu Nepstad/Bob 2006). Dies kann hier nur in Ansätzen erfolgen.

Mit Blick auf die Gegenüberstellung von personal change movements und social change movements liegt es nahe, für erstere primär die extern orientierten Führungsrollen (und hier besonders die des Strategen), dagegen für letztere primär die intern orientierten Rollen (und hier besonders die des Motivators) zu betonen. Gleiches gilt für die ähnlich gelagerte Differenzierung von strategy-orientated und identity-orientated movements (Cohen 1985) bzw. von macht- und kulturorientierten Bewegungen (Raschke 1985).

Letztlich sind dies aber nur plausible Akzentuierungen und keine exklusiven Zuordnungen, müssen soziale Bewegungen doch grundsätzlich interne wie externe Herausforderungen meistern, sofern sie sich nicht in Nischen verharren wollen. Auch sollte die Gegenüberstellung von Strategie/Macht vs. Identität/Kultur nicht so verstanden werden, als handle es sich um ein Entweder/Oder. Machtorientierte, nach außen gerichtete Interventionen haben immer auch einen Formaspekt, welcher expressive Momente (etwa Symbolisierungen von Stärke, Entschlossenheit, Wut etc.) enthält. Zudem kommt Macht auch in Binnenbeziehungen, etwa bei internen Flügelkämpfen, zur Geltung. Umgekehrt ist expressives Verhalten fast nie nur spontaner Ausdruck von Befindlichkeiten, sondern beinhaltet auch strategische Momente, indem Expressivität in ihrer Wirkung nach innen und außen bedacht, zuweilen sogar mit Blick auf öffentliche Resonanzen regelrecht inszeniert wird.

Hinsichtlich der Typologie von liberation movement, equality-based movement und social responsibility movement (Morris/Braine 2001: 34ff.) kann vermutet werden, dass equality-based movements aufgrund ihrer Wertschätzung des Gleichheitsgedankens starken Führungsrollen und -personen, gleich welcher Ausprägung, kaum Raum bieten. Dagegen fällt es schwer, plausible Annahmen für die beiden verbleibenden Bewegungstypen zu formulieren. Gleiches gilt für reformistische und revolutionäre Bewegungen oder dazu quer liegende Typen wie etwa populistische Bewegungen. In all diesen Fällen mögen starke Führer akzeptiert oder sogar erwünscht sein. Aber es kann auch das Gegenteil zutreffen, sofern sich solche Bewegungen dem Modell der Graswurzeldemokratie und dem Egalitätsprinzip verschreiben.

Deziierte Hypothesen liegen jedoch nahe, sobald die Führungsrollen nicht mehr pauschal auf Bewegungstypen, sondern auf spezifische Herausforderungen bezogen werden, mit denen Bewegungen in bestimmten Situationen konfrontiert sind.

Organisatoren werden vor allem dann gebraucht, wenn Fragen der internen Ressourcenallokation oder der Qualifizierung von Aktivist*innen und Mitarbeiter*innen anstehen. Dies trifft in besonderer Weise dann zu, wenn Bewegungen innerhalb von kurzer Zeit einen enormen Zulauf erfahren, aber dieses neue, unerfahrene und oft auch heterogene Personal mit seinen hohen Erwartungen kaum einbinden können. Ein markantes Beispiel dafür war die Bürgerbewegung Neues Forum, die in der Wendephase der DDR 1989 förmlich von Sympathisanten überrannt wurde.

Strategen gewinnen besonders dann an Bedeutung, wenn sich ein Konflikt mit externen Kräften zuspitzt oder wenn grundsätzliche Entscheidungen über den weiteren Kurs und die Wahl der Mittel jenseits der taktischen Überlegungen anstehen. Ein Beispiel hierfür ist die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sich abspielende Auseinandersetzung innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung

einschließlich der SPD, ob sie einen revolutionären Kurs oder einen reformistischen Kurs einschlagen soll.

Motivatoren sind gefragt, wenn es darum geht, die eigene Anhängerschaft für anstehende Unterstützungsleistungen und Aktionen zu gewinnen und möglichst Hoffnung oder gar Begeisterung zu wecken. Das wird insbesondere dann relevant, wenn widrige Umstände herrschen, starke äußere Gegenkräfte vorhanden sind, innerhalb der Bewegung Zweifel an Sinn und Erfolgsaussichten einer Intervention laut werden sowie hohe Kosten und Risiken der Protestteilnahme bestehen.

Repräsentanten sind in Situationen wichtig, in denen Bewegungen ein Bild der Geschlossenheit bieten wollen, „autoritative“ Stellungnahmen erwartet werden und der Eindruck von Verantwortlichkeit, Zurechenbarkeit und Seriosität erzeugt werden soll.

Die obige Klassifikation ist nicht erschöpfend. So sind Konstellationen denkbar, in denen sich interne Spannungen zwischen rivalisierenden Strömungen abzeichnen, ohne dass eine autoritative Person oder Instanz vorhanden ist, die integrierend wirken könnte. Dies ist die Stunde von Mediatoren, Schlichtern und Brokern, die zwischen den Strömungen gerade deshalb vermitteln können, weil sie keiner Seite a priori zuzurechnen sind.

Eine andere Schlüsselrolle ist die des „organischen Intellektuellen“ – ein Konzept, das mit Gramsci populär geworden ist (dazu auch Zald/McCarthy 1978). Der Intellektuelle kann in unübersichtlichen Lagen theoretische Orientierung und Fundierung bieten, aktuelle Fragen in einen größeren historischen Kontext stellen und instruktive Vergleiche ziehen.

In Phasen einer tiefen Desorientierung oder beginnenden Zerfaserung einer Bewegung kann es wiederum wichtig werden, dass einer ganz außerhalb der laufenden Geschäfte stehenden Respektsperson – ein früher Vorkämpfer in der Sache, ein Urgestein, ein Doyen – eine Identität stiftende Rolle zuwächst. Das Wort dieser Person wird gehört, ihr Rat bedacht. Robert Jungk war eine solche Gestalt in einer Phase,

als Teile der Anti-Atomkraftbewegung in Deutschland an der Spannung zwischen Gewaltfreiheit und Militanz sich aufzureiben drohten.

2 | Führung und Schlüsselfunktionen in sozialen Bewegungen – Illustrationen

Die duale Konstellation von singulärem Führer und einer als „Masse“ erscheinenden Gefolgschaft wird in oberflächlichen Geschichtsbetrachtungen vor allem dort evoziert, wo sich Einzelpersonen selbst als heroische Führer inthronisiert und, zumindest phasenweise, zahlreiche Menschen begeistert und elektrisiert haben. Man denke an Lenin, Stalin und Hitler, aber auch an Führer religiöser oder ethnischer Gruppen.

Als Faustregel kann wohl gelten: Je weiter der Beobachter von seinem bewegungsförmigen Objekt entfernt ist, um größer ist auch die Versuchung, es durch eine Personalisierung zu visualisieren und zu etikettieren, wobei neben dem allfälligen typischen Anhänger auch vorgebliche Führungspersonen in das Blickfeld gerückt werden. Das zeigt sich nicht nur in einzelnen Bereichen eines tempogetriebenen und rechercheschwachen Journalismus, welcher zu einer Personalisierung einer ansonsten schwer fassbaren Bewegung neigt, sondern auch bei Versuchen von szenekundigen Ordnungshütern, auch dort „Rädelsführer“ ausfindig und dingfest zu machen, wo solche nicht existieren.⁵ Je näher dagegen Beobachter an ihren bewegten Gegenstand rücken, umso fragwürdiger werden auch einfache und auf Einzelpersonen gemünzte Zuschreibungen als Führer, Sprecher, Vordenker, Agitator, Rädelsführer, Chefstrategie, Macher, Bewegungsunternehmer und dergleichen.

Exponenten sozialer Bewegungen

Doch auch eine empirisch orientierte Bewegungswissenschaft, die das Zerrbild vom Führer amorpher Massenbewegungen zurückweist, kennt Fälle, in denen Einzelpersonen eine herausragende Rolle für die Richtung, Dynamik

und Repräsentation sozialer Bewegungen gespielt haben. Man denke an Simón Bolívar als Leitfigur für lateinamerikanische Unabhängigkeitsbewegungen im frühen 19. Jahrhundert, Emeline Pankhurst für die britische Suffragettenbewegung im frühen 20. Jahrhundert, Mahatma Gandhi für die indische Unabhängigkeitsbewegung in den 1940er Jahren, Martin Luther King für die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre und Nelson Mandela für die südafrikanische Anti-Apartheid-Bewegung. Hinzuweisen ist aber auch auf hierzulande weniger bekannte Personen wie Eliza Jane T. Thompson für das US-amerikanische Temperance Movement in den 1870er und 80er Jahren, Cesar Chavez für die kalifornische Landarbeiterbewegung in den 1960er Jahren (Jenkins 1985; Braun 2005), Ralf Nader für die US-amerikanische Verbraucherbewegung und Brice Lalonde für die französische Ökologiebewegung der 1970er Jahre.

Im Hinblick auf soziale Bewegungen in der Bundesrepublik fällt es schwer, Führungsfiguren mit großer Strahlkraft zu benennen. Aus journalistischer Warte würde wohl nur eine kurze Liste zustande kommen, etwa Rudi Dutschke für die Studentenbewegung und die Neue Linke, Petra Kelly für die Ökologie- und Friedensbewegung und Alice Schwarzer für die Frauenbewegung. Das sind jedoch Außenwahrnehmungen aus großem Abstand; sie verkennen, wie umstritten diese Personen innerhalb der jeweiligen Bewegungen waren und wie der bewegungsinterne Einfluss erst im Zuge ihrer medial erzeugten Prominenz gewachsen ist.

Das journalistische Bemühen, einer Bewegung durch Personalisierung gleichsam ein Gesicht zu geben, hält der Wirklichkeit nur selten stand. Faktisch zeichnen sich alle eben genannten Bewegungen durch ihre hohe Dezentralität und die Existenz eines losen Netzwerks vieler Schlüsselpersonen aus, welche jedoch nach außen hin kaum in Erscheinung getreten sind. Beispielsweise wäre im Falle der Ökologiebewegung der 1980er Jahre der Name Petra Kelly zu ergänzen durch Namen wie Jo Leinen, Hubert Weinzierl und Peter Willers.

Und neben solchen Strategen und Netzwerken innerhalb der Anti-Atomkraft- und Ökologiebewegung wären weitere Inhaber von Funktionsrollen zu benennen: als Vordenker und intellektuelle Leitfiguren etwa Robert Jungk und Carl Amery, als Exponenten eines gewaltfreien Flügels der Anti-AKW-Bewegung etwa Roland Vogt und Wolfgang Sternstein, als Vertreter eines offensiven Flügels etwa Fritz Störim und Jens Scheer. In gleicher Weise ließen sich Schlüsselpersonen für die Dritte-Welt-Bewegung, die Alternativbewegung, die Schwulenbewegung und für städtische Bewegungen benennen.

Nicht zu vernachlässigen sind auch einzelne Personen, die parallel oder sukzessive in einer ganzen Reihe von Bewegungen eine wichtige Rolle spielten, aber eher im Hintergrund wirkten. Exemplarisch dafür ist Klaus Vack, der als Ideengeber, Organisator und politischer Sekretär von seinen Jugendjahren bis ins hohe Alter in diversen linken Bewegungskontexten (Gewerkschaften, Jugendarbeit, Kriegsdienstverweigerung, Ostermärsche, Sozialistisches Büro, Komitee für Grundrechte und Demokratie) aktiv war. In Würdigungen seiner Person ist von „Fuhrmannsqualitäten“, „Engagement bis zum Umfallen“, „Stetigkeit“, „Beharrlichkeit“ und dergleichen die Rede (Komitee 1985). Mit Blick auf die oben vorgestellte Typologie von Schlüsselpersonen entspricht Vack geradezu prototypisch der Figur des Organisators.

Dass eine singuläre Person oder ein kleiner Führungszirkel alle die bisher genannten Funktionen und Rollen auf sich vereinigen kann, ist aus mehreren Gründen äußerst unwahrscheinlich. Zum ersten weisen bereits einzelne große Bewegungsorganisationen komplexe Führungsstrukturen auf. Zudem steht zu vermuten, dass politisch-ideologische Strömungen jeweils eigene Führungsstrukturen ausbilden, weil sie nur auf diese Weise ihren Zusammenhalt und ihre strömungsspezifische Identität sichern können. So gab es beispielsweise in der englischen Frauenstimmrechtsbewegung drei Flügel, die sich jeweils um eine eigene

Organisation mit exponierten Frauen an ihrer Spitze scharfen.⁶

Zweitens stehen soziale Bewegungen immer wieder vor besonderen Herausforderungen, die im Rahmen bestehender Führungsstrukturen und vorhandenen Führungspersonals nicht oder nur unzureichend bewältigt werden können. Dies ist die Stunde von jungen Talenten oder Außenseitern, die in Schlüsselfunktionen hineinwachsen, sich eventuell auch verbünden, um eine Art Gegenelite zu den etablierten Führungszirkeln einer Bewegung zu bilden.

Drittens ist nicht erwartbar, dass einige wenige Personen, ganz zu schweigen von einer einzigen Person, all die diversen Führungsqualifikationen auf sich vereinen können. Es gibt gewiss Allrounder, die über ein relativ breites Spektrum von Schlüsselqualifikationen verfügen; es gibt auch Personen, die es verstehen, sich mit fähigen Leuten zu umgeben und Führungsfunktionen – und nicht nur rein exekutive Aufgaben – zu delegieren wissen. Aber dies sind Ausnahmen.

Das Verlangen nach starker Führung

Faktoren, die das Aufkommen einer starken Führungsrolle begünstigen, sind einerseits kritische Herausforderungen für Bewegungen, andererseits auch der manchen Bewegungen bzw. Bewegungsorganisationen inhärente Hang zu einer hierarchischen Struktur samt einer Spitzenposition. Dabei ist nicht entscheidend, ob tatsächlich eine starke Führung existiert. Entscheidender ist die Wahrnehmung bzw. Fiktion einer solchen Führung, die für alle relevanten Entscheidungsmaterien und Lenkungsfragen zuständig ist und als eine Projektionsfläche für hohe Erwartungen dient, was dann wiederum im Sinne einer self-fulfilling prophecy die Führungsposition weiter festigen kann. Auf diese Weise avancieren Personen ganz unterschiedlichen Zuschnitts und in ganz unterschiedlichen Kontexten, etwa Adolf Hitler und Nelson Mandela, zu vermeintlich singulären Führern.

Faktisch aber existiert in sozialen Bewegungen keine hierarchische Spitze, von der aus

sich alles steuern ließe, gibt es doch weder harte negative Sanktionsmittel gegenüber „Abweichlern“ noch materielle Anreize für erwünschtes Handeln und generalisierte Loyalität. Etwas anders verhält es sich bei einzelnen Bewegungsorganisationen, sofern diese formal strukturiert sind, Führungen per Wahl ins Amt bringen und per Satzung mit bestimmten Entscheidungskompetenzen ausstatten. So hat eine Organisation wie Greenpeace, die man getrost als Teil der Ökologiebewegung ansehen kann, eine klare Führungsstruktur, die sich nicht zuletzt in einem ausdifferenzierten Schema von Gehaltsstufen manifestiert. Aber auch in informellen Gruppierungen und Netzwerken kann sich, gewollt oder eher als Ergebnis eines schleichenden Prozesses, eine exponierte Führungsriege oder Führungsperson herauschälen, insbesondere wenn diese aus der Gründergeneration stammt, über einen großen Erfahrungsschatz verfügt und zudem charismatische Züge aufweist.

Die Herausbildung einer starken Führung wird in besonderer Weise begünstigt, wenn eine Bewegung aufgrund ihres Welt- und Menschenbildes die Existenz von Hierarchie nicht als ein soziales Konstrukt, sondern als Ausdruck einer natürlichen Ordnung versteht. Das gilt für (neo-)faschistische Gruppierungen ebenso wie für manche religiös-fundamentalistische Sekten und Kongregationen. Hier ist das Führerprinzip nicht nur Mittel zum Zweck, sondern Teil des Programms. Anerkennung von Führung bedeutet dann Bereitschaft zu Gehorsam und Unterwerfung.

Dass in der Bundesrepublik rechtsradikale Bewegungen trotz ihrer Ideologie keine gruppen- und organisationsübergreifend anerkannten Führer hervorgebracht haben, ist lediglich ihrer politischen Zersplitterung und den anhaltenden persönlichen Rivalitäten zu verdanken. Aber auch hier gibt es, wie in ideologisch ganz anders ausgerichteten Bewegungen, eine Reihe von Exponenten und Schlüsselpersonen, die weit mehr als Fußvolk, einfache „Kameraden“ und Mitläufer das Geschehen prägen. Dazu zählen der langjährige NPD-Vorsitzende

Uwe Voigt und der inzwischen verstorbene DVU-Vorsitzende, Verleger und politische Mäzen Gerhard Frey. Dazu zählen aber auch Anführer informeller Zirkel, etwa der offen Gewalt verherrlichende und vielfach verurteilte Rechtsanwalt Manfred Roeder sowie Exponenten freier Kameradschaften vom Schlage eines Thomas Wulff, Thorsten Heise und Christian Worch.

Kritik und Zurückweisung von Führung

Das Gegenstück dazu bilden Gruppen und Bewegungen, die sich auf Grundlage eines religiösen oder säkularen Wertesystems dem Egalitätsprinzip verschrieben haben. Manche von ihnen lehnen explizit die Idee von Führungs-, Repräsentanten- und Sprecherrollen ab und versuchen diese Haltung in die Praxis umzusetzen. Unter den religiösen Gruppen liefern die Quäker ein Musterbeispiel für strikt egalitäre - und zudem konsensorientierte - Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, die in diesem Fall schon seit Jahrhunderten konsequent genutzt werden (Leach 1998). Ebenso sind manche politische Gruppen in besonde-

rem Maße dem Egalitätsprinzip verpflichtet. Zu nennen sind hier Gruppen, die sich als Teil bzw. Vorreiter einer Graswurzeldemokratie bzw. einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft verstehen (Gerlach/Hine 1970; Epstein 1991; Leach 2006; Nunes 2005; Bookchin 2007). Daneben gibt es Gruppen, die diese Prinzipien im Rahmen von Bewegungen mit anderen Primärzielen verfolgen (vor allem Anti-Atomkraft, Feminismus, Frieden, linksradikale Autonome und zuletzt die Occupy-Bewegung). Als beispielsweise im Dezember 2011, den frühen Tagen des Frankfurter Occupy-Camps, der Aktivist Wolfram Siener in eine politische Diskussionssendung eingeladen, dort als „Presse-sprecher“ von Occupy vorgestellt wurde und sich auch entsprechend verhielt, stieß dies bei seinen Mitstreitern auf massive Kritik.⁷ Ähnlichen Anwürfen war auch schon Alice Schwarzer ausgesetzt, wenn sie sich als eine Art von Geburtshelferin und Ikone der neuen Frauenbewegung in Deutschland gerierte.

Dass der Versuch, möglichst ohne verbindliche Regeln und Rollen auszukommen, problematische Folgen haben kann, hat Jo Free-



man am Beispiel feministischer Kleingruppen gezeigt. Informelle Hierarchien und unklare Verantwortlichkeiten begünstigen Freeman zufolge eine „Tryanny of Structurelessness“ (1970). Aber eine solche Entwicklung ist nicht zwingend. Selbst unter weitgehender Beibehaltung von informellen Strukturen können Vorkehrungen getroffen werden, um die von Freeman aufgezeigten negativen Folgen zu reduzieren (Haug/Rucht 2012).

Die entschiedene Ablehnung von Führungsrollen bedeutet nicht notwendig deren Abschaffung. Vielmehr kann eine solche Ablehnung auch Mechanismen und Symboliken befördern, um vorhandene Führung zu dementieren. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Figur „Marcos“ als Sprecher der zapatistischen Bewegung in Chiapas (Mexiko). Marcos tritt öffentlich nur mit einer Kapuzenmaske auf, um damit eine Personalisierung der Bewegung zu verhindern. Ebenso soll seine Funktionsbezeichnung als *Subcomandante* und sein Pseudonym *Delegado Zero* (Delegierter Null) eine nachgeordnete Rolle suggerieren. Allerdings wird an der Bezeichnung als Kommandeurs festgehalten, was wohl auch der starken Position Marcos' innerhalb der Bewegung entspricht. Ein analoger Fall der rhetorischen Leugnung faktischer Führungsrollen wird in den mikrosoziologischen Studien von Sofsky und Paris (1991) beschrieben. Die Autoren zeigen anhand der Alltagskommunikation in kleinen, sich anti-hierarchisch verstehenden Alternativbetrieben, dass die informellen Chefs ihre tatsächliche Rolle durch einen legeren Sprachstil und andere Mechanismen kaschieren.

3 | Fazit

Die Beobachtung, dass Organisationsbildung in Oligarchie und damit auch die Zentralstellung von Führungspersonen mündet, hat Robert Michels (1911) aus der Transformation der deutschen Sozialdemokratie abgeleitet und zu einem allgemeinen Gesetz erklärt. Zwar gibt es für solche Entwicklungen zahlreiche weitere Beispiele. Aber es ist auch eine Reihe von

Fällen anzuführen, auf die dies nicht zutrifft (Rucht 1999).

Ebenso ist zweifelhaft, dass Führung im Rahmen sozialer Bewegungen zwangsläufig die Existenz einer Führungsspitze bedeutet. Zwar gibt es bestimmte Bewegungskontexte und Situationen, in denen sich herausragende, singuläre Führungspersonen herauskristallisieren und für eine Weile diesen Status behalten. Doch die weitaus meisten Protestgruppen und sozialen Bewegungen weisen mehrere funktional spezifizierte Schlüsselfunktionen auf, die von Dutzenden oder gar Hunderten von Personen wahrgenommen werden. Unterschiedliche Funktionen können gleichzeitig von elementarer Bedeutung sein, aber auch, abhängig von den jeweils als vorrangig geltenden Aufgaben und Herausforderungen, phasenspezifisch unterschiedliches Gewicht erlangen. Als Ausgangspunkt zur Systematisierung dieser Funktionen wurde anhand zweier Dimensionen (interner vs. externer Handlungsraum; instrumentelle vs. expressive Funktion) eine Typologie von vier Schlüsselfunktionen vorgeschlagen. Diesen entsprechen die Figuren des Organisations und Motivators in der Binnenkommunikation und des Strategen und Repräsentanten in der Außenkommunikation.

Angesichts der weitgehenden Informalität, Dezentralität und strukturellen Komplexität großer und relativ dauerhafter sozialer Bewegungen ist nicht nur das klassische Konzept eines (machtvollen) Führers und einer (willfähigen) Gefolgschaft *ad acta* zu legen. Vielmehr ist grundsätzlich zu bezweifeln, dass die Begrifflichkeit von Führer und Führerschaft im Kontext sozialer Bewegung angemessen ist. Damit soll nicht geleugnet werden, dass in fast allen bewegungszugehörigen Gruppen Hierarchien existieren. Manche Personen haben deutlich mehr Einfluss und Macht als andere, um ihre Interessen und Sichtweisen durchzusetzen. Allerdings sind die Spielräume meist gering (Piven/Cloward 1986: 62). Zudem bleibt die Grundlage dieser Macht prekär, da Mittel der Erzwingung von Gefolgschaft fehlen und immer die Option besteht, einer Bewegung den

Rücken zu kehren. Weiterhin ist es eher unwahrscheinlich, dass eine Einzelperson all die sehr unterschiedlichen Qualifikationen aufweist, die jeweils gefordert sind. Somit ist es sinnvoller und realitätsnäher, von unterschiedlichen Schlüsselfunktionen zu sprechen, die meist arbeitsteilig von mehreren Personen oder Personengruppen erfüllt werden. Das gilt insbesondere dann, wenn es sich um Bewegungen mit einer Vielzahl von Bewegungsorganisationen und einem differenzierten ideologischen Spektrum handelt.

Während in manchen sozialen Bereichen und auch aus der Sicht mancher sozialer Bewegungen eine starke Führung noch immer als erstrebenswert gilt, ist sowohl aus demokratietheoretischer als auch aus funktionalistischer Perspektive das Gegenteil angebracht. Gerade diejenigen sozialen Bewegungen erweisen sich auf längere Sicht als überlebensfähig und vital, die dezentrale Strukturen, flache Hierarchien, nur mäßige Grade von Arbeitsteiligkeit und ein hohes Maß an Eigeninitiative einer großen Zahl ihrer Träger und Anhänger aufweisen.

Dieter Rucht ist emeritierter Professor für Soziologie in Berlin und beteiligt sich am Aufbau des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung. Kontakt: dieter.rucht@wzb.eu

Anmerkungen

- ¹ Der Duden sinn- und sachverwandten Wörter vermerkt unter den Verb „führen“: „(einen Betrieb o. ä.), lenken, leiten, verwalten, gebieten über, befehligen, herrschen über; an der Spitze stehen, alle Fäden in der Hand halten / haben, das Heft / das Steuer / die Zügel / fest in der Hand halten; -> mächtig [sein].“
- ² Die teilweise unsäglichen Schriften von Gustave LeBon und Wilfred Trotter fanden selbst bei Sigmund Freud großen Anklang (Freud 1967: 11, 56f.).
- ³ Ähnlich auch Hopper (1950), der vier Entwicklungsphasen sozialer Bewegungen (pre-

liminary, popular, formal und institutional) jeweils einen Führertypus zuordnet: agitator, prophet, reformer und statesman.

- ⁴ Auch der Vorschlag von Lofland (1996: 211-214), organizers, speakers und writers als Grundtypen von leaders zu auszuweisen und dem noch die Unterscheidung von generalists und specialists anzufügen, wirkt beliebig und ist nicht originell.
- ⁵ Zum empirisch haltlosen Konstrukt der Rädelführerschaft in der Märzrevolution in Deutschland siehe König (1992: 103ff.).
- ⁶ Dies waren Millicent Garrett Fawcett für die gemäßigte, gesetzeskonforme Strömung der Suffragisten (National Union of Women's Suffrage Societies - NUWSS), Emmeline Pankhurst für die radikale und offensive Strömung der Suffragetten (Women's Social and Political Union - WSPU) und, hervorgegangen aus einer Abspaltung von der WSPU, ein Kreis mehrerer Frauen, welche die Women's Freedom League (WFL) gründeten und Formen des passiven Widerstandes (z.B. Boykott der Volkszählung) bevorzugten.
- ⁷ <http://www.occupyfrankfurt.de/2011/12/27/occupyfrankfurt-distanziert-sich-von-wolfram-siener/>

Literatur

- Blumer, Herbert* 1946: Collective Behavior. In Alfred M. Lee (Hg.): A New Outline of the Principles of Sociology. New York: Barnes and Noble, 167-219.
- Barker, Colin/Johnson, Alan/Lavalette, Michael* (Hg.) 2001: Leadership in Social Movements. Manchester: Manchester University Press.
- Bookchin, Murray* 2007: Social Ecology and Communalism. Oakland: AK Press.
- Braun, Eric* 2005: César Chávez. Fighting for Farmworkers. North Mankato, MN: Capstone Press.
- Cohen, Jean L.* 1985: Strategy or Identity: New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements. Social Research, 52 (4), 663-716.

- Dawson, Carl A./Gettys, Warner E.* 1935: Introduction to Sociology (rev. edition). New York: The Ronald Press Company.
- della Porta, Donatella/Diani, Mario* 1999: Social Movements. Issues And Problems. Oxford/ Cambridge, MA: Blackwell.
- Epstein, Barbara* 1991: Political Protest and Cultural Revolution: Nonviolent Direct Action in the 1970s and 1980s. Berkeley: University of California Press.
- Ezioni, Amitai* 1965: Dual Leadership in Complex Organizations. *American Sociological Review*, 30 (5), 688-698.
- Freeman, Jo* 1982 [1970]: The Tyranny of Structurelessness. London: Dark Star (Online: <http://www.Jofreeman.com/joreen/tyranny.htm>).
- Freud, Sigmund* 1967: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Gerlach, Luther P./Hine, Virginia P.* 1970: People, Power, Change: Movements of Social Transformation, Indianapolis: Bobbs-Merill.
- Gusfield, Joseph R.* 1963: Symbolic Crusade: Status Politics and the American Temperance Movement. Urbana, Ill.: University of Illinois Press.
- Gusfield, Joseph R.* 1966: Functional Areas of Social Movement Leadership. *Sociological Quarterly* 7, 137-156.
- Haug, Christoph/Rucht, Dieter* 2012: Structurelessness: An Evil or Asset? In: Donatella della Porta/Dieter Rucht (Hg.): Meeting Democracy: Power and Deliberation in Global Justice Movements. Cambridge: Cambridge University Press, 179-213.
- Hopper, Rex D.* 1950: The Revolutionary Process: A Frame of Reference for the Study of Revolutionary Movements. *Social Forces* 28 (March), 270-279.
- Heberle, Rudolf* 1951: Social Movements: An Introduction to Political Sociology. New York: Appleton-Century-Crofts.
- Jenkins, Craig J.* 1985: The Politics of Insurgency: The *Farm Worker Movement* in the 1960s. New York: Columbia University Press.
- König, Helmut* 1992: Zivilisation und Leidenschaften: Die Masse im bürgerlichen Zeitalter. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie* (Hg.) 1985: Für und über Klaus Vack. Sensbachtal: Komitee für Grundrechte und Demokratie.
- Lang, Kurt/Lang, Gladys Engel* 1961: Collective Dynamics. New York: Crowell.
- Lasswell, Harold D.* 1930: Psychopathology and Politics. Chicago: The University of Chicago Press.
- Leach, Darcy K.* 1998: Why Just Go for 51%?: Organizational Structure in the Religious Society of Friends. Working Paper, Center for Research on Social Organization, University of Michigan.
- Leach, Darcy K.* 2006: The Way is the Goal: Ideology and the Practice of Collectivist Democracy in German New Social Movements. Ph.D. Dissertation, University of Michigan, Department of Sociology: Ann Arbor.
- Lofland, John* 1996: Social Movement Organizations: Guide to Insurgent Realities. New York: Aldine de Gruyter.
- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney/Tilly, Charles* 2001: Dynamics of Contention. Cambridge: Cambridge University Press.
- Michels, Robert* 1989 [1911]: Soziologie des Parteiwesens. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Stuttgart: Kröner.
- Morris, Aldon/Braine, Naomi* 2001: Social Movements and Oppositional Consciousness. In: Jane Mansbridge/Aldon Morris (Hg.): Oppositional Consciousness: The Subjective Roots of Social Protest. Chicago: University of Chicago Press, 20-37.
- Morris, Aldon D./Staggenborg, Suzanne* 2004: Leadership in social movements. In: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movement Research. Oxford: Blackwell, 171-196.
- Nepstad, Sharon Erickson/Bob, Clifford* 2006: When Do Leaders Matter? Hypotheses

on Leadership Dynamics in Social Movements. *Mobilization*, 11 (1), 1-22.

Nunes, Rodrigo 2005: Networks, Open Spaces, Horizontality: Instantiations. *ephemera. theory & politics in organization*, 5 (2), 297-318.

Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. 1986 [1977]: *Aufstand der Armen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Raschke, Joachim 1985: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt/New York: Campus.

Roche, John P./Sachs, Stephen 1955: The bureaucrat and the enthusiast: An exploration of the leadership in social movements. *Western Political Quarterly*, 8 (2), 248-261.

Rucht, Dieter 1999: Linking Organization and Mobilization. Michels's Iron Law of Oligarchy Reconsidered. *Mobilization*, 4 (2), 151-169.

Rucht, Dieter 2012: Leadership in Social and Political Movements. In: Ludger Helms (Hg.): *Comparative Political Leadership*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 99-118.

Sofsky, Wolfgang/Paris, Rainer 1991: *Figurationen sozialer Macht*, Opladen: Leske + Budrich.

Tarrow, Sidney 1994: *Power in Movement: Social Movements, Collective Action and Politics*. New York: Cambridge University Press.

Turner, Ralph/Killian, Louis M. 1957: *Collective Behavior* (Second Edition). Englewood Cliffs: Prentice Hall.

Verba, Sidney 1961: Leadership: Affective and Instrumental. In: Sidney Verba: *Small Groups and Political Behavior: A Study of Leadership*. Princeton: Princeton University Press, 161-184.

Weber, Max 1976: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Fünfte, rev. Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Wilson, John D. 1973: *Introduction to Social Movements*. New York: Basic Books.

Zald, Mayer N./McCarthy, John D. 1978: Organizational Intellectuals and the Criticism of Society. In: Mayer N. Zald/John D. McCarthy: *Social Movements in Organizational Society*. New Brunswick: Transaction, 97-115.

Alltag und Aktivismus – Schlüsselfiguren in Familie, Nachbarschaft und Arbeit¹

Silke Roth

1 | Einleitung

Dieser Beitrag beruht auf zwei Grundannahmen. Erstens gehe ich davon aus, dass es sinnvoll ist, die Beteiligung in sozialen Bewegungen nicht als getrennt von anderen Lebensbereichen (Familie, Karriere) zu verstehen, sondern als damit untrennbar verbunden. Zweitens plädiere ich hinsichtlich der Bewegungsforschung für eine biographische Perspektive, die es erlaubt, die Abfolge unterschiedlicher Formen von Beteiligung – sei es in Protesten, Graswurzelorganisationen, Projekten, Bürgerinitia-

tiven oder in traditionelleren Organisationen (z.B. Parteien, Gewerkschaften, Verwaltung) – in den Blick zu nehmen. Ich werde zunächst diese beiden Punkte beleuchten und anschließend drei Lebensbereiche – Familie, Nachbarschaft und Arbeit – im Hinblick auf Schlüsselfiguren von Protest, die im Alltag zu finden sind, besprechen.

1.1 | Biographische Verfügbarkeit

Der Einfluss des von Doug McAdam (1986) eingeführten Konzepts der „biographischen

Verfügbarkeit“ auf die Bewegungsforschung lässt sich vermutlich kaum überschätzen. In seiner Untersuchung von Freiwilligen in der Freedom Summer Kampagne 1964 kam er zu dem Ergebnis, dass College-Studentinnen², die keine beruflichen und familiären Verpflichtungen hatten, eher bereit waren sich an hoch riskanten Protesten zu beteiligen. Das Konzept erfreut sich weiterhin höchster Beliebtheit, obwohl inzwischen zahlreiche Untersuchungen nachgewiesen haben, dass familiäre und berufliche Verpflichtungen weder die Beteiligung an ungefährlichen, noch an gefährlichen Aktionen beeinträchtigen. So haben beispielsweise Nepstad und Smith (1999) aufgezeigt, dass sich Männer und Frauen, ungeachtet ihres Familienstandes und ihrer Karrieren in Solidaritätsbewegungen mit Mittelamerika beteiligt haben. Im Gegenteil, die enge Verbindung von verschiedenen Lebenssphären führt dazu, dass das Engagement aufrechterhalten wird, wie Passy und Giugni (2000) anhand von Dritte-Welt-Aktivistinnen demonstrieren. Diejenigen, die eine größere Distanz zwischen ihrer politischen Beteiligung und anderen Lebensbereichen wahrnahmen, gaben hingegen ihr Engagement eher auf. Allerdings erfahren wir nicht, ob sich das Engagement derjenigen, die sich aus dem Dritte-Welt-Aktivismus zurückgezogen haben, auf einen anderen Bereich verlagert hat, da dies in der Studie nicht erfasst wurde. Weiterhin zeigt Corrigan-Brown (2012) auf Grundlage einer Längsschnitt-Studie, dass verschiedene Verlaufsformen von Beteiligung unterschieden werden müssen. Neben denjenigen, die die Beteiligung aufrechterhalten und denjenigen, die sich zurückziehen, identifiziert sie das Muster der individuellen Ruhephase, auf die eine Wiederbeteiligung folgen kann. Um den Verlauf von Bewegungsbeteiligung im Lebenslauf zu erfassen, ist eine biographische Perspektive notwendig (Della Porta 1992; Mieth/Roth 2005; Valocchi 2013). Alltagserfahrungen und -verpflichtungen können nicht nur der Anlass für den Rückzug aus, sondern auch für die Aufnahme der Beteiligung an sozialen Bewegungen sein, wie im zweiten Kapitel ausge-

führt wird. Zunächst wird die Vielfältigkeit von Beteiligungsformen thematisiert.

1.2 | Vielfältigkeit von Beteiligungsformen

Eng verbunden mit der Frage, wie sich die Beteiligung an sozialen Bewegungen in den Lebenslauf einfügt, ist die Frage, in welcher Form diese Beteiligung ausfällt. Bekanntermaßen ist das Repertoire sozialer Bewegungen überaus vielfältig und reicht von risikolosen (z.B. friedliche, genehmigte Demonstrationen) zu hochriskanten (z.B. illegale Besetzungen), und von wenig (z.B. Unterschreiben einer E-Mail-Petition) zu höchst zeitaufwendigen (z.B. Beteiligung an basisdemokratischen Diskussionen) Aktionen. Angesichts dieser Vielfalt ist es auch nicht verwunderlich, dass biographische Verfügbarkeit allein wenig Erklärungskraft hat (Saunders u.a. 2012). Neben Zeitaufwand und Risiko stellt bei der Unterscheidung unterschiedlicher Beteiligungsformen die Frage, ob es sich um Outsider- oder Insider-Aktivismus handelt, eine weitere Dimension dar. Pettinicchio (2012) weist auf die zentrale Rolle von „institutionellem Aktivismus“ hin und fordert dazu auf, die Dichotomie zwischen Outsider- und Insider-Aktivismus zu überwinden. Anstatt dessen müsse einerseits anerkannt werden, dass soziale Bewegungen mehr oder weniger Outsider-Status haben können, andererseits dass institutionelle Aktivist:innen (z.B. Mitglieder grüner Parteien oder Regierungskommissionen) wichtige Ressourcen für Graswurzelorganisationen bereitstellen können. Das Verhältnis von Outsider- und Insider-Aktivismus ist in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Von politischem Interesse ist die Fähigkeit, Allianzen zu schaffen und Ressourcen zu mobilisieren. Analytisch ist von Bedeutung einen segmentierten (oder segmentierenden) Blick auf verschiedene Formen von Beteiligung zu überwinden und stattdessen Arbeitsteilung, Kooperation und Konflikt zwischen verschiedenen Akteuren zu erfassen. In diesem Zusammenhang sind Schlüsselfiguren, die in verschiedenen Kontexten Er-

fahrungen gesammelt haben und zwischen verschiedenen Bereichen vermitteln können, von besonderer Bedeutung. Schließlich zeigt eine biographische Perspektive auf, dass sich im Lebenslauf Insider- und Outsider-Aktivismus abwechseln oder simultan ausgeübt werden können. Insider- und Outsider-Aktivismus, Ausstieg und Latenzphasen sind also in den Alltag eingebunden und stehen in wechselseitigem Verhältnis mit anderen Lebensbereichen.

Solange bezahlte und unbezahlte Arbeit geschlechtsspezifisch strukturiert sind, solange werden sich auch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Beteiligung in sozialen Bewegungen beobachten lassen, die von unterschiedlichen Erfahrungen und Interessen sowie von (stereotypen) Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit geprägt sind. Diese Unterschiede sind sozial konstruiert. Frauen und Männer können sich also in verschiedenen Lebensabschnitten auf unterschiedlichste Weise für (oder gegen) sozialen Wandel engagieren. Diese Beteiligung hat nicht nur biographische Konsequenzen für die Aktivistinnen und kann u.a. ihre Berufswahl und Familienplanung beeinflussen, sondern hat auch Auswirkungen auf ihr unmittelbares Umfeld – Familienmitglieder, Freundinnen und Nachbarinnen sowie Kolleginnen – wie ich im Folgenden aufzeigen werde.

2 | Aktivismus im Alltag

2.1 | Familie und Erziehung

Eltern können als Sozialisationsinstanzen und „signifikante Andere“ als wichtige Bezugspersonen einen grossen Einfluss auf die politische Sozialisation ihrer Kinder haben.³ Das kann sowohl Identifikation und damit Vorbildfunktion als auch Abgrenzung beinhalten. Bislang werden Eltern jedoch nur selten in der Forschung zu sozialen Bewegungen thematisiert. Eine Ausnahme stellt Weigand (2001) dar, die sich den „rote-Windel-Babies“ widmet, die in kommunistischen Haushalten aufwachsen und sich in der zweiten Welle der Frauenbewegung beteiligten. Frantz (2005) dokumentiert, dass

in der Mehrzahl der Herkunftsfamilien der von ihr untersuchten NGO-Hauptamtlichen politisches Engagement eine wichtige Rolle spielte. Miethe (1999) zeigt auf, dass Frauen in der DDR-Friedensbewegung für ihre Überzeugung Gefängnisaufenthalte riskierten und davon überzeugt waren, dass sie dies ihren Kindern schuldeten. Eltern können damit Rollenvorbilder sein und die Erfahrung, als Kind auf eine Demonstration, in einen anti-autoritären Kinderladen oder eine Waldorfschule zu gehen oder in einer Wohngemeinschaft aufzuwachsen, kann die zukünftige politische Beteiligung beeinflussen. Das bedeutet natürlich nicht, dass Kinder linker, anti-rassistischer, feministischer Eltern zwingenderweise die Überzeugungen ihrer Mütter und Väter teilen. Bekanntermaßen war für die 68er-Generation die Auseinandersetzung mit den faschistischen Eltern (und Großeltern) eine zentrale Motivation (dazu kritisch Kastner 2008). Solche Sozialisationsprozesse wurden bislang hauptsächlich in einzelnen Biographien von Aktivist*innen untersucht (z.B. Miethe 1999; Weigand 2001; Roth 2003; Newman 2012). Dabei wäre es von Interesse, Elternarbeit und auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Privatsphäre als „Lebensstil-Aktivismus“ (Haefler/Johnson/Jones 2012) systematisch zu untersuchen. Eltern koennen also – bewusst und unbewusst, positiv und negativ – die politische Sozialisation von Kindern beeinflussen, andererseits kann Elternschaft zu sozialem Engagement motivieren, wie ich im nächsten Abschnitt ausführe.

2.2 | Nachbarschaft und Umwelt

Das Engagement in der Nachbarschaft ist ebenfalls eng mit dem Alltag verbunden und kann ein weiterer Ausdruck von elterlichem Engagement sein. Dabei wird deutlich, dass Engagement in persönlichem Umfeld und Privatsphäre und in der Umweltbewegung zwei Seiten einer Medaille sein können. Der Einsatz für Umweltfragen kann in der Sorge um die Lebensbedingungen von Familienmitgliedern sowie der ethnischen Gemeinschaft (und

sozialen Schicht) begründet sein (Naples 1998). Pardo (1995) untersuchte beispielsweise die Mobilisierung mexikanischer Immigrantinnen in Los Angeles gegen ein Gefängnis und eine Verbrennungsanlage in ihrer Nachbarschaft. Als „Mütter“⁴⁴ verstanden sie sich als Verteidigerinnen der Nachbarschaft, unabhängig davon, ob sie aufgrund ihres Familienstatus, durch die Kirche, durch Nachbarn oder Familienmitglieder mobilisiert wurden (Pardo 1995: 360). Nach der ursprünglichen Konzentration auf die Nachbarschaft arbeiteten die Aktivistinnen später innerhalb des Bundesstaates mit Umweltgruppen zusammen. In England und den USA spielt die Mobilisierung von ethnischen Minderheiten und Nachbarschaftsgruppen eine zentrale Rolle für die Stärkung der Gewerkschaften (Heery u.a. 2012; Mustchin 2012; Walsh 2012).

Eine weitere Form im Alltag verankerten Protestverhaltens stellt bewusstes Konsumverhalten dar. Dabei lassen sich „boycott“, also die Vermeidung von Produkten, die umweltbelastend oder unter ausbeuterischen Bedingungen hergestellt wurden, sowie „buycott“, also die Anschaffung von Produkten, die umweltfreundlich und fair produziert wurden, unterscheiden (Balsiger 2010; Neilson 2010). Solche Formen politischen Konsumverhaltens können als „Lebensstil-Bewegungen“ verstanden werden, bei denen es sich im Kontrast zu anderen sozialen Bewegungen in erster Linie um individuelles Handeln in der Privatsphäre handelt (Haenfler/Johnson/Jones 2012). Nichtsdestotrotz werden diese individuellen, privaten Handlungen als Beitrag zum sozialen Wandel verstanden.

2.3 | Arbeit

Schließlich stellt Arbeit eine zentrale Arena für Aktivismus dar. Ich lege meinen Überlegungen einen erweiterten Arbeitsbegriff zugrunde, der bezahlte und unbezahlte Arbeit in Öffentlichkeit und Privatheit, Privatwirtschaft, öffentlichem Sektor sowie der Zivilgesellschaft einschließt (vgl. Glucksmann 1995). Zum einen handelt es sich bei ehrenamtlichem und hauptamtlichem

Engagement am Arbeitsplatz, das sich auf die Verbesserung (oder Sicherung) von Arbeitsbedingungen richtet, um eine weitere wichtige, im Alltag verankerte Form von sozialer Beteiligung. Ehrenamtliche wie auch hauptamtliche Gewerkschafterinnen, Frauen- und Minderheitsbeauftragte sind nicht nur für die Interessensvertretung zuständig, sondern können auch als Mentorinnen fungieren, die beispielsweise Gewerkschaftsmitglieder rekrutieren und in Veranstaltungen einbinden (Roth 2000; Roth 2003; Kirton und Healy 2013).

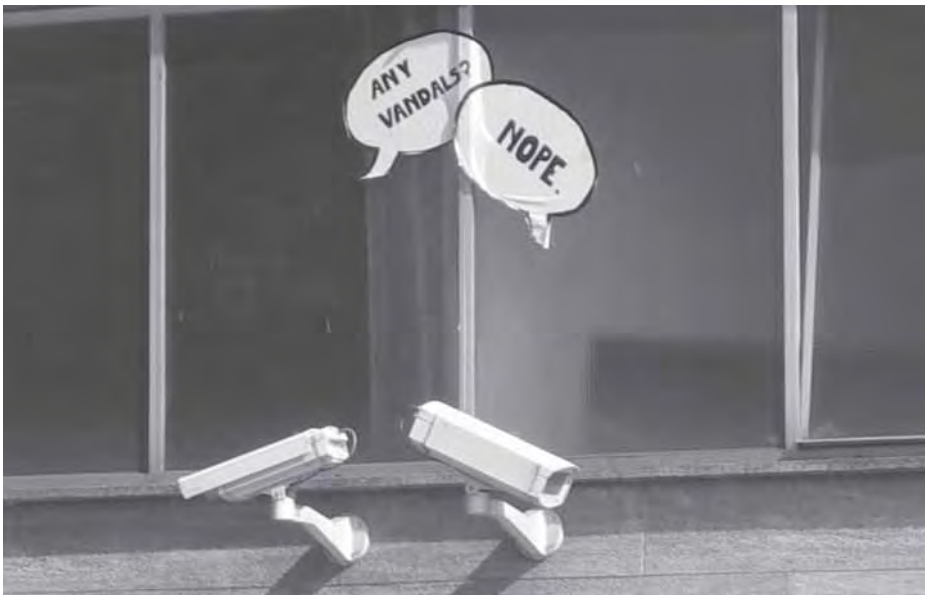
Zum anderen stellen feministische Organisationen, die als „the places in which and the means through which the work of the women’s movement is done“ (Ferree/Martin 1995: 13) definiert werden können, Kontexte für ehrenamtliches und hauptamtliches Engagement bereit. Dabei handelt es sich nicht nur um politische Gruppen, feministische Magazine und Gesundheitsorganisationen, sondern auch um Unternehmen (Martin 1990; Ferree/Martin 1995). Ehrenamtliches und hauptamtliches sozial-politisches Engagement kann simultan oder sukzessiv ausgeübt werden und sich in vielfältiger Form in Berufswahl und Karriere niederschlagen. So kann das ehrenamtliche Engagement am Arbeitsplatz unter Umständen zu einer bezahlten Tätigkeit in der Interessensvertretung führen. Janet Newman (2012) zeigt anhand von vier Generationen von Aktivistinnen auf, wie sich ehrenamtliche Beteiligung in Graswurzelorganisationen mit Positionen in Gewerkschaften und Parteien, wissenschaftlicher Tätigkeit und ehrenamtlicher Beteiligung in Think Tanks abwechseln können. Hauptamtliche Positionen – oder Insider-Aktivismus – sind mit dem Zugang zu verschiedenen Ressourcen verbunden, die wiederum den sozialen Bewegungen zugänglich gemacht werden können. Weiterhin schließt sich die Position als Abgeordnete oder Gründerin eines sozial verantwortlichen Unternehmens nicht mit der Beteiligung an Protesten aus. Es hängt jedoch vom ‚Reinheitsgebot‘ der politischen Kultur einer sozialen Bewegung oder Bewegungsorganisation ab, inwieweit solche Grenz-

überschreitungen negativ sanktioniert oder pragmatisch genutzt werden. ‚Exklusive Solidarität‘ (Ferree/Roth 1998) unterminiert jedenfalls die Mobilisierung breiter Bündnisse.

Angesichts der zahlreichen Überlappungen von unbezahlten und bezahlten Tätigkeiten lassen sich die Schlüsselfiguren im Bereich Arbeit deswegen nur analytisch trennen. Identifizieren lassen sich hier die Typen Vermittlerin, Femokratin, Wissensproduzentin, Beraterin und Gründerin, die als Schlüsselfiguren jeweils andere Funktionen in sozialen Bewegungen einnehmen.⁵ Eine zentrale Rolle nimmt die *Vermittlerin* ein, die aufgrund der Beteiligung in den unterschiedlichsten politischen Kontexten zwischen Graswurzelorganisationen und lokaler Regierung und Verwaltung, internationalen Nicht-Regierungsorganisationen und EU oder UN Kontakte und Ideen vermitteln kann (Keck/Sikkink 1998; Woodward 2003). Durch ehrenamtliches und hauptamtliches Engagement hat sie Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt und Netzwerke verknüpft, auf die sie zurückgreifen kann und die sie ständig erweitert. Ihr Beitrag ist es, Verbindungen zwischen Bereichen, die entweder nicht voneinander wissen oder nicht miteinander

können, herzustellen. Die *Femokratin* (Eisenstein 1996) hat sich – zumindest vorübergehend – für den Marsch durch die Institutionen entschieden. Ihre politische Sozialisation kann in der autonomen Frauenbewegung, in (eher linken) Parteien oder Gewerkschaften erfolgt sein. Ihr Arbeitsbereich kann Frauen- und Gleichstellungspolitik sein, aber auch Arbeit mit sexuellen oder ethnischen Minderheiten oder sozialen Diensten umfassen. Sie hat Zugang zu Ressourcen, ist aber u.U. mit dem Vorwurf von Depolitisierung und Kooptation konfrontiert, wenn sie Kompromisse eingeht. So stellt Lang (1997) in ihrer kritischen Analyse von Frauenorganisationen im Nach-Wende Deutschland fest „forces of feminist organization building and institutionalisation have replaced movement activism“ (102). Diese Kritik übersieht jedoch, dass die Femokratin nicht nur eine vermittelnde Funktion (zwischen Verwaltung und Bewegung) hat, sondern auch materielle Ressourcen sowie Zugang und Legitimität bereitstellen kann.

Die *Wissensproduzentin* ist an Universitäten und in Think Tanks angesiedelt, durch Lehre und Forschung bemüht sie sich zum einen darum, zur Ausbildung kritischen Denkens



beizutragen, zum anderen, durch Analysen sozialer Veränderungen Grundlagen für die Bewertung von Sozial- und Wirtschaftspolitik bereitzustellen. Einerseits kann sie z.B. als Kommissionsmitglied politische Entscheidungen kritisch begleiten – und legitimieren, andererseits kann sie ihre Expertise autonomen feministischen Organisationen zur Verfügung stellen und damit eine kritische Außenseiterperspektive einnehmen.

Die *Beraterin* hat sich selbstständig gemacht und arbeitet mit Organisationen im privaten, öffentlichen und Dritten-Sektor-Bereich zusammen, für die sie z.B. Gleichstellungstrainings anbietet oder Veranstaltungen konzipiert und durchführt. Sie hat aus der politischen Überzeugung ein Unternehmen gemacht, ist unabhängiger und flexibler als diejenigen, die von Institutionen eingestellt sind, gleichzeitig aber auch prekärer. Als Unternehmerin muss sie sich in noch stärkerem Masse verkaufen als fest(er) Angestellte mit regelmäßigem Einkommen. Eine (Vollzeit-)Universitätsangestellte kann sich eher leisten, auf ein Honorar für einen Vortrag oder die Organisation einer Konferenz zu verzichten als eine Selbstständige.

Eine weitere Schlüsselfigur ist die *Gründerin* von Bewegungsorganisationen; dabei kann es sich um Graswurzelorganisationen, Publikationen oder Unternehmen handeln. Die Gründerin kann Ressourcen unterschiedlichster Art mobilisieren – sei es unbezahlte Arbeit, Immobilien, finanzielle Mittel, Medienaufmerksamkeit oder politische Unterstützung. Ihre Organisation kann Informationen oder Dienstleistungen bereitstellen und Arbeits- oder Ausbildungsplätze oder Praktika schaffen.

Gemeinsam ist diesen hier identifizierten Schlüsselfiguren – Vermittlerin, Femokratin, Wissensproduzentin, Beraterin und Gründerin – dass sie aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Tätigkeiten (vgl. Lewis 2008; Newman 2012, v.a. Kapitel 7) ständig mit den Widersprüchen und Spannungen zwischen Insider- und Outsider-Aktivismus, Kooptation und Transformativem konfrontiert sind. Sie arbeiten im Spannungsfeld zwischen Reform und radikaler Kritik.

3 | Prekarität, Burn-Out und Karriere?

Wie lässt sich gesellschaftspolitisches Engagement über den Lebenslauf aufrechterhalten? Was sind die Voraussetzungen für „persönliche Nachhaltigkeit“ (Cox 2009; Cox 2011), die nicht zuletzt auch für die Nachhaltigkeit von sozialen Bewegungen und Bewegungsorganisationen von Interesse sind? Die Arbeit in sozialen Bewegungen kann physisch, psychisch und auch finanziell belastend sein. Burn-out kann nicht nur eine Reaktion sein auf Berührung mit post-traumatischem Stress zum Beispiel in der Arbeit mit Opfern von Missbrauch, sondern auch durch die Arbeitsbedingungen in Bewegungsorganisationen, die von langen Arbeitstagen, oft mangelnden Ressourcen und Anerkennung sowie Konflikten und vielfältigen Frustrationen gekennzeichnet sind, ausgelöst werden (Cox 2011). Für (feministische) Aktivistinnen ist es nicht ungewöhnlich, dass sie auf befristeten Stellen arbeiten oder verschiedene Teilzeitjobs oder freiberufliche Tätigkeiten miteinander verbinden. Ungeachtet internationaler Netzwerke, Anerkennung und Prominenz sind die Karrieren von Aktivistinnen nicht selten prekär (Newman 2012; Faludi 2013). Aber die Beteiligung in NGOs kann auch zu den unterschiedlichsten Karrieren führen, insbesondere wenn die Grenze zwischen politischem Aktivismus und ehrenamtlicher Tätigkeit nicht zu strikt gezogen wird (Eliason 2013). So kann die ehrenamtliche Beteiligung einer Studentin bei Amnesty International hilfreich für eine Karriere als Juristin sein, die Beteiligung und das Interesse an Autonomen Bewegungen können der akademischen Karriere dienen⁶ und die ehrenamtliche Beteiligung in Parteien und Gewerkschaften kann zu hauptamtlichen Positionen führen.⁷ Frantz (2005) identifiziert in ihrer Untersuchung von Karrieren in NGOs vier unterschiedliche NGO Karrieretypen: den Technokraten, die Generalistin, den Theologen und die Quereinsteigerin. Aktivismus lässt sich also in unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichen materiellen und persönlichen Konsequenzen aufrecht erhalten.

4 | Schlussfolgerungen

Wie ich versucht habe in meinem Beitrag aufzuweisen, ist die Beteiligung in sozialen Bewegungen in Alltag und Lebenslauf eingebunden. Alltagserfahrungen – z.B. Diskriminierung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit – können die Ursache sein, sich für sich selbst sowie für Angehörige, z.B. zukünftige Generationen auf unterschiedliche Weise zu engagieren. Dieses Engagement kann wiederum Vorbildcharakter für andere haben. Versteht man Aktivismus als im Alltag eingebunden, so finden sich Schlüsselfiguren als Vorbilder und Mentorinnen in Vätern, Lehrerinnen und Kolleginnen. Politische Überzeugungen können sich in Erziehungsmethoden, der Wahl von Schulen, Transportmitteln, Konsumgütern und Arbeitsplätzen niederschlagen. Diese Entscheidungen wiederum können Kinder, Partnerinnen, Nachbarn und Kolleginnen beeinflussen. Es wird hier also für ein differenziertes Verständnis von Engagement plädiert, das Aktivismus nicht auf die Beteiligung in Protestereignissen reduziert, sondern eine große Bandbreite mehr oder weniger kollektiven Handelns berücksichtigt. Das heißt nicht, dass die Bedeutung von Protestereignissen in Frage gestellt werden soll, sondern, dass diese stärker mit anderen Formen der Einflussnahme in Bezug gesetzt werden sollten, als dies gegenwärtig in der Bewegungsforschung geschieht. Das bedeutet auch, die grenzüberschreitende Arbeit von Insider- und Outsider-Aktivistinnen wahrzunehmen: Vermittlerin, Femokratin, Wissensproduzentin, Beraterin und Gründerin stellen verschiedene Schlüsselfiguren dar, die zwischen Zivilgesellschaft, öffentlichem Bereich und Wirtschaft vermitteln. Sie sind auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ehrenamtlich und hauptamtlich aktiv. Eine Fokussierung auf vereinzelt Protestverhalten bzw. eine bestimmte Variante von Bewegungsbeteiligung (also entweder Insider- oder Outsider, Protest oder Beteiligung in einer Bewegungsorganisation) wird diesen Lebensentwürfen nicht gerecht. Eine biographische Perspektive erlaubt hin-

gegen, die Abfolge der Beteiligung in verschiedenen sozialen Bewegungen und Aktivitätsformen in den Blick zu nehmen und zu erkennen inwiefern die dadurch gewonnenen und geteilten Erfahrungen die Entwicklung von Netzwerken und sozialen Bewegungen beeinflusst.

Silke Roth ist Soziologin und arbeitet in der Division of Sociology and Social Policy an der University of Southampton (UK). Kontakt: silke.roth@soton.ac.uk.

Anmerkungen

- ¹ Danksagung: Claudia Neusüß und Myra Marx Ferree danke ich für Inspirationen und meinen Eltern möchte ich für den entspannten Arbeitsaufenthalt und die köstliche Verpflegung danken.
- ² Wenn ich die weibliche Form benutze, sind damit beide Geschlechter gemeint.
- ³ Abgesehen von Familienmitgliedern (Eltern, Großeltern und Geschwister), können z.B. Lehrerinnen und religiöse Figuren (z.B. Pfarrerinnen) Einfluss auf das Wertesystem und die politischen Überzeugungen von Kindern und Jugendlichen nehmen.
- ⁴ MELA – Mothers of East Los Angeles – eine Graswurzelorganisation, umfasste weiterhin einige katholische Priester und mexikanisch-amerikanische Politikerinnen auf der Stadt- und Landesebene.
- ⁵ Bei diesen Typen handelt es sich um eine analytische Trennung, eine Aktivistin kann mehrere dieser Typen simultan oder sukzessive verkörpern.
- ⁶ So beschreibt Graeber (2009) seine Beteiligung an Protestereignissen in Quebec City im Jahr 2001 sowie in der Occupy-Bewegung (2012; 2013), Sasha Roseneil (2000) schrieb über ihre Erfahrungen in Greenham Common und Darcy Leach (2009) untersuchte die Deutschen Autonomen.
- ⁷ In einer Studie von ehrenamtlichen Touristen (volunteer tourists) in Guatemala und Ghana kommt Vradi (2013) zu dem Ergebnis, dass die ehrenamtliche Tätigkeit bewusst gewählt

wird, um Berufschancen zu verbessern und dass die Erfahrungen sich in auf dem Arbeitsmarkt gefragten emotionalen und kommunikativen Kompetenzen niederschlagen.

Literatur

Balsiger, Philip 2010: Making Political Consumers: The Tactical Action Repertoire of a Campaign for Clean Clothes. In: *Social Movement Studies*, Jg. 9, Heft 3, 311-329.

Corrigan-Brown, Catherine 2012: From the Balconies to the Barricades, and Back? Trajectories of Participation in Contentious Politics. In: *Journal of Civil Society*, Jg. 8, Heft 1, 17-38.

Cox, Laurence 2009: „Hearts with One Purpose Alone“? Thinking Personal Sustainability in Social Movements. In: *Emotion, Space and Society*, Jg. 2, Heft 1, 52-61.

Cox, Laurence 2011: How Do We Keep Going? Activist Burnout and Personal Sustainability in Social Movements. <http://into-ebooks.com>.

Della Porta, Donatella 1992: Life Histories in the Analysis of Social Movement Activists. In: *Diani, Mario/Eyerman, Ron* (Hg.): *Studying Collective Action*. London, Sage, 168-193.

Eisenstein, Hester 1996: *Inside Agitators. Australian Femocrats and the State*. Philadelphia, Temple University Press.

Eliasoph, Nina 2013: *The Politics of Volunteering*. Cambridge, Polity.

Faludi, Susan 2013: Death of a Revolutionary. Shulamith Firestone's Radical Feminism. *The New Yorker*. 15 April 2013.

Ferree, Myra Marx/Martin, Patricia Yancey (Hg.) 1995: *Feminist Organizations. Harvest of the New Women's Movement*. Philadelphia, Temple University Press.

Ferree, Myra Marx/Roth, Silke 1998: Gender, Class and the Interaction Between Social Movements. A Strike of West Berlin Day Care Workers. In *Gender & Society*, Jg. 12 Heft 6, 626-648.

Frantz, Christiane 2005: *Karriere in NGOs. Politik als Beruf jenseits der Parteien*. Wiesbaden: VS Verlag.

Glucksmann, Miriam 1995: Why „Work“? Gender and the „total Social Organization of Labour“. In: *Gender, Work & Organization*, Jg. 2 Heft 2, 63-75.

Graeber, David 2009: *Direct Action. An Ethnography*. Oakland, AK Press.

Graeber, David 2012: *Inside Occupy*. Frankfurt/New York: Campus.

Graeber, David 2013: *The Democracy Project. A History. A Crisis. A Movement*. London: Allen Lane.

Haenfler, Ross/Johnson, Brett/Jones, Ellis 2012: Lifestyle Movements: Exploring the Intersection of Lifestyle and Social Movements. In: *Social Movement Studies*, Jg. 11, Heft 1, 1-20.

Heery, Edmund/Williams, Steve/Abbott, Brian 2012: Civil Society Organizations and Trade Unions: Cooperation, Conflict, Indifference. In: *Work, Employment & Society*, Jg. 26, Heft 1, 145-160.

Kastner, Jens 2008: 1968 und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 2, Jg. 3, 45-56.

Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: *Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*. Ithaca, Cornell University Press.

Kirton, Gill/Healy, Geraldine 2013: Commitment and Collective Identity of Long-term Union Participation: the Case of Women Union Leaders in the UK and USA. In: *Work, Employment & Society*, Jg. 27, Heft 2, 195-212.

Lang, Sabine 1997: *The NGOization of Feminism. Institutionalization and Institution Building within the German Women's Movement*. In: *Scott, Joan/Kaplan, Cora/Keats, Debra* (Hg.): *Transitions, Environments, Translations: Feminisms in International Politics*. New York, Routledge: 101-120.

Leach, Darcy K. (2009): And Elusive „We“. Antidogmatism, Democratic Practice, and the Contradictory Identity of the German Autonomes. In: *American Behavioral Scientist*, Jg. 52, Heft 7, 1042-1068.

Lewis, David 2008: *Using Life Histories in Social Policy Research: The Case of Third*

Sector/Public Sector Boundary Crossing. In: *Journal of Social Policy*, Jg. 37, Heft 4, 559-578.

Martin, Patricia Yancey 1990: Rethinking Feminist Organizations. In: *Gender and Society*, Jg. 4, Heft 2, 182-206.

McAdam, Doug 1986: Recruitment to High Risk Activism. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 92, 64-90.

Miethe, Ingrid 1999: Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe. Opladen, Leske + Budrich.

Miethe, Ingrid/Roth, Silke 2005: Zum Verhältnis von Biographie- und Bewegungsforschung. In: *Völter, Bettina/Dausien, Bettina/Lutz, Helma/Rosenthal, Gabriele* (Hg.): *Biographieforschung im Diskurs*. Wiesbaden, VS Verlag: 103-118.

Mustchin, Stephen 2012: Unions, Learning, Migrant Workers and Union Revitalization in Britain. In: *Work, Employment & Society*, Jg. 26, Heft 6, 951-967.

Naples, Nancy A. 1998: Women's Community Activism and Feminist Activist Research. In: *Naples, Nancy A.* (Hg.): *Community Activism and Feminist Politics. Organizing Across Race, Class and Gender*. New York, Routledge, 1-27.

Neilson, Lisa A. 2010: Boycott or Buycott? Understanding Political Consumerism. In: *Journal of Consumer Behaviour*, Jg. 9, Heft 3, 214-227.

Nepstad, Sharon Erikson./Smith, Christian S. 1999: Rethinking Recruitment to High-Risk Activism: The Case of Nicaragua Exchange. In: *Mobilization*, Jg. 4, 40-51.

Newman, Janet 2012: *Working the Spaces of Power. Activism, Neoliberalism and Gendered Labour*. London, Bloomsbury Academic.

Pardo, Mary 1995: Doing It for the Kids: Mexican American Community Activists, Border Feminists? In: *Ferree, Myra Marx/Martin, Patricia Yancey* (Hg.): *Feminist Organizations. Harvest of the New Women's Movement*. Philadelphia, Temple, 356-371.

Passy, Florence/Giugni, Marco 2000: Life-Spheres, Networks, and Sustained Participation in Social Movements: A Phenomenological Approach to Political Commitment. In: *Sociological Forum*, Jg. 15, Heft 1, 117-144.

Pettinicchio, David 2012: Institutional Activism: Reconsidering the Insider/Outsider Dichotomy. In: *Sociology Compass*, Jg. 6, Heft 6, 499-510.

Roseneil, Sasha 2000: *Common Women, Uncommon Practices. The Queer Feminisms of Greenham*. London, Cassell.

Roth, Silke 2000: Developing Working-Class Feminism: A Biographical Approach to Social Movement Participation. In: *Stryker, Sheldon/Owens, Timothy J./White, Robert W.* (Hg.): *Self, Identity and Social Movements*. Minneapolis, University of Minnesota Press: 300-323.

Roth, Silke 2003: *Building Movement Bridges. The Coalition of Labour Union Women*. Greenwood, CT, Praeger.

Saunders, Clare/Grasso, Maria/Olcese, Cristiana/Rainsford, Emily/Rootes, Christopher 2012: Explaining Differential Protest Participation: Novices, Returners, Repeaters and Stalwarts. In: *Mobilization*, Jg. 17, Heft 3, 263-280.

Valocchi, Stephen 2013: Activism as a Career, Calling, and Way of Life. In: *Journal of Contemporary Ethnography*, Jg. 42, Heft 2, 169-200.

Vrasti, Wanda 2013: *Volunteer Tourism in the Global South. Giving Back in Neoliberal Times*. London: Routledge.

Walsh, Jane Schuchert 2012: A 'New' Social Movement: US Labor and the Trends of Social Movement Unionism In: *Sociology Compass*, Jg. 6, Heft 2, 192-204.

Weigand, Kate 2001: *Red Feminism. American Communism and the Making of Women's Liberation*. Baltimore, Johns Hopkins Press.

Woodward, Alison E. 2003: Building Velvet Triangles: Gender and Informal Governance. In: *Cristiansen, Thomas/Piattoni, Simona* (Hg.): *Informal Governance in the European Union*. Cheltenham: Edward Elgar, 76-93.

Forschungsfelder: Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen

Führer und Schlüsselfiguren in extrem rechten Bewegungen

Fabian Virchow

In ihren Ausführungen zum Stichwort ‚Leadership‘ in einer jüngst erschienenen Enzyklopädie sozialer und politischer Bewegungen betont Belinda Robnett, dass die Bewegungsforschung ihr Hauptaugenmerk bisher nur selten auf die Bedeutung von Führung und deren personale Verkörperung gelegt hat, was sich nicht zuletzt in einem unzureichenden theoretischen Verständnis dieser Dimension sozialer und politischer Bewegungen und der Nichtberücksichtigung als unabhängiger Variable niederschlägt (2013: 687). Während in sozialen und politischen Bewegungen, die ihrem Selbstverständnis nach emanzipative und demokratische Ziele verfolgen, häufig – wenn auch nicht immer (vgl. Leondar-Wright/Gamson 2010: 353) – der Funktion von Führung oder gar herausgehobenen Anführern mit Skepsis begegnet und demokratische Entscheidungsprozesse und kollektive Momente betont werden, gelten das Vorhandensein und die Affirmation starker Führungsfiguren in extrem rechten Bewegungen und Parteien als geradezu erwartbar und für den politischen Erfolg als konstitutiv. Zahlreiche Beispiele der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zu denen neben Adolf Hitler („Der Führer“) und Benito Mussolini („Il Duce“) etwa auch Corneliu Codreanu als Anführer der rumänischen Eisernen Garde („Capitanul“) oder Francisco Franco („El Caudillo“) gerechnet werden können, verweisen auf die Zentralität dieser Figur für die zeitgenössischen faschistischen und extrem rechten Bewegungen bzw. Parteien (vgl. Gentile 1998; Kallis 2006).

Vielfach als charismatisch wahrgenommene politische Akteure nahmen auch in der extremen Rechten der Nachkriegszeit eine herausgehobene Position ein; zu nennen sind hier insbesondere Jean-Marie Le Pen, der fast vier

Jahrzehnte als Vorsitzender des französischen Front National fungierte, Jörg Haider, langjähriger Kopf der Freiheitlichen Partei Österreichs, Umberto Bossi von der italienischen Lega Nord oder Wladimir Schirinowski von der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (Barraclough 1998; Eatwell 2002; Brug/Mughan 2007). Hinsichtlich der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV) kommt ein Organisationsmodell zum Tragen, das mit dem Gründer der Partei, Geert Wilders, nur ein einziges Parteimitglied kennt (vgl. Vossen 2011). Dies verweist nicht zuletzt auf den Anspruch populistischer Agitation, eine unmittelbare Beziehung zwischen Redner/Führer und Masse herstellen zu wollen und zu können (vgl. Rooyackers/Verkuyten 2012).

In der extremen Rechten der Bundesrepublik Deutschland hat es zwar mit Gerhard Frey (1933-2013), der der Deutschen Volksunion (DVU) nahezu vier Jahrzehnte vorstand, eine zentrale Führungsfigur seiner Partei gegeben, dem allerdings im Gegensatz zu dem früheren Vorsitzenden der Partei Die Republikaner (REP), Franz Schönhuber (1923-2005), kein Charisma nachgesagt wurde. Mit dem Verschwinden der DVU und dem Abstieg der REP in die politische Bedeutungslosigkeit tritt die extreme Rechte zunehmend bewegungsförmig auf (Grumke 2008), etwa durch die starke Betonung der Straßenpolitik (Virchow 2006; Klare/Sturm 2011). Dabei hat der Bedeutungszuwachs kleiner rhyzomatisch wirkender Gruppen und Grüppchen der extremen Rechten (groupuscularization) (Griffin 2003; Virchow 2004) die Frage der Führung insofern neu gestellt, als die zahlenmäßig wachsende Bewegung solcherart einerseits eine zunehmende Zahl an zunächst in regionalen Kontexten aktive Personen hervorbringt, die für sich Führungsqualitäten beanspruchen,

andererseits jedoch im Rahmen überregionaler Aktivitäten ein Kreis von wiederkehrenden Personen maßgeblichen Einfluss auf die Aktivitäten und das performative Profil der Bewegung hat – am Beispiel des langjährig aktiven Neonazis Christian Worch ist dieser Typ des Bewegungsunternehmers bereits porträtiert worden (vgl. Erb 2006).

Hatte in den späten 1970er Jahren Michael Kühnen in der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) noch unbedingte Loyalität ihm gegenüber eingefordert, so ist ein solches Verständnis von Führung trotz aller in den einschlägigen Blogs noch anzutreffender und mit einer starken Autorität verbundener Heilserwartungen derzeit nicht durchsetzbar oder prominent. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen erhöhen – wie das Verbotsurteil gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) gezeigt hat – Strukturen, in denen die Organisationsspitze die personelle Besetzung der mittleren und unteren Organisationsebenen autoritär bestimmt, die Gefahr staatlicher Intervention; zum anderen bietet die Installierung einer Führungsfigur zumal in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche politische Angriffsfläche; schließlich bedürfte es eines Individuums, das aufgrund seiner Biographie (u.a. Glaubwürdigkeit, Opferbereitschaft, Integrität), der von ihm vertretenen Programmatik, des performativen Profils und der charismatischen Wirkung auf größere Menschenmengen zumindest von wichtigen Strömungen der extremen Rechten als ihr Führer anerkannt wird bzw. diese hinter sich vereint. Für soziale und politische Bewegungen von rechtsaußen bleiben gesellschaftliche Positionszuweisungen und die Übernahme bestimmter politischer Aufgaben Ausdruck einer sozial gestaffelten und in erheblichem Ausmaß als natürlich erachteten Hierarchie.

Bezüglich der Kategorie ‚Leadership‘ ist in der Forschung zu sozialen und politischen Bewegungen zunehmend eine Ausdifferenzierung angemahnt und die Grenzen des Konzepts diskutiert worden (vgl. u.a. Roche/Sachs 1955;

Gusfield 1966; Staggenborg 1988; Robnett 1996). Leistner (2011) hat mit Blick auf die verschiedenen Phasen sozialer und politischer Bewegungen, deren lokale Konstellationsdynamiken und als Plädoyer für eine biografieanalytische Methodik am Beispiel der unabhängigen DDR-Friedensbewegung eine Typenbildung für Schlüsselfiguren vorgeschlagen. Danach hätten diese beispielsweise als Pionierin, Mentor, Märtyrer, Veteranin, Vordenkerin oder Aktionistin ein funktionales Zusammenwirken hergestellt, bei dem sie als funktionale Schlüsselfiguren zur Formation und Stabilisierung von Bewegungsstrukturen und zur Ausbildung und Festigung der Identität von AktivistInnen beigetragen haben.

Es erscheint lohnend, in Ergänzung zum Leadership-Ansatz, der für die Analyse extrem rechter und damit in hierarchischen Weltanschauungsmustern gefangenen sozialen und politischen Bewegungen auch zukünftig bedeutsam ist, nach den funktionalen Schlüsselfiguren extrem rechter Bewegungen zu fragen. Dies soll hier in einem ersten Zugriff versucht werden, wozu freilich der analytische Blick auf die neonazistische Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland als Teil einer breiteren extremen Rechten beschränkt werden soll.

Die Sozialfigur des ‚Pioniers‘ ließe sich für die 1970er Jahre anhand des politischen Handelns von Michael Kühnen (1955-1991) verdeutlichen, der erstmals nach dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (1952) in den 1970er Jahren den Versuch unternahm, eine bundesweite, auf ihn als Führer verpflichtete legal auftretende ‚nationalsozialistische Bewegung‘ zu schaffen und dabei spektakuläre öffentliche Aktionen wie z.B. die Eselsmasken-Aktion (vgl. Virchow 2011) gezielt einsetzte, um sich und sein politisches Ziel der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ihm gelang es – unter meist prekären finanziellen Umständen – durch eine rege Reisetätigkeit zwischen den der ANS (später der ANS/NA) angehörenden Ortsgruppen, in hoher Frequenz durchgeführte Mobilisierungen der Anhängerschaft sowie eine die gemeinsame politische Identität als

„Bewegung der Tat“ herausstellende Publizistik, eine politische Bewegung zu begründen, deren frühe Kader zum Teil bis heute politisch aktiv sind.

Freilich gab es auch im Falle Kühnens in der Frühphase dieser politischen Bewegung Mentoren, die ihm Protektion gewährten und ihn an ihren Netzwerken alter Nazis teilhaben ließen, wie etwa Carlus Baagoe oder Edgar Geiss. Diese Sozialfigur der ‚Mentorin‘ ist häufig für außen stehende BeobachterInnen nur wenig sichtbar und in ihrer systematischen Bedeutung einschätzbar.

Zu den in der extremen Rechten und besonders in der neonazistischen Rechten verbreiteten Schlüsselfiguren zählt der Typus des ‚Märtyrers‘. Zu diesen gehörte über mehrere Jahrzehnte insbesondere der in Berlin-Spandau inhaftierte Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess (1894-1987), dessen Statement im Rahmen der Nürnberger Prozesse („Ich bereue nichts.“) zur Idolisierung genutzt wurde. Ihm wurden zahlreiche Publikationen gewidmet und manch gewaltsame Befreiungsaktion geplant; zu Lebzeiten forderten Petitionen seine Freilassung, nach seiner Selbsttötung behaupteten Teilnehmende wiederkehrender Demonstrationen eine Fremdeinwirkung (vgl. Vierkant 2008; Peltz-Förster 2010). Gegenwärtig eignet sich aus Sicht der extremen Rechten insbesondere der inzwischen 100-jährige Erich Priebke, der wegen seiner Beteiligung an Geiseler-schießungen an den Ardeatinischen Höhlen am 24. März 1944 in Italien im Jahr 1998 als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und diese als Hausarrest absitzt, zur Inszenierung als Märtyrer. Die mit der diskursiven Produktion des Märtyrers verbundene Unrechts- bzw. Unmenschlichkeitserzählung ist Teil eines breiteren von der extremen Rechten gepflegten Opferdiskurses, bleibt jedoch auf die eigene Bewegung beschränkt und wird außerhalb kaum aufgegriffen oder affirmiert. Für die Märtyrer-Selbstinszenierung eines Horst Mahler, der Gerichtsverfahren um die strafbewehrte Holocaust-Leugnung um den Preis zum Teil langjähriger Haftstrafen politisch nutzen möchte,

gilt dies in noch stärkerem Maße. Während ein Teil der extremen Rechten ihn ob dieser ‚Opferbereitschaft‘ verehrt und als Vorbild preist, halten andere Teile die Kosten-Nutzen-Kalkulation für nicht vertretbar.

Eine besondere Rolle innerhalb der extremen Rechten spielt die Sozialfigur der ‚Veteranin‘. Diese gibt es in zwei Varianten; die eine verweist auf diejenigen, die – wenn auch möglicherweise in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern oder organisatorischen Zusammenhängen – seit Jahrzehnten im Rahmen der sozialen oder politischen Bewegung aktiv und dabei hinreichend sichtbar sind und damit für Jüngere Kontinuität des Engagements trotz Phasen der Ruhe oder gar der Krise der Bewegung, aber auch Standhaftigkeit angesichts staatlicher Repression oder demokratischer Gegenbewegungen verkörpern. Deren Zahl ist auch in der neonazistischen Rechten insbesondere im Vergleich mit den späten 1970er Jahren inzwischen beträchtlich, wenn auch das Sozialprestige als ‚Veteranen‘ fragil, da ein Mindestmaß politischen Aktivismus sowie die Befolgung gewisser bewegungsinterner Normen gebunden ist. Trotz der diskursiven Betonung von Jugendlichkeit und der damit verbundenen Selbstzuschreibung von Virilität genießt die zweite Variante der ‚Veteranen‘ noch weit höheres Sozialprestige. Hierbei handelt es sich um die bewegungsintern mal als ‚Zeitzeugen‘, mal als ‚alte Kämpfer‘ vorgestellten Personen, die das NS-Regime noch bewusst erlebt haben oder darin gar eine staatspolitische Aufgabe erfüllt haben. Über eine längere Zeit gehörten hierzu etwa Hans-Ulrich Rudel (1916-1982) als höchstdekorierter Soldat des NS-Regimes, Otto Ernst Remer (1912-1997) als Offizier, der maßgeblich an der Niederschlagung des Umsturzversuches im Zusammenhang mit dem Anschlag vom 20. Juli 1944 beteiligt war, sowie Herbert Schweiger (1924-2011) und Ursula Haverbeck-Wetzel (1928-). Deren Auftreten im Kreis junger Gleichgesinnter war von ehrfurchtsvollem Geraune geprägt; der Status als ‚Veteran‘ gewinnt bewegungsintern um so mehr an Prestige, je singulärer er wird.

Bezüglich der Schlüsselfigur der ‚Vordenkerin‘ ist zu differenzieren zwischen denjenigen, die ein strategisches framing vornehmen, also etwa eine paradigmatische Interpretation bundesdeutscher Gesellschaft vornehmen, an der sich zahlreiche AnhängerInnen der extremen Rechten orientieren, wie z.B. Armin Mohler oder Caspar von Schrenck-Notzing mit ihren Büchern *Der Nasenring* bzw. *Charakterwätsche*, oder in Form fiktionaler Literatur aus den Szenarien des ‚Untergangs der weißen Rasse‘ die strategische Perspektive gewaltsamer politischer Intervention ableiten, wie etwa William L. Pierce mit seinen *Turner-Diaries* (vgl. Michael 2009; Dobratz/Waldner 2012), und jenen, die kurzfristig handlungsleitende Vorschläge bzgl. der Relevantsetzung bestimmter Themen oder der Priorisierung spezifischer Aktionsformen seitens der Bewegung anbieten. Entsprechende Debatten, etwa zum Stellenwert der Aktionsform Demonstration im Handlungsrepertoire der extremen Rechten, sind jedoch nicht auf die ‚Vordenker‘ begrenzt; insbesondere dort, wo Praxiswissen und -erfahrung relevant werden, können auch die diskursiven Beiträge der ‚Vordenkenden‘, die in einer vorangehenden Phase der Bewegung mit dem zum jeweiligen Zeitpunkt spezifischen Aktionsprofil affirmiert wurden, kritisch befragt oder abgelehnt werden. Dies gilt in der neonazistischen Bewegung etwa für die insbesondere im Jahr 2003 geführte Diskussion um Frequenz und Ausgestaltung von Demonstrationen.

Die Sozialfigur des ‚Aktivisten‘ spielt in einer sozialen Bewegung, deren Politikverständnis stark durch die Vorstellung geprägt ist, dass im ‚Daseinskampf‘ letztlich weniger das Wort als die Tat entscheidet, eine zentrale Rolle. Das Tat-Handeln kann dabei – nicht zuletzt in gewisser Abhängigkeit von den je spezifischen Beziehungen zum konkreten Feld bzw. zum Milieu – verschiedene Formen annehmen: die Teilnahme an Demonstrationen und Aufmärschen, symbolische und/oder spektakuläre Gesetzesübertretungen wie die Besetzung des Büros der Nachrichtenagentur dpa in Essen anlässlich des 100. Geburtstages Adolf Hitlers

am 20. April 1989, aber auch gewalttätiges Handeln aus politischen Motiven. Zum Renommee von AktivistInnen tragen in der extrem rechten Szene entsprechend auch Verurteilungen oder gar Gefängnisaufenthalte oder die Teilnahme an Aktionen bei, die für die Bewegung selbst sowie das von ihr vertretene Anliegen in der Vergangenheit bedeutsam waren. Ob die Variante des ‚terroristischen AktivistIn‘ eine eigene Sozialfigur innerhalb sozialer und politischer Bewegungen darstellt, ist zu prüfen.

Wie andere soziale und politische Bewegungen auch, so kennt auch die extreme Rechte die Schlüsselfigur der ‚Vernetzerin‘ in unterschiedlichen Wirkungszusammenhängen. Dies kann auf verschiedenen Ebenen der Bewegung stattfinden und sich auch in institutionalisierten Regelungen ausdrücken. So wurden von der NPD zeitweise Vertreter des parteiunabhängigen Neonazismus mit dem Ziel in den Parteivorstand geholt, die Kooperation zu verbessern und mögliche Konflikte bereits im Vorfeld auflösen zu können. In der Spezifizierung als ‚Vermittlerin‘ bedarf diese Sozialfigur eines erheblichen bewegungsinternen Sozialprestiges, um im Konfliktfall zunächst in dieser Rolle von den Konfliktparteien akzeptiert zu werden und dann zwischen verschiedenen Teilen der Bewegung eine (zumindest zeitweise) Verständigung herstellen zu können. Als sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in neonazistischen Bewegung der Konflikt um die Bewertung der Homosexualität in einer Art zuspitzte, die nicht nur zur Spaltung von Organisationsstrukturen führte, sondern auch zu Angriffen auf die beteiligten Protagonisten, wurde insbesondere durch die Vermittlungstätigkeit von Christian Worch und Jürgen Rieger (1946-2009) ein Verständigung erarbeitet, die zwar keinen Konsens in der Sache erbrachte, zumindest aber die Einstellung der persönlichen Angriffe deklarierte.

Vernetzung im Sinne der Zusammenführung verschiedener Gruppierungen und loser Zusammenhänge findet zudem dort statt, wo zunächst oder vor allem regional verankerte politische

Strukturen Teil nationaler oder gar internationaler Bewegungsaktivitäten werden, aber auch zwischen den Generationen; letzteres in systematisch angelegter Weise in den am Lebensbündprinzip orientierten Jugendorganisationen der extremen Rechten.

Mit der Sozialfigur des ‚Renegaten‘, die im hier behandelten Kontext vielleicht eher mit dem Begriff des ‚Aussteigers‘ zu belegen ist, hat die extreme Rechte in vielfacher Weise zu tun. Zum Gegenstand bewegungsinterner Prozesse der Identitätsvergewisserung wird jedoch weniger die quantitativ nicht unerhebliche, aber wenig spektakuläre Fluktuation, die auch nicht notwendig mit einer Abkehr von den weltanschaulichen Grundlagen verbunden sein muss, als vielmehr die öffentliche, etwa durch Publikationen begleitete Abkehr überregional bekannter AktivistInnen von Wort und Tat der neonazistischen Bewegung (z.B. Jörg Fischer; Ingo Hasselbach; Jan Zobel), die in manchen Fällen auch zu einem aktiven Engagement gegen die vormalige politische Heimat führt.

Der Umgang mit der Sozialfigur des ‚Informanten‘ innerhalb der extremen Rechten ist widersprüchlich und bedarf noch weiterer Analysen, um deren Beitrag zur Dynamik einer politischen Bewegung von rechts tatsächlich verstehen zu können. Angesichts der Durchsetzung dieses politischen Spektrums mit V-Leuten bis in die Führungsebenen mutet es zumindest erstaunlich an, wie wenig Kontroversen diese Situation innerhalb der neonazistischen Bewegung hervorruft. Zwar gibt es eine ausgedehnte Verdachtskultur und gelegentliche Aufrufe, ‚Informanten‘ zu ächten, aber dies bleibt doch relativ folgenlos.

Es scheint, als ließen sich in Ergänzung zu Leistner – möglicherweise bewegungsspezifisch – weitere Typen identifizieren. Für die neonazistische Bewegung, der kaum institutionalisierte Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen, ist auch die Figur des ‚Finanziers‘ bedeutsam, die sich um die Erschließung und Sicherung finanzieller Ressourcen kümmert. Damit sind nicht die Verwalter gemeint, sondern jene Personen, denen andere beispielsweise ihr Ver-

mögen oder die Erbschaft anvertrauen, weil sie das Vertrauen genießen, es im Sinne der Ziele der Bewegung einzusetzen und es nicht eigennützig den privaten Zwecken zuzuführen. Für Teile der extremen Rechten hat diese Funktion zeitweise Jürgen Rieger erfüllt.

Auch die Vielzahl der in den letzten 25 Jahren als Teil der neonazistischen Rechten auftretenden Musikbands und LiedermacherInnen können mit ihrem spezifischen Beitrag des framings als eigenständiger Typus der Schlüsselfiguren oder als Konkretisierung der Figur des Übersetzers angesehen werden; in diesem Fall als niedrigschwellig-jugendkulturelle Transformation durch Verbreitung ideologischer Inhalte mit musikalischen Mitteln.

Eine theoretisch profilierte und empirisch gesättigte Forschung zu Schlüsselfiguren der extremen Rechten müsste in ihrer Komplexität auch berücksichtigen, in welcher Phase der Bewegung jeweils spezifische Faktoren, wie z.B. politische Erfahrung, street credibility, ökonomische Unabhängigkeit oder Habitus, für das Auftreten und das Wirksamwerden der unterschiedlichen Schlüsselfiguren relevant sind. Nicht immer sind sie unmittelbar sichtbar – sei es aus strukturellen Gründen (Robnett 1996), sei es absichtsvoll, sei es aufgrund der ‚Brille‘, durch die die Forschenden sich dem Gegenstand nähern. Eine diachrone wie synchrone Analyse der Schlüsselfiguren wird auch erkennbar werden lassen, welche gesellschaftlichen Strukturkategorien für das Auftreten und das Profil verschiedener Sozialfiguren maßgeblich sind.

Fabian Virchow, Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der FH Düsseldorf, leitet als Sozialwissenschaftler den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA). Kontakt: fabian.virchow@fh-duesseldorf.de

Literatur

Barraclough, Richard 1998: Umberto Bossi: Charisma, Personality and Leadership. In: *Modern Italy*, Jg. 3, Heft 2, 263-269.

Brug, Wouter van der/Mughan, Anthony 2007: Charisma, Leader Effects and Support for Right-Wing Populist Parties. In: Party Politics, Jg. 13, Heft 1, 29-51.

Dobratz, Betty A./Waldner, Lisa K. 2012: Repertoires of Contention: White Separatist Views on the Use of Violence and Leaderless Resistance. In: Mobilization, Jg. 17, Heft 1, 49-66.

Eatwell, Roger 2002: The Rebirth of Right-Wing Charisma? The Cases of Jean-Marie Le Pen and Vladimir Zhirinovskiy. In: Totalitarian Movements and Political Religions, Jg. 3, Heft 3, 1-23.

Erb, Rainer 2006: Protestorganisation und Eventmanagement. Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition, 142-176.

Gentile, Emilio 1998: Mussolini's charisma. In: Modern Italy, Hg. 3, Heft 2, 219-235.

Griffin, Roger 2003: From Slime Mould to Rhizome: An Introduction to the Groupuscular Right. In: Patterns of Prejudice, Jg. 37, Heft 1, 27-50.

Grumke, Thomas 2008: Die rechtsextremistische Bewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus, 475-492.

Gusfield, Joseph R. 1966: Functional Areas of Leadership in Social Movements. In: The Sociological Quarterly, Jg. 7, Heft 2, 137-156.

Kallis, Aristotle A. 2006: Fascism, 'Charisma' and 'Charismatisation': Weber's Model of 'Charismatic Domination' and Interwar European Fascism. In: Totalitarian Movements and Political Religions, Jg. 7, Heft 1, 25-43.

Klare, Heiko/Sturm, Michael (Hg.) 2011: ‚Dagegen!‘ Und dann?! Rechtsextreme Straßenpolitik und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien in NRW. Münster: Villa ten Hompel.

Leistner, Alexander 2011: Sozialfiguren des Protests und deren Bedeutung für die Entstehung und Stabilisierung sozialer Bewegungen: Das Beispiel der unabhängigen DDR-Friedens-

bewegung. In: Forum: Qualitative Sozialforschung, Jg. 12, Heft 2, Art. 14.

Leondar-Wright, Betsy/Gamson, William A. 2010: Social Movements. In: Couto, Richard A. (Hg.): Political and Civic Leadership. Los Angeles u.a.: Sage, 349-358.

Michael, George 2009: Blueprints and Fantasies: A Review and Analysis of Extremist Fiction. In: Studies in Conflict & Terrorism. Jg. 33, Heft 2, 149-170.

Peltz-Förster, Cornelius 2010: Rudolf Heß – Friedensflieger oder Wegbereiter der Vernichtung? Braunschweig: Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt.

Robnett, Belinda 2013: Leadership. In: Snow, David A./Della Porta, Donnatella/Klandermans, Bert/McAdam, Doug (Hg.): Encyclopedia of Social & Political Movements Vol. II: F-Pe. Malden/Oxford: Wiley-Blackwell, 687-692.

Robnett, Belinda 1996: African-American Women in the Civil Rights Movement, 1954-1965: Gender, Leadership, and Micromobilization. In: American Journal of Sociology, Jg. 101, Heft 6, 1661-1693.

Roche, John P./Sachs, Stephen 1955: The Bureaucrat and the Enthusiast: An Exploration of the Leadership of Social Movements. In: The Western Political Quarterly, Jg. 8, Heft 2, 248-261.

Rooyackers, Ilse N./Verkuyten, Maykel 2012: Mobilizing support for the extreme right: A discursive analysis of minority leadership. In: British Journal of Social Psychology, Jg. 51, Heft 1, 130-148.

Staggenborg, Suzanne 1988: The Consequences of Professionalization and Formalization in the Pro-Choice Movement. In: American Sociological Review, Jg. 53, Heft 4, 585-605.

Vierkant, Maica 2009: Märtyrer und Mythen: Horst Wessel und Rudolf Heß: nationalsozialistische Symbolfiguren und neonazistische Mobilisierung. Marburg: tectum.

Virchow, Fabian 2004: The Groupuscularization of Neo-Nazism in Germany: The Case of the Aktionsbüro Norddeutschland. In: Patterns of Prejudice, Jg. 38, Heft 1, 56-70.

Virchow, Fabian 2006: Dimensionen der ‚Demonstrationspolitik‘ der extremen Rechten in der Bundesrepublik. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechts-Extremismus in Deutschland*. Hamburg: Hamburger Edition, 68-101.

Virchow, Fabian 2011: Eselsmasken-Aktion (1978). In: Benz, Wolfgang (Hg.): Hand-

buch des Antisemitismus. Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. München: De Gruyter-Saur, 107-109.

Vossen, Koen 2011: *Classifying Wilders: The Ideological Development of Geert Wilders and His Party for Freedom*. In: *Politics*, Jg. 31, Heft 3, 179-189.

Schlüsselfiguren zeitgenössischer Anarchie-Bewegungen

Christian Fröhlich

1 | Bewegungsforschung und Anarchie

Anarchiebewegte spielten in der Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen eine nicht unbedeutende Rolle. Ihr Einfluss liegt aber wohl mehr im Aufbau linker, libertärer Strukturen in Folge der 1968er, als im Aufbau einer eigenen, breiten Bewegung (Landmesser 2009). In letzter Zeit wurde allerdings eine verstärkte Präsenz von anarchistischen Ansätzen in sozialen Bewegungsorganisationen beobachtet (Crossley 2003; Day 2005) und hierarchiefreie, führerlose Strukturen werden immer öfter in sozialen Mobilisierungen, wie z.B. in der Occupy-Bewegung, bevorzugt.

Organisationsstrukturen und Macht, die in sozialen Bewegungen immer eine wichtige Rolle spielen, werden in anarchistischen Bewegungen besonders reflektiert. In ihrem Selbstverständnis widerstehen AnarchistInnen „all forms of social domination that are perpetuated in a variety of social, economic, and political domains (such as racial, gender, and sexuality-based oppression) and to capitalism“ (Williams/Lee 2012: 567). Daher sind für AnarchistInnen institutionalisierte Strukturen potentiell anfällig für die Herausbildung von Hierarchien, die ungleiche Machtverhältnisse herstellen und Führungseliten einrichten, womit die Autonomie der Individuen und Demokra-

tie in ihren Beziehungen vernichtet wären. Deshalb haben AnarchistInnen Prinzipien und Methoden entwickelt, Gefahren von personeller Dominanz in kommunikativen und organisationalen Prozessen zu umgehen (Graeber 2009). Doch die ideologisch verfasste und institutionalisierte Aversion gegen jegliche Art von Hierarchie und Dominanz, die allen AnarchistInnen weltweit in der Regel gemein ist, stellt die Bewegungsforschung vor einige Probleme. Dieser Umstand verschärft sich, weil bisher noch keine Anarchiebewegung ihre Ziele, trotz vielversprechender, aber äußerst kurzer Perioden, voll verwirklichen konnte und bewegungsbezogene Erfolgskriterien sich eher am Wachstum von Mitgliederzahlen, Erfolg von Kampagnen oder an der Verstärkung von Konflikten zwischen gesellschaftlichen Eliten orientieren (Williams/Lee 2012: 570).

2 | Anarchie und *leadership*

BewegungsforscherInnen gingen oft davon aus, dass Führungsfiguren existentiell wichtig sind für die erfolgreiche Entwicklung von sozialen Bewegungen (McCarthy/Zald 1973; Zald/Ash 1966). Auch gegenwärtig fokussieren *leadership*-Ansätze vor allem auf Leitungsfunktionen und Entscheidungsmacht von Anführern und Anführerinnen, um den Erfolg oder Misser-

folg von Bewegungen zu erklären (Morris/Staggenborg 2004). Einige Theorien gehen explizit davon aus, dass organisationale Erfolge in Bewegungen davon abhängen, dass *leader* ihre Fähigkeiten monopolisieren und Kontrolle über Entscheidungsprozesse übernehmen (Bate et al. 2004). Die Installierung von partizipativen und demokratischen Strukturen liegt dabei in der Verantwortung einer permanenten Führungsfigur (Sutherland et al. 2013: 4). Deren „meaning-making“ (Kurzman 2002) ist zur Identitätskonstruktion in sozialen Bewegungen zweifelsohne wichtig (Mellucci 1996; Poletta 2002), doch bleibt in der Regel unterbelichtet, wie dies in der Abwesenheit von permanenten Führern und Führerinnen gelingen kann (Sutherland et al. 2013: 7).

Sutherland et al. (2013) schlagen daher in ihrer Studie über anarchistische Organisationen in England vor, mit Fairhurst (2007) besser von „leadership actors“ zu sprechen. Führerschaft ist damit nicht nur einer bestimmten Person zugänglich, sondern auf viele Führungsakteure, die diese Rolle von Zeit zu Zeit annehmen, verteilt. Die Analyse von Macht in sozialen Bewegungen entfernt sich damit von einem „top-down“-Ansatz und sucht diese vielmehr in sozialen Interaktionen, Diskursen und Meinungsbildungsprozessen (Jackson/Carter 2007). Doch selbst in Gruppen mit radikal demokratischer, partizipativer Ideologie wie der anarchistischen, in denen eine starke „anti-leadership“-Haltung und ein Hang zum Konsens in Entscheidungsprozessen existieren (Sutherland et al. 2013: 10), entstehen informelle Macht- und Hierarchiestrukturen. Problematisch wird z.B. die Abhängigkeit von einigen wenigen Gruppenmitgliedern mit mehr Erfahrung und Informationen als andere, was zu asymmetrischen Beziehungen in der Planung und Durchführung von Aktionen führen kann. Durch rotierende Führungsrollen und gleichmäßige Verteilung von praxisrelevanten und rollenspezifischen Fähigkeiten stellen anarchistische Gruppen eine kollektive Führerschaft her (Sutherland et al. 2013: 12f.), indem bestimmte Ideen in Gesprächen oder Aktionen von al-

len anderen Aktiven wichtig und fruchtbar für von allen als wichtig anerkannte Aufgaben oder Probleme angesehen werden (Robinson 2001: 93). Dennoch ist auch kollektive Führerschaft nicht vor der Bildung von informellen Hierarchien, z.B. durch dominante Cliques besonders enthusiastischer Mitglieder, gefeit, die dann allgemeingesellschaftliche soziale und kulturelle Ungleichheiten, z.B. Geschlechterunterschiede oder die diskursive Ausgrenzung bestimmter sozialer Probleme, reproduzieren können. In solchen Situationen sind es einzelne Gruppenmitglieder, die diskursive und handlungstechnische Hierarchien aufbrechen, neue Themen eröffnen, alte wiederentdecken, neue Handlungsfelder betreten, alte wieder fruchtbar machen oder bewegungsinterne Ideologiepflege betreiben.

3 | Anarchie und Schlüsselfiguren

Die seit spätestens Mitte der 1990er Jahre einsetzende, breite Beschäftigung mit dem Poststrukturalismus brachte eine Vertiefung der Aufmerksamkeit auf Machtstrukturen in die Anarchiebewegung (Kuhn 2009) und damit auch einen stärkeren Fokus auf die Abwendung von struktureller und persönlicher Macht in Kommunikations- und Handlungsprozessen. AnarchistInnen standen aber schon immer der Auffassung entgegen, dass man nur in organisationaler Form sozial handeln kann und dass dazu klar identifizierbare, an der Spitze einer Hierarchie positionierte Führungspersonen nötig sind. An die Seite von radikaldemokratischen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen setzen sie deshalb das Prinzip der direkten Aktion, welches klassischen, hierarchisch organisierten Mustern von sozialem Bewegungshandeln entgegensteht.

Analysen sozialer Bewegungen versuchen oft, deren Erfolg oder Misserfolg auf die Ausnutzung von Opportunitäten in Bezug auf die Beeinflussung von politischen und sozialen Institutionen zurückzuführen (Meyer 2004). Doch Anarchiebewegungen bemühen sich weder um die Verbesserung repräsentativer De-

mokratie und um die Implementierung von politischen Versprechungen, noch streben sie nach politischem Einfluss, um durch Reformen Politiken und Gesetze zu verändern. Sie setzen auch nicht auf die Entwicklung eigener (politischer) Dominanz in der Regelung gesellschaftlicher Belange. Im Gegenteil, anarchistische Kritik ist „radical opposition to the *very existence* of hierarchical institutions.“ (Williams/Lee 2012: 563) Anarchistische Beziehungen zum Staat können zwar ganz unterschiedlich sein, sind aber meistens auf die Abweisung staatlicher Autorität bezogen und rufen verschiedene Formen staatlicher Repression hervor. Auf staatliche Strukturen bezogene politische Opportunitäten, eine Hauptkategorie der sozialen Bewegungsforschung, sind für sie daher in der Regel permanent geschlossen (Williams/Lee 2012: 561, 565).

Das hat Folgen für das Repertoire an „Sozialfiguren“ (Leistner 2011: §11), das anarchistischen Bewegungen generell zur Verfügung steht. Bestimmte Schlüsselrollen, die wichtig für soziale Bewegungen sein können, kann es aufgrund der antistaatlichen, antiautoritären Ideologie anarchistischer Bewegungen gar nicht oder nur in ganz bestimmten, eher schwachen Ausprägungen geben. Z.B. sind Übersetzungsrollen, die anarchistische Anliegen in politische Strukturen tragen und Elitenallianzen bilden könnten, aufgrund der ideologischen und historischen Distanz zum Staat und als Reaktion auf staatliche Repressionen gegen Anarchiebewegungen eher selten oder gar nicht zu finden.

Im Folgenden werden beispielhaft einige Sozialfiguren der anarchistischen Bewegung im postsowjetischen Russland vorgestellt.

4 | Anarchiebewegung in Russland

Sind russische Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen seit dem Ende der Sowjetunion immer wieder als abhängige Gehilfen des Staates (Evans 2006) beschrieben worden, denen vielfach das Mobilisierungs- und Protestpotential fehlt (Howard 2003), so haben doch Un-

tersuchungen gezeigt, dass sich russische BürgerInnen gerade auf der lokalen Ebene und bezüglich konkreter Probleme immer wieder in einflussreichen Graswurzelbewegungen mobilisieren ließen (vgl. Kleman et al. 2010). Die Protestwelle in Russland als Reaktion auf die Wahlfälschungen während der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den Jahren 2011 und 2012 hat ebenfalls bestätigt, wie bedeutend führerlose Strukturen sozialer Mobilisierung und lokaler Graswurzelaktivismus für Protestverhalten geworden sind. Libertäre Modelle sozialer Organisation und sozialen Handelns sind aber nicht erst im letzten Jahrzehnt in Russland entstanden, sondern existieren bereits seit der Perestroika am Ende der 1980er Jahren, als die libertäre Bewegung nach ihrer Verfolgung und Vernichtung in den Jahren 1918-21 durch ihre bolschewistischen Revolutionskameraden (Marshall 2008 [1992]: 473) eine Wiedererweckung erfuhr.

4.1 | Organisationale Pionierarbeit

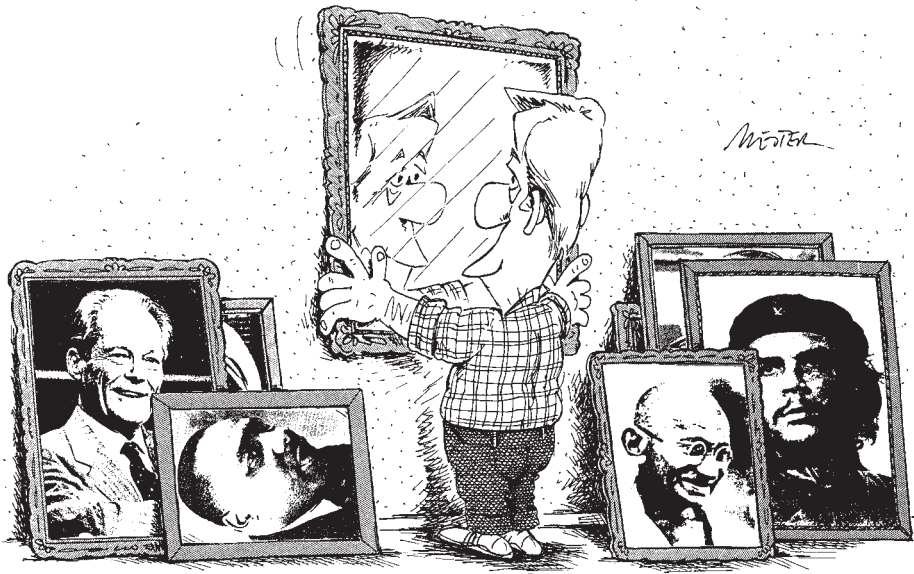
Am Ende der Sowjetunion waren es vor allem historisch gebildete AkademikerInnen, die sich mit dem anarchistischen Gedankengut von Michael Bakunin und Peter Kropotkin befassten und in den Zeiten gesellschaftlicher Öffnung unter Michael Gorbatschow libertäre Diskussionszirkel initiierten. Diese kleinen, informellen Kreise, wie es sie überall in der Sowjetunion gab, vertieften sich vor allem in individuelle Ideologieformierung, was eine Vereinigung der Kräfte schwierig machte. Als 1989 dennoch die alle libertären Gruppen vereinigende „Konföderation der Anarcho-Syndikalisten“ zustande kam, fiel sie jedoch wenige Jahre später wieder auseinander (Damier 2009: 203). Dies geschah zum einen aufgrund ideologischer und taktischer Differenzen. Zum anderen aber wurde die gerade erwachte Bewegung stark geschwächt durch den Kollaps der russischen neuen Linken, der sogenannten „demokratischen Sozialisten“, die sich zwar als Gegenpol zur konservativen, „nostalgischen“ Linken der alten Parteikader positionierte, doch

durch den Pakt mit den liberal-demokratischen Kräften um Boris Jelzin ihr Ende selbst bestellten (Larsen/Mandel 1994). Die 1990er Jahren waren daher geprägt von der Pionierarbeit, eine eigene, unabhängige Organisationsstruktur aufzubauen. Eine Schlüsselrolle kam dabei solchen Vereinigungen zu, die es vermochten, bestimmte Themen nachhaltig aufzunehmen. Die „Konföderation revolutionärer Anarcho-Syndikalisten (KRAS)“ verschreibt sich seit ihrem Gründungsjahr 1995 dem Arbeits- und Klassenkampf und war in den 1990er und 2000er Jahren in vielen großen Streiks und Demonstrationen von Fabrikbelegschaften involviert. Die „Hüter des Regenbogens“ leisteten dagegen Pionierarbeit auf dem Gebiet des radikalen ökologischen Protests und wurden für folgende libertäre Bewegungen zu einem einflussreichen Beispiel direkter Aktion.

4.2 | Brücken bauen

Allerdings führte die desolante wirtschaftliche Lage Russland am Ende der 1990er zu einer rapiden Schwächung von Bewegungsaktivitäten. Zudem verschärfte sich seit dem Amtsantritt Vladimir Putins 1999 der Druck auf staats-

kritische Organisationen durch eine ‚Extremisierung‘ radikal linken Aktivismus. Es begann deshalb im neuen Jahrtausend eine ‚unorganisierte‘ Phase, in der vor allem unabhängige, informelle Lokalgruppen Proteste und Aktionen als Reaktion auf die starke Nationalisierung russischer Politik und Gesellschaft realisierten. Vor allem der antifaschistische Widerstand gegen die wachsende Nazi-Bewegung und Proteste gegen die russischen Kriegshandlungen im Kaukasus waren die Kernthemen dieser Zeit. Zunehmend an Schwung gewannen die Aktionen durch den Zufluss von AktivistInnen aus den zunehmend sich politisierenden Punk- und Hardcore-Subkulturen, der durch die Brückenfunktion von subkulturell verankerten AnarchistInnen ermöglicht wurde. Die themenbezogene, lokalorientierte und informelle bzw. direkte Aktionsform vieler AnarchistInnen ließ und lässt sie außerdem nach Anknüpfungspunkten mit anderen sozialen Bewegungen suchen. Während die antifaschistische Bewegung zu den Hauptfeldern anarchistischer Aktivitäten zählt, haben es anarchistische ‚Brückenbauer‘ geschafft, antiautoritäre, partizipative Organisations- und Handlungsformen auch in anderen kapitalismuskritischen Bewegungs-



kontexten, z.B. in der Tierrechtsbewegung, im radikaler Umweltschutz und in (äußerst wenigen) unabhängigen Gewerkschaften, in (sicherlich begrenzten) Ansätzen zu etablieren.

4.3 | Urgesteine

Die Anarchiebewegung ist in Russland vor allem eine Jugendbewegung, das Alter der meisten Gleichgesinnten liegt etwa zwischen 16 und 30 Jahren. Nur wenige Aktive der ersten Stunden blieben der Szene durch die turbulenten 1990er und die repressiven 2000er Jahre hindurch erhalten. Diese „Urgesteine“ (Leistner 2011: §62) erfüllen mehrere Funktionen: Zum einen sind sie die ‚Archivare‘ der Bewegung und stellen damit eine materielle Historie her, die wichtig für die Identitätsarbeit einer gesellschaftlich relativ isolierten Sphäre wie der anarchistischen ist. Hier spielen besonders Publikationstätigkeiten und die stete Herausgabe von Zeitschriften als die beständige Interpretation und Weitergabe der bewegungsrelevanten Geschichte eine Rolle. Zum anderen stabilisieren die Urgesteine die Bewegung durch ihr Langzeitengagement. Vor allem durch die starke Verjüngung und subkulturelle Vermischung der Bewegung fehlt oftmals langfristige Erfahrung in libertärem Denken und libertärer Praxis, sowie ein ‚historisches Bewusstsein‘, welche die Langzeitengagierten aber fortwährend induzieren und weitergeben.

4.4 | Avantgarde

Die radikaldemokratischen Prinzipien anarchistischer Ideologie und Organisation stoßen in der Praxis nicht selten auf Beschränkungen. Zwar bieten partizipative Methoden kollektiver Führerschaft einige Lösungen, doch können gerade Grundsatzdiskussionen von Exklusionsprozessen betroffen sein. ‚AvantgardistInnen‘ stellen sich den bewegungsinternen Kämpfen und eröffnen neue Themen und Aktionsfelder auch ohne kollektiven Konsens, obwohl das ihre Abspaltung von der Hauptgemeinschaft bedeuten könnte. Beispielhaft ist die organisa-

tionale Trennung der Anarcho-FeministInnen und LGBT-RechtlerInnen vom Hauptfeld der vom alleinigen Klassenkampf Überzeugten, die in der kollektiven Führung gegenwärtig ‚dominieren‘. Sie eröffnen mit ihrer ‚Befreiung‘ der Bewegung im Ganzen neuen Themen- und Kampffelder und schwächen zugleich interne Diskursdominanzen. Dadurch entstehen aber auch Allianzen mit anderen, sich gründenden (Frauen-, Schwulen/Lesben-)Bewegungen, in die ‚AvantgardistInnen‘ anarchistische Elemente tragen.

4.5 | Märtyrer

Anti-staatliche und anti-autoritäre Bewegungen sind unter (semi-)autoritären Regimen und in nationalistisch geprägten Gesellschaften besonders starker Repression und Ausgrenzung ausgesetzt. In Russland hat der antifaschistische Kampf gegen Neonazis einige Todesopfer unter AnarchistInnen und der Bewegung nahestehenden AktivistInnen gefordert. Gemeinsam mit ‚politischen‘ Gefangenen und für ihre Überzeugungen und Protestaktivitäten Verurteilten bilden sie Identifikationspunkte für die Wichtigkeit des eigenen Tuns und für die Fehler im System. Zugleich eröffnet ein Märtyrertum Möglichkeiten der Skandalisierung und Solidarisierung (Leistner 2011: §53), mit denen sich weit über den Bewegungskern hinaus für Protest gegen Machtorgane mobilisieren lässt. Der Gedenkmarsch anlässlich der Ermordung von Stanislaw Markelow und Anastassija Baburowa im Jahre 2009 versammelt jedes Jahr einen breiten Teilnehmerkreis. Und Solidaritätsaktionen für den im Frühjahr 2013 verhafteten Alexej Gaskarow (s. seinen Text in diesem Heft) gehen weit über die russischen Grenzen hinaus.

5 | Schlussbemerkung

Die Bewegungsforschung bekommt libertären, radikal demokratischen sozialen Aktivismus mit den etablierten Konzepten von politischen und gesellschaftlichen Opportunitätsstruktu-

ren und *leadership*-Ansätzen nicht vollends in den Blick. Das gilt besonders für soziale Bewegungen wie den Anarchismus, der sich so rigoros von institutionalisierten gesellschaftlichen und politischen Strukturen abkoppelt und auf hierarchiefreie, informelle Aktivitätsformen besteht. Hier bilden sich alternative Funktionsmechanismen aus, denen die Forschung mit einem sehr offenen Konzept von Schlüsselfiguren, die tatsächlich als Sozialfiguren mit jeweils kultur- und kontextspezifischen Ausprägungen gedacht werden müssen, sehr viel näher kommen kann.

Christian Fröblich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Södertörn University in Schweden. Kontakt: chrisfroehlich@gmx.net

Literatur

Bate, Paul/Robert, Glenn/Bevan, Helen 2004: The Next Phase of Health Care Improvement: What Can We Learn from Social Movements? Quality and Safety in Health Care, Jg. 13, Heft 1, 62-66.

Crossley, Nick 2003: Making Sense of Social Movements. Buckingham: Open University Press.

Damier, Vadim 2009: Anarcho-Syndicalism in the 20th Century. Edmonton, Alberta: Black Cat Press.

Day, Richard 2005: Gramsci is Dead: Anarchist Currents in the Newest Social Movements. London: Pluto Press.

Evans, Alfred B. 2006: Vladimir Putin's Design for Civil Society. In: Ders./Henry, Laura/Sundstrom, Lisa McIntosh (Hg.): Russian Civil Society. A Critical Assessment. Armonk: M.E. Sharpe, 147-158.

Fairhurst, Gail 2007: Discursive Leadership: In Conversation with Leadership Psychology. Los Angeles, CA: Sage.

Graeber, David 2009: Direct Action: An Ethnography. Oakland, CA: AK Press.

Howard, Marc M. 2003: The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Jackson, Norman/Carter, Pippa 2007: Rethinking Organisational Behaviour: A Post-structuralist Framework. London: Pearson.

Kleman, Karin/Mirjasova, Olga/Demidov, Andrej 2010: Ot obyvatel' k aktivistam. Zarozhdayushiesja sozial' nye dvizhenie v sovremennoj Rossii. Moskva: Tri Kvadrata.

Kuhn, Gabriel 2009: Anarchismus, Postmodernismus und Poststrukturalismus. In: Ders.: Vielfalt, Bewegung, Widerstand. Texte zum Anarchismus. Münster: Unrast, 49-60.

Kurzman, Charles 2002: Introduction: Meaning-making in Social Movements. Anthropological Quarterly, Jg. 81, Heft 1, 5-15.

Landmesser, Ralf G. 2009: Neue Soziale Bewegungen: Anarchismus ist soziale Bewegung. In: Degen, Hans Jürgen/Knoblauch, Jochen (Hg.): Anarchismus 2.0. Bestandsaufnahmen. Perspektiven. Stuttgart: Schmetterling Verlag, 158-178.

Larsen, Poul Funder/Mandel, David 1994: The Left In Russia. The Socialist Register, Jg. 30, 263-289.

Leistner, Alexander 2011: Sozialfiguren des Protests und deren Bedeutung für die Entstehung und Stabilisierung sozialer Bewegungen: Das Beispiel der unabhängigen DDR Friedensbewegung [83 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung Jg. 12, Heft 2, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1102147> [22.08.2013].

Marshall, Peter 2008 [1992]: Demanding the Impossible: A History of Anarchism. London: Harper Perennial.

McCarthy, John D./Zald, Mayer N. 1973: The Trend of Social Movements in America: Professionalism and Resource Mobilization. Morristown, NJ: General Learning Press.

Mellucci, Alberto 1996: Challenging Codes: Collective Action in the Information Age. Cambridge: Cambridge University Press.

Meyer, David S. 2004: Protest and Political Opportunities. Annual Review of Sociology, Jg. 30, 125-145.

Morris, Aldon D./Staggenborg, Suzanne 2004: Leadership in Social Movements. In: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hans-

peter (Hg.): Blackwell Companion to Social Movements. Malden: Blackwell Publishing, 171-196.

Poletta, Francesca 2002: Freedom is an Endless Meeting: Democracy in American Social Movements. Chicago, IL: University of Chicago Press.

Robinson, Viviane 2001: Embedding Leadership in Task Performance. In: Wong, Kamcheung/Evers, Colin (Hg.): Leadership for Quality Schooling. London: Routledge, 90-102.

Sutherland, Neil/Land, Christopher/Böhm, Steffen 2013: Anti-leaders(hip) in So-

cial Movement Organizations: The Case of Autonomous Grassroots Groups. Organization, 1-23, <http://org.sagepub.com/content/early/2013/06/03/1350508413480254.full.pdf+html> [07.09.2013].

Williams, Dana M./Lee, Matthew T. 2012: Aiming to Overthrow the State (Without Using the State): Political Opportunities for Anarchist Movements. Comparative Sociology Jg. 11, Heft 4, 558-593.

Zald, Mayer N./Ash, Roberta 1966: Social Movement Organizations: Growth, Decay and Change. Social Forces, Jg. 44, Heft 3, 327-40.

Jenseits von Batman. Schlüsselfiguren des Vigilantismus

Thomas Schmidt-Lux

1 | Einleitung

„Verstoßen (...) nenne ich den, dem der Schutz der Gesetze versagt ist! Denn dieses Schutzes, zum Gedeihen meines friedlichen Gewerbes, bedarf ich ja (...); und wer mir ihn versagt, der stößt mich zu den Wilden der Einöde hinaus; er gibt mir, wie wollt Ihr das leugnen, die Keule, die mich selbst schützt, in die Hand“. Michael Kohlhaas sagte dies gegenüber Martin Luther, und dass er dabei „die Hand zusammendrückte“, deutet auf die Mühe hin, die ihn die Beherrschung seines Zorns und seines Verlangens nach Schutz und Gerechtigkeit kostete (Kleist 2003: 44). Zuvor war er diesem Zorn eher gefolgt und hatte getötet und verbrannt, nachdem ihm der Junker Wenzel zwei Pferde verkommen ließ und einen Knecht misshandelte, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Luther war in Heinrich Kleists Stück einer der zentralen Kritiker Kohlhaas', und so ist die Szene der Auftritt zweier zentraler Figuren der Erzählung. Darüber hinaus jedoch trat mit Kohlhaas eine fortan para-

digmatische Person auf, wenn es darum ging, mit Gewalt das Recht in die eigenen Hände zu nehmen. Seine Geschichte wurde vielfach aufgeführt, verfilmt, neu erzählt. Er ist einer der wichtigsten historischen Verweise auf Konflikte zwischen dem Einzelnen und dem Staat, zwischen dem Recht und Gerechtigkeit, zwischen Gewaltmonopol und dem Recht auf Selbsthilfe. Kann Kohlhaas damit auch als Schlüsselfigur einer vigilanten Bewegung gelten?

Als Vigilantismus werden jene Phänomene bezeichnet, bei denen Privatpersonen Gewalt gegenüber Dritten androhen oder tatsächlich anwenden, um diese zu bestrafen, zu zwingen oder anderweitig zu beeinflussen. Dabei geht es immer um – konkurrierende – Vorstellungen von Ordnung, von Recht, nicht zuletzt von Gerechtigkeit bzw. auch um die Frage, wer dies wie durchsetzt. Die Frage der Setzung von Recht und des legitimen Einsatzes von Gewalt wird natürlich unter den Bedingungen staatlicher Monopolisierung von Gewalt zum besonderen Konfliktpunkt. Der Vi-

gilitismus als eine Gewalt, die ‚das Recht in die eigenen Hände nimmt‘ und die eben nicht vom Staat, sondern von – wie auch immer motivierten – nicht-staatlichen Akteuren eingesetzt wird, lässt sich so nur im Verhältnis zu staatlicher Gewalt denken (vgl. hierzu Schmidt-Lux 2013). Auch Kohlhaas greift ja deshalb zu gewalttätigen Mitteln, weil er sich in seinem Recht auf gesetzeskonforme Behandlung durch den König verletzt bzw. regelrecht verlassen sieht.

Die bisherige Vigilantismus-Forschung konzentrierte sich auf die Definition, Typisierung und die genauere Bestimmung des Phänomens (vgl. dazu Kowalewski 2001, Johnston 1996). Vielfach finden sich darüber hinaus Fallstudien, häufig etwa zu afrikanischen oder lateinamerikanischen Gruppierungen, wobei dabei meist deren Verhältnis zum Staat und ihre politische Rolle im Zentrum des Interesses stand (bspw. Goldstein 2003; Buur 2006). Wenig wurde bislang zu inneren Strukturen und Dynamiken vigilanter Gruppen geforscht, was sicherlich auch ganz praktische Gründe hat. Um dies zu leisten, muss man nah am Gegenstand sein, also Zugang zu einem schwierigen Feld finden. Dies ist auch deshalb schwer, weil der Vigilantismus ja selbst ein flüchtiges Phänomen ist. Oft haben wir es mit Einzeltätern oder ‚spontanen‘ Taten zu tun.

Umso wichtiger und interessanter verspricht daher der (erneute) Blick auf den Vigilantismus mit dem Konzept von Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen zu sein. Damit könnte die sich häufig entweder auf heroische Einzeltäter (Kohlhaas) oder amorphe Massen („Lynchmobs“) konzentrierende Rezeption differenziert, und zugleich das Konzept selbst weiter entwickelt werden.

2 | Das Konzept von Schlüsselfiguren

Eine erste Einschränkung des hier vorgenommenen Versuchs deutete sich schon an: Der Vigilantismus kann – wenn überhaupt – nur bedingt als soziale Bewegung bezeichnet werden. Zwar tauchen vigilante Taten und Täter-

innen historisch immer wieder auf, sind aber in ihren Formen, Motiven und Zielen äußerst heterogen und kaum als Kollektivakteur anzusehen. „The scope of vigilantism is generally local“ (Johnston 1996: 234), zudem nehmen sich die etwaigen Gruppen selten als gemeinsam agierend oder miteinander verbunden wahr. Dies war vielleicht noch am ehesten bei den rassistischen Lynch-Gruppierungen in den USA der Fall (vgl. Berg 2011).

Dem gegenüber gibt es wenigstens einige Aspekte, die den Vigilantismus in die Nähe sozialer Bewegungen bringt. Auch vigilante Gruppen sind kollektive Akteure, die gesellschaftlich-politische Anliegen vertreten, Protest äußern und – wie auch immer – auf sozialen Wandel hin orientiert sind. Zudem ist ‚der Vigilantismus‘ analysierbar, ohne Differenzierungen in organisierte Gruppen, Einzeltäter und lokale Spezifika aufgeben zu müssen. Denn auch wenn das bisher Gesagte zutrifft, gibt es doch immer wieder wechselseitige Bezugnahmen vigilanter Einzeltäter und Gruppen, es gibt Gruppen, die sich auf Dauer stellen müssen usw.

Gleichwohl soll der Vigilantismus im Folgenden nicht umstandslos als soziale Bewegung verstanden werden. Vielmehr soll – als heuristisches Mittel und gewissermaßen probetalber – die Denkfigur der Schlüsselfiguren aus der Forschung zu sozialen Bewegungen auf die Forschung zum Vigilantismus übertragen werden. Für das Verständnis vigilanter Gruppen und sozialer Bewegungen, als auch für die Weiterentwicklung des Theorieprogramms selbst könnte sich das – so die Idee – als lohnend erweisen.

Generell gesagt wurde das Konzept der Schlüsselfiguren (weiter)entwickelt, um jenseits der Fokussierung auf Leadership-Figuren innere Strukturen und damit auch Erfolge und das Überleben von sozialen Protestbewegungen in unwahrscheinlichen Konstellationen erklären zu können. „Der Begriff [von Schlüsselfiguren des Protests, TSL] zeigt an, dass hier idealtypisch eine auf ein zentrales Problem gerichtete spezifische Funktion realisiert wird. Diese Funkti-

on wird zu einer Sozialfigur verdichtet. Diese mag – wie die Pionier/innen – ursprünglich zumeist aus anderen gesellschaftlichen Feldern stammen. Aber durch die Prägnanz von Funktion oder Tätigkeit hat sie sich im sozialen Raum verselbstständigt und ist in sozialen Bewegungen präsent und wirksam: in aktuellen Debatten wie in retrospektiven Selbstthematisierungen“ (Leistner 2011: 6). Deutlich wird hier, dass das Konzept der Schlüsselfiguren von spezifischen Anforderungen ausgeht, die eine Bewegung erfüllen will und muss. So heißt es entsprechend: „Denn fasst man den Erklärungsgegenstand der Bewegungsforschung grundlegender als die bisherige Forschung: als Handeln und Ordnungsbildung unter den Bedingungen von Ungewissheit, und betont man die Fragilität sozialer Bewegungen und die Unberechenbarkeit ihrer Wirkungen, dann werden die fundamentalen Probleme einer solchen prekären Ordnungsbildung deutlich“ (ebd.: 2).

Dieser Blick auf etwaige Funktionen überzeugt in vielen Punkten. Zugleich engt er an anderer Stelle aber die Perspektive ein, wenn vigilante Akteure zur Debatte stehen. Fraglich wird dann, ob ‚Ordnungsbildung‘ tatsächlich das Problem ist, das zu lösen ist. Sind nicht etliche Fälle beobachtbar, die gar keine dauerhafte Existenz oder gar Akzeptanz anstreben, eher ‚in der Aktion‘ entstehen und so auch wieder vergehen? Ein Lynchmob etwa muss sich nicht dauerhaft organisieren und eine interne Ordnung herstellen, um erfolgreich zu sein. Erfordern solche Kollektivaktionen dann vielleicht auch andere als die bisher beschriebenen Schlüsselfiguren? Anders gesagt: Gibt es eigentlich „wichtige Funktionsanforderungen“ beim Vigilantismus, die sich so einfach identifizieren lassen?

Dagegen kann eingewandt werden: Auch vigilante (Kollektiv)Akteure agieren nicht völlig amorph und strukturlos. Auch ein Lynchmob braucht Personen, die vorangehen und die die Gruppe und scheinbare ‚Masse‘ immer wieder nach vorn treiben. Im Zuge der Proteste am 17. Juni 1953 formierte sich im etwa

brandenburgischen Rathenow nach einer Demonstration im Stadtzentrum eine Gruppe von mehreren hundert Menschen, um einen stadtbekanntem Parteifunktionär zu ergreifen. Dieser floh, wurde aber immer wieder ergriffen und weiter geschleppt oder getrieben. Im Fortgang der Überlieferungen der Ereignisse wird erkennbar, dass immer wieder Leute Gewalt anwandten, es aber auch immer wieder zu Pausen kam, etwa wenn das Opfer für kurze Zeit in Sicherheit gebracht wurde. Dann brauchte es wiederum Akteure, die ihn wieder an die Öffentlichkeit holten und die Gewalthandlungen zur Fortsetzung brachten (vgl. Stoldt/Wiegrefe 2003).

An solchen Episoden werden schon die Konturen von Schlüsselfiguren erkennbar, die es auch in nur zeitweise sich formierenden gewalttätigen Gruppen gibt, die dort offenkundig wichtige Funktionen erfüllen; dies wird später noch einmal thematisiert werden. Mein einschränkender Hinweis zielt deshalb ‚nur‘ darauf, dass nicht vorweggenommen werden sollte, was dabei genau die Funktion ist, die bestimmte Figuren erfüllen.¹ Und tatsächlich verfahren ja auch die Analysen, die sich mit Schlüsselfiguren befasst haben, eher ‚von unten‘ her und identifizierten wichtige zentrale Funktionen, die offenkundig erbracht wurde, ohne damit zugleich zu postulieren, dass solche Funktionen immer und überall erfüllt werden müssen.

3 | Schlüsselfiguren des Vigilantismus

Vor der genaueren und fallbezogenen Analyse einer Schlüsselfigur in Kapitel 4 sollen zuvor einige darüber hinausgehende Vorschläge zu Konzeptionen von Schlüsselfiguren des Vigilantismus gemacht werden. Kommen wir dabei anfangs zurück zum Einwand, dass vigilante Taten häufig von Einzeltätern ausgeführt werden, relativ spontanen Charakters sind und kaum einer Bewegung zugerechnet werden können. Bekanntes Beispiel aus den USA ist etwa John Horne, der 1993 zwei mutmaßliche Einbrecher erschoss. Horne war weder Teil

einer lokalen Bürgerwehr, noch Mitglied einer anderweitig organisierten politischen Gruppierung – also kein Mitglied bzw. Teil einer Bewegung oder Gruppe.²

Solche Personen können aber über ihre Tat hinaus zu emblematischen Figuren werden und wenigstens für eine kurze Zeit eine Art Bewegung kreieren oder, dann auf längere Sicht, als Vorbild oder Orientierung dienen, vielleicht auch zur Abgrenzung. So schlossen sich an den Fall Horne, nicht zuletzt auch wegen der langen juristischen Auseinandersetzung, lange Debatten an. Horne wurde immer wieder ins Feld geführt, wenn es darum ging, das Recht auf den Schutz des eigenen Hauses zu begründen. Was sich hier konturiert, ist die Sozialfigur des *Heroen*.

Die inhaltliche Füllung des Heroen kann dabei natürlich variieren. Es gibt die berühmten Rächer, die Gerechten, die Erbarmungslosen, die Cleveren. Um zu solchen Figuren zu werden bzw. als solche Figuren wirksam zu werden, braucht es nicht zuletzt mediale Berichterstattung. Mitunter ist es dann nicht nur die – im strengen Sinne – Erstattung von tatsächlich geschehenen Berichten, sondern mediale Kreationen bzw. Interpretationen von *vigilantes*, die Deutungsmacht und Orientierungsfunktion bekommen. Beispiel hierfür ist Batman, der als Comicfigur 1939 entstand und seitdem eine solche emblematische Vorbildfunktion ausübt. Dies führte bspw. dazu, dass sich 2009 in Seattle eine selbstorganisierte Bürgerwehr formierte, Patrouille lief und etwaige bzw. verdächtige Personen der Polizei übergab – und dabei im Batman-Kostüm verkleidet war: „It is a symbol. It tells people, and drug dealers, and criminals, and anyone else, that when you see this outfit, and these group of people: we stand for a message! And the message is that we're against violence, and we're against the crimes that you are trying to do.“³

Heroen sind aber auch Referenzen, um vigilante Handlungen zu delegitimieren. Dies gilt insbesondere für jene, die für ihr bedingungsloses oder besonders gewalttätiges Auftreten bekannt wurden. Der Hinweis auf den „Mann,

der rot sieht“ dient dann als Argument, um die jeweilige Handlung als unangemessen und illegitim zu markieren.⁴

Folgt man nun einer engeren Begriffsfassung des Vigilantismus, müsste man in organisierten Gruppen nach Schlüsselfiguren schauen. Hier ist man natürlich auf aussagekräftige Quellen angewiesen. Über die frühen vigilanten Gruppen in den USA existieren zwar etliche Berichte, die sich aber wiederum nur auf die jeweiligen Gründer konzentrieren. So sind auch aus dem 1856 gegründeten San Francisco Committee of Vigilance meist nur Anführer bekannt, etwa William Coleman (vgl. Brown 1975: 137ff). Darüber hinaus ist mitunter noch von Exekutivkomitees die Rede, die ungefähr 20 Personen umfassten. Solche Komitees sind auch von den Bürgerwehren in Montana überliefert, beides waren eher männliche „elitist groups“ (Abrahams 1998: 69).

Unabhängig von dieser ausschnittshaften Quellenlage: Personen wie Coleman vereinen Schlüsselfiguren des *Pioniers* und des *Vordenkers*, die für eine vergleichsweise lange Zeit vigilanten Bewegungen zur Existenz verhalfen (vgl. dazu auch Leistner 2011: 19ff.). Sie entwickelten und schärften Deutungsmuster der Selbsthilfe, von ‚basisnaher‘ Gerechtigkeit und ‚gerechten Strafen‘, die auch jenseits des Staates durchgesetzt werden müssten. Die Schlüsselfigur des Pioniers bekommt zudem noch eine weitere Sinnenebene, wurde doch die Rede von den *American Pioneers* zum zentralen Topos der Gründungsgeschichte der amerikanischen Nation. Die Geschichte dieser *Pioneers* wiederum ist untrennbar verbunden mit Erzählungen von – in der Logik der Geschichten: unausweichlichen – Formen einer *vigilante justice*, die zum schieren Überleben der Siedler notwendig war und allen staatlichen Institutionen vorausging (vgl. Depkat 2008: 78).

Aber auch in eher fragileren und ‚spontanen‘ Gruppen wie Lynchmobs lassen sich bei genauem Blick spezifische Schlüsselfiguren identifizieren. Zum einen der *Aktionist*, der die große Masse animiert, vor sich her treibt oder hinter sich herzieht, und dann auch bei den

tatsächlichen Gewalttaten vorangeht und einer immer wieder drohenden Ermüdung oder Zweifeln des Mobs entgegen wirkt. Solche Personen ließen sich auch im obigen Beispiel aus Rathenow identifizieren, die einen immer wieder zum Erliegen kommenden oder von Auflösung bedrohten Gewaltprozess anfachten, indem sie etwa das Opfer aus seinem Versteck holten, um es wiederum vor sich hertreiben zu können. Auch Randall Collins identifiziert solche Figuren im Geschehen von „crowd violence“ als wichtig: „The seeking out of weak targets is one of the activists in the period of lull. Along with rumour, the action begins to be mobilized; small groups of activists, feeling themselves empowered by the gathering community that will soon spring into action, start to reconnoiter, to find the targets they will attack“ (Collins 2009: 120). Solche Aktivisten sind gleichwohl selten, sie entstammen häufig spezifischen Gruppen und sind häufig auch auf Gewalthandeln trainiert.

Als zweite Schlüsselfigur lässt sich in solchen Kontexten der *aktive Beobachter* identifizieren. Diese ist wichtig, um eine Masse erst entstehen zu lassen. Er ist den Aktivisten zum einen wichtiges Publikum und damit Antrieb und Motivation, zum anderen deren ‚Material‘ im Sinne einer crowd, die es zu orchestrieren, zu lenken und zu leiten gilt. Aber eben: die aktiven Beobachter sind weitaus mehr als passive Manövriermasse. Am Beispiel von Polizeigewalt betont Collins den bystander-effect: „The more police involved in an arrest, the more likelihood of police violence. Group size has this effect not because there are more persons who take part in the attack (...) Instead, the crowd acts to amplify the emotion: to make the tension stronger and to intensify the flow of action after it is released“ (Collins 2009: 129).

Damit seien hier nur einige, aber vielleicht die wichtigsten Schlüsselfiguren vigilanter Gruppen und Bewegungen skizziert. Hier liegt noch Potential für weitere Arbeiten. Es deutet sich aber hier schon an, dass das Konzept der Schlüsselfiguren in jedem Fall aufschlussreich ist, wenn

es um die Analyse und Dynamik gerade gruppenförmig auftretenden Vigilantismus geht.

4 | Das Beispiel der ‚Bürgerinitiative Grenze‘

Abschließend soll eine Schlüsselfigur einer vigilanten Gruppe an der deutsch-tschechischen Grenze näher vorgestellt werden.⁵ Es handelt sich dabei um den informellen Vorsitzenden dieser Gruppe, was angesichts des Anliegens, mit dem Konzept ‚Schlüsselfiguren‘ mehr als nur die Führungsköpfe zu erfassen, als traditionell erscheinen mag. Zugleich nimmt dieser Vorsitzende jedoch eine spezifische Interpretation seiner Führungsrolle vor, die insbesondere für den Charakter, die lokale Akzeptanz und damit die Langlebigkeit der Gruppierung un-gemein wichtig ist. Walter Friedrich, wie wir ihn hier nennen wollen, wird so zum *zivilisierenden Anführer*.

Die Geschichte der Gruppe sei kurz geschildert (vgl. ausführlicher Schmidt-Lux 2012). Sie gründete sich zum Beginn der 1990er Jahre in einer deutschen Kleinstadt in unmittelbarer Nähe zur tschechischen Grenze, um der aus ihrer Sicht sprunghaft zunehmenden Kriminalität in der Region selbst Herr zu werden. Der Polizei traute man diese Aufgabe nicht mehr zu, da diese sich in weitgreifenden Umstrukturierungen befand und zahlenmäßig auch verringert worden war. Die Aktivitäten der ‚Bürgerinitiative Grenze‘ beschränkten sich zwar auf das nächtliche Patrouillieren und die Ausstattung mit „Knüppeln“ und wohl auch Schreckschusspistolen.⁶ Aber schon mit dieser Ausstattung war absehbar, dass es auch zur Anwendung von Gewalt kommen könne und solle, falls tatsächlich Einbrecher dingfest entdeckt oder auch nur vermutet würden. Zudem trat die Initiative bald an die Presse, um auf die aus ihrer Sicht katastrophale Lage im Grenzgebiet aufmerksam zu machen. In den entsprechenden Berichten wurde der Eindruck noch verschärft, es handle sich bei der Initiative um eine mehr oder minder offen gewaltbereite Gruppe. Umso bemerkenswerter ist der bis

heute anhaltende Status der Initiative, die in der Region und darüber hinaus ein respektierter Gesprächspartner ist.

Diese besondere Stellung erhielt und hält die Gruppe vor allem durch Walter Friedrich. Friedrich ist mittlerweile schon über 80 Jahre alt und war im örtlichen Krankenhaus bis zu seiner Pensionierung als Oberarzt tätig. Er ist gut gekleidet und drückt sich gewählt aus, wohnt zudem in einem Haus in unmittelbarer Grenznähe – kann also selbst reklamieren, von der als Grundproblem ausgemachten Grenzkriminalität betroffen zu sein. Er verfügte somit über ausreichend kulturelles, soziales und symbolisches Kapital, um zu einem einflussreichen Akteur aufzusteigen. Tatsächlich war er von Beginn an bei der Konstituierung der Initiative dabei und übernahm bald ihre Leitung.

Innerhalb der Initiative gilt „Herr Doktor Friedrich“ als überzeugender Vertreter ihrer Interessen und unumstrittener Leader. Er organisiert regelmäßig die Zusammenkünfte der Initiative, verfasst im Namen der Initiative

Schreiben an politische Instanzen und ist erster Ansprechpartner für die Presse. Er vertritt beharrlich die Position der Initiative, dass die Region überdurchschnittlich unter Kriminalität zu leiden habe und der Staat zu wenig dagegen tue. Und er verweist dabei immer wieder auf den Umstand, dass der Ort einer „Doppelbelastung“ ausgesetzt sei – eben durch die Kriminalität, die von jenseits der Grenze in die Region ströme.

Intern fungiert Friedrich somit als anerkannter und respektierter Anführer. Aber seine volle Bedeutung erschließt sich erst, wenn man die anderen Akteure der Region in den Blick nimmt. Denn auch in der Lokalpolitik und den polizeilichen Behörden wird nur respektvoll und anerkennend über Friedrich gesprochen. Dem Bürgermeister etwa „graust“ beim Gedanken daran, dass Friedrich eines Tages die Leitung der Initiative abgeben müsse. Dies liegt einerseits an seiner pazifizierenden Rolle gegenüber den Mitgliedern der Bürgerinitiative. Friedrich habe hier immer

www.graswurzel.net

Hambacher Forst BLEIBT

LASSEN SIE SICH NICHT LÄNGER VERKOHLEN!

graswurzel revolution

Graswurzelrevolution Nr. 382, Oktober 2013: 1. Schwerpunkt: Wahlnightlese aus anarchistischer Sicht; 2. Schwerpunkt: Krieg in Syrien. Außerdem: Klima-Bewegung; Widerstand in Griechenland; Oscar Wilde und der „Kuss der Anarchie“; Gustav Landauer; Nachruf auf J.J. Cale, und vieles mehr.
Probeheft kostenlos, Abo: 30 Euro (10 Ex.). Bei: GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, Tel.: 0761/2160940-7, Fax: -79; abo@graswurzel.net, www.graswurzel.net/service

„Spitzen herausgenommen“ und eigenmächtigen Gewalteininsatz weitestgehend verhindern können. Zugleich spielt er für den Bürgermeister eine wichtige Rolle, da Friedrich gegenüber höheren politischen Stellen noch zusätzlich und anders Druck ausüben könne als er selbst. Ähnliches zeigt sich bei Verantwortlichen von Landes- und Bundespolizei. Auch diese betonen die positive Rolle Friedrichs und sind ihm „dankbar“, dass er die Bestrebungen prinzipiell unkontrollierbarer Gewaltkräfte verhindert habe, sich selbständig zu machen. Er habe somit auch der Polizei „den Rücken freigehalten“, verfüge darüber hinaus über „politisches Gewicht“.

Friedrich erweist sich somit in mehrerlei Hinsicht als Schlüsselfigur. Für die Initiative ist er wichtiger Repräsentant und Vertreter ihrer Interessen. Durch sein permanentes Beharren auf einer Bedrohungssituation mit fast schon endzeitlichem Charakter kommuniziert er nicht nur nach außen, sondern auch nach innen: Die Ängste der Gruppe sind gerechtfertigt. Zugleich wies er früh darauf hin, dass das Anliegen der Initiative an die Politik herangetragen werden müsse. Damit wirkte er zivilisierend nach innen, nicht zuletzt gegenüber Akteuren wie dem lokalen Waffenhändler, der für eine deutlich eigenmächtigere Linie eintrat. Aber nicht nur gegenüber diesem ist das – vorläufige – Votum für Gewaltlosigkeit eine keineswegs selbstverständliche Position. So sagt ein anderes Mitglied der Initiative: „Man darf ja sein Eigentum nicht schützen. So, nur im Notfall. Ich bin auch Jäger, ich hab `ne Schusswaffe. Ja, aber auf einen Einbrecher [schüttelt mit dem Kopf]. Den muss ich entweder totschießen, aber hinterher schießen, wenn er irgendwas wegschleppt von mir, dass darf ich nicht!“. Gewalt ist immer eine Ressource, die nahe liegt.

Das Beharren Friedrichs auf einem (vorerst) gewaltfreien Weg trägt im Gegenzug zu seiner Reputation außerhalb der Initiative bei, sichert sein Ansehen bei Polizei und Politik. Mehrere Vertreter sprachen wortgleich davon, dass Friedrich vor allem in den Anfangsjahren

der Initiative deren durchaus gewaltbereite Ambitionen „kanalisiert“ habe. Sein Charisma und Ansehen verschafft der Initiative somit den nötigen Spielraum und die Möglichkeit, in einem spezifischen Zwischenraum zu existieren. Sie fungieren als eine Art zivilgesellschaftlicher Akteur, zu deren Versammlungen auch der Bürgermeister regelmäßig erscheint; obwohl sie potentiell leicht außer Kontrolle geratende Desperados sind, die eben nur über ihren Anführer gezähmt werden. Friedrichs Wirken als zivilisierender Anführer erweist sich somit als entscheidend, um eine Gruppe dauerhaft stabil zu positionieren, die aufgrund ihres ambivalenten Bezugs zur Gewalt keineswegs selbstverständlich ist. Er löst das Legitimitätsproblem, das die Gruppe bei einem dauerhaften Gewalteininsatz unweigerlich hätte.

5 | Fazit

Analog zu ‚klassischen‘ Protestbewegungen sind auch in vigilanten Gruppen – wie kurzlebig auch immer – Schlüsselfiguren identifizierbar. Einzeltäter können dabei als *Heroen* fungieren, bei kurzlebigen mobs oder riots braucht es die *Aktivist:innen* und die *aktiven Zuschauer:innen*. In der vorgestellten, dauerhafter agierenden Initiative erweist sich die Figur des *zivilisierenden Anführers* als wichtig, um zwischen Staat, Bevölkerung und der Gruppe selbst zu vermitteln. Weitere Analysen, etwa staatsferner Gruppen, müssen späteren Studien vorbehalten bleiben; der hier vorliegende Versuch versteht sich als erster Impuls.

(Weitere) Schlüsselfiguren sind dabei entlang dreier Bezugspunkte zu erwarten, denen gegenüber der Vigilantismus sich positionieren muss. Dies ist zum einen das staatliche Gewaltmonopol, die staatliche Rechtsordnung und eine moderne Gewaltaversion (vgl. Schmidt-Lux 2012). Alle diese Institutionen werden von vigilanten Gruppen herausgefordert, und dies muss sowohl bewerkstelligt als auch nach innen wie außen legitimiert werden. Sicherlich sind damit aber die zu lösenden Probleme nicht erschöpft, und zudem auch Schlüsselfiguren

jenseits dieser Dimensionen erwartbar. Nicht die schlechteste Ausgangslage für weitere, wachsame Forschung.

Dr. Thomas Schmidt-Lux arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Er studierte Soziologie und Geschichte und interessiert sich für eine Soziologie der Gewalt, für Rechtssoziologie und Religionssoziologie. Kontakt: schmidt.lux@uni-leipzig.de

Anmerkungen

- ¹ Vgl. zur Aktualität funktionaler Erklärungen in der Gewaltforschung Hüttermann (2006).
- ² Schon bei Leistner (2011) in der Figur des Märtyrers ist mitgedacht, dass solche Schlüsselfiguren gar nicht selbst Teil einer tatsächlichen Bewegung sein müssen, sondern eventuell auch zeitlich deutlich vorher aktiv waren – diese Verbindung dann aber diskursiv hergestellt wird.
- ³ https://www.youtube.com/watch?v=q8wvnrzoK_4.
- ⁴ „Ein Mann sieht rot“ lautete der deutsche Titel eines Klassikers der amerikanischen Vigilante-Filme. „Death Wish“, so der Originaltitel des Films, hatte 1974 seine Premiere, Charles Bronson besetzte die Hauptrolle.
- ⁵ Die Informationen des folgenden Abschnittes beziehen sich vor allem auf Feldforschungen, die ich zusammen mit Andreas Bischof durchführte, dem ich für die Zusammenarbeit sehr dankbar bin.
- ⁶ Als Zitate gekennzeichnete Sequenzen beziehen sich auf Interviewmaterial aus unseren Feldforschungen.

Literatur

Abrahams, Ray 1998: *Vigilant Citizens. Vigilantism and the State*. Cambridge: Cambridge University Press.

Berg, Manfred 2011: *Popular Justice. A History of Lynching in America*. Chicago: Ivan R. Dee.

Brown, Richard Maxwell 1975: *Strain of Violence. Historical Studies of American Violence and Vigilantism*. Oxford, New York: Oxford University Press.

Buur, Lars 2006: *Reordering Society. Vigilantism and Expressions of Sovereignty in Port Elizabeth's Townships*. In: *Development and Change*, Jg. 37, Heft 4, 735-757.

Collins, Randall 2009: *Violence. A Micro-sociological Theory*. Princeton: Princeton University Press.

Depkat, Volker 2008: *Geschichte Nordamerikas*. Konstanz: UTB.

Goldstein, Daniel M. 2003: 'In our own hands'. Lynching, Justice, and the Law in Bolivia. In: *American Ethnologist*, Jg. 30, Heft 1, 22-43.

Hüttermann, Jörg 2006: ‚Dichte Beschreibung‘ oder Ursachenforschung der Gewalt? Anmerkungen zu einer falschen Alternative im Lichte der Problematik funktionaler Erklärungen. In: Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hg.): *Gewalt*. Frankfurt/M.: suhrkamp, 107-124.

Johnston, Les 1996: *What is Vigilantism?* In: *British Journal of Criminology*, Jg. 36, Heft 2, 220-236.

Kleist, Heinrich von 2003 [1810]: *Michael Kohlhaas*. Stuttgart: Reclam.

Kowalewski, David 2002: *Vigilantismus*. In: Heitmeyer, Wilhelm et al. (Hg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 426-440.

Leistner, Alexander 2011: *Pioniere, Vordenker, Renegaten. Sozialfiguren des Protests und deren Bedeutung für die Entstehung und Stabilisierung soziale Bewegungen*. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, Jahrgang 12, Art. 14.

Schmidt-Lux, Thomas 2012: *Vigilantismus. Ein Phänomen der Grenze?* In: *Kriminologisches Journal*, Jg. 44, Heft 2, 118-132.

Schmidt-Lux, Thomas 2013: *Vigilantismus als politische Gewalt. Eine Typologie*. In: *behemoth. A Journal on Civilisation*, Jg. 6, Heft 1, 98-117.

Stoldt, Hans-Ulrich/Wiegrefe, Klaus 2003: *Tod in Rathenow*. In: *Der Spiegel*, Heft 25, 56.

Aus der Praxis: Von Anstiftern und Strippenziehern

Brief aus dem Gefängnis¹

Alexej Gaskarov

Am 6. Mai 2012, dem Vorabend von Wladimir Putins Amtseinführung, demonstrierten zehntausende Menschen auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz. Diese Protestdemonstration war von Ausschreitungen begleitet, die teilweise durch die Sicherheitskräfte provoziert wurden. Seit mehr als einem Jahr werden in Russland gezielt Aktivistinnen und Aktivisten verhaftet und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagt. Unter ihnen ist auch Alexej Gaskarov, der sich über die Massivität der Verhaftungen beschwerte und dabei von Polizisten der Sondereinheit verletzt wurde. Er sitzt seit April 2013 in Untersuchungshaft, ihm wird die Teilnahme an Massenunruhen und Gewaltanwendung gegenüber Staatsvertretern vorgeworfen. Es ist nicht das erste Mal, dass der heute 28-Jährige verhaftet wurde. Bereits

2010 wurde der bekannte Antifaschist nach Protesten gegen die Abholzung des Waldes von Chimki angeklagt, nachdem es dort im Rahmen einer unangemeldeten Demonstration zu Angriffen auf das Gebäude der Stadtverwaltung gekommen war. Vorausgegangen war ein Überfall von rechtsradikalen Schlägern auf das Protestcamp der Umweltschützer. Nach seinem Freispruch war Gaskarov weiter in verschiedenen politischen Initiativen aktiv. Im Oktober 2012 wurde er als Vertreter der außerparlamentarischen Linken in den Koordinationsrat der russischen Opposition² gewählt.³

Die Fragen des Forschungsjournal Soziale Bewegungen (FJSB) beantwortete Gaskarov handschriftlich aus dem Untersuchungsgefängnis (Anm. d. Red.).

Ответ на письмо №217164
Отправитель: Гаскаров Алексей Владимирович
Получатель: Канунников Никита
Ответ на одной стороне

Никита, это продолжение письма 226966 :)
В Антверпене тоже движение я принял по большей части потому что убивался футболем и вообще много лет, а тридцать сороковых в то время был основным расадником франции, а я вообще видел то то такое. Ну и конечно в какой-то момент в России сложилась такая ситуация, что "даже по морде франции" было возможно единственно способом разрешения выразить свою гражданскую позицию. Митинги и демонстрации не интересовали не то, что власти, но и обычных людей. Понятно, что исторически так происходило не только в России, но и во Франции, но в России за это франции бздеть улыбаются, а во Франции обзаваться с журналистами не было, но в итоге относительно спокойно это дело досталось мне когда ситуация с убийствами стала собираваться в Антверпене, а это случилось после того как не стало Сталисава Маршова и Александрия Байд-

Ich versuche die Fragen zu beantworten und nutze dafür die Formulare der Justizbehörde. Ich habe ein ähnliches Interview wenige Monate vor meiner Inhaftierung gegeben, aber ich versuche etwas Neues zu erzählen.

Die Frage, wie mein Engagement begonnen hat, ist schwer zu beantworten. Es gab viele Gründe. Zu irgendwelchen Protestaktionen bin ich schon zu Schulzeiten gegangen, in der 10. Klasse. In der damaligen Zeit hatten wir einen guten Literaturlehrer, der uns motivierte und ermutigte, tiefgründig und mit Verstand Bücher zu lesen. Die Mehrheit der Bücher thematisierte, wie Menschen mit meist ungerechten gesellschaftlichen Umständen konfrontiert werden. Auf die eine oder andere Art ging es darum, dass sich der Sinn des Lebens nicht nur auf den Aufbau einer Karriere, Familie oder gar darauf, Geld zu verdienen, beschränkt. Meist haben sich die literarischen Helden für die Gesellschaft, das Land, andere Menschen oder wichtige Anliegen geopfert. Gesellschaftliches Engagement schien zum Leben eines jeden Menschen dazu zu gehören.

Außerdem bin ich in den 1990er Jahren groß geworden. In dieser Zeit war die ganze Ungerechtigkeit und offene Gesetzlosigkeit in Russland sehr deutlich sichtbar. In der heutigen Zeit muss man sich ein wenig mehr anstrengen, um das zu durchschauen. Zur damaligen Zeit gab es mehr Denk- und Redefreiheit. Man muss bedenken, dass es die Zeit von liberalen Reformen war, die auf „Schocktherapie“ setzten. Die Sowjetunion habe ich selbst nicht bewusst erlebt. Deswegen habe ich mich mehr oder weniger automatisch mit den Linken identifiziert. Später habe ich natürlich das alles überdacht, aber ich zähle mich nach wie vor zu den Linken, wenn auch aus anderen Gründen.

Zur antifaschistischen Bewegung bin ich durch meine Fußballleidenschaft und durch Stadionbesuche gekommen. Die Tribünen der Stadien waren zu der Zeit Brutstätten des Faschismus. Ich habe mit meinen eigenen Augen gesehen, was das bedeutet. Und natürlich gab es in der dieser Zeit in Russland Situationen,

in denen „Faschisten auf die Fresse zu hauen“ die einzige effektive Möglichkeit war, Position zu beziehen. Kundgebungen und Demonstrationen haben die Regierung und Bevölkerung nicht bewegt, nicht interessiert. Aber klar, so konnte es nicht weitergehen und früher oder später waren wir gezwungen, öffentlich zu agieren.

Da in Russland viele Menschen für antifaschistische Ansichten ermordet werden, gab es nicht so viele Freiwillige, die bereit waren, die Kommunikation mit der Presse zu übernehmen und öffentlich in Erscheinung zu treten. Und diese Rolle ist mir mehr oder weniger zufällig zuteil geworden. Als die Situation mit den Ermordungen kritisch wurde, gerade nach der Ermordung von Stanislav Markelov und Anastassia Baburova, war ich gezwungen, mit Strafverfolgungsbehörden zusammen zu arbeiten.⁴ Ich hatte die Mörder gesehen und konnte Fotos von ihnen machen. Ich war also kein Anführer oder offizieller Vertreter der Antifaschisten, aber diese Rolle wurde mir danach von der Presse und der Polizei zugeschrieben.

Diese einfache Logik, für die Bewegung in Haft genommen zu werden, hat auch dazu geführt, dass ich für die Zerstörung der Stadtverwaltung von Chimki im Zuge der Proteste inhaftiert wurde; später wurde ich vom Gericht freigesprochen.⁵ Und nach eben diesem Muster wurde ich jetzt auch wieder beschuldigt.

Als Ergebnis dieser Erfahrungen sehe ich natürlich meine Rolle darin, die Positionen und Ansichten der antifaschistischen Bewegung in der Öffentlichkeit zu vertreten. Aus diesem Grund nehme ich als Kandidat an den Wahlen des Koordinationsrates der Opposition teil, weil kein anderer von uns eine Chance hätte zu gewinnen. Mich hat keiner dazu bevollmächtigt und die antifaschistische Bewegung hat keine ausgeprägte Struktur. Sie ist in vielerlei Hinsicht spontan und hat eine horizontale Struktur.

Was gibt mir die Kraft nicht aufzugeben? Ich denke, wenn ich auch in diesem Alter umgebracht werden sollte, habe ich nicht das Gefühl, dass ich mein Leben falsch gelebt habe.

Ich habe viele gute Erinnerungen und ich bin mir sicher, dass es uns gelungen ist, die gesellschaftlichen Entwicklungen in diesem Land positiv zu beeinflussen. Und das Wichtigste ist das Gefühl, dass die Wahrheit auf unserer Seite ist und das gibt mir Kraft.

Aber ich bin kein professioneller Aktivist. Ich habe einen Job, eine Arbeit. Ich habe eine Verlobte, die mich liebt und meine Eltern. Natürlich habe ich was zu verlieren. Deshalb versuche ich, nicht so zu agieren, dass ich mich strafbar mache. Aber im Fall des Bolotnaja-Platzes und angesichts des politischen Klima habe ich keine Chance, den Repressionen⁶ und der Strafe zu entgehen.

Aber ich habe für mich entschieden, nicht zu fliehen, weil ich überzeugt bin, dass die Wahrheit auf unserer Seite ist und dass ich meine Zukunft mit diesem Land verbinde.

Ljoscha, 15.07.2013

Anmerkungen

- ¹ Für die Vermittlung des Interviews bedanken wir uns bei Tatiana Golova, für die Übersetzung bei Nikita Piautsou-Rehfeldt.
- ² Im Januar 2012 haben sich in Moskau VertreterInnen von 25 Organisationen der russischen Linken, so etwa die Duma-Partei „Rechtes Russland“, Antifa-AktivistInnen und die „Union der Kommunarden“, zu einem

Koordinationsrat zusammengeschlossen, um die russische Protestbewegung für ehrliche Wahlen zu unterstützen. An der landesweiten Wahl des 45köpfigen Koordinationsrates beteiligten sich circa 82.000 Wähler.

³ Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite der Solidaritätsgruppe „Freiheit für Alexej Gaskarov“ (<http://de.gaskarov.info>).

⁴ Am 19. Januar 2009 wurden die Journalistin und der Menschenrechtsanwalt auf offener Straße erschossen. Baburowa berichtete für die krenlkritische Zeitung Nowaja Gazeta über russische Neonazis und deren Hintermänner. Markelov wurde als Anwalt der regierungskritischen Journalistin Anna Politikowskaja bekannt, die 2006 ermordet wurde.

⁵ Die Proteste der Umweltschützer richteten sich gegen die Abholzung des Waldes im Moskauer Vorort Chimki zum Bau einer Autobahn zwischen Moskau und St. Petersburg. Im Zuge der seit 2007 andauernden Proteste wurde der Chefredakteur der lokalen kritischen Zeitung, „Chimkinskaja Prawda“ Michail Beketow schwer zusammengeschlagen. Er verlor ein Bein und mehrere Finger und musste nach einer schweren Kopfverletzung wieder neu sprechen lernen.

⁶ Zu diesen Repressionen gehört, dass Gaskarov mittlerweile seit April 2013 in Untersuchungshaft sitzt. Zuletzt wurde Ende Juni die Untersuchungshaft bis Oktober verlängert.

Der ungewisse Beginn. Das Königswalder Friedensseminar

Hansjörg Weigel

Die Schilderung Weigels der Gründung des ersten Friedensseminars in der DDR kommt unscheinbar daher. Sie illustriert aber eindrücklich, warum der Schlüsselfigurenansatz gerade für die Analyse der Frühphase einer Bewegung wichtig ist. Es ist eine soziologisch „dich-

te Beschreibung“ des Hineingeratens in abweichende Kirchenkreise durch die Liebe einer Frau, der Politisierung einer zunächst biblizistischen Kriegsdienstverweigerung, durch den engen Kontakt mit Gleichgesinnten und Andersdenkenden während der Zeit des waf-

fenlosen Wehrdienstes, des Zeugnisablegens – gestützt und ermutigt durch Gleichgesinnte und Vorbilder.

Aber die Schilderung zeigt auch, dass es hier nicht um Einzelne geht. Sichtbar wird eine markante Entstehungskonstellation, die verdeutlicht, dass sich soziale Bewegungen vor allem unter den Bedingungen nahräumlicher Interaktion bilden, an sozialen Orten, die eine folgenreiche biografische Dynamik der Abweichungsverstärkung in Gang setzen. Unter den Bedingungen der klösterlichen Vergemeinschaftung von Wehrdienstverweigerern aus der ganzen Republik bei den Bausoldaten¹ und angesichts der gemeinsam durchlebten wie durchlittenen Gewissenskonflikten bildete sich bei einigen Beteiligten eine starke Bereitschaft, für den Frieden Zeugnis abzulegen. Die entsprechende Losung lautete: „Bausoldat ist man lebenslänglich“. Diese Entwicklung wurde verstärkt und begünstigt durch die Bildung enghaschiger Netzwerke unter den Bausoldaten, die nach dem Ende der Bausoldatenzeit Kontakt hielten. Sie unterstützten und ermutigten sich gegenseitig. Deutlich wird, dass das Christliche Friedensseminar Königswalde aus einer gleichermaßen biographischen wie sozialen Konstellation entstand. Es gehörte lange Zeit zu einem wichtigen Knotenpunkt der DDR-Friedensbewegung, es regte die Gründung ähnlicher Gruppen an, lieferte wichtige inhaltliche Impulse und ist zudem eine der ganz wenigen Gruppen, die bis heute kontinuierlich arbeiten)². Zuletzt traf sich die Vorbereitungsgruppe des Friedensseminars Königswalde im Herbst 2013, um in Eingaben beide christliche Kirchen zu deutlicheren Positionen gegen deutsche Rüstungsexporte zu bewegen. (Anm. d. Red.)

Es muss an einem Sonntag im Sommer des Jahres 1971 gewesen sein, als wir – eine Gruppe von ungefähr 25 jungen Leuten – auf dem Rückweg von einer Wochenendrüstzeit³ die Fahrräder eine Steigung hinaufschoben. Wir ließen uns Zeit dabei und redeten über die drei vergangenen Tage. „Dienst am Frieden –

Dienst mit Gott“ war das Thema gewesen. Es wurde intensiv nachgedacht, aufeinander gehört und miteinander gestritten. Bibelarbeit, Buchlesung, Diskussionsrunden, gemeinsame Mahlzeiten standen im Programm und am Sonntag ein Gottesdienstbesuch. Ergebnis? Nichts. Außer: Es war schön. Es war so etwas wie gelebter Friede. Wir sollten das wieder tun. Und auf dem Heimweg wurde uns bei allen guten Erfahrungen klar: Das reicht nicht. Es muss weiter gehen, intensiver, offener mit Interessierten und Betroffenen auch außerhalb unserer Jungen Gemeinde.⁴ Wir wollen ein Friedensseminar organisieren. Die Zeit dazu war reif.

Dieser Tag aber hatte eine lange Vorgeschichte. Als junger Mann war ich Mitglied der Freien Deutschen Jugend (FDJ), in der Mittelschulzeit Klassensekretär, bin als Jugendlerner in die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) eingetreten und habe dort als Schießausbilder gearbeitet und als die Nationale Volksarmee (NVA) nach dem Mauerbau Freiwillige suchte, habe ich mich begeistert gemeldet, wurde nur nicht genommen. Ich war kaderpolitisch für diese Aufgabe nicht geeignet, da mein Vater selbständiger Schmiedemeister in Königswalde war. Nach Einführung der Wehrpflicht im Januar 1962 wurde ich gemustert, aber nicht eingezogen. Bei der folgenden Musterung verweigerte ich den Wehrdienst. Als Begründung schrieb ich auf einen vom Musterungsoffizier abgerissenen Zettel kurz und lapidar: „In der Bibel steht: Du sollst nicht töten. Ich bin Christ und verweigere den bewaffneten Wehrdienst.“

Mein Leben hatte sich in der Zwischenzeit geändert. Ich hatte meine zukünftige Frau kennengelernt, besuchte mit ihr regelmäßig die Junge Gemeinde und die Gottesdienste im Ort, trat aus FDJ und GST aus und erlebte eine gänzlich andere Art von Zusammenleben unterschiedlicher Menschen. In der Jungen Gemeinde ging es in allem durchaus streitbar zu, widersprüchlich auch, aber in einer großen Freiheit und Offenheit. In dieser Zeit wuchs in mir die Entscheidung, den Wehrdienst zu

verweigern. Im Mai 1966 wurde ich zu den 1964 gegründeten Bausoldaten einberufen. Wir bauten an Flugplätzen und lebten größtenteils in Zelten. Diese anderthalb Jahre Dienst in der NVA gilt gemeinhin als verlorene Zeit, für mich aber war es ein Gewinn. Was ich in dieser Zeit an Impulsen, Gedanken, Ideen aufgenommen habe, wie ich mit Menschen, mit Persönlichkeiten, mit Freunden zusammengelebt habe, bleibt mir bis heute erhalten. Die Erfahrung der verschiedenen Konfessionen und geistlichen Prägungen, der politischen Überzeugungen, auch der unterschiedlichen Motivationen der Verweigerung hat mich Toleranz gelehrt. Es war mehr als ein Zufall oder ein gütiges Geschick, dass ich in dieser Zeit mit Rudolf Albrecht zusammengelebt habe und mit Harald Bretschneider und Bernd Eisenfeld im selben Zelt hauste.⁵ Dort begann meine politische Sozialisation.

Als wir dann nach 18 Monaten nach Hause gingen, gab uns Bernd Eisenfeld mit auf den Weg: „Bausoldat ist man ein Leben lang“. Das wurde zum Leitspruch für mein weiteres Leben. Zu Hause angekommen wollte ich das Aktive Eintreten für Frieden so schnell als nur möglich umsetzen und lud alle mir bekannten ehemaligen Bausoldaten (ca. 90) zu einem Treffen nach Königswalde ein. Im Einladungsschreiben bat ich um Anmeldung. Es kam keine. Die Enttäuschung war groß. Rudolf Albrecht schrieb mir, ich solle nicht resignieren und einfach mit Basisarbeit in der Kirchengemeinde beginnen. Das hieß im Klartext: Mach Jugendarbeit, gründe eine Junge Gemeinde.

Es erschien mir schwierig. Ich war mittlerweile 25 Jahre alt und Vater zweier Kinder und hielt mich für zu alt für solche Arbeit. Trotzdem habe ich es versucht, bereitete alles mit dem Königswalder Ortspfarrer Klaus Albers vor und lud mit ihm zum ersten Abend ein. Ich saß alleine im Gemeindesaal. Es kam niemand. Klaus Albers machte mir Mut für den nächsten Abend eine Woche später. Es kam einer. Er war dann der Erste nach mir, der aus unserem Ort zu den Bausoldaten ging. Dann kamen immer mehr Menschen, auch aus

den umliegenden Städten Werdau und Zwickau, so dass wir uns in drei Gruppen aufteilen mussten. Ich versuchte die Abende so zu ordnen, dass an zwei Abenden im Monat ein geistliches Thema behandelt wurde, an einem Abend ein kulturelles und an einem Abend ein gesellschaftspolitisches; ein oder zweimal im Jahr organisierte ich in Lauenhain eine Wochenendrüstzeit. Dort wuchs aus der Basis heraus der Wille, die Gründung eines Friedensseminars zu versuchen. Da wollte es eine Gruppe von jungen Leuten, nicht mehr nur ich.

Im Herbst des Jahres 1972 trafen wir uns bei uns in der Wohnung und planten den groben Rahmen eines Seminars. In den folgenden Monaten nahm alles Gestalt an. Ich musste mir nur noch das Einverständnis der Kirchengemeinde Königswalde, unter deren schützendem Dach das Seminar stattfinden sollte, holen. Das war überhaupt kein Problem, denn ich hatte ja einen kräftigen Helfer und Fürsprecher im Ortspfarrer. Einige, eher konservative Glieder, sahen es kritisch (gesellschaftspolitisches Engagement sei nicht Aufgabe der Christen), aber ertrugen es durch Desinteresse. Sie haben das Seminar jedenfalls – bis zum heutigen Tag – nie bekämpft. Pfarrer Albers holte sich noch die Zustimmung des Superintendenten und wir planten das erste Friedensseminar für den 19. Mai 1973.

Eine erste Vorankündigung schickte ich im Februar 1973 an Pfarrämter, Junge Gemeinden, Freunde, ehemalige Bausoldaten und schrieb darin unter anderem: „Hass, Unrecht, Gewalt und Krieg erschüttern die Welt! Wie sollten sie nicht auch uns erschüttern, die wir ja für das Heil und für das Wohl der Menschen und der Welt in die Verantwortung gerufen sind? Für alle Fragenden, die sich vor allem über Wehrdienst, Friedensdienst und Gewaltlosigkeit Gedanken machen, bietet sich die Möglichkeit zur Information, zum Nachdenken und zur Arbeit über alle diese Probleme im brüderlichen Kreis.“

Es folgte eine weitere Einladung, die von Klaus Albers mit unterzeichnet wurde und somit seine Gesamtverantwortung als Ortspfarrer

rer deutlich machte. Am 19. Mai kamen dann 28 Personen im Pfarrhaus Königswalde zum ersten Friedensseminar zusammen. Rudolf Albrecht, damals Pfarrer in Ziegenhain bei Meißen referierte über „Frieden schaffen ohne Waffen – was spricht dafür?“ Schon zum ersten Seminar saßen wir an gedeckten und geschmückten Tischen, an denen wir zur Kaffeepause selbstgebackenen Kuchen aßen, genauso wie zum Abendbrot Bockwurst und Kartoffelsalat. Das Miteinander am Tisch, das gemeinsame Essen, das fröhliche Feiern gehört selbst unter schwierigsten Bedingungen zum Seminar dazu. Frieden muss man schmecken können. Bevor wir auseinandergingen, einigten wir uns darauf, uns im Herbst wieder zu treffen. Der Wunsch nach weiteren Seminaren entstand erst an diesem Tag.

So trafen wir uns am 29. September 1973 zum zweiten Seminar. Da waren es schon 35 Teilnehmer mit Pfarrer Magirius (Aktion Sühnezeichen) und mir (Wehr- und Ersatzdienst in der DDR) als Referenten. Von Jahr zu Jahr nahm die Teilnehmerzahl zu. Das Pfarrhaus wird zu eng, die Vorbereitungen zu aufwendig. Schon im zeitigen Frühjahr 1979 überlegten wir im Kirchenvorstand und mit Pfarrer Reinhold Mewes, wie wir mit diesen Problemen zurecht kommen und entschieden uns, in die Kirche umzuziehen. Seit diesem Maitreffen tagen wir in der Kirche, seitdem schmücken zu jedem Seminar Künstler mit ihren Werken die Kirche, seitdem beziehen wir die folgenden Sonntagsgottesdienste mit ein, seitdem trägt die Verantwortung ein Vorbereitungskreis, nicht mehr nur ich.

Hansjörg Weigel ist gelernter Kfz-Elektriker, Mitgründer des Christlichen Friedensseminars Königswalde. 1980 wird er wegen des Vorwurfs staatsfeindlicher Hetze inhaftiert, er war lange Jahre Mitglied des Kirchenvorstandes der Königswalder Kirchengemeinde, Synodaler der sächsischen Landessynode und Delegierter der Ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung in der DDR. Nach

1989 war er Stadtverordneter und zuletzt Mitglied des Beirates der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU). Kontakt: www.friedensseminar.de

Anmerkungen

- ¹ 1962 wurde in der DDR die Wehrpflicht eingeführt. Die Wehrgesetzgebung im Kontext des Kalten Krieges führte in Teilen der evangelischen Kirche der DDR zu Diskussionen über eine grundsätzliche Positionierung in der Friedensfrage, die über die Forderung nach Ausnahmeregelungen für kirchliche Mitarbeiter weit hinausging. Vielen jungen Männern nötigte sie wiederum einen grundsätzlichen Konflikt auf, indem die Verweigerung des Wehrdienstes für den Einzelnen die Inhaftierung und berufliche Diskriminierung zur Folge hatte. Auch aufgrund der wachsenden Zahl von Wehrdienstverweigerungen wurde 1964 ein waffenloser „Wehrersatzdienst“ in kasernierten Baueinheiten der Nationalen Volksarmee – die sogenannten Bausoldaten – eingeführt.
- ² Zur Geschichte des Seminars vgl. Kluge 2004a, 2004b, Martin-Luther-King-Zentrum 2004, Jesse 2006, Eisenfeld & Schicketanz 2011.
- ³ Mehrtägiges Veranstaltungsangebot mit Freizeitcharakter, das vor allem innerhalb der Evangelischen Kirche verbreitet ist.
- ⁴ Bezeichnung für die sich regelmäßig treffenden Jugendgruppen in evangelischen Kirchengemeinden. Diese kirchliche Jugendarbeit bleibt in der DDR die einzige freie Jugendbewegung – und sie hat, besonders in den 1950er und 1960er Jahren, staatliche Repressionen zu erleiden.
- ⁵ Der Pfarrer Rudolf Albrecht gründete 1975 das Friedensseminar in Meißen. Harald Bretschneider wurde 1979 Landesjugendpfarrer in Sachsen und gehörte zu den wichtigsten Inspiratoren christlicher Friedensarbeit, er war an der Vorbereitung der ersten Friedensdekade beteiligt und schuf das Symbol

des Friedensseminars, „Schwerter zu Pflugscharen“. Der Marxist Bernd Eisenfeld wiederum war nach seiner Ausreise in die Bundesrepublik Autor wichtiger Darstellungen über Kriegsdienstverweigerer in der DDR.

Literatur

Eisenfeld, Bernd/Schicketanz, Peter 2011: Bausoldaten in der DDR. Die „Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte“ in der NVA. Berlin: Ch. Links Verlag.

Kluge, Matthias 2004a: Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.

Kluge, Matthias 2004b: „Bausoldat ist man lebenslänglich“. Hansjörg Weigel und das Friedensseminar in Königswalde. In: Widera, Thomas (Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964-1989. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 73-113.

Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage – Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens – e.V. (Hg.) 2004: Raum für Güte und Gewissen. Das christliche Friedensseminar Königswalde im damaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt/DDR 1973-1990. Kraussreinhard GbR Verlag.

Jesse, Eckhard (Hg.) 2006: Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz. Berlin: Ch. Links Verlag.

Ein Grenzgänger auf der Suche nach Heimat

Wolfgang Hertle im Gespräch mit Alexander Leistner (FJSB)

FJSB: Zur Person Wolfgang Hertle¹. Du wurdest 1946 in der bayrischen Provinz geboren. Später folgen wichtige Initiativen, an deren Gründung Du maßgeblich beteiligt warst. Will man die Gründungsdaten aufzählen: 1969 die Gewaltfreie Aktionsgruppe Augsburg (GAA), 1972 die Nullnummer der heute noch erscheinenden Zeitschrift „Graswurzelrevolution“. Ab Mitte der siebziger Jahre warst Du aktiv in der Anti-AKW-Bewegung, Ende der Siebziger kam von Dir die Initiative zur Gründung der Bildungsstätte für gewaltfreie Aktion „Kurve Wustrow“, in der Du die ersten zehn Jahre ihres Bestehens gearbeitet hast. Du hast über den zunächst regionalen, dann landesweiten Widerstand (1971 bis 1981) gegen den Truppenübungsplatz im südfranzösischen Larzac promoviert, ein Widerstand, der viele Anregungen u.a. für das Wendland gegeben hat. Und schließlich gehörtest Du den weni-

gen westdeutschen Aktivisten, die sehr früh die unabhängige Friedensbewegung in der DDR unterstützt haben. Von der bayrischen Provinz in die Zentren bundesdeutscher Protestgeschichte ist es auf den ersten Blick ein langer Weg. Welche Rolle spielten dabei wichtige Personen? Gab es in Deinem Leben Schlüsselfiguren?

Wolfgang Hertle: Es war ziemlich wichtig für mich, dass ich in Augsburg mit meiner Entscheidung, den Kriegsdienst zu verweigern, extreme Schwierigkeit in meinem Umfeld bekam. Erschreckenderweise machte mir das katholisch-klerikale Milieu vom Religionslehrer über den Jugendpfarrer bis hin zum Bischof das Leben schwer. Als „Wehrdienstverweigerer“ könne mir keine Jugendgruppe mehr anvertraut werden. Ein Domkapitular wollte mir den Schlüssel zum Pax Christi-Büro wegneh-

men, in dem ich Beratungen zur Kriegsdienstverweigerung durchführte. Somit steht am Anfang meines politischen Engagements die Enttäuschung über eine Institution, die ihre Gründungsideale verrät. Aber eben auch die Erfahrung, vorgegebene Grenzen nicht anzuerkennen sowie die Suche nach angemessenen Aktionsformen und anderen Partnern. Meine Vorbilder fand ich hauptsächlich im Ausland. Dass es vor meiner Zeit auch in Deutschland schon Vertreter gewaltfreien Widerstands gab, erfuhr ich erst viel später. Ich habe viel nach Vaterfiguren gesucht, die mich dann aber relativ schnell enttäuscht haben. Theodor Ebert war wichtig, von dem las ich zum ersten Mal 1968 einen Artikel im Spiegel über den Widerstand gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings. Was er da über soziale Verteidigung und gewaltfreien Aufstand schrieb, passte zu dem, was ich mir als Alternative vorstellte, wie eine Gesellschaft ohne Waffen verteidigt werden kann. Das fand ich so spannend, dass ich beschloss, das Abitur nachzuholen und zu studieren, um mich mehr mit diesen Themen zu beschäftigen. Theodor Ebert gründete 1969 die Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“, aber die war aus meiner Sicht politisch eher defensiv. Der Zeitschrift ging es von Anfang weniger darum, Kampagnen anzuregen und Praxis zu unterstützen. Es fehlte mir dort wie in den pazifistischen Verbänden die Übersetzung, was wir aus den Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand in anderen Ländern für die Praxis in der Bundesrepublik lernen könnten. Das war der Anstoß für die Gründung der libertär-sozialistischen Zeitschrift „Graswurzelrevolution“. Die Idee war, Veränderungen von unten durch gewaltfreie Aktionen und Selbstorganisation anzustoßen. Ich kann hier nicht die ganze Geschichte der Graswurzelbewegung erzählen. Aber die Suche nach Verbündeten über Grenzen hinweg, das war ganz wichtig. Über verschiedene Kampagnen, die Solidarität mit den Kriegsdienstverweigerern in Franco-Spanien, Proteste gegen französische Atomtests oder Unterstützung der streikenden Farmarbeiter in Kalifornien erweiterte sich dieses Netzwerk in

den siebziger Jahren immer stärker und das auch international. Also das war eine ganz spannende Geschichte, etwas ins Rollen zu bringen und das quer zu den Grenzziehungen im linken Lager. Insofern könnte ich eine Lebenslinie als „anspruchsvolle Suche nach einer Heimat“ beschreiben. Ich habe gemerkt, dass ich Gleichgesinnte in verschiedensten anderen Lagern finden kann und dass Grenzen häufig erst übertreten werden müssen, um zu sehen, dass sie auch einengen.

Diese intensive Netzwerkarbeit in diesen Jahrzehnten – Du hast das so erzählt, als ob sie irgendwie einfach passierte. Welche Rolle spielte Wolfgang Hertle in diesen Prozessen?

Naja, ich glaube eine Konstante in meinem Leben ist bis zum heutigen Tag, dass ich nicht nur ein großes Adressenverzeichnis habe, sondern ich versuche im Auge zu behalten, wie die Menschen sich verändern, wo sie hingezogen sind, welche beruflichen Veränderungen sich bei ihnen ergeben. Also in meinem Kopf, in meinem Verzeichnis ist es lebendig, dieses Netz. Das ist etwas, das ich eigentlich seit den 1960er Jahren mache. Daneben gab es wichtige Initiativen. Es gab zum Beispiel Ostern 1974 ein Treffen gewaltfreier Aktivisten in Bückeburg, wohin auch Helga Weber und Wolfgang Zucht kamen, gerade aus London zurückgekehrt, wo sie zehn Jahre bei der War Resisters' International gearbeitet hatten. Es gab ein starkes Bedürfnis nach einer Koordinationsstelle und das wurde dann die Graswurzelwerkstatt, wofür Geld gesammelt wurde, damit Helga und Wolfgang in bescheidenem Ausmaß für Dienstleistungen bezahlt werden konnten. Sie beantworteten Anfragen von Leuten, die sich dem Netzwerk anschließen oder Informationsmaterial haben wollten. Sie luden kontinuierlich zu Treffen ein und gaben den Rundbrief „für gewaltfreie Organisatoren“ heraus, um dieses Netzwerk zu stabilisieren. Und mit den Jahren erweiterte sich das Spektrum der Themen, die uns wichtig wurden. Es ging ja von der Kriegsdienstverweigerung aus. Und dann

kam ein Thema nach dem anderen dazu. Spätestens mit dem Sommertreffen 1974 auf dem Kaiserstuhl lernten wir Leute aus Wyhl und aus dem Elsass kennen. Und ab da hatten die gewaltfreien Aktionsgruppen aktiven Kontakt zur Anti-AKW-Bewegung. Mitte der siebziger Jahre war es relativ mühsam, die beiden Strömungen, die Friedensbewegung und die Ökologiebewegung zu bewegen sich aufeinander zuzubewegen. Es gab damals immer noch, selbst bei Leuten, die in den frühen sechziger Jahren die Ostermärsche gegen Atomwaffen organisiert hatten, die Parole „Go home Ami, Ami go home, spalte für den Frieden das Atom“, also eine Unterscheidung zwischen der friedlichen und der militärischen Nutzung der Atomenergie. Es dauerte ziemlich lange, bis es zum Allgemeingut wurde, dass das zwei Seiten einer Medaille sind. Naja, es bleibt immer noch eine wichtige Aufgabe, das Zusammenbringen von Leuten unterschiedlicher Herkunft, indem man z.B. bewusst zu einer Aktionsvorbereitung Leute aus verschiedenen Lagern, aus verschiedenen Gruppen einlädt - und damit einfach die gewohnten Grenzen nicht akzeptiert und den Leuten auch deutlich macht, dass es viel mehr gibt, was sie verbindet oder verbinden sollte, als sie trennt.

Und die Rolle des Vernetzers, das war auch die Rolle, in der Du Dich gesehen hast und sehr aktiv warst?

Ja, das würde ich sagen, und diese Funktion des Vernetzens spielte später dann auch eine Rolle bei der Gründung der „Kurve Wustrow“. Ein Ziel war, Leute aus verschiedenen politischen Richtungen, aus verschiedenen Altersstufen, aus verschiedenen Organisationen ins Gespräch und möglichst auch in gemeinsame Aktionen zu bringen. Aber ich bleibe skeptisch gegenüber der Darstellung von herausragenden Personen, weil ich denke, das sind viele, die an einer Veränderung beteiligt sind und jeder kann nur seinen Teil tun, und was genau da jetzt Ursache und Wirkung ist, das ist sowieso nicht zu bemessen. Aber man kann

sich freuen, wenn Leute einem irgendwann sagen, dass dieses Seminar oder jener Text bei ihnen etwas bewirkt hat. Ja, also ich war ganz am Rande in Brokdorf beteiligt gewesen, als es mit den Protesten gegen das AKW 1976/77 los ging. Ich hatte Freunde in Hamburg, die dortige Gewaltfreie Aktionsgruppe, die den Kontakt nach Brokdorf hatte. Sie baten mich, aufgrund meiner Erfahrungen in Wyhl, für die Besetzung des Bauplatzes in Brokdorf ein Papier mit Verhaltensregeln zu schreiben. Dieses Papier wurde von den örtlichen Bürgerinitiativen unterschrieben, aber es hatte praktisch wenig Auswirkungen. Die Verhältnisse waren einfach nicht dieselben wie im badisch-elsässischen Dreiecksland. Da hatte sich seither auf beiden Seiten des Bauzauns schon so viel verändert. Die ländliche Bevölkerung um Brokdorf hat dort im Unterschied zu Wyhl eine andere Rolle gespielt. Sie war viel zurückhaltender. Auch die Polizei hatte ihr Verhalten ziemlich stark verändert, indem sie durch den Bau von Wassergräben und höheren Zäunen auch die Gespräche mit den Einheimischen verhinderte. Die Mischung der Widerstandsgruppen war eine andere als auf dem Kaiserstuhl. Die kommunistischen und Sponti-Gruppen waren stärker und bereiteten sich mit ganz anderen Mitteln vor. In dieser Situation nützte es nichts, dass ich so ein Flugblatt im Geiste von Wyhl schrieb, das die Bürgerinitiativen dann auch nicht durchsetzen konnten. Das war eine wichtige Erkenntnis: man kann nichts so einfach übertragen. Eine Konsequenz war für mich, nach neuen Wegen zu suchen. Aus diesen Überlegungen entstand mit dem Stromzahlungsboykott eine Kampagne, die auch bundesweit diskutiert und organisiert wurde. Als dann im Februar 1977 der Standort Gorleben benannt wurde, war das für mich der Anlass, mich dort schon bei der allerersten Demonstration zu beteiligen. In dieser Zeit entstand nach einem Vorbild auf dem Larzac mein Plan, im Wendland eine Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion aufzubauen. Einerseits um den Widerstand vor Ort zu unterstützen, und andererseits um zu versuchen,

Bildungsarbeit bundesweit und international zu organisieren.

Du erzählst immer sehr zurückhaltend über Deine Rolle in diesen Prozessen als Vernetzer, in jedem Fall auch als Übersetzer unterschiedlicher Aktionserfahrungen.

Ich bringe gern Menschen zusammen, von denen ich denke, die müssten sich eigentlich kennenlernen und zusammen agieren. Ich denke schon, dass dies viel mit Brückenbauen, Übersetzen und auch mit Pionierarbeit zu tun hat. Wobei das manchmal schmerzhaft sein kann, wenn die Spannungen, die Distanzen und Vorbehalte zwischen den verschiedenen Gruppen zu groß sind. Dann ist mein Wunsch manchmal stärker als die Realisierungsmöglichkeiten. Wenn ich merke, dass harmonisiert so wenig untereinander, da muss ich manchmal auffassen, dass ich nicht im Frust hängen bleibe. Die Frage ist doch, wovon es jeweils abhängt, dass der Funke überspringt und Leute sich zusammentun, um etwas gemeinsam zu tun. Es gibt zum Beispiel unterschiedliche Typen von Kommunikation. Manche Gruppen, die legen sehr viel Wert auf Gesprächs- und Moderationsmethoden und auf gruppendynamische Prozesse. Gewaltfreie Aktionsgruppen oder Gruppen aus dem studentischen Milieu ticken da anders als beispielsweise Standortinitiativen, also Leute, die wegen eines gemeinsamen Anliegens zusammen kommen, das sie vor Ort betrifft. Für die ist es eher fremd, Aktions-Training zu machen und Gesprächsführungstechniken zu beachten. Die kommen zusammen und reden erst mal unsystematisch, auch über Persönliches und was im Dorf gerade passiert. Und zwischendrin kommen dann mal politische Dinge zur Sprache, fast nebenbei werden manchmal Beschlüsse gefasst. Und es ist oft schwer, diesen verschiedenen „Kulturen“ klar zu machen, dass sie diese Unterschiede wahrnehmen und akzeptieren sollen und Verhaltensweisen nicht von vornherein schon ablehnen, nur weil sie anders sind als die eigenen. Da entstehen viele Konflikte; wobei ich

merke, dass ich mich eher der „Palaverkultur“ näher fühle. Aktionsorientierte Gruppen üben im Gegensatz dazu, in kurzer Zeit mit vielen Menschen Entscheidungen zu treffen. Und das ist eine ganz andere Kultur. Das kann durchaus arrogant wirken auf die Menschen, die von äußeren Mächten vor ein Problem gestellt wurden, und vorher nicht interessiert waren, Widerstand zu leisten. Jetzt kommen da Leute von außen und bringen ihre eigenen Regeln mit, wie sie miteinander umgehen. Den Leuten vor Ort ist das fremd, die sagen: „Wir kennen uns doch, wir brauchen das doch gar nicht“. Mit der Zeit verwächst sich das aber. Die Kulturen vermischen sich mit der Zeit auch. Aber auch nur da, wo sie die Gelegenheit dazu haben, wo der lange Atem bleibt. Dafür gibt es nicht so viele Beispiele: der Larzac, das Wendland oder die Proteste der „Freien Heide“ gegen den Bombenabwurfplatz in Brandenburg.

Im Rückblick auf über 40 Jahre Engagement in sozialen Bewegungen. Was würdest Du jüngeren Aktiven gern mit auf den Weg geben?

Mein Wunsch ist, dass es mehr Austausch von Erfahrungen gibt, mehr Austausch auch zwischen Jüngeren und Älteren. Ich glaube, das ist für beide Seiten nicht einfach. Es sollte nicht belehrend sein, wenn die Alten erzählen. Aber die andere Seite ist, dass Jüngere manchmal das Gefühl haben, der Widerstand fängt jetzt erst mit mir neu an und was soll ich mir die alten Sachen anhören. Aber ich fände es wichtig, wenn geübt wird, sich mit Menschen auszutauschen, die durch ihr Alter andere Erfahrungshintergründe haben. Wenn das schon schwierig erscheint, wie soll das Gespräch dann erst funktionieren, wenn man Leuten gegenübertritt, die anders denken, mit ganz anderen politischen Vorstellungen. Was mir jetzt in letzter Zeit relativ oft begegnet ist das Expertentum und die zunehmende Professionalisierung in den Bewegungen bzw. den NGOs, die sich daraus entwickelten. Mit dieser Entwicklung geht einher, dass manche „Pro-

test-Profis“ keine Lust auf die unverzichtbare und notwendige Knochenarbeit der Auseinandersetzung mit „normalen Menschen“ haben. Also die eine Seite ist die Professionalisierung der letzten Jahre, ausgefeilte Techniken, wie man große Menschenmengen dazu bringen kann, zusammen zu finden und gemeinsam Aktionen durchzuführen, die es der Polizei schwerer machen, damit umzugehen. Die andere Seite der Medaille ist, dass eine stärkere Verbreitung oft auch mit einer Verflachung von Inhalten und Einstellungen verbunden ist. Die Frage ist, wie diese Verbreiterung auch mit einer Vertiefung verknüpft werden kann.

Du hast selbst über den Widerstand im Larzac promoviert, wenngleich du doch immer mehr Aktivist als Bewegungsforscher gewesen bist. Wie nimmst Du die Bewegungsforschung derzeit wahr?

Ich finde bei dem, was ich von der Bewegungsforschung mitbekomme, fehlt oft dieser genauere Blick nach innen, in die Bewegung hinein. Ich habe manchmal den Eindruck, dass es nur interessant wird, wenn es große Organisationen sind oder wenn die Bewegung spektakulär im Licht der Öffentlichkeit steht. Ich sehe da eine Parallele zu den Medien: bestimmte Bilder, bestimmte Zahlen, Quantitäten zäh-

len oft mehr als die Mühen der Ebene. Aber die Realität ist auch durch diese Mühen und Durststrecken bestimmt. Eine Bewegung fällt nicht vom Himmel und die wirkliche Veränderung ist nicht nur, wenn man große Massen auf den Plätzen sieht, die Veränderung ist ja auch das, was in den Köpfen passiert.

Vielen Dank für dieses Gespräch!

Anmerkung

¹ Zur Stärkung der gewaltfreien Bewegung gehört seit 1991 auch die Arbeit in Archiven wie dem Archiv „Aktiv für gewaltfreie Bewegungen.“ und dem Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, an dem Wolfgang Hertle umfänglich Material für die zeitgeschichtliche Forschung wie für Aktive aus den Neuen Sozialen Bewegungen gesammelt und aufgearbeitet hat. Er betreibt auch eine mehrsprachige Webseite für aktuelle gewaltfreie Bewegungen: www.castor.divergences.be. Darin findet sich auch ein wichtiger Aufsatz über transnationale Lernprozesse in den 1970er Jahren: Larzac, Wyhl, Brokdorf, Seabrook, Gorleben ... Grenzüberschreitende Lernprozesse Zivilen Ungehorsams (<http://castor.divergences.be/spip.php?article450>).

Brückenbauen im Dienste des Klimaschutzes

Mona Bricke im Gespräch mit Alexander Leistner (FJSB)

FJSB: Zu Beginn würde mich interessieren was Mona Bricke überhaupt aktiv werden ließ? Was hast Du gemacht, bevor Du in die Klimabewegung gekommen bist?

Mona Bricke: Ja also in den Achtzigern waren Umweltfragen und Themen wie Waldsterben und Anti-Atom total wichtig und ich habe viel

mitbekommen über meine Eltern, die zur Gründungsgeneration der Grünen gehörten, ohne Parteimitglieder gewesen zu sein. Von klein auf war mir daher klar, dass diese Themen wichtig sind. In den Neunzigern war ich in Berlin so ein bisschen post-autonom am Rande der Autonomen aktiv. Ich lebte in einem besetzten Haus in Friedrichshain und befasste mich mit

der Anti-Globalisierungsbewegung. Ich war zum Beispiel in Genua im Ermittlungsausschuss zur Unterstützung der Leute im Gefängnis. Ich war bei Fels („Für eine linke Strömung“, Berliner Initiative der undogmatischen radikalen Linken [Anm. d. Red.]) und habe dann aber irgendwann einen Schwenk gemacht, der eine Rückkehr zu meinen eher friedenspolitischen Wurzeln bedeutete. Ich ging zwei Jahre mit „Peace Brigades International“ nach Mexiko. Unter anderem begleiteten wir dort auch einige Ökoaktivisten. Nach der Rückkehr nach Deutschland hatte ich eine Stelle, die vom Forum Umwelt und Entwicklung und dem evangelischen Entwicklungsdienst gemeinsam getragen wurde. Ich agierte dort als eine Art Brücke – und das mit dem Brückenschlagen ist durchaus immer wieder ein Thema in meinem Leben gewesen – zwischen den Graswurzelbewegungen und radikaleren linken Gruppen in Deutschland und den NGOs zur Vorbereitung des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm. Der hatte ja das Klimathema auch mit als wichtiges Thema im Fokus. Gleichzeitig war ich aber immer auch Teil von Graswurzelbewegungen. Dann bin ich nach Bradford in Nordengland gegangen und habe dort einen Master in Peace Studies zur Versicherheitlichung des Klimawandels gemacht und mich gleichzeitig 2008 in die Vorbereitung des Klimacamps in Kingsnorth gestürzt, das ja das größte Klimacamp war, das es bisher gegeben hatte. Gleichzeitig bereiteten Freundinnen und Freunde aus Berlin das Klimacamp in Hamburg mit vor, an dem ich dann auch noch beteiligt war. Spannend war, die Unterschiede zwischen dem, was in England vorging und dem, was in Deutschland vorging, mitzubekommen. Tazio Müller hat es mal sehr schön formuliert – der kennt ja auch beide Camps: das erste, was die EngländerInnen machen, ist sich zu überlegen, wie und wohin man die Kompostklos baut und das, was die Leute in Deutschland machen, ist erst mal die Theorie zu diskutieren, bevor sie irgendwas anderes machen. In England hat mich schon sehr beeindruckt, wie pragmatisch das organisiert war und wie anschlussfähig aber

auch die ökoanarchistische Bewegung dort ist. In Deutschland hatten sich ja die Öko-AnarchistInnen und die organisierte radikale Linke über das Hamburger Camp total zerstritten. Die sprechen teilweise immer noch nicht miteinander. Der Auslöser des Streites war Fragen der Organisationsform und unterschiedliche kulturelle Codes.

Ich finde es deshalb interessant, weil man an solchen Konstellationen auch immer sieht, wie nötig das Brückenbauen ist.

Ja, also ich bin eindeutig zwischen ihnen die Brückenbauerin.

Und wie erlebst Du das als Rolle?

Manchmal denke ich: Ach, das wäre doch schön einfach, ganz klar auf einer Seite stehen zu können, aber andererseits: je älter ich werde, desto mehr habe ich den Eindruck, es ist eine wichtige Rolle und eigentlich fühle ich mich ganz gut damit. Aber es gab schon schwierige Momente, z.B. vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm. Ich habe da ein Interview gegeben und dann kam der Vorwurf von den Autonomen, ich hätte mich distanziert von bestimmten Aktionsformen. Und andersherum wurde mir von der kirchlichen Seite und den NGOs, mit denen ich da unterwegs war, vorgeworfen, mich nicht zu positionieren. Ich hatte dort die Pressekonferenzen moderiert. Das waren Pressekonferenzen, bei denen alle gemeinsam an einem Tisch saßen, sowohl die autonomen BarrikadenbauerInnen als auch VertreterInnen von Greenpeace, von Block G8, vom evangelischen Entwicklungsdienst und so weiter. Und ich habe das sozusagen präsentiert und habe nie vorher und nie nachher – und ich hab schon viele Interviews gegeben – so krass erlebt, wie stark der Druck war, sich zu positionieren; hier bezog es sich auf die Ereignisse in Rostock¹. Die Presse wollte das geradezu hören. Und ich habe mich gerade nicht positioniert, und da habe ich dann wiederum massiven Druck von den NGO-Leuten bekommen, dass das ja gar

nicht ginge. Die ersten Pressemeldungen waren: „Hunderte von Polizisten verletzt“. Das wurde später stark relativiert – am Ende waren, glaube ich, noch drei übrig. Aber es war halt total schwer, eine Brückenfunktion aufrecht zu erhalten, weil klar war, du sollst auf der einen oder auf der anderen Seite sein und das haben beide Seiten verlangt. Und solche Situationen sind schon schwer auszuhalten, aber inzwischen habe ich mich auch daran gewöhnt.

Inwiefern ist es unverzichtbar, dass es in solchen Situationen BrückenbauerInnen gibt? Und ist es nicht eine wahnsinnig undankbare Aufgabe, bei der man schnell zerrieben wird?

Ich glaube, es ist deswegen wichtig, dass es sie gibt, weil sonst die Gefahr besteht, dass verschiedene Milieus und verschiedene Bewegungen und verschiedene Gruppen immer unter sich bleiben und nicht zusammen finden. Wenn man starke Bewegungen aufbauen will, dann muss man es schaffen, über den eigenen Tellerrand hinweg zu blicken. Ich glaube, das habe ich besonders stark bei den Autonomen gelernt. Ich war da nie wirklich zentral drin, ich war immer nur so an den Rändern und ich habe gemerkt, wie abgeschlossen das ist. Die waren einfach nicht in der Lage, genügend in die Gesellschaft hinein zu wirken. Deswegen haben sich ja auch Gruppen wie FeS und Avanti gegründet, die diese Haltung ablehnt und gesagt haben: wir sind postautonom.² Und ich glaube, für so etwas braucht es auch die Schlüsselfiguren. Es braucht auch die Leute, die die Codes verstehen und auch sozial damit verbunden sind, weil dieses Agieren in unterschiedlichen Bewegungskontexten sehr stark was Soziales, was Soziokulturelles ist. Pass ich da rein? Ich habe nie hundertprozentig da hineingepasst. Ich habe immer Sympathien für die autonome Szene gehabt und habe die auch immer noch und habe immer noch Freunde aus der autonomen Szene. Aber es ist halt auch wichtig zu sehen, dass es sich nicht darin erschöpfen kann, es sich in seiner kleinen Subkultur, seinem Biotop gemütlich zu machen.

Und zur Frage, ob die Aufgabe des Brückenbauens nicht fürchterlich undankbar ist: Nein, ich bin auch gerne und oft Moderatorin; ich sitze auch oft auf Podien und bin selber die Inputgeberin, aber ich mache auch sehr gerne Moderationen, weil ich finde, dass eine gute Moderation das Beste aus allen Anwesenden herausholt und auch sehr stark lenken kann. Die Brückenbaufunktion ist ja gleichzeitig auch eine moderierende Funktion.

Wie wichtig ist das, was man als Person mit in diese Rolle einbringt, wie wichtig ist es, die kulturellen Codes zu kennen? Anders gefragt: was für ein Mensch muss man sein, um eine Brückenfunktion übernehmen zu können?

Bei mir hat es mit verschiedenen Dingen zu tun. Erstens bin ich überall auf der Welt aufgewachsen, ich bin die Tochter von Entwicklungshelfern und Diplomaten. Ich habe es von klein auf mitbekommen, was es bedeutet, in ganz verschiedenen Kulturen zu leben, sich schnell auf neue Codes einzustellen, sich auf verschiedenen Parketts bewegen zu können, also sowohl zu offiziellen Anlässen mit förmlich gekleideten Leuten und förmlichen Manieren, als auch im abgeranzten, besetzten Haus. Also beherrsche ich diese Codes. Gleichzeitig habe ich auch lange am Theater gearbeitet und war auch Schauspielerin und Regisseurin und habe gelernt, mein eigenes Auftreten zu steuern und weiß, wie ich wirke. Ich glaube, das sind wichtige Voraussetzungen. Und eine der allerwichtigsten Voraussetzungen ist, dass einem was an der Sache liegt. Und zwar, dass einem auch aus politischen Gründen was an der Sache liegt. Es gibt bei den NGOs, was ich immer wieder mit Kopfschütteln und teilweise auch mit Sympathie beobachte, eine Tendenz zu etwas, das ich „Instant-Loyalty“ nenne. Das ist vergleichbar mit dem Verhalten von Leuten, die neu bei einer Firma einsteigen: Die Leute haben noch nie vorher irgendetwas mit dem Thema zu tun gehabt und plötzlich sind die die größten Vertreterinnen und Vertreter von dem, wofür sie jetzt gerade ihren Job gekriegt haben. Aber

ich finde, dass man nicht wirklich unabhängig sein kann, wenn man seine politische Arbeit nur in einem Lohnarbeitsverhältnis ausübt. Meines Erachtens ist das wirklich gefährlich für das, was politisch sein bedeutet.

Für die aktuelle Klimabewegung ist charakteristisch, dass darin viele ExpertInnen aktiv sind. Das ist mit Blick auf Schlüsselfiguren ja spannend, dass es so eine extreme Professionalisierung in den letzten Jahren gab. Zuge-spitzt gefragt: Besteht die Klimabewegung nicht vorrangig aus DoktorandInnen, die gleichzeitig zu diesem Thema forschen und hat das nicht Auswirkungen auf die Anschlussfähigkeit der Bewegung?

Ja, das sind meistens Leute, die in dem Bereich schon arbeiten. Aber das ist übrigens eine ganz spannende Veränderung. Also es sind noch einige Studis dabei; zum Beispiel bei „Gegenstrom Berlin“ habe ich die Veränderung ja sehr deutlich mitbekommen. Das war am Anfang eher so eine Art Sammelbecken, eine Art Netzwerk und es ist immer mehr zu etwas geworden, bei dem Leute dabei waren, die bei den Grünen arbeiten, die beim deutschen Naturschutzring arbeiten, die eine Doktorarbeit zu Klimapolitik schreiben, also hauptsächlich Berufstätige oder Doktoranden. Das ist aber auch typisch für Berlin. Der Unterschied zum Beispiel zu „ausgeCO₂hlt“³, wohin ich mich gerade orientiere, ist, dass darin tatsächlich auch viele junge Leute tätig sind. Richtig junge Leute: Studis, SchülerInnen teilweise, das ist noch einmal eine andere Besetzung, auch bundesweit. Da werden thematisch noch einmal ganz andere Brücken geschlagen. Da steht eben auch im Mittelpunkt, dass Land dem Tagebau zum Opfer fällt. Die Proteste richten sich nicht nur darauf, was für Folgen der Kohleabbau für die Gesundheit der Leute und fürs Klima hat, sondern auch darauf, dass Land zerstört wird, das gutes Ackerland ist, und das dann den Grund darstellt, weshalb die Leute Landbesetzungen machen werden. Und zu diesem „Via Campesina“⁴-Bewegungsansatz die Brücke

zu schlagen, das find ich richtig gut bei der Kampagne „ausgeCO₂hlt“.

Der Blick auf die Geschichte sozialer Bewegung zeigt ja, dass es auch ein ganz entscheidender Erfolgsfaktor ist, wenn es gelingt, die Bevölkerung vor Ort mit einzubeziehen. Das ist ja eine große Herausforderung: Eine hoch-professionalisierte Bewegung mit allen durchaus exklusiven kulturellen Codes, mit allen Techniken, wie man Leute aktiviert, wie man basisdemokratisch entscheidet, trifft auf eine kulturell anders geprägte und oft ja auch inhaltlich wenig sensibilisierte Mehrheitsbevölkerung, der diese Codes fremd sind. Wie müsste das Brückenbauen hier aussehen?

Das ist eine ganz interessante Frage, denn ich habe ja beide Varianten mitbekommen. Ich war selber bei den Lausitzcamp-Bemühungen⁵ dabei und inzwischen tragen diesen Protest die Leute vor Ort selbst; in ziemlich kleinem Umfang, aber sie machen einfach weiter. Das haben wir damals mit „Gegenstrom Berlin“ und mit „Klimagerechtigkeit Leipzig“ ja gemeinsam angestoßen. Und damals haben wir auch auf Wunsch der Leute vor Ort beschlossen, dass wir keine wirklich radikalen Aktionen machen und die Initiative ist klein geblieben. Ich glaube, das hängt auch damit zusammen, dass wir einen Weg gewählt haben, der zu sehr ein Mittelweg war. Es hat aber auch damit zu tun, dass die Verhältnisse in der Lausitz einfach anders sind, als 30km vor den Toren von Köln. Wir haben immer darauf gehört, wenn die Leute vor Ort, die mitorganisiert haben, gesagt haben: „So könnt ihr das nicht machen. Wir kriegen da total Ärger im Ort. Das kann man mit unseren Leuten hier nicht machen“. Wir haben uns von Anfang an sehr stark darauf eingelassen und haben gesagt: „Wir wollen das mit euch machen und wir machen das, wie ihr das gerne hättet“. Aber die AktivistInnen von „ausgeCO₂hlt“ haben gesagt: „Wir sind radikal und wir machen radikale Sachen und das sagen wir von Anfang an. Wir wollen Gleise besetzen, wir wollen Kohlezüge aufhalten, wir

bsetzen im Zweifelsfall ein Feld, wenn uns der Ort nicht die Wiese zugesteht und dann müsst ihr uns halt räumen“. Und die waren viel erfolgreicher damit. Und die waren sogar erfolgreicher was die Anzahl der Leute aus der Bevölkerung betrifft, die sich beteiligen. Und das liegt meiner Meinung nach daran, dass sie von Anfang an ganz klar waren in dem, was sie gesagt haben. Die Leute aus Berlin sind mit Ach und Krach einmal alle zwei Monate in die Lausitz gefahren. Das macht einen riesigen Unterschied.

Ich finde, das ist eine spannende Herausforderung, also diese unterschiedlichen Konstellationen, vergleichbar vielleicht mit Brokdorf und Gorleben: lässt man es wachsen von unten, oder macht man wirklich mit vielen Leuten wahrnehmbare Aktionen?

Was heißt denn wachsen? Wenn man sich die Antiatombewegung anschaut, also die hat ja Jahrzehnte gebraucht zum wachsen. Zu erwarten, dass man innerhalb von drei Jahren tausende von Leuten dort hat, das ist ein bisschen verwöhnt. Das war ein Fehler, den wir damals in Kopenhagen gemacht haben. Wir haben immer noch zu sehr angenommen, dass die Leute tatsächlich am Thema auch richtig interessiert sind. Es ist so komplex und wenn man nicht aufpasst, wirkt es so hoffnungslos, dass die Menschen sich davon abwenden. Wer will sich schon mit etwas befassen, das wie ein Abgrund aussieht?

Was braucht die Klimabewegung, damit sie auf die Beine kommt? Vielleicht auch: was für Schlüsselfiguren fehlen?

Also sie braucht auf allen Seiten ein Über-den-Tellerrand-Schauen; auch bei den ÖkoanarchistInnen, die damit leben müssen, dass es auch politisch komplett anders aufgestellte Leute gibt, die aber Teil derselben politischen Auseinandersetzung sind. Und diese Wahrnehmung, dass man Teil von etwas Gemeinsamen ist, hat es ja bei der Antiatombewegung gege-

ben und trotz vieler Kämpfe und wütender Anfeindungen ist trotzdem so ein Gefühl von „wir sind Teil von einer gemeinsamen großen Sache, auch wenn wir uns schon fast feindlich gegenüberstehen“ entstanden. Aber soweit sind wir in der Klimabewegung noch nicht. Also was es braucht, ist eine klare Wahrnehmung, dass die verschiedenen Felder der Klimabewegung zusammen gehören und dass auch die Leute, die in der Altmark gegen das Fracking protestieren, wahrnehmen: „Ok, unsere Auseinandersetzungen hier hängen auch mit Blockaden von Kohlezügen in Bergheim bei Köln zusammen“. Das ist aber viel schwieriger als bei der Antiatombewegung, weil diese Felder weniger offensichtlich eine Einheit bildet. Es braucht also Figuren, die fähig sind, die Brücke zu schlagen oder auch inhaltlich-intellektuell auf eine nicht technokratische und Expertismus-geschwängerte Art zu erklären, warum das zusammen gehört. Übersetzer braucht es, Visionäre braucht es. Was auch noch wichtig ist, ist: Wir brauchen Leute, die gut Geschichten erzählen, die das zusammenbringen können und sagen können: das ist alles Teil von einer großen Geschichte. Und es braucht die radikale Linke, die Gefallen daran findet, da mit einzusteigen. Das ist übrigens auch ein ganz großes Problem. Die radikale Linke, aus der ich komme, die hat nicht so richtig Bock auf das Thema. Aber wir brauchen die. Wir brauchen die Radikalität, damit das richtig nochmal einen Sprung macht. Und das klappt bisher nicht so richtig.

Und wären sie auch bereit sich einzulassen auf die kulturellen Codes der lokalen Initiativen? Das fordert einem ja viel mehr ab, als wenn man ein G8-Bündnis schmiedet.

Ja, da bin ich mir nicht so sicher. Ich war ja bei diesem G8-Bündnis dabei. Das hat die Leute schon ganz schön gefordert, die da alle an einem Tisch saßen. Ja ich weiß nicht. Ich glaube, das war sehr unglücklich damals im Klimacamp mit der von Anfang an bestehenden Spaltung zwischen der organisierten radikalen Lin-

ken und den Ökoanarchisten. Das hat das Ganze ganz schön zurückgeworfen, weil die jetzt immer so nebeneinander her wursteln.

Ich würde gern wissen, ob es im Hinblick auf Schlüsselfiguren und Schlüsselfunktionen in Bewegungen Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt: in der öffentlichen Wahrnehmung, in der realen Aufgabenverteilung?

Das Themenfeld Klima geht ja noch, was die Beteiligung von Frauen betrifft. Aber Energiepolitik ist krass männerdominiert. Das ist so eines der Themen, die als die Macho-, die Macherthemen gelten. Kein Staat gibt seine Energiepolitik aus der Hand. Da kann man noch so viel von freiem Markt reden. Es gibt keine freien Energiemärkte, das ist immer staatlich gesteuert. Das heißt, es ist etwas, wo Macht konzentriert ist, wo Einfluss und wo Geld konzentriert ist. Und das sind traditionell Männerthemen. Und da kannst du dich schon freuen, wenn bei Podiumsdiskussionen mal als Moderatorin eine Frau oben sitzt. Es gibt vielleicht zwei Frauen, die in Deutschland immer auf irgendwelchen Energiepodien auftreten, aber ansonsten kannst du ziemlich Gift drauf nehmen, dass da hauptsächlich Männer sind. Das ist auf einer professionellen, auf einer höheren Ebene unglaublich männerdominiert; auf der Graswurzelebene sind aber unglaublich viele Frauen aktiv. Gerade beim Klimathema. Das ist so ein weiches Thema. Da ist es eines der Themen, wo die aktiv sind, die sich Sorgen und Gedanken machen, die die Welt vor dem Untergang retten wollen und das sind oft Frauen. Also das ist so verallgemeinert sicher maßlos übertrieben, aber das ist so ein bisschen meine Beobachtung. Aber wenn neue Bewegungen dann Fahrt aufnehmen, dann sind da ganz schnell wieder die Männer vorn und sind die Sprecher und sind diejenigen, die als Führungsfiguren wahrgenommen werden.

Gab es für Dich Personen, die ganz wichtig waren für das, was Du jetzt machst und wie Du es machst?

Ja. Auf jeden Fall meine Eltern. Vor allen Dingen mein Vater, aber auch meine Mutter. Und ein sehr guter Freund: so richtig politisiert wurde ich in Stuttgart, wo ich damals studiert und am Theater gearbeitet habe. 1989 gab es eine Welle von Unistreiks, wo es um Friedens-themen, den Ersten Golfkrieg und so weiter ging, aber eben auch um die Verschlechterung der Verhältnisse an den Unis. Und dieser Freund dort war einfach wichtig, weil wir viel Theorie miteinander diskutiert haben. Ich würde übrigens auch sagen, Michel Foucault und seine Bücher waren wichtig für mich und für meine Vorstellung davon, wie die Sachen funktionieren und wie ich selber Sachen machen will.

Vielen Dank für dieses Gespräch.

Anmerkungen

- ¹ Bei der Auftaktdemonstration in Rostock am 2. Juni 2007 kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden, in deren Verlauf – so erste Berichterstattungen – rund 1.000 Personen verletzt worden seien. Die Zahlen wurden später deutlich nach unten korrigiert.
- ² Zum postautonomen Selbstverständnis dieser Gruppen vgl. <http://arranca.org/ausgabe/44/kleine-atempause>.
- ³ „ausgeCO₂hlt.“ ist eine 2011 gegründete Kampagne gegen den Tagebau im Rheinischen Braunkohlerevier.
- ⁴ In der internationalen, 1993 gegründeten, Organisation haben sich über 100 Landarbeiter und Kleinbauern zu einer Internationalen Bewegung von Landarbeitern zusammengeschlossen, um kleinbäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft zu fördern und die Ernährungssouveränität der lokalen Bevölkerung zu sichern.
- ⁵ Seit 2011 finden jährlich Klimacamps gegen Braunkohletagebau und CCS-Verpressung in der brandenburgischen Lausitz statt.

Kümmerner – Motoren der Bürgergesellschaft

Olaf Ebert/Nina Leseberg/Andreas Pautzke/Ana-Maria Stuth/Tobias Quednau

Ein gutes Drittel der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland üben eine oder mehrere freiwillige Tätigkeiten aus. Sie tun das für andere Menschen und zur Gestaltung einer lebenswerteren Gesellschaft. Ihr Engagement erstreckt sich auf nahezu alle Lebensbereiche und findet überwiegend im lokalen oder regionalen Umfeld statt.

Ein Typus von Engagierten, den die Stiftung Bürger für Bürger „Kümmerner“ nennt, spielt dabei eine besondere Rolle: Damit sind diejenigen gemeint, die Verantwortung übernehmen, unsere Gesellschaft verändern wollen und andere zum Mitmachen anstiften. Die Kümmerner zeichnen sich durch eine eigene Vision für ihr Umfeld sowie durch Entscheidungsfreude und Gestaltungswillen aus. Als Motoren der Bürgergesellschaft motivieren sie mit ihrem Elan, ihrem Vorbild und ihrem langen Atem andere zum Engagement. Sie entwickeln neue Ideen für ihre Umgebung, initiieren Projekte und gründen Vereine oder soziale Unternehmungen. Man findet diese „Kümmerner“ sowohl in urbanen Räumen, wo sie als Kiez-Kümmerner das Nachbarschaftsleben organisieren (vgl. den Beitrag von Klatt et al.), als auch in ländlich geprägten Regionen, in denen Dorfkümmerner auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das kulturelle Leben oder aber die Bewahrung von Traditionen achten (vgl. den Beitrag von Miram und Federwisch). Auch in Vereinen und Verbänden in Sport, Kultur, Naturschutz, Jugendarbeit, Altenpflege, Denkmalschutz, Integrationsarbeit, Religionsgemeinschaften u.v.m. sind sie anzutreffen und übernehmen Leitungsaufgaben oder entwickeln innovative Projekte. Daneben gibt es Kümmerner, die sich beruflich mit Engagement und Verantwortungsbewusstsein für gute Rahmen-

bedingungen für freiwillig Engagierte und die Anerkennung und Unterstützung ihrer gesellschaftlichen Arbeit einsetzen. Einige von ihnen engagieren sich so stark über die Arbeitszeit hinaus und mit besonderem Einsatz, dass sich die Grenze zwischen Beruf und freiwilligem Engagement nicht mehr eindeutig ziehen lässt.

Kümmerner stehen – von gelegentlichen Ehrungen und Preisen einmal abgesehen – selten im Fokus der Engagementförderung. Zudem werden die Bedürfnisse derer, die als Motivatoren andere zum Engagement anregen, kaum untersucht. Damit Kümmerner sich durch ihr hohes Engagement nicht erschöpfen oder aber zu Einzelkämpfern werden, benötigen sie aber Unterstützung, Entlastung sowie spezifische Formen der Förderung. Weil Kümmerner in ihren ganz eigenen und speziellen sozialräumlichen Arenen aktiv sind, fehlen jedoch Erkenntnisse über das, was Kümmerner als solche in ihrem Engagement unterstützt oder aber behindert. Unterstützungsangebote gibt es für diese Zielgruppe nur selten, denn Qualifizierungsangebote richten sich in der Regel an Ehrenamtliche im Allgemeinen oder an spezielle Zielgruppen wie Freiwilligenkoordinatoren, Ältere oder Vorstände etc.. Auch Fördermittel sind i.d.R. projekt- und nicht personengebunden und unterstützen nur einzelne Projekte der Kümmerner.

Aus diesen Gründen diskutierten beim 8. Forum Bürgergesellschaft am 26. und 27. April 2013 in Diedersdorf bei Berlin führende Expertinnen und Experten und ausgewählte Kümmerner darüber, welche Bedingungen die Arbeit von Kümmernern fördern oder auch behindern. Außerdem wurden Herausforderungen für eine bessere Unterstützung diskutiert. Dabei

wurde der Blick auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede gerichtet und erste Handlungsempfehlungen für eine bessere Unterstützung der Kümmerer als Motoren der Bürgergesellschaft festgehalten.

Unterschiedliche Kümmerer

Schnell zeigte die Diskussion, dass sich grundsätzlich zwei Typen von Kümmerern unterscheiden lassen: Solche, deren Engagement vor allem auf persönliche biographische Erlebnisse zurückzuführen ist und solche, die gewissermaßen zu Kümmerern ausgebildet wurden. Für den ersten Typus hätten sich die persönlichen Erfolgserlebnisse als wichtiger Gelingensfaktor herausgestellt, der dazu führt, dass das individuelle Engagement weitergeführt wird. Eine zentrale Herausforderung sei für diesen Kümmerer, zu gewährleisten, dass sein Engagement auch dann fortgeführt wird, wenn er selber dazu nicht mehr in der Lage ist. Außerdem sei es für ihn schwierig, die bestehenden (Förder-)Strukturen aufzubrechen, um sie für seine Belange nutzbar zu machen. Der sprichwörtliche Kuchen der Fördermittel sei oftmals schon verteilt, sodass der einzelne Kümmerer viel Energie aufwenden müsse, um notwendige Mittel zu akquirieren. Nachfolgeregelungen gelängen vor allem dann, wenn die vielen Aufgaben, die diese Personen übernehmen, rechtzeitig auf verschiedene Personen verteilt werden.

Für den zweiten Typus stehen beispielhaft Engagementlotsen im Stadtteil. So wurden z.B. im Rahmen des Projekts „Engagementlotsen im Stadtteil“ der Landesfreiwilligenagentur Sachsen-Anhalt Lotsen gezielt angesprochen und geschult, um im Stadtteil vor Ort Projekte zu initiieren und zu begleiten. Die Kümmerer sollten dazu motiviert und angeleitet werden, die Stadtteile zu beleben, in denen die nachbarschaftlichen Strukturen zum Teil zusammengebrochen waren und nur wenige Personen von sich aus Engagement ergriffen. Als Erfolgsfaktor für diese Projekte habe sich die Kooperation mit verschiedenen Akteuren vor Ort, wie z.B. der Wohnungs-

wirtschaft oder den bestehenden Vereinen vor Ort herausgestellt.

Es war allerdings umstritten, ob diese Kümmerer tatsächlich andere Bürgerinnen und Bürger zum Engagement motivieren. Es gäbe durchaus Anlass zu der Vermutung, dass Kümmerer vor allem das Projekt, in dem sie aktuell tätig sind, sowie ihr persönliches Anliegen, das sie damit voranbringen möchten, im Blick hätten. Außerdem wurde die Skepsis zum Ausdruck gebracht, ob über den individuellen Kümmerer hinaus Gruppen entstünden, die sich selbst organisieren. Selbstorganisation, so die Erfahrung aus Sachsen-Anhalt, sei möglich, allerdings bedürfe sie der professionellen Unterstützung. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass das Vorhandensein professioneller Unterstützung nicht der Auslöser für Engagement sei. Bürgerinnen und Bürger engagierten sich vielmehr dann, wenn sie Defizite wahrnehmen und die Möglichkeit erkennen, das Gemeinwesen mitgestalten zu können. Insofern könnten Kümmerer das Engagement anderer zwar befördern, es bedürfe aber auch weiterer begünstigender Faktoren.

Kümmerer als Einzelkämpfer: Die Folgen

Ein weiteres wichtiges Charakteristikum der Kümmerer sei, – so zumindest die Erfahrungen aus dem Projekt Neulandgewinner der Robert-Bosch-Stiftung –, dass es sich zumeist um Einzelkämpfer ohne organisatorische Anbindung handele. So verfügen Kümmerer kaum über Kooperationspartner, was für die Wahrnehmung wie für die Förderung verschieden Konsequenzen habe.

Zunächst sei die Förderung von Einzelpersonen aufgrund des Gemeinnützigkeitsrechts, das die meisten Förderer berücksichtigen müssen, nicht unproblematisch. Es sei leichter zu fördern, wenn die Personen organisatorisch eingebunden sind. Außerdem müssten diese Einzelpersonen überhaupt erst identifiziert und oftmals auch qualifiziert werden, insbesondere in Bezug auf Handwerkszeug wie Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und betriebswirtschaftliche Kenntnisse.

Nicht zuletzt spielen die Wahrnehmung der Kümmerer vor Ort eine wichtige Rolle. Nicht selten würden sie mit ihren Anliegen durch Politik und Organisationen zunächst als Außenseiter wahrgenommen. Eine positive Wahrnehmung herbeizuführen sei unter Umständen ein langwieriger Prozess, insbesondere wenn Akteure von außen als Förderer auftreten. Die Mühe sei jedoch lohnenswert, da ein besseres Image neue Kontakte ermögliche und sich damit als wichtiger Faktor bei der Förderung von Kümmerern herausgestellt habe. Eine Förderung z.B. durch Stiftungen oder staatliche Programme sei dieser Wahrnehmung sehr zuträglich. Hilfreich sei es zudem, dabei die Vertreter der Kommunen einzubinden, wenngleich diese nicht immer von Beginn an Interesse zeigten.

Nicht zuletzt könne die Förderung von Einzelpersonen zu Konflikten führen, wenn die Personen neben einer Beratung auch (geringe) finanzielle Mittel erhalten, wie es z.B. beim Projekt Dorfkümmerer der Fall ist. Bei der Förderung von engagierten Einzelpersonen verlaufe die Grenze zwischen Engagement und Erwerbsarbeit fließend. Überhaupt seien Abgrenzungen schwierig. Zwar gehört zu den Aktivitäten dieser Einzelkämpfer auch die Förderung des Engagements anderer, sie stelle jedoch – zumindest bei den vorgestellten Projekten Neulandgewinnern und Dorfkümmerer – eine Aufgabe unter anderen dar. Vielmehr würden in erster Linie spezifische gesellschaftspolitische Herausforderungen angegangen, z.B. die Gestaltung des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Dort könne man auch beobachten, dass einige der geförderten Projekte je nach aktueller Lage eher als Wirtschaftsbetrieb arbeiten oder stärker von freiwilliger, unentgeltlicher Arbeit getragen sind. Insoweit lässt sich festhalten, dass eine Grenze zwischen Kümmerern, anderen Engagierten oder Sozialunternehmern schwierig zu ziehen ist.

Herzblut und Professionalität

Diskutiert wurde auch das Wechselverhältnis zwischen einer notwendigen Professionalisie-

rung der Kümmerer und dem sprichwörtlichen „Herzblut“, das diese zumeist mitbringen (sollten). Anhand des Beispiels Baden-Württemberg wurde nachgezeichnet, wie sich die Position der hauptamtlichen Fachkräfte für bürgerschaftliches Engagement verändert hat (vgl. auch den Beitrag von Ralf Vandamme). Waren sie vor zehn bis fünfzehn Jahren noch in kleinen Fachabteilungen am unteren Ende der Hierarchie angesiedelt, seien sie heute weitestgehend in Querschnittsreferaten verankert. Damit einhergegangen sei aber auch eine Professionalisierung, die ein Stück weit die Empathie nehme, die das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ zu Beginn noch gehabt habe. Insoweit stellte sich im Laufe der Diskussion nicht nur die Frage, wie das „Herzblut fürs Engagement“ trotz Professionalisierung aufrechterhalten werden könne. Es wurde sogar in Frage gestellt, inwieweit es überhaupt hauptamtliche Kümmerer geben kann, da Kümmerer sich doch eben durch Charisma und Selbstbeauftragung auszeichneten. Inwieweit eine Fachkraft für bürgerschaftliches Engagement als Hauptamtlicher ein Kümmerer mit den genannten Eigenschaften sein kann, hänge auch von den Spielräumen ab, über die sie innerhalb der Kommunen verfüge. Diese seien bei kleinen Kommunen vorhanden, sodass dort eher hauptamtliche Kümmerer anzutreffen seien. Allerdings agierten diese Personen nicht selten im Bereich zwischen starkem persönlichen Engagement und hauptberuflicher Tätigkeit, was durchaus zu Rollenkonflikten führen könne. Den Widersprüchen, die sich in der Rolle zwangsläufig ergäben, müsste offensiv begegnet werden, z.B. indem man sie in der Ausbildung thematisiere.

Auf grundsätzlicher Ebene wurde diskutiert, inwieweit hauptamtliche Strukturen notwendig seien, um Kümmerer zu fördern. Dabei stellt sich zunächst die normative Frage, ob die Engagementförderung zu den staatlichen Aufgaben zählt. In diesem Fall bedürfe es auch entsprechender Strukturen. Diese sollten allerdings die Initiative und auch den Eigensinn der Engagierten unterstützen.

Der Vereinsvorstand als Kümmerer

Vereine und Verbände stehen grundsätzlich vor der Herausforderung, Nachwuchs zu gewinnen. Insbesondere die Besetzung von Vorständen in Vereinen – die häufig zu den Kümmerern gehören – gestaltet sich zunehmend schwieriger. Es wurde deutlich, dass man bei der Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen verschiedene Aspekte in den Blick nehmen müsse. So seien einerseits die veränderten Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die es zunehmend erschwerten, Freiwillige zu gewinnen, zu integrieren und zu binden. Zu diesen veränderten Rahmenbedingungen seien erhöhte Mobilität, Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Engagement oder auch demografischer Wandel zu zählen (vgl. dazu auch den Beitrag von Karsten Speck und Oxana Ivanova-Chessex). Diese Veränderungen dürften aber nicht als Entschuldigung missbraucht werden, die organisationsinternen Strukturen aus dem Auge zu verlieren, die oftmals eine ebenso große Rolle spielten. So stellte sich z.B. in Bezug auf die Rekrutierung von Vereinsvorständen heraus, dass innerhalb der Vereine oft das Bewusstsein für mögliche Veränderungen fehle und alternative Möglichkeiten nicht gesehen werden. So würden neue Vereinsvorstände beispielsweise nur selten außerhalb des Vereins gesucht. Vielmehr suche man in den eigenen Reihen und verliere so weitere potentielle Kandidaten aus dem Blick. Als möglicher Ausweg wurde eine Öffnung der Vereine für eine externe Beratung aufgezeigt. Die Beratung von Vereinen gewinne auch vor dem Hintergrund zunehmender Vielfalt der Vereinslandschaft an Bedeutung. Während Vereine, die in Dachverbänden zusammengeschlossen sind, solche externe Unterstützung meist durch diese erhalten, fehle es kleinen unabhängigen Vereinen an solchen Strukturen. Es müsse daher geklärt werden, wie dieses Defizit behoben werden kann. Eine Möglichkeit wäre z.B., dass Freiwilligenagenturen die Beratungsfunktion für kleinere Vereine übernehmen. Allerdings setze dies eine Bereitschaft auf Seiten der Vereine voraus,

einerseits Beratung von außen zu akzeptieren als auch Externe zu integrieren.

Fazit

Insgesamt wurden vier Fragekomplexe identifiziert, die in der weiteren Debatte um Kümmerer von Relevanz sein dürften:

1. Welche Unterstützung benötigen Kümmerer?
2. Wie kann man Nachwuchskümmerer gewinnen?
3. Worin bestehen die Gemeinsamkeiten bzw. die Unterschiede zwischen den verschiedenen Kümmerertypen?
4. Was ist der Unterschied zwischen Sozialunternehmertum und bürgerschaftlichem Engagement und wo ist dabei die Rolle der Kümmerer anzusiedeln?

In Bezug auf die Frage, welche *Unterstützung* Kümmerer brauchen, wurde einerseits betont, dass es sich bei den Kümmerern vor allem um Personen handle, die selber Lösungen für ihre Probleme entwickeln und dabei weniger Unterstützung brauchen als andere Engagierte. Andererseits bräuchten auch Kümmerer, ähnlich wie andere Engagierte auch, eine unterstützende Infrastruktur. Der Bedarf an Infrastruktur sei besonders dort ausgeprägt, wo es nur sehr wenige Kümmerer gibt. Dort gehe es nicht allein um Unterstützung von Kümmerern, die bereits vorhanden sind. Vielmehr müssten überhaupt erst Personen gewonnen und motiviert werden, als Kümmerer aktiv zu werden. Bei der Frage, wie solche „*Nachwuchskümmerer*“ identifiziert und auf den Weg gebracht werden können, wurden vor allem auf Vereine und Initiativen verwiesen, die diese aufspüren könnten: Dies könnten durch niedrigschwellige Angebote zur Verantwortungsübernahme und zuständige Personen für die Fragen der Kümmerer geschehen. So könnten sich mittelfristig Kümmerer herausbilden, die die Engagementdynamik vor Ort eigenständig vorantreiben.

Mit dieser Feststellung wurde auch deutlich, dass der Bedarf an Infrastruktur den unterschiedlichen Kümmerertypen gemeinsam ist

und daher auch kaum ein Unterschied in ihren Bedürfnissen zu bekannten Typen der Engagierten besteht: Sie benötigen ebenso für ihre Projekte nachhaltige Finanzierungen, auch mittels neuer Finanzierungsformen, sowie Unabhängigkeit von Fördermechanismen. Hier sei zudem die Akzeptanz von neuen Akteuren wichtig. Und – das mag eine Besonderheit der Kümmerer sein – sie benötigen Entlastung: Das bedeutet eine bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf zu erreichen und auch, die Aufgaben überschaubar zu halten. Den Kümmerern müssten bei Bedarf neutrale Ansprechpartner zur Unterstützung zur Verfügung stehen, die aber nicht steuernd in die Projekte eingreifen.

Unterschiede bestünden vielmehr im *Verhältnis zwischen Sozialunternehmertum und „klassischem“ bürgerschaftlichen Engagement*. Es handele sich um zwei grundsätzlich getrennte Bereiche. Ein Austausch könne aber hilfreich sein. Dabei sollte der Blick vor allem darauf gerichtet werden, welche Auswirkungen der gegenwärtige Trend des Sozialunternehmertums auf das klassische Engagement hat und inwiefern es fruchtbare Anregungen geben kann.

Insbesondere Kümmerer, bei denen teilweise Engagement und Unternehmertum ineinander verwoben sind, lohne es in den Blick zu nehmen, da sie an der Schnittstelle aktiv sind.

Auch wenn darauf hingewiesen wurde, dass der Begriff des Kümmerers mitunter unglücklich gewählt ist, da er Assoziationen wecke, die wenig mit den Charakteristika des bürgerschaftlichen Engagements zu tun haben – es existieren Personen im Bereich des ehrenamtlichen Engagements, die die dem Kümmerer eigenen Eigenschaften wie Selbstbeauftragung oder Motivationsfähigkeit aufweisen. Sie gilt es stärker in den Blick zu nehmen, zu identifizieren und zu unterstützen.

Olaf Ebert, Nina Leseberg, Andreas Pautzke und *Ana-Maria Stuth* bilden den Vorstand der Stiftung Bürger für Bürger. Kontakt: a.stuth@buerger-fuer-buerger.de

Tobias Quednau ist Redakteur des Forschungsjournals *Soziale Bewegungen* und begleitete das Forum Bürgergesellschaft 2013. Kontakt: t.quednau@gmx.de

Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter: Schlüsselfiguren des Stadtteillebens

Christoph Hoeft/Johanna Klatt/Annik Klimmeck/Julia Kopp/Sören Messinger/Jonas Rugenstein

Jeder Sozialarbeiter und jede Stadtteilmanagerin weiß, wer mit ihnen gemeint ist: Menschen, auf die sie zählen können, wenn im Quartier etwas auf die Beine gestellt werden muss; die es sich zutrauen, eine Gruppe zu leiten; die Tür zum Treffpunkt aufschließen; die neue Aktivitäten anregen oder helfen, das Bestehende aufrecht zu erhalten. Diese Schlüsselfiguren des urbanen Viertels werden als ViertelgestalterInnen bezeichnet. Sie sind in ihrem Quartier nicht nur ausgesprochen be-

kannt, sie bereiten mit ihrem Engagement auch den bürgerschaftlichen Raum – für sich und für andere. Damit stellen sie in ‚sozialen Brennpunktquartieren‘ (vgl. Süß 2011: 281) eine besondere Ausnahme von der Regel dar. Diese lautet, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sich jemand öffentlich engagiert und Dinge eigeninitiativ anpackt, mit dessen positiver Selbsteinschätzung (vgl. Böhnke/Dathe 2010: 14-17), mit der Größe seines oder ihres Netzwerkes, das meist durch einen Arbeitsplatz

gewährleistet wird und dem Bildungsgrad korreliert (Gensicke 2004: 56-72). Da viele Menschen im Quartier jedoch von Arbeitslosigkeit betroffen sind und über einen vergleichsweise niedrigen Bildungsgrad verfügen, wird ein Großteil der Veranstaltungen und Organisationen „top down“ auf die Beine gestellt. Zahlreiche Professionelle in den Wohlfahrtsorganisationen oder bei staatlichen Institutionen tragen dazu bei. Sie sind AnsprechpartnerInnen für Probleme vor Ort, sorgen etwa dafür, dass Aktivitäten in den lokalen Treffs angeboten werden oder dass im Viertel Stadtteilstefest ablaufen.

ViertelgestalterInnen sind nun diejenigen, auf deren Rücken und Kraft ein derartiges Handeln für das Viertel aufgebaut ist und die als authentische Figuren unterhalb dieser ersten professionellen Ebene im Stadtteil agieren. Doch warum bringen diese informellen Schlüsselpersonen so außergewöhnlich viel Zeit und Energien auf und investieren sie in die lokale Bürgergesellschaft? Wie wurden sie zu dem, was sie heute sind und welche Motive treiben sie an?

Um diese Fragen zu beantworten, wurde in drei unterschiedlichen niedersächsischen großstädtischen Quartieren, in denen sozial-statistisch überdurchschnittlich viele ressourcen-schwache BewohnerInnen leben, zwölf Monate lang qualitativ geforscht. Ausgangspunkt der Forschung bildete eine theoretisch fundierte Minimaldefinition der ViertelgestalterIn: Erstens: er oder sie ist zivilgesellschaftlich für das Viertel aktiv; zweitens: er oder sie wird als eine authentische Figur des Viertel Lebens wahrgenommen, sozusagen als „eine(r) von uns“ und drittens: er oder sie hat oder hatte seinen bzw. ihren Wohnort im Viertel. Die Suche nach geeigneten Fallbeispielen erfolgte mit Hilfe von 21 Experteninterviews mit BewohnerInnen, SozialarbeiterInnen und VertreterInnen der Städte. Mit neun auf diesem Weg ermittelten ViertelgestalterInnen führten wir schließlich (zum Teil mehrere) zwei- bis dreistündige narrativ-biographische Interviews (vgl. Rosenthal 1995; 2011: 151-169).

Selbstwirksamkeit und Gemeinschaftsorientierung

Eine zentrale Erkenntnis unserer Studie ist, dass ein solch hohes Maß an Engagement nur aufgebracht werden kann, wenn die Person über Selbstwirksamkeitserfahrung (vgl. Bandura: 2012) verfügt. Das Konzept der Selbstwirksamkeit bezeichnet den Glauben daran, dass man auch zukünftige Situationen selbst in der Hand hat und dem eigenen Ansinnen nach gestalten kann, die „subjektive Gewissheit, neue oder schwierige Anforderungssituationen auf Grund eigener Kompetenz bewältigen zu können“ (Schwarzer 2002: 35). Normalerweise sind es schulische und berufliche Erfolge, die die Voraussetzungen für eine solche Überzeugung bilden können, eine Ressource, die in den untersuchten Vierteln bei vielen BewohnerInnen knapp ist. So haben wir einerseits ViertelgestalterInnen gefunden, die in Bezug auf das Viertel über überdurchschnittliche Ressourcen, im Sinne von Arbeitserfahrung und Bildung, verfügen und diese als Basis des Engagements nutzen. Allerdings gibt es eben auch jene anderen Fälle, in denen Menschen trotz ausgeprägter Ressourcenarmut zu ViertelgestalterInnen werden. Sie haben ihre Selbstwirksamkeitserfahrung im Verlaufe des Engagements gesammelt. Um den Aufbau dieser Erfahrung zu ermöglichen, musste zuvor ein niedrigschwelliger Einstieg gefunden, sowie eine langanhaltende Begleitung geleistet werden. Dazu bedurfte es vor allem engagierter SozialarbeiterInnen, die solche, mittlerweile zentralen Figuren im Viertel leben entdeckten und aufbauten. Die Entwicklung vollzog sich manchmal langsamer, manchmal schneller, doch bei dem hier angesprochenen Typus des Engagierten lässt sich ein Lern- und Entwicklungsmuster im Engagement erkennen: vom Angewiesenen hin zu mehr Eigenständigkeit, Kompetenzen und schließlich dem Entwickeln und Durchführen von eigenen Ideen. Es ist die Entwicklung von den „einfachen Engagierten“ zu ViertelgestalterInnen.

Doch aus einer hohen Selbstwirksamkeitsüberzeugung folgt nicht zwangsläufig zivilgesellschaftliches Engagement. Hierzu bedarf es zusätzlich bestimmter Werte- und Einstellungsmuster. Ein solches Motiv ist der immer wieder bei den Befragten auftauchende Wunsch, eine Gemeinschaft im Viertel schaffen zu wollen. Die untersuchten ViertelgestalterInnen einte die idealisierte und dabei fast utopische Vorstellung, dass die Nachbarn im Viertel einander wichtig sind und persönlichen Kontakt miteinander in der Öffentlichkeit pflegen. Von vielen ViertelgestalterInnen wird das Dörfliche, im Sinne einer funktionierenden Nachbarschaft, hochgehalten, als positiv dargestellt. Mit Bedauern stellen sie fest, dass alte Netzwerke inzwischen zerrissen sind und die großstädtischen Bewohner oftmals eher individualistisch und Ich-bezogen leben. Aus diesen Kommentierungen lassen sich die Ängste vor Werteverlust bei Modernisierung und Veränderungen ablesen.

Viele ViertelgestalterInnen haben in ihrer Kindheit eine Form von enger Gemeinschaft (z.B. auf dem Dorf oder in der Großfamilie) erlebt, auf die sie sich in der Begründung ihres Engagements beziehen. Diese überschaubare und früher durchaus ambivalent bewertete Gemeinschaft wiederum wird heute zu einem idealisierten Motiv, das ViertelgestalterInnen dazu anleitet, auch in ihren Wohnblock-siedlung bei den NachbarInnen zu klingeln, sich vorzustellen und zugleich den engen Kontakt zu suchen.

Entscheidend ist die Übersichtlichkeit, die das Phantasiedorf in diesen Vorstellungen auszeichnet. Die ViertelgestalterInnen begreifen auch ihr Viertel als dörfliche oder kleine Einheit, in der jeder jeden kennt. Sie sind zugleich auf diese kleine „Community“ (im Quartier oder nur in einem Teilbereich des Viertels) angewiesen, über die sie selbst einen Überblick bewahren und in der sie als besondere, herausgehobene Personen auftreten können. Die Enge ist wiederum Voraussetzung dafür, dass denjenigen, die etwas geben, später auch etwas zurückgegeben werden kann, und sei es „nur“ die Anerkennung.

Formen der Anerkennung

Gerade die Anerkennung war eines der zentralen Motive, das in den Interviews mit den ViertelgestalterInnen immer wieder auftauchte. Die Anerkennung und Wertschätzung des Engagements spielt eine entscheidende Rolle, die genauere Bedeutung und die Suche nach dieser Anerkennung kann dabei auf äußerst unterschiedlichen Ebenen funktionieren.

So handelt es sich insbesondere bei den ViertelgestalterInnen, die im Vergleich zu ihrer Umgebung durch ein höheres Einkommen, höhere Bildung etc. auffallen, um eine statuserhaltende Form der Anerkennung. Diese Personen fürchten ihren herausragenden Status und ihr Ansehen im Viertel zu verlieren. Häufig hängt diese Angst mit einer Veränderung der Erwerbssituation zusammen: Wenn die Lohnarbeit als Quelle von Status wegbricht, beispielsweise weil die betroffene Person pensioniert oder auch arbeitslos wird, versuchen diese ViertelgestalterInnen, im Engagement einen neuen Bereich zu finden, der ihnen den Stuserhalt ermöglicht. Entscheidend ist für diese Gruppe, dass sie weiter allen im Quartier zeigen können, dass sie entscheidende Leistungsträger sind, an denen man sich orientieren kann. Sie wollen als aus dem Viertel herausgehobene, besonders angesehene Figur gelten. Sie bilden die Elite des Viertels und versuchen, diesen Status zu verteidigen.

Um eine ganz andere Form der Anerkennung bemüht sich eine zweite Gruppe von ViertelgestalterInnen. Sie befinden sich in besonders prekären Lebensumständen und nutzen ihr Engagement, um eine status-verändernde Anerkennung der Umgebung zu erzielen. Lange Zeit litten sie unter sozialer Missachtung, mitunter sogar unter offener Feindseligkeit. Im Extremfall handelt es sich daher um einen grundlegenden Kampf um Akzeptanz und Zugehörigkeit: Personen, die aufgrund ihrer Herkunft, Geschichte oder sozialen Position selbst in einem sogenannten Problemviertel eine besonders prekäre Stellung besitzen, versuchen über das Engagement allen zu beweisen, trotz allem eine produktive und positive Kraft im

Nahbereich zu sein. Für sie sind anerkennende Gesten der Nachbarschaft mindestens genauso wichtig wie die offizielle Form der Anerkennung, beispielsweise über eine Bezahlung ihrer Arbeit, durch Ehrungen oder Auszeichnungen. Das Engagement ist ihr Weg, ihren „Pariastatus“, den sie sonst innehaben, im Viertel endlich abzulegen.

Voraussetzung Existenzsicherung

ViertelgestalterInnen bleiben Ausnahmen. Das Niveau an Engagement, das diese Menschen in ihren Vierteln leisten, ist sowohl in Relation zu den untersuchten Vierteln als auch zur Gesamtbevölkerung weit überdurchschnittlich. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass wir nur ViertelgestalterInnen gefunden haben, die in irgendeiner Weise vom Zwang zur Lohnarbeit entlastet waren. Sie waren entweder pensioniert, ihre Abschlüsse wurden in Deutschland nicht anerkannt, oder sie galten in der Arbeitsagentur aus gesundheitlichen Gründen als unvermittelbar. Menschen, die entweder einer Vollzeitarbeit nachgehen oder im engeren Sinne arbeitssuchend sind, haben wir nicht aufspüren können. Ausnahmen bildeten jene Fälle, in denen eine Lohnarbeit und das Engagement im Viertel zusammenfielen. Entscheidend für ihre Arbeit war in vielen Fällen, dass längerfristige, nicht selten auch bezahlte Möglichkeiten geschaffen wurden, in denen die ViertelgestalterInnen aktiv werden konnten. Nur so war es teilweise möglich, die eigene Existenzsicherung mit dem vielfältigen Engagement zu verbinden.

Trotz der Schwierigkeiten existieren ViertelgestalterInnen bereits in den Quartieren und übernehmen im Zusammenspiel mit den örtlichen Institutionen wichtige Aufgaben für das Zusammenleben im Viertel. Sie können die Institutionen durch ihre Viertelauthentizität ebenso mit wichtigen Ressourcen versorgen wie andersherum. Sie ermöglichen Zugänge zu sonst verschlossenen Menschen, kennen sprachliche Codes und identifikatorische Geschichten, um einen positiven Viertelbezug aufzubauen und sie werden von anderen Viertelbewoh-

nerInnen als lokale Autoritäten anerkannt. Mit diesen Mitteln verbessern sie die Kommunikation zwischen ViertelbewohnerInnen und den Institutionen, erleichtern so deren Arbeit und stärken im selben Zuge die Möglichkeiten der BewohnerInnen, ihren Meinungen und Interessen Gehör zu verschaffen. Ihre Hilfsleistungen sind facettenreich und reichen von direkter, praktischer Unterstützung über die Vermittlung von Hilfsbedürftigen an entsprechende Institutionen bis hin zu Formen von Empowerment anderer BewohnerInnen des Viertels. Insgesamt übernehmen sie damit entscheidende Funktionen für die örtliche Zivilgesellschaft und bereichern so das Viertelleben in vielfältiger Weise.

Notwendigkeit vorhandener Strukturen

Mit den hier vorgestellten Ergebnissen lässt sich vor allem ein Bild der ViertelgestalterInnen aus ihrer persönlichen Sicht zeichnen. Weniger überraschend ist dabei die hohe Bedeutung der Selbstwirksamkeitserfahrungen, die aus der bisherigen Forschung zu stark engagierten Personen weithin bekannt ist. Deutlich spannender ist die Erkenntnis, dass diese Selbstwirksamkeitserfahrungen aber eben auch im Rahmen des Engagements selbst gesammelt werden und so ein Hineinwachsen in intensives Engagement ermöglichen. Dabei ist nicht zuletzt die hohe Bedeutung von viertelinternen Sozialinstitutionen zu betonen. Von der Arbeit der SozialarbeiterInnen und der Verfügbarkeit von Treffpunkten und anderen Ressourcen, die Wohlfahrtsverbände, Kirchen oder der Staat zur Verfügung stellen, hängt es ab, ob sich ViertelgestalterInnen in den Stadtteilen etablieren können oder nicht.

Daraus entsteht eine wesentliche Erkenntnis unseres Projekts: ViertelgestalterInnen können nicht den Einsatz des Staates und der hochgradig organisierten Zivilgesellschaft in Form der Verbände ersetzen. Nur wo diese eine aktive Rolle in den Vierteln spielten, entstanden die Kristallisationspunkte und Möglichkeiten für die Arbeit der von uns Untersuchten. Auch brauchen einige dieser Menschen, trotz ihres

ständigen Einsatzes für andere, selbst weiterhin dauerhafte Unterstützung. ViertelgestalterInnen können somit eine vom Staat oder von anderen Institutionen bereitgestellte Struktur aufrechterhalten und mit Leben füllen. Weitaus seltener sind sie in der Lage, selbstständig neue Strukturen zu schaffen.

Die Autorinnen und Autoren arbeiten am Göttinger Institut für Demokratieforschung und haben an der Studie „Wer sind die ViertelgestalterInnen in den ‚Problembezirken‘ mitgewirkt. Kontakt: johanna.klatt@demokratie-goettingen.de

Literatur

Bandura, Albert 2012: Self-efficacy: The exercise of control. New York: Palgrave.

Böhnke, Petra/Dathe, Dietmar 2010: Rückzug der Armen. Der Umfang freiwilligen Engagements hängt von der materiellen Lage ab – und von Bildung. WZB Mitteilungen 128, 14-17.

Gensicke, Thomas 2004: Individuelle Voraussetzungen für freiwilliges Engagement: Analyse des Zugangs zum freiwilligen Engagement unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den neuen Ländern. In: Rosenzweig, Beate (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 56-72.

Rosenthal, Gabriele 1995: Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen. Frankfurt/New York: Campus.

Rosenthal, Gabriele 2011: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Weinheim/München: Juventa, 151-169.

Schwarzer, Ralf/Jerusalem, Matthias 2002: Das Konzept der Selbstwirksamkeit. In: Jerusalem, Matthias (Hg.): Selbstwirksamkeit und Motivationsprozesse in Bildungsinstitutionen. Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 44, 28-53.

Süß, Sabine (im Interview mit Stefan Hradil) 2011: Wie steht es um die „Soziale Stadt“? In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 60, 3, 281-287.

Dorfkümmerer – innovative Lösungen für den ländlichen Raum

Lea Miram/Tobias Federwisch

Das Land Brandenburg – mit seinen Dörfern und Kleinstädten in einem dünn besiedelten Gebiet – ist geprägt durch eine wechselseitige Verstärkung von wirtschaftlichen und demographischen Problemen. So reicht die Dynamik der brandenburgischen Wirtschaft gerade außerhalb des Verflechtungsraumes Berlin nicht aus, um eine hinreichende Anzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen pendeln viele Menschen mit erheblichen Zeitverlusten zwischen ihren Wohnorten im ländlichen Raum und ihrem Arbeitsort im verdichterten Raum. Mehr noch: Vor allem junge und gut qualifizierte Menschen verlassen die ländlichen Re-

gionen dauerhaft – zurück bleiben ältere Menschen und viele jener jungen Menschen, die weniger gut qualifiziert sind. Der demographische Wandel mitsamt der damit verbundenen Schrumpfung der Bevölkerung verschärft die Situation: So wird es in vielen ländlichen Regionen zusehends schwerer bzw. unrentabler, die Nahversorgung mit Lebensmitteln, die Grundversorgung mit Dienstleistungen oder die Gefahrenabwehr sicherzustellen (vgl. BMVBS/BBSR 2011). Demgegenüber fordert eine kontinuierlich älter werdende Bevölkerung ein dichtes Netz an Versorgungseinrichtungen – die über die öffentlichen Haushalte jedoch kaum noch finanziert wer-

den können und daher zurückgefahren werden müssen. In der Folge wird eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die nicht nur die derzeitige Daseinsvorsorge, sondern vor allem die Attraktivität und langfristige Entwicklung des Landes gefährdet.

In den vergangenen Jahren sind daher im Rahmen spezieller Förderprogramme finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt worden, um die Attraktivität der peripheren ländlichen Räume Brandenburgs zu erhalten. Folgt man dem ELER-Bericht des Landes Brandenburg, dann hat diese Förderpolitik „zur allgemeinen Verbesserung der Ortsbilder, zum Abbau infrastruktureller Defizite, zum Erhalt kulturhistorisch bedeutsamer Gebäude, zur Verbesserung einiger Aspekte der Lebensbedingungen und Erholungseignung und marginal zur Erhöhung der Nutzungsintensität von ehemals landwirtschaftlicher bzw. kulturhistorischer Bausubstanz“ beigetragen. Darüber hinaus konnten mit Hilfe dieser Förderpolitik regional ansässige Unternehmen mit Aufträgen versorgt und hierüber die Investitionsbereitschaft im privaten Bereich und temporäre Beschäftigungseffekte im ländlichen Raum erzielt werden. Nicht zuletzt ist es gelungen, die Kulturlandschaften des ländlichen Raums im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung zu erhalten. Problematisch ist jedoch, dass eine Wende in den oben dargestellten Entwicklungsprozessen (schwache Dynamik der Wirtschaft, Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung) trotz dieser Förderpolitik nicht erkennbar ist. So ist es bisher nur unzureichend gelungen, nachhaltige Beschäftigungs- bzw. Einkommenspotenziale für die ländliche Bevölkerung zu entfalten oder unternehmerische Antworten auf den demographischen Wandel zu entwickeln. Auch das Berlin Institut kommt zu dem gleichen Ergebnis: „Gegenwärtig dominieren ständig wechselnde, befristete Programme zur Förderung der baulichen und sozialen Infrastruktur des ländlichen Raumes. Diese wirken häufig nur als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sind weder finanziell noch in den Köp-

fen der Menschen nachhaltig.“ (Berlin Institut 2011:136). Im Ergebnis zeigt sich, dass sich allein durch staatliches Agieren viele wirtschaftliche und demographische Probleme nicht lösen lassen und es somit neuer Konzepte bedarf, um den drängenden Problemlagen des Landes zu begegnen.

Dorfkümmerer als Lösungsansatz von social impact¹

Mit dem 2010 gestarteten Projekt *entersocial* fördert zum ersten Mal ein deutsches Bundesland verschiedene sozialunternehmerische Initiativen in peripheren ländlichen Räumen.² Ziel des Projektes ist es, Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen für sozialunternehmerisches Handeln zu gewinnen und somit einen aktiven Beitrag zur Verbesserung der regionalen Erwerbssituation sowie zur Bewältigung des demographischen Wandels zu leisten. Dabei werden zum einen Menschen und Organisationen für gesellschaftliche Problemstellungen sowie für *sozial*unternehmerisches und zivilgesellschaftliches Engagement sensibilisiert. Darüber hinaus werden potentielle Akteure, die in ihren Sozialräumen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und Veränderungsprozesse initiieren wollen, identifiziert und in ihren Aktivitäten unterstützt.

Das Modell des *Dorfkümmerers* im Rahmen von *entersocial* ist komplett neu. Das Pilotprojekt startete im Januar 2012 in Brandenburg. Dabei wird grundlegend davon ausgegangen, dass nachhaltige Problemlösungen nur unter Einbindung der Menschen vor Ort und mit starken Partnern aus der Dorfgemeinschaft funktionieren können. Zu diesem Zweck sind acht Dorfkümmerer in verschiedenen Kommunen im Nord-Osten Brandenburgs identifiziert, qualifiziert und als verlässliche Partner etabliert worden. Dies geschah auch vor dem Hintergrund der Erfahrung, dass verlässliche Kooperationsstrukturen gerade dort nötig sind, wo das zivilgesellschaftliche Aktivitätsniveau am geringsten ausfällt. Denn: „Engagementformen, die hohe Anforderungen an die eigene Motivation und an die Autono-

mie jedes Engagierten stellen, (...) sind für die bildungsbürgerliche Mittelschicht oder die ‚modernen Performer‘ der Städte geeignet. In ländlichen Regionen, die bereits seit Jahren Abwanderung verzeichnen, funktionieren diese Formen in der Regel schlecht. Für ‚passive Gemeinden‘ ohne engagierte Vordenker sind sie völlig ungeeignet. Das dort vorherrschende Milieu braucht stärkere Vorgaben und klare Strukturen für freiwilliges Engagement.“ (Berlin Institut 2011:135)

Dorfkümmerer in der Praxis

Dorfkümmerer wirken daran mit, den ländlichen Raum in Brandenburg im Allgemeinen und in ihren Heimatdörfern im Besonderen lebenswert zu machen und zu erhalten. Die Etablierung der Dorfkümmerer ist eine Bottom-up Strategie zur Dorfentwicklung mittels sozialunternehmerischer Lösungsansätze. Durch den Einsatz erprobter Gruppenformate, wie zum Beispiel der „Zukunftswerkstatt“, erfragt der Dorfkümmerer zu Beginn der Tätigkeit gezielt die Wünsche der Dorfgemeinschaft und einzelner Akteursgruppen. Nachfolgend kann er bei seiner Arbeit diese engagierten Gruppen besonders gut vertreten. Das Projekt Dorfkümmerer forciert die Stärkung von ehrenamtlicher Arbeit im ländlichen Raum und möchte damit auch in Richtung Kommunalpolitik Impulsgeber sein. Ein weiteres Ziel des Einsatzes von Dorfkümmerern ist es, den Transfer von Fachwissen in die Dörfer und Regionen zu ermöglichen. Durch die genaue Ortskenntnis können die Dorfkümmerer benennen, welches Wissen zur Umsetzung von konkreten Projekten benötigt wird. Die Fachberater von social impact stellen dieses spezifische Wissen zur Verfügung. Thematische Schwerpunkte sind regionale Nahversorgung, Wertschöpfung oder Vertriebssysteme sowie alternative Finanzierungssysteme und nachhaltiger Tourismus.

Die erste Herausforderung beim Einsatz der Dorfkümmerer liegt in deren Auswahl. social impact begegnet dieser Herausforderung mit einem mehrstufigen Auswahlverfah-

ren (Telefoninterview, schriftliche Bewerbung und persönliche Vorstellung), währenddessen die Frage nach persönlicher Eignung und vor allem nach der Einbindung in das Dorfleben erörtert wird. Besonders während der Qualifizierung, die der Reihe nach in allen beteiligten Dörfern stattfindet, werden Wege im Land Brandenburg zu einer zweiten Herausforderung. Diese bleibt auch während der weiteren Projektlaufzeit bestehen, wenn die Dorfkümmerer auch aus der eigenen Gruppe Ideen und Energie schöpfen sollen. Eine weitere Herausforderung ist, dass die Dorfkümmerer mit dem Zugang zu externem Fachwissen in den Dörfern als Chance begriffen werden und nicht als Bedrohung der etablierten Strukturen vor Ort (Ortsvorsteher, Gemeinderäte, Vereine).

Das Aufgabenspektrum der Dorfkümmerer umfasst fünf Felder. Als erstes sensibilisieren sie die Dorfbewohner für die Notwendigkeit freiwilligen Engagements und gewinnen sie zur Teilnahme an Veranstaltungen und Aktivitäten im Dorf. Die Dorfkümmerer identifizieren mit Hilfe der anderen Dorfbewohner besondere Probleme vor Ort (fehlende Nahversorgung, mangelhafter Nahverkehr etc.) und gewinnen Mitmenschen zur Lösung dieser Probleme. Im nächsten Schritt erstellen sie ein Soziogramm und organisieren eine „Zukunftswerkstatt“ für das Dorf, die gemeinsam mit den Beratern und Moderatoren von social impact durchgeführt wird. Im Verlauf des Projektes sind die Dorfkümmerer vor allem für die Vernetzung der Aktiven sowohl dorffintern als auch extern und Kommunikation zuständig. Sie nehmen an regelmäßigen Treffen mit den social impact Beratern und wichtigen Vor-Ort-Akteuren (wie bspw. dem Bürgermeister oder den Vereinsvorsitzenden) teil. Als Dorfkümmerer werden Menschen ausgewählt, die 55 Jahre oder älter sind. Die Dorfkümmerer bringen als Voraussetzung für eine nachhaltige Arbeit ihr Einbindung ins Dorf und die Akzeptanz in der Dorfgemeinschaft mit. Diese essentiellen Arbeitsvoraussetzungen werden durch inhaltliche Qualifizierungsmodule von social impact er-

gänzt. Während der zehntägigen Qualifizierung werden Informationen zu den Themen Analyse der Istsituation in den Dörfern, Veränderung und Projektinitiierung vor Ort sowie Fördermöglichkeiten und Öffentlichkeitsarbeit vermittelt (Methoden u.a. SWOT Analyse, Gesprächstechniken, Projektmanagementwerkzeuge) und Beispiele aus anderen aktiven Dörfern und Gemeinden vorgestellt.

Während der bisherigen Projektlaufzeit hat sich die Integration des Dorfkümmerners in die Dorfgemeinschaft beziehungsweise das Dorf als entscheidender Punkt herausgestellt, um ein nachhaltiges Arbeiten zu ermöglichen. Dabei ist eine offene Kommunikation über die eigene Funktion (Dorfkümmerner) und Arbeit sowie deren Grenzen besonders wichtig. Als „Ohr der Dorfgemeinschaft“ kann der Dorfkümmerner zur Umsetzung gemeinschaftlicher und gegebenenfalls eigener Ideen und Interessen beitragen. Ein umsichtiger Umgang mit den Befindlichkeiten der Dorfgemeinschaft ist zum erfolgreichen Arbeiten besonders wichtig. Als dritter entscheidender Faktor neben der Akzeptanz im Dorf und dem Einsatz für gemeinschaftliche Interessen hat sich die Kooperationsbereitschaft mit wichtigen Akteuren und Entscheidern aus dem Dorf wie Ortsvorstehern, Gemeinderäten und Vereinsvorständen erwiesen.

Vision

Die Vision von social impact ist es, einen maßgeblichen und nachhaltigen Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (Wieder-) Belebung peripherer ländlicher Räume zu leisten. Das kann mit Hilfe sozialunternehmerischer Innovationen gelingen, mit denen die negative Dynamik vieler strukturschwacher Regionen durchbrochen und die Effekte des demographischen Wandels minimiert werden können. Mit dem Projekt „entersocial - Dorfkümmerner“ trägt social impact zu einer Aktivierung des sozialunternehmerischen und zivilgesellschaftlichen

Engagements im Nord-Osten Brandenburgs bei. Gemeinsam mit den Dorfkümmernern aktiviert social impact endogene Potentiale zur Entwicklung von Problemlösungsstrategien und zur Umsetzung von sozialunternehmerischen Konzepten vor Ort.

Lea Miram und *Tobias Federwisch* betreuen für die iq Consult gGmbH das Projekt entersocial, das sich zum Ziel gesetzt hat, Sozialunternehmertum für die Entwicklung ländlicher Regionen zu unterstützen. Kontakt: miram@iq-consult.com

Anmerkungen

- ¹ Mit der Eintragung vom 06.08.2013 wurde aus iq consult gGmbH social impact local werden die Projekte in Brandenburg (enterprise, entersocial mit Dorfkümmerner und entersocial good practice transfer) weitergeführt.
- ² Investition in Ihre Zukunft! wird gefördert vom Ministerium für Arbeit, Soziales Frauen und Familie des Landes Brandenburg aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Das Projekt Dorfkümmerner wird gefördert vom Generali Zukunftsfonds.

Literatur

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011: Die demographische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Region leistet. Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bauen und MVBS/BBSR 2011: Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Denkanstöße für die Praxis. Berlin/Bonn.

Ministerium für Ländliche Entwicklung Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg 2007: Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlins 2007-2013.

Hauptamtliche „Kümmerer“ in Infrastruktureinrichtungen und Kommunen?

Ralf Vandamme

Die Auseinandersetzung mit dem „Kümmerer“ ist 2013, also nach zwanzig Jahren intensiver Engagementförderung, eine gelungene Provokation. Die auf das männliche Subjekt fixierte Begrifflichkeit und der Verweis auf die individuelle Sorge um die persönlichen Anliegen einzelner klingen wie ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Pionierzeiten – in Zeiten, lange bevor mit dem Aufbau einer systematischen und an professionellen Standards orientierten Engagementförderung begonnen wurde. Andererseits zwingt der Blick auf die Vergangenheit zu einer Auseinandersetzung mit der Frage, ob denn womöglich im fortschreitenden Aufbau von professionellen Engagementstrukturen etwas Wesentliches verloren gegangen sein könnte. Hätte der Kümmerer einen prominenteren Platz in den Infrastrukturen und den Anleitungen zum Freiwilligenmanagement verdient? Aber – wer ist dieser Kümmerer überhaupt?

Charisma und Funktion

Im Bürgerschaftlichen Engagement (BE) treffen wir immer wieder auf charismatische Personen, die sich voller Hingabe, unter Einsatz von Zeit, Wissen und persönlicher Zuwendung, für andere einsetzen, andere motivieren und ihnen als, womöglich unerreichbares, Vorbild dienen. Sie kümmern sich gleichzeitig um ihre Zielgruppen („Klienten“, „Kunden“, Mitglieder) – sei es im Verein, bei der Tafel, in einem selbstverwalteten Zentrum usw. – und sie kümmern sich um andere Engagierte und geben diesen Orientierung. Sie sind mit den unterschiedlichsten Menschen in Kontakt und auf allen politischen Ebenen rührig, um die Rahmenbedingungen für ihre Organisation und für ihre Mitstreiter zu verbessern. In ihrer emotionalen, sozialen und kognitiven Multikompetenz sind sie ein Glücksfall für jede Gemeinschaft. Dabei ist die Besonderheit dieser Küm-

merer zugleich ein Problem: Solche multikompetenten und engagierten Glücksfälle sind selten. Zu selten, um eine flächendeckende Engagementförderung allein auf dem Prinzip und auf den Schultern der Kümmerer aufbauen zu können.

Flächendeckende, auf Kontinuität ausgerichtete Engagementförderung (anders gesagt: „institutionelle Engagementförderung“) hat sich daher auf andere Schwerpunkte konzentriert: Sie investiert in Beratungs- und Vermittlungsagenturen, gibt Impulse durch Fachtagungen oder durch Anschubfinanzierungen, sie installiert verlässliche Ansprechpartner (Fachkräfte), verbindet diese in Netzwerken und versucht ihnen Orientierung zu geben durch klare Rahmenbedingungen und inspirierende Begrifflichkeiten.

Wie aber steht der Kümmerer zu diesen Instrumenten? Lassen sich sein Charisma und seine leuchtende Individualität mit der oftmals notwendigen dienenden Funktion in den etablierten Agenturen (und Verwaltungen) verbinden – oder stört er nur den reibungslosen Ablauf einer gut geölten Infrastrukturmaschine?

Ungleiche Bedingungen

Wer Engagementstrukturen und ihre Instrumente beschreibt, muss zuallererst anerkennen, dass die Bedingungen für Engagementförderung in Deutschland je nach Land und Region sehr ungleich sind. Es lassen sich gewissermaßen drei Ausbaustufen unterscheiden:

- Die höchste Ausbaustufe der Engagementförderung gewährleistet eine flächendeckende Beratung und Inspiration engagementbereiter und engagierter Menschen. Sie nimmt gesellschaftliche Entwicklungen zeitnah wahr und reagiert darauf z.B. mit lokalen Moderationen oder mit Modellprojekten zur Ansprache neuer Zielgruppen

und der Entwicklung neuer Engagementformate. Sie versteht sich *systematisch-strategisch* und hat einen hohen Steuerungsanspruch.

- Die niedrigste Ausbaustufe der Engagementförderung ist gekennzeichnet durch Strukturschwäche und durch die Knappheit öffentlicher wie privater Mittel. Das Umfeld leidet unter dem Wegzug der arbeitssuchenden Bevölkerung und unter antidemokratischen Gruppierungen. Engagementförderung wird, teilweise von außen, gezielt als letzte Bastion einer erodierten Zivilgesellschaft oder als Brückenkopf einer neu zu errichtenden eingesetzt. Es ist eine durch und durch *prekäre* Engagementförderung – in einer prekären Landschaft und selbst permanent in ihrer Existenz bedroht.
- Zwischen beiden steht eine Engagementförderung, die der Notwendigkeit permanenter Selbstbehauptung entronnen ist, aber nicht nach weiterem Ausbau strebt. Sie versteht sich vor allem *service-orientiert* und reagiert inhaltlich wesentlich auf Anfragen aus Bürgerschaft und traditionell organisiertem Ehrenamt. Der Aufbau von Strukturen wird vermieden, anlassbezogen werden Fachveranstaltungen genutzt, um Impulse zu setzen und das Ohr an der Basis zu haben.

Wer das Konzept des Kümmerers diskutiert, muss sich Rechenschaft darüber ablegen, in welchem engagementpolitischen Kontext er dies tut; in welcher „Landschaft“ mit welcher Ausbaustufe der institutionellen Engagementförderung der Kümmerer wirken soll und kann.

Fallbeispiel Südwest

Als – kritisch zu reflektierendes! – Fallbeispiel für den Ausbau von Strukturen durch die öffentliche Hand kann Baden-Württemberg gelten. Dort ist es gelungen, zahlreiche Kommunen für ein Bekenntnis zu Engagementförderung zu gewinnen, was sie mit ihrem Beitritt zu einem der drei kommunalen Netzwerke dokumentieren.¹ Auf Landesebene haben sie

mit dem gut positionierten Referat Bürgerschaftliches Engagement im Sozialministerium einen Partner, der auf die Bedarfe vor Ort reagiert. Das Besondere an Baden-Württemberg aber ist die Verbindungsebene zwischen Ministerium und Kommunen: Mit drei kommunalen BE-Netzwerken, die über jeweils eine Personalstelle für Fachberatung verfügen, mit einem Fachkräftenetzwerk (gemeinsam mit den Sozialverbänden) und mit der Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement (ArBEs) (Dachverband der bürgerschaftlichen Initiativen) werden lokale Anliegen in das Ministerium transportiert und umgekehrt die Ideen des Ministeriums an die Basis.

Die Kommunen selbst haben, insbesondere in den Städten, Fachkräfte zur Engagementförderung eingesetzt. Dort waren sie zunächst hauptsächlich in Fachämtern angesiedelt, also beispielsweise im Sozialamt. Dies hat sich vor dem Hintergrund, dass die Fachstelle innerhalb der Verwaltung mit all jenen kommunizieren muss, die mit BE zu tun haben – und das geht durch alle Bereiche! – allmählich verändert, und so finden sich die Fachkräfte inzwischen zunehmend in Stabsstellen oder ähnlichen Konstruktionen angesiedelt, die ihnen die Kommunikation im Querschnitt ermöglichen und eine gewisse Versammlungsmacht gewähren (Kegelman 2011: 5).

Das Aufgabenspektrum der Fachstellen hat sich in den letzten Jahren erheblich erweitert. Es umfasst zum einen den ursprünglichen Servicegedanken, also der Bürgerschaft bei der Durchführung des Engagements konkrete Unterstützung zu leisten. Daneben steht der Entwicklungsauftrag, in einer sich wandelnden kommunalen Gesellschaft neue Zielgruppen zu erkennen und zu gewinnen. Und als drittes Aktionsfeld ist die Koordination innerhalb der Verwaltung, zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft sowie zwischen den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen hinzugekommen. Service, Entwicklung und Koordination stehen in der (strategischen) kommunalen Engagementförderung gleichberechtigt nebeneinander.

Für den Aufbau der Engagementförderung in Baden-Württemberg lassen sich drei Phasen beschreiben: *Aufbau- oder charismatische Phase, Konsolidierung und Ernüchterung* sowie *Ausdifferenzierung und Entkernung*.

Die Aufbauphase war gekennzeichnet von dem Zauber des Neuen: neue Projekte, neue Verbindungen, neue Möglichkeiten. Gemeinsam war allen Beteiligten ein Entdecker- und Pioniergeist, der allerdings immer wieder von Unsicherheiten überlagert wurde, wohin denn der Weg zu führen habe und ob denn die Kräfte reichen würden. Geprägt wurde diese Phase von Konrad Hummel, der, angesiedelt in einer Geschäftsstelle des Sozialministeriums, auf diesem Weg immer einige Schritte vorausgeeilt und der für viele zugleich eine Identitätsfigur war. Solidarität untereinander war eine prägende Haltung, denn nur gemeinsam konnte der neuen Idee, dem Bürgerschaftlichen Engagement, überhaupt Bedeutung verliehen werden.

Die nachfolgende Konsolidierungsphase war davon gekennzeichnet, dass das Thema BE bei den Entscheidungsträgern in der Breite angekommen war. Auch wenn es im Aufbau der Strukturen immer wieder Rückschläge, vor allem aus Ressourcenmangel, gab, stieg die Anzahl der hauptamtlichen Stellen und der Mitgliedschaften in den kommunalen Netzwerken kontinuierlich. Dies hat zu Professionalisierung und zu einem neuen Berufsbild, der Fachkraft BE, geführt. Stellenprofile wurden entworfen, man kann sich nun darauf bewerben. Viele sehen darin einen interessanten Job, und wenn er nicht mehr passt, wechseln sie. Es setzt Normalisierung ein, aber auch Ernüchterung und ein Entfremden zwischen den Fachkräften der ersten Stunden und den Neuen.

Die Konsolidierungsphase kann wohl als die Phase größter Arbeitseffektivität interpretiert werden: Die Rahmenbedingungen stimmen. So kann es bleiben. Tut es aber nicht. Dies liegt unter anderem an einer steten Ausdifferenzierung der Strukturen, die dadurch unübersichtlich werden und in ihrer Kontur verschwimmen: Immer mehr Ministerien, Verbände, Kommunen und Einrichtungen fördern das BE mit

ihren je eigenen Schwerpunkten. Kommunikation und Verständigung auf die wesentlichen Inhalte und Ziele werden immer aufwendiger. Fachtagungen, in der Pionierzeit Orte der Erweckung und der Orientierung, werden nicht mehr besucht. Fachkräfte, in der Aufbauphase zwingend auf den Erfahrungsaustausch mit den Kollegen angewiesen, meiden angesichts der hohen Beanspruchung im Job den zeitraubenden Austausch im Netzwerk. Wer vor Ort intensiv eingespannt ist, braucht das Netzwerk subjektiv nicht mehr für seine ideelle Orientierung. Doch in der alltäglichen Auseinandersetzung mit Bürgermeistern und Vereinsvorständen können Ideale und Idealismus schnell verschleifen. An die Stelle der Idee tritt dann Pragmatismus. Dieser birgt seine eigenen Gefahren; derzeit gut ablesbar an der zunehmenden Monetarisierung des Engagements (Geldzahlungen nehmen zu) oder auch an der sprachlichen Verschiebung – weg vom Selbstbestimmung und Eigensinn ausgerichteten „Bürgerschaftlichen Engagement“ und stattdessen hin zum „Ehrenamt“, zum „Ehrenamtler“ oder zum „freiwilligen Helfer“, der aus seiner Tätigkeit keine politischen Gestaltungsansprüche mehr ableitet.

Diese Beobachtung führt zurück zur Ausgangsfrage nach der Rolle und den Wirkungsmöglichkeiten des Kümmerers – in den jeweiligen Engagementlandschaften. Die Diskussion und die Fallbeispiele im Rahmen des Forums Bürgergesellschaft auf Schloss Diedersdorf im April 2013 deuten darauf hin, dass der Kümmerer besonders gut in strukturschwachen Regionen gedeiht, wo er sich nicht in die Funktionszwänge von Infrastruktureinrichtungen, Verwaltungen und Verbänden einpassen muss. Insbesondere die prekäre und die serviceorientierte Engagementförderung scheinen daher stärker auf die gute Tat der Kümmerer zu setzen. Ob dies umgekehrt auch gut ist für diese überdurchschnittlich engagierten Personen oder ob sie dabei tendenziell ausgebrannt werden, weil sie fehlende Strukturen ersetzen, ist eine Frage, die nur mit ihnen gemeinsam beantwortet werden kann.

Wenn man die Ernüchterungs- und Entkernungstendenzen der systematisch-strategischen Engagementförderung betrachtet, ergibt sich jedoch ein weiterer, überraschender Blick auf Kümmerer als unbequeme Zeitgenossen: Sie werden dringend benötigt, um die etablierten Engagementstrukturen zu revitalisieren. Funktionsträger brauchen immer wieder provozierende Rückmeldungen, um nicht Opfer der eigenen Hochglanzdarstellungen zu werden, um nicht irgendwann nur noch zu glauben, was in den sorgfältig redigierten Evaluationen über die eigenen Erfolge steht. Engagementförderung braucht die Irritation von Außen durch die nicht Angepassten, um den Puls der Zeit, um gesellschaftliche Veränderungen vor Ort in ihrer ganzen Emotionalität zu spüren. Die Frage bleibt, wie die Kümmerer an die richtige Stelle in den bestehenden Strukturen der Engagementförderung kommen.

Ralf Vandamme ist Professor an der Fakultät für Sozialwesen der Hochschule Mannheim. Kontakt: r.vandamme@hs-mannheim.de

Anmerkung

¹ Mitglieder im Landkreisnetzwerk: 32; im StädteNetzwerk: 69, im Gemeindenetzwerk: 150.

Literatur

Kegelmann, Jürgen 2011: Die Organisation des bürgerschaftlichen Engagements – Quadratur des Kreises? In: Sozialministerium Baden-Württemberg: Das Wissensmagazin: Koordinierte Engagementförderung. Stuttgart.

Städtetag Baden-Württemberg 2013: Kommunale Anlaufstellen für Bürgerschaftliches Engagement. Fakten – Instrumente – Innenansichten Stuttgart: Städtetag Baden-Württemberg.

Kümmerer in Vereinen, Verbänden und Vorständen?

Karsten Speck/Oxana Ivanova-Chessex

In der Engagementdebatte ist der Begriff Kümmerer en vogue: In Hamburg gibt es seit 2007 bei der Stadtreinigung sogenannte Kümmerer, die in ihrem Gemeinwesen als Ansprechpartner für die Bevölkerung und Unternehmen fungieren sowie für eine zügige Beseitigung von Verschmutzungen und ein sauberes Hamburg sorgen. Das Sozialministerium im Land Brandenburg förderte zwischen 2010 und 2013 über das Projekt „Dorfkümmerer“ und mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds und des Generali Zukunftsfonds Menschen, die sich ehrenamtlich für ihr Dorf engagieren. Die Stiftung Bürger für Bürger suchte im Jahr 2013 Kümmerer, die bei der Bewältigung des Hochwassers besonders geholfen haben. Kommunen suchen ehrenamtliche Kümmerer, die sich um ihr Wohnumfeld, ihren Stadtteil oder ihr Dorf kümmern. Die Bundesarbeitsgemeinschaft

Selbsthilfe entwickelte in Kooperation mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft und der deutschen Leukämie- und Lymphom-Hilfe unter dem Titel „Coaching für Kümmerer“ zwischen 2011 und 2013 ein Programm zur Vorbeugung von Überlastungsfolgen in der Selbsthilfe. Der Paritätische Berlin schließlich organisierte 2011 als Dankeschön für seine Ehrenamtlichen ein „Samstagsfrühstück für Kümmerer“.

Annäherung an eine besondere Spezies

Auffällig ist, dass der Begriff des Kümmerers in der fachöffentlichen und medialen Debatte a) auf Herausforderungen bzw. Problemlagen hinweist, um die sich jemand kümmern muss, b) in sehr unterschiedlichen, organisierten und nicht-organisierten, Engagementfeldern genutzt wird, c) jedoch zumeist keiner klaren begrifflichen Klärung unterliegt, d) häufig synonym und ohne

weitere Abgrenzung für besonders engagierte Personen Verwendung findet und e) eine männliche Konnotation aufweist. Die Stiftung Bürger für Bürger hat als eine der wenigen Fachexperten einen Definitionsversuch unternommen. Sie versteht unter einem Kümmerer Folgendes: „Als Kümmerer werden Menschen gesehen, die andere für bürgerschaftliches Engagement gewinnen, begleiten, ermutigen und so die Gesellschaft im Kleinen gestalten“ (Stiftung Bürger für Bürger 2013). Deutlich werden in dieser Definition die Förderung von Engagement und der lokale Bezug des Kümmerers. Nimmt man auf der Basis der fachöffentlichen Debatte eine weitere, begriffliche Eingrenzung gegenüber klassischen Ehrenamtlichen vor, dann zeichnet sich ein Kümmerer durch einige Merkmale aus. Ein Kümmerer

- nimmt eine Herausforderung oder ein Problem im Gemeinwesen wahr, welches gelöst werden muss,
- übernimmt Verantwortung für sein unmittelbares Gemeinwesen (z.B. Stadtteil oder Dorf) unabhängig von Zuständigkeiten und Vorgaben,
- setzt sich mit persönlichen Ressourcen und einem überdurchschnittlichen Engagement für das Gemeinwesen ein,
- vertritt dabei unkonventionelle Lösungen und Handlungsansätze,
- tritt anfänglich oft als Einzelkämpfer auf und muss nicht selten Widerstände im Gemeinwesen überwinden,
- zeichnet sich durch ein spezifisches Expertenwissen, aber auch eine charismatische Persönlichkeit und eine hohe Selbstwirksamkeit aus,
- gewinnt, koordiniert und begleitet andere Ehrenamtliche bei der Lösung der Herausforderung oder Probleme im Gemeinwesen,
- weist eine gute lokale Verankerung sowie eine hohe Vorbildwirkung und Anerkennung im Gemeinwesen auf sowie
- ist entweder in formale Strukturen von Verwaltungen, Vereinen, Verbänden und Vorständen eingebunden oder agiert nichtorganisiert.

Die Grenze zwischen einem klassischen Ehrenamtlichen und einem Kümmerer ist demnach nicht trennscharf. Im Unterschied zu einem klassischen Ehrenamtlichen ist der Kümmerer jedoch a) stärker auf die Lösung einer spezifischen Herausforderung oder eines Problems im Gemeinwesen ausgerichtet, b) verfolgt – auch gegen Widerstand – eher unkonventionelle Lösungen und Handlungsansätze, c) verknüpft sein Engagement häufiger mit überdurchschnittlichen Zeittressourcen und einem persönlichem Nachdruck und d) wirkt als Impulsgeber, Motivator und Koordinator für Andere.

Ein Begriff ohne Risiken?

Es gibt inzwischen Belege dafür, dass die Nutzung des Begriffs Kümmerer und die Orientierung auf Kümmerer in der Engagementpolitik und Engagementförderung nicht ohne Risiko sind.

Erstens ist zu konstatieren, dass eine Engagementpolitik und Engagementförderung, die sich ausschließlich auf Kümmerer konzentrieren würde, an Effektivität einbüßen dürfte. Hintergrund hierfür dürfte zunächst die begrenzte Zahl an Personen sein, die dem skizzierten Anspruch an einen Kümmerer gerecht werden. Zudem wäre eine systematische Engagementpolitik und Engagementförderung sehr stark von der Persönlichkeit der einzelnen Kümmerer und ihren Intentionen abhängig. Dabei ist noch nicht ausreichend geklärt, wie stark sich solche Kümmerer in Vereinen, Verbänden und Vorständen systematisch vereinnahmen, fortbilden und begleiten lassen. Ist es nicht oftmals sogar das Unorganisierte und Unkonventionelle, was das Besondere und den Nutzen eines Kümmerers ausmacht? Dies spricht nicht gegen die Förderung von Kümmerern in Vereinen, Verbänden und Vorständen, jedoch gegen unreflektierte Erwartungen an solche Kümmerer und entsprechende Handlungsstrategien; zumindest wenn die Kümmerer definitorisch nicht auf besonders engagierte Ehrenamtliche begrenzt werden.

Verwiesen werden muss hier zweitens auf eine Kümmerer-Strategie bei rechtsextremen Gruppen und rechten Parteien, beispielsweise

der NPD. Deren Strategie zielt zum einen darauf ab, über engagierte Sympathieträger vor Ort und unterschiedliche Formen bürgerschaftlichen Engagements (z.B. Feste, Konzerte) in strukturschwachen und vernachlässigten Regionen Kontakt zu Menschen zu gewinnen und sich ein positives Image aufzubauen.

Wo überhaupt in Vereinen, Verbänden und Vorständen?

Der Forschungsstand zu unorganisierten oder unkonventionellen Formen des Engagements hat sich in Deutschland – gestützt auf die zahlreichen Studien zur politischen Partizipation und Beteiligung – in den letzten Jahren deutlich erweitert. Demgegenüber ist der Erkenntnisstand zu den skizzierten Kümmernern in Vereinen, Verbänden und Vorständen sehr gering. Im Folgenden stehen daher die Engagementsstrukturen für Kümmerner in Vereinen, Verbänden und Vorständen im Mittelpunkt des Interesses. Zu berücksichtigen ist, dass verallgemeinerbare Engagementaussagen zu Vereinen und Verbänden aufgrund der Heterogenität der Organisation nicht unproblematisch sind. Zurückgegriffen wird nachfolgend auf Selbstdarstellungen von Verbänden sowie Studien zu Ehrenamtlichen und Strukturen in Vereinen, Verbänden und Vorständen im Allgemeinen, um daraus Rückschlüsse für Kümmerner im Besonderen zu ziehen. Auf dieser Datenbasis kann Folgendes gezeigt werden:

Hoher normativer Engagementanspruch in Verbänden und Vereinen

Zahlreiche Verbände und Vereine haben in den letzten Jahren in Positionspapieren und Stellungnahmen die Bedeutung des Engagements hervorgehoben. Dabei werden zwei Funktionen des Engagements betont, und zwar eine organisationsbezogene und eine gesellschaftspolitische Funktion. Im Rahmen der organisationsbezogenen Funktion wird das Engagement als wichtiges, ergänzendes Angebot und vereinzelt sogar als existenzielles Merkmal von Organisationen im Dritten Sektor beschrieben (z.B. im Rahmen von Leitungs- und Gremien-

strukturen). Bei einer Priorisierung der gesellschaftspolitischen Funktion wird der besondere, organisationsübergreifende Wert des Engagements für die gesellschaftliche Teilhabe und Sinnstiftung von verschiedenen Menschen, die Erbringung von Leistungen für das Gemeinwohl und hilfebedürftige Menschen sowie die Ermöglichung von Solidaritätseffekten innerhalb der Gesellschaft betont. In einer Positionsbestimmung der Arbeiterwohlfahrt zum Engagement heißt es beispielsweise: „Die Arbeiterwohlfahrt basiert auf vielfältigen Formen des Engagements. [...] Als Bürgerschaftliches Engagement werden im allgemeinen Sinn Ehrenamt, Freiwilliges Engagement, Selbsthilfe und als eine Sonderform die Freiwilligendienste verstanden. All diese Formen von Engagement sind der AWO wichtig:

- wichtig, um in ehrenamtlichen Funktionsämtern wie Vorstände oder Delegierte, die demokratische Grundstruktur der AWO umzusetzen,
- wichtig, um gesellschaftliche Solidarität nicht nur zu fordern, sondern auch zu praktizieren und ihr ein Gesicht zu geben,
- wichtig, um ergänzende Unterstützung und Hilfeleistung von und für Menschen im Sinne von mehr Lebensqualität zu bieten.

Bürgerschaftliches Engagement ist aber nicht nur für die AWO in den eigenen Strukturen wichtig, sondern auch für die Menschen und für die Gesellschaft insgesamt. Es ist sinnstiftend und ermöglicht Teilhabe sowohl bei den sich Engagierenden als auch bei den Menschen, denen dieses Engagement gilt. Daher will die AWO Raum für viele und verschiedenste Engagementformen bieten.“ (AWO Bundesverband 2012: 3) In der Freiwilligencharta des Paritätischen von 2001 steht in etwas kürzerer Form: „Freiwilligkeit braucht Anregung, Offenheit und Identifikation. Die Pluralität der Motive für freiwilliges soziales Engagement wird vom PARITÄTISCHEN als Wohlfahrtsverband mit seinen Handlungsprinzipien Toleranz, Offenheit und Vielfalt angesprochen. Daraus erwächst ihm zugleich eine besondere Verantwortung, Rahmenbedingungen für solches Engagement

zu schaffen, die Signalwirkung über die Verbandsgrenzen hinaus haben können.“ (Der Paritätische 2001: 2) Über die Wichtigkeit von Engagement scheint es offensichtlich in den Verbänden einen breiten Konsens zu geben.

Hohe quantitative Bedeutung des Engagements

In den Verbänden, Vereinen und Vorständen in Deutschland sind – auch im internationalen Vergleich – zahlreiche Ehrenamtliche tätig. Der Verein ist dabei nach wie vor die wichtigste Organisationsform des freiwilligen Engagements. Knapp die Hälfte der freiwilligen Tätigkeiten war in Deutschland zwischen 1999 und 2009 in Vereinen angesiedelt (1999: 49%, 2004: 49%, 2009: 47%) (vgl. Gensicke/Geiss 2010: 28). Die Engagementquote ist also relativ stabil. Darüber hinaus erbringen viele Menschen informelle Unterstützungsleistungen bei Personen außerhalb ihres Haushalts (ebd.: 87).

Probleme bei der Besetzung von Ämtern und Funktionen

Berichte aus Verbänden und Vereinen, aber auch empirische Studien weisen – bei Differenzen zwischen unterschiedlichen Organisationen, Tätigkeitsbereichen und Regionen – auf deutliche Probleme bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen, vor allem bei der Besetzung von Ämtern und Funktionen hin (vgl. Zimmer 2007: 119ff.). So werden aus dem Freiwilligen-Survey 2009 zunehmende Besetzungsprobleme von Ämtern und Funktionen erkennbar (vgl. Gensicke/Geiss 2010: 182). Übereinstimmend dazu konstatieren Wolf und Zimmer (2010: 30ff.), dass in 48 Prozent der Vereine Schwierigkeiten bestehen, frei werdende Ämter im Vorstand neu zu besetzen und in 40 Prozent der Vereine Aufgabenfelder nicht durch entsprechend qualifizierte Ehrenamtliche abgedeckt werden können. Im Rahmen einer kleineren Untersuchung an drei Modellstandorten im Programm „Engagement braucht Leadership – Initiativen zur Besetzung und Qualifizierung ehrenamtlicher Vereinsvorstände“ berichteten etwa zwei Drittel der Befragten von Schwierigkeiten bei der

Besetzung von Vorstandsposten, bei einer insgesamt geringen Sensibilität der Vereine für die Führungsarbeit und wenig systematischen Gegenstrategien (Flurschütz/Röbke 2013: 5ff.). Hinzu kommen Generationsprobleme, die eine Mitarbeit von jungen Erwachsenen im Verein erschweren (ebd.). Rekrutierungsprobleme gibt es jedoch nicht nur bei kleineren, ehrenamtlichen Vereinen, sondern auch in Vereinen und Organisationseinheiten der großen Verbände: Auch Wohlfahrtsverbände (vgl. AWO Bundesverband 2012: 5), Sportvereine (vgl. Breuer/Feiler 2012: 17) und Kirchen (vgl. Caritasverband Erzbistum Köln 2001: 4f) klagten über Nachwuchsprobleme.

Schlussfolgerungen

Die Darstellung lässt sich in vier Kernpunkten zusammenfassen:

1. Der Begriff des Kümmerers findet in der Engagementdebatte eine breite Verwendung.
2. Der Kümmerer ist bislang begrifflich und konzeptionell noch nicht ausreichend geklärt.
3. Ehrenamtliche Kümmerer üben nicht per se eine „gute“ Tätigkeit aus. Es gibt sie nicht nur in sozialen Verbänden und Vereinen, sondern auch in rechtsextremen Gruppen und rechten Parteien. Sie schaffen dort einen niedrigschwelligen Kontakt zu Personen des Gemeinwesens und vermitteln gleichzeitig gemeinwohlgefährdende Positionen.
4. Ungeachtet der hohen Anerkennung, welches Engagement nach wie vor genießt, zeichnen sich in Verbänden und Vereinen deutliche Probleme bei der Gewinnung von Engagierten, vor allem bei der Besetzung von Ämtern und Funktionen ab.

Bisher scheinen Kümmerer weder in der Engagementforschung noch in Vereinen, Verbänden und Vorständen eine große Rolle zu spielen. Eine mögliche Strategie zur Förderung von Kümmerern in Vereinen, Verbänden und Vorständen könnte darin bestehen a) potenzielle Kümmerer zunächst zu identifizieren bzw. zu motivieren, b) den Kümmerern gezielt Verantwortung zu geben und ihnen besondere Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, c)

den Kümmerern bewusst größere Gestaltungsspielräume für unkonventionelle Lösungs- und Handlungsansätze einzuräumen sowie d) die Kümmerer zu dem gegebenenfalls noch notwendigen, fachlichen Know-How fortzubilden (z.B. Rechtsgrundlagen, Betriebswirtschaft, Projektmanagement). Eine besondere Bedeutung könnten dabei Freiwilligenagenturen bekommen, die über spezifisches Expertenwissen bei der Förderung, Bündelung und Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler Ebene verfügen (vgl. Speck u.a. 2012).

Karsten Speck ist Professor am Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Kontakt: karsten.speck@uni-oldenburg.de.

Oxana Ivanova-Chessex arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am selben Institut. Kontakt: oxana-ivanova.chessex@uni-oldenburg.de.

Literatur

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband 2012: Engagement in der AWO. Eine Positionsbestimmung. Beschlossen auf dem AWO-Bundesausschuss Berlin, 25.08.2012. Download über: www.awo-informationsservice.org/index.php?eID=tx_nawsecuredl&cu=0&file=uploads/media/Buergerschaftliches_Engagement_in_der_AWO_-Beschlussfassung_Bundesausschuss_August_2012.pdf&t=1379402712&has=938eb0b289de7aad540ea2e4bcbb6376cac12cdf (15.09.2013).

Breuer, Christoph/Feiler, Svenja 2012: Sportentwicklungsbericht 2011/2012 - Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Sportvereine in Deutschland. Download über: www.dosb.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/wiss-ges/Dateien/2009/SIEGEL-Bundesbericht_SEB_Welle_4.pdf (15.09.2013).

Der Paritätische 2001: Freiwilligencharta des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Download über: www.paritaet-nrw.org/content/angebote_fuer_buerger_innen/ihr_engagement/freiwilliges_engagement/freiwilligencharta/e7551/Freiwilligencharta.pdf (15.09.2013).

Caritasverband Erzbistum Köln 2001: Personalentwicklung für ehrenamtliche Vorstände in den Fachverbänden SkF und SKM. Ein Leitfaden für die Praxis. Download über: www.ehrenamt-caritasnet.de/uploads/media/Personalentwicklung-Praxisleitfaden_01.pdf (15.09.2013).

Flurschütz, Christina/Röbke, Thomas 2013: Engagement braucht Leadership. Initiativen zur Besetzung und Qualifizierung ehrenamtlicher Vereinsvorstände. Abschlussbericht der Evaluierung. Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern. Download über: www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Abschlussbericht_EBL_Zusammenfassung.pdf (15.09.2013).

Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine 2010: Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004 - 2009. Hauptbericht des Freiwilligen-survey 2009: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. Download über: www.bmfsfj.de/Redaktion-BMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3_20FreiwilligenSurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (15.09.2013).

Speck, Karsten/Backhaus-Maul, Holger/Friedrich, Peter/Kroh, Maud 2012: Freiwilligenagenturen in Deutschland: Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation. Wiesbaden: VS Verlag.

Stiftung Bürger für Bürger 2013: Kümmerer sind Motoren der Bürgergesellschaft. 8. Forum Bürgergesellschaft der Stiftung Bürger für Bürger auf Schloss Diedersdorf. Download über www.buerger-fuer-buerger.de/?page_id=65 (13.09.2013).

Wolf, André Christian/Zimmer, Annette 2010: Besetzung ehrenamtlicher Vereinsvorstände - Vorstände verzweifelt gesucht. In: Verbandsmanagement, 36. Jg., Ausgabe 3, S. 28-37.

Zimmer, Annette 2007: Vereine - Zivilgesellschaft konkret. 2. Aufl. Wiesbaden: VS-Verlag.

ANALYSE

Jan Palach als oppositioneller Märtyrer?

Zur Handhabe eines „absoluten Opfers“

Am 16. Januar 1969, nur wenige Monate nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei, zündete sich der Geschichtsstudent Jan Palach auf dem Prager Wenzelsplatz selbst an, um auf diese Weise ein Zeichen gegen die fortschreitende Abkehr von den Idealen des *Prager Frühlings* zu setzen. Sein radikaler Einsatz für das sozialistische Reformprojekt des Jahres 1968 und sein Tod drei Tage später lösten weltweit Bestürzung aus. Heute gilt nicht nur seine Beerdigung – so tradiert es die tschechische Presse alljährlich an den Jahrestagen – als „nationale Manifestation für Freiheit und Demokratie“, sein 20. Todestag, die sogenannte „Palachwoche“, wird gemeinhin als Auftakt der *Samtenen Revolution* angesehen.¹ Der politische Umbruch von 1989 avanciert in dieser Lesart zur Erfüllung von Palachs Vermächtnis – eine Meistererzählung, die auch das erste freie Gedenkeremoniell im Januar 1990 inszenierte: Empfangen durch minutenlangen Applaus erinnerte Václav Havel, seit wenigen Wochen Präsident des Landes, an seine eigene Verhaftung im Jahr zuvor und blickte in die Zukunft: „Ich hatte das Gefühl, dass man Palachs großes Opfer, das absolute Opfer, nach zwanzig Jahren zu würdigen begann. Damals war es ein Gefühl, heute bin ich mir dessen sicher. Vor uns öffnet sich das, (...) wonach sich Palach sehnte, wovon er träumte.“² Er artikulierte damit, was der Gedenkkakt auch auf Symbol-ebene suggerierte: Mit Palach sei die „wirkliche Geschichte“ (Havel 1990: 68) zurückgekehrt, historische Gerechtigkeit sei errungen.

Im Folgenden soll die Zuschreibung, Jan Palachs Selbstverbrennung im Jahr 1969 sei zwanzig Jahre später zum Katalysator des politischen Umbruchs geworden, näher betrachtet werden. Das bis heute gängige Narrativ, in

der dem Geschichtsstudenten eine Schlüsselrolle im tschechischen³ Demokratisierungsprozess zugeschrieben wird, basiert auf der Vorstellung eines „heimlichen Helden“, dessen subversives Potential sich im Kontext allgemeiner Liberalisierung 1988/1989 Bahn brechen konnte. Sein Grab gilt als Pilgerort der wenigen Mutigen, die sein Andenken – vor 1989 – unter großen persönlichen Gefahren ehrten. Die Tatsache hingegen, dass die Selbstverbrennung bis zum Januar 1989 kaum ein Thema unter den tschechischen und slowakischen Dissidenten darstellte, geriet bisher allenfalls als Beleg für den „Hass bis zum Grab“⁴ in den Fokus, mit dem die Behörden der CSSR die Erinnerung an Palach verfolgten und sein Ansehen posthum zu diskreditieren suchten. Während die identitätsstiftende und teils mobilisierende Funktion, die ihm als diskursiver Märtyrerfigur zukommt, für 1969 bereits mehrfach zum Gegenstand der Forschung geworden ist (Brenner 2002, Blazek et al. 2009), untersuche ich in diesem Aufsatz seine Bedeutung für die in der 1977 gegründeten Bürgerrechtsbewegung *Charta 77* vernetzten Dissident/innen. Es zeigt sich, dass nicht nur die Selbstverbrennung als suizidalem Akt einen ethisch problematischen Bezugspunkt darstellt. Auch die Frage nach der Legitimität des im Märtyrertod verhandelten Rigorismus kann der Selbstvergewisserungsfunktion, die Märtyrer für soziale Bewegungen einnehmen, zuwiderlaufen (Leistner 2011). Um dieser Ambivalenz nachzugehen, nehme ich zwei Tiefenbohrungen vor: Nach einem kurzen Blick auf die Situation im Jahr 1969 wird erst die dissidentische Rezeption um seinen zehnten Todestag und dann die Reaktualisierung seines Protests im Januar 1989 näher betrachtet.

Palach 1969 – „Auf dem Altar der Nation“

In seinem Abschiedsbrief schreibt Palach: „In Anbetracht dessen, dass sich unsere Völker am Rande der totalen Hoffnungslosigkeit befinden, haben wir beschlossen, unseren Protest zu erheben und das Volk dieses Landes [...]

wachzurütteln“ (Lederer 1982: 111). Er stellt sich als Mitglied eines ganzen Suizidkommandos⁵ vor und führt zwei – im Kontext der Invasion fast banal wirkende – Forderungen an: Die sofortige Aufhebung der Zensur und ein Vertriebsverbot des Propagandablattes „Zprávy“. Der Student adressiert sowohl die Bevölkerung als auch die Politiker der Kommunistischen Partei KSC, die er zum Fortführen des Widerstandes gegen die sowjetische Einflussnahme animieren will. Tatsächlich hatte der Einmarsch am 21. August des Vorjahres eine vielfältige Protestkultur erzeugt, die teils sehr kreativen Aktionen waren jedoch erfolglos geblieben und hatten nach einigen Wochen ihre Dynamik verloren. Eine letzte Bastion des Widerstands stellten die Studierenden dar. Noch im November 1968 initiierten sie einen einwöchigen Streik, aber auch er erzielte keine Zugeständnisse durch die Regierung. Diese rief im Gegenteil zu einem Stillhalte-Abkommen auf, mit der sie das Vertrauen und die Unterstützung durch die vielen Anhänger/innen des *Prager Frühlings* letztlich verspielte.

In dieser Situation löste die Selbstverbrennung Palachs einen Schock aus, der zwar zum erneuten Mobilisierungsschub des Protestes wurde. Mit der Nachricht von seinem Tod drei Tage später setzte jedoch umgehend die Integration seines Protestaktes in den tschechischen Symbolkosmos ein, die von Pathos und zunehmender Entpolitisierung bestimmt war. Als Höhepunkt kann seine Beerdigung am 25. Januar gelten, die vom Studentenverband organisiert wurde und an der über 500.000 Menschen teilnahmen. Im dort beschworenen Bild seines Protestsuizids als „Opfer auf dem Altar der Nation“⁶ (Culek 1990: 35) fließen verschiedene Erinnerungstopoi und nationale Traumata ineinander – allen voran das Schicksal des 1415 in Konstanz verbrannten Reformators Jan Hus und der „Verrat von München“ 1938⁷ (Holy 1996: 45, 79).

Musste die Staatsführung diese Mythisierung zunächst hinnehmen, schritt spätestens mit der personellen Bereinigung der kommunistischen Partei von den 1968er-Symbolfigu-

ren auch die Zurückdrängung Palachs aus der öffentlichen Sphäre voran. Insbesondere die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes StB machen deutlich, wie hoch die Machthabenden die Gefahr einschätzten, die von Palachs Martyrisierung ausging. Im Zentrum seiner Aufmerksamkeit stand hierbei das Grab als symbolischem Ort, der zahlreiche Besucher anzog. Dort hatte der Künstler Olbram Zoubek im Auftrag der Familie 1970 eine Grabplatte angebracht. Sie wurde nach wenigen Wochen in einer nächtlichen Aktion des StB entfernt und eingeschmolzen. Seinen Höhepunkt fand der Versuch einer umfassenden *damnatio memoriae* – der Tilgung von Palachs Andenken im öffentlichen Raum – schließlich 1973, als die Geheimpolizei den Leichnam exhumieren und einäschern ließ und das Grab von Prag in den kleinen Heimatort Palachs verlegt wurde.

Palach 1979 – „Wie ein unbehauener Stein“

Auch wenn das staatlich verordnete Vergessen Palachs nicht eintrat, musste das Gedenken fortan jenseits der tschechoslowakischen Öffentlichkeit stattfinden. Dies geschah vor allem im Exil, in bescheidenerem Umfang aber auch in der CSSR selbst. Während insbesondere in der Schweiz, in London und Kanada sehr engagierte Exilgruppen mit Publikationen, Gedenkveranstaltungen und der Errichtung von Denkmälern für Palachs Andenken eintraten und ihn dabei nicht selten zum „Opfer des Kommunismus“ stilisierten, fand die Auseinandersetzung im Land selbst auf stillere Weise statt: Einerseits blieb sein Prager Grab auch nach der Exhumierung ein Ort des Gedenkens, den neben ausländischen auch tschechische Besucher/innen aufsuchten. Als „Injektionen moralischer Stärke“ (Kavan/Hartel 1974: 39) interpretiert, erhielten diese Besuche im Exil- und Westdiskurs den Rang bewusster Akte des Widerstehens. Andererseits wurde die Selbstverbrennung zum Reflexionsgegenstand der im Eigenverlag publizierten und im Untergrund verbreiteten Samisdat-Literatur. Jenseits der

Zensur widmeten sich die Dissident/innen der Symbolfigur vor allem in essayistischen Werken, ohne jedoch eine bruchlose Ehrerbietung oder eindeutige Skandalisierung des sowjetischen Machtapparates anzustreben. Vielmehr diente der Protestsuizid ihnen als Impuls zur Auseinandersetzung mit den Gefahren von Martyrisierungen, mit der eigenen gesellschaftlichen Verantwortung sowie der „Nachhaltigkeit“ von Heldentaten.

Zwei Jahre nachdem die Bürgerrechtsbewegung *Charta 77* in Erscheinung getreten war, wurde das Thema Palach virulent. Seinen zehnten Todestag nahmen sowohl die tschechoslowakische Exilpresse als auch die bundesrepublikanische Medienwelt zum Anlass, die Chartist/innen als Vermächtnisträger/innen in Szene zu setzen. Der Verleger Jan Kavan etwa, der die Dissidenten aus dem Londoner Exil heraus mit seiner *Palach Press Agency* unterstützte, zitiert in einem diesbezüglichen Artikel sowohl Havel als auch den ehemaligen Studentenaktivisten Jirí Müller, die ihr Handeln als „kleine und bescheidene Antwort“ (Kavan 1979: 31) auf Palachs Tat verstünden. Ebenso stellt ein Dokumentarfilm von Hans-Peter Riese, der bei der ARD zu sehen war, die Selbstverbrennung in eine Linie mit den tagtäglichen Opfern der Dissident/innen, die ihren Lebensunterhalt als Verkäuferin, Heizer oder Fensterputzer verdienen mussten und unter ständiger Überwachung durch die Geheimpolizei standen.⁸ Ihr Engagement wird als Selbstverpflichtung gegenüber Palach stilisiert, ihre Schicksale als kleine Martyrien in seiner Nachfolge. Auch die Verleihung des *Jan-Palach-Preises* durch das *Comité international pour le soutien de la Charte 77 en Tchécoslovaquie*, die seit 1980 an Einzelpersonen und Gruppen in der CSSR erfolgte, kreierte einen solchen Zusammenhang.

Dass es sich hierbei jedoch weniger um das kollektive Selbstverständnis der Chartist/innen, sondern vor allem um eine Fremdzuschreibung handelt, macht ein Blick auf die zeitgleiche Debatte unter den Dissident/innen selbst deutlich. Hier entstanden anlässlich des Todesta-

ges im Wesentlichen vier Texte, die sich direkt mit der Tat und ihren ethischen Dimensionen auseinandersetzen. Wenngleich die Autorinnen Anna Marvanová, Helena Klímova, Eva Kanturková und Libuše Šilhánová Palachs Entscheidung durchweg als Vorbild im Eintreten gegen Resignation, Mutlosigkeit und den Verlust der eigenen Ideale darstellen, gehen sie über ein bloßes Erinnern hinaus.⁹ Klímova etwa berührt in ihrem Text „Recht auf das Schicksal anderer?“ die Frage nach dem legitimen Preis des persönlichen Widerstands und dem Recht, mit dem eigenen Engagement gleichzeitig seine Angehörigen (in Palachs Fall die eigene Mutter) „zu opfern“ (Kanturková et al. 1979: 3). Ebenso widmet sich Kanturková der Ambivalenz, die im Anwenden der eigenen Wertmaßstäbe auf Andere liege. Die Erinnerung an Palachs Tat empfindet sie angesichts der Überlebenskünste der Menschen „in der Mitte Böhmens“ gar als unpassend (Kanturková et al. 1979: 13, 18).

Beide schließen damit an eine Debatte über problematische Symbolhandlungen an, die Ludvík Vaculík mit seinem Feuilleton „Bemerkungen über Mut“ angestoßen hatte. Im Bestreben, eine Mythisierung und elitäre Abkapselung der Charta 77 zu vermeiden, hatte der Chartist und Gründer des Samizdat-Verlags *Hinter Schloss und Riegel* („Edice Petlice“) darin die Sinnhaftigkeit dissidentischer Heldentaten – etwa von Hungerstreiks oder provozierten Inhaftierungen – angezweifelt. Diese, so Vaculík, erschrecken die Menschen und liefern ihnen einmal mehr eine Ausrede, sich gerade *nicht* zu widersetzen. So werde die Kluft zwischen der kleinen Gruppe von Dissident/innen und der Bevölkerung durch Beweise überdurchschnittlichen Mutes letztlich nur tiefer (Vaculík 1978: 3). Missverstanden als Vorwurf an bestimmte Mit-Chartist/innen, sich zum Martyrium zu drängen, entbrannte um seinen Standpunkt teils vehemente Kritik,¹⁰ die Vaculík in seinem tagebuchförmigen Roman „Tschechisches Traumbuch“ verarbeitete (Vaculík 1980: 25).

Die Unschlüssigkeit gegenüber der lähmenden moralischen Größe von „Martyrien“ klingt

auch später noch in den Äußerungen derer an, die sich in unabhängigen Gruppen engagierten. Der Schriftsteller Milan Šimecka etwa bezeichnet anlässlich der Verleihung des Jan-Palach-Preises an ihn die Selbstverbrennung einen „unbehauenen Stein im Gedächtnis der Menschen“ (Šimecka 1987:8). Im Gegensatz zu Vaculík deklariert er sie jedoch nicht per se als kontraproduktiv, vielmehr interpretiert er Palachs Erbe als schwierige Aufgabe, der es sich anzunehmen gelte.

Palach 1989 – „Nicht Bomben, sondern Blumen“

Spielten sich diese Überlegungen im sehr beschränkten Raum der inoffiziellen Publizistik ab, erreichte der Palachdiskurs am Ende der 1980er Jahre eine neue Öffentlichkeit. Die unter dem Schlagwort *Perestrojka* in der Sowjetunion angestoßenen Reformen waren auch in der CSSR nicht ohne Widerhall geblieben. Wenngleich sich die KSC der Politik Michael Gorbatschows bis zuletzt verweigerte, veränderte sich die gesellschaftliche Atmosphäre grundlegend: Im sogenannten „Underground“ fand sich eine neue Generation zusammen, die nach Inseln der Freiheit im staatssozialistischen Alltag suchte, zudem entstanden weitere unabhängige Gruppen und forderten demonstrativ ihr Meinungs- und Versammlungsrecht ein. Als legitime Argumente in diesem Ringen um die öffentliche Sphäre, fungierten besonders die eigene Geschichte und das Recht auf Erinnerung. So diente die erste große Demonstration im August 1988 dem Gedenken an die Opfer der Intervention von 1968 und auch für die letzte stellte ein Gedenkakt den Ausgangspunkt dar.

Vor diesem Hintergrund lag es nahe, dass auch der 20. Todestag Palachs als Anlass für ein demonstratives Gedenken genutzt werden würde. Tatsächlich rief ein Netzwerk aus fünf unabhängigen Initiativen, unter ihnen sowohl *Charta 77* als auch neue Gruppen wie die *Böhmischen Kinder* oder die *Freunde der USA*, für den 15. Januar 1989 zu einem kurzen Gedenkakt auf dem Wenzelsplatz in Prag

sowie einer „nationalen Pilgerfahrt“ zu Palachs Grab auf. Ein Großteil der Initiator/innen wurde bereits im Vorfeld verhaftet, dennoch folgten dem Aufruf zahlreiche Prager/innen, die jedoch von Polizei und Volksmiliz brutal auseinandergetrieben wurden. Trotz – oder wegen – des Polizeieinsatzes versammelten sich in den folgenden Tagen immer wieder Menschen auf dem Wenzelsplatz – einerseits um ihr Recht auf öffentliches Gedenken einzufordern, andererseits um gegen die immer neue Gewaltausübung zu protestieren (Tuma 1994: 44f).

Der hohe Mobilisierungseffekt, der nun von der Märtyrerfigur Palach ausging, lässt sich als Ineinandergreifen verschiedener Aspekte erklären: Zum einen hatte die Aufbruchstimmung in der Gesellschaft zur wachsenden Bereitschaft der Menschen beigetragen, ihren Unmut auch öffentlich zu artikulieren – ein Fakt, der durch die zunehmende Nutzung alternativer Medien, wie etwa Radio Free Europe, das intensiv über das geplante Palachgedenken berichtete, verstärkt wurde. Zum anderen konnte das oben geschilderte Dilemma im Umgang mit Palachs „absolutem Opfer“ jetzt überwunden werden. Dies hat seine Ursache nicht zuletzt im Auftreten neuer Akteure, die 1969 allenfalls als Kinder erlebt hatten. Gleichzeitig fand die ältere Oppositionsgeneration zu einem neuen, durchaus pragmatischen und dezidiert geschichtspolitischen Umgang mit dem sperrigen Symbol. In den Verlautbarungen rund um die „Palachwoche“ erscheint der Student nicht länger als abstrakter Held, sondern vielmehr als greifbares Vorbild für zivilgesellschaftliches Engagement. So heißt es im Aufruf der *Charta 77* über ihn: „Es starb ein junger Mensch, über den wir gerade deshalb so wenig wussten und wissen, weil er keineswegs außergewöhnlich war, bis auf die Tatsache, dass er das, was sich Menschen in diesem Land kurze Zeit vorher versprochen hatten, enorm wichtig nahm“ (Dokument *Charty 77* c. 4/89 1989: 2). Indem die Form der Tat – das Martyrium – ausgespart und sogar explizit abgelehnt wird,¹¹ rückt ihre identitätsstiftende Funktion in den Vordergrund: Als Beispiel für Integrität und

Konsequenz, nicht als Heiliger, erscheint Jan Palach nun anschlussfähig.

Ein dritter – und wesentlicher – Grund für die Mobilisierung liegt schließlich in der Logik des Märtyrerdiskurses selbst: Die Gewaltausübung gegenüber den Demonstrierenden stellt eine Unrechtserfahrung dar, die im Symbolkontext des Palachnarrativs gewissermaßen diskursiv vorstrukturiert war. Sie erschien als Wiederkehr und Höhepunkt der Kriminalisierung des Gedenkens seit 1970. Die Tatsache, dass hier Menschen verhaftet worden waren, nicht „weil sie Bomben, sondern Blumen (nieder)legten“ (Dokument Charty 77 c. 5/89 1989: 4), ließ sich mehr als jedes andere Argument zur moralischen Diskreditierung der eigenen Regierung heranziehen, die zeitgleich in Wien das KSZE-Schlussdokument unterzeichnet hatte.

Dabei wurde Palach als Vorbild für gewaltfreien Protest recht bald durch einen neuen „Märtyrer“ abgelöst, nämlich durch Václav Havel, dessen Verhaftung eine internationale Solidaritätskampagne ausgelöst hatte. Er selbst schrieb die Meistererzählung moralischer Überlegenheit fort, als er sich in seiner Schlussrede vor Gericht explizit in die Nachfolge Palachs stellte: „Ich fühle mich nicht schuldig, habe daher nichts zu bereuen. Wenn ich bestraft werde, so werde ich meine Strafe als Opfer für eine gute Sache annehmen. Dieses Opfer ist vor dem absoluten Opfer von Jan Palach, dessen Jahrestag wir gedenken wollten, nichtig“ (Havel 1989: 8).

Fazit

Jan Palachs Einsatz für die Ideale des *Prager Frühlings* ist bis heute ein höchst widersprüchlicher *Erinnerungsort*. Jenseits seiner Funktion als Vorbild an moralischer Rigorosität wirft die Erinnerung an ihn verschiedenste Probleme auf: Einerseits steht er als „sozialistischer Held“ (Brenner 2002) im Raum, andererseits als Opfer der sowjetisch dominierten Intervention und letztlich des Kommunismus selbst. Gleichzeitig fungiert er als „Zeuge“ für Demokratie, Freiheit und staatliche Souveränität, ohne dass der Suizid je zur Nachfolge animie-

ren durfte. Gerade diese Vielschichtigkeit Palachs begründet seine hohe Anschlussfähigkeit für durchaus gegensätzliche politische Indienstnahmen. Daneben illustriert sein Fall in besonderer Weise die Ambivalenz der *Schlüsselfigur* des Märtyrers, die unterschiedlichen Funktionen für und schließlich die sich wandelnde diskursive Aneignung durch soziale Bewegungen.

Inwiefern die Aneignungsbrüche überwunden werden, hängt von der Funktion ab, die die jeweiligen Akteure – staatliche wie zivilgesellschaftliche – der Erinnerung zuschreiben. Zum Heiligen, Nationalhelden oder zur anti-kommunistischen Opferfigur stilisiert, dient Palach bis heute der Skandalisierung des staatssozialistischen Systems aber auch der Kompensation des fehlenden eigenen Protests. Der Diskussion realer Handlungsmöglichkeiten verschließt sich eine solchermaßen mythisierte Diskursfigur jedoch, sie wirkt vielmehr demobilisierend. Folglich war Palach als Märtyrer nur bedingt anschlussfähig für die Dissidenten in der CSSR. Erst die teilweise Dekonstruktion des Mythos machte ihn 1989 für die unabhängigen Gruppen brauchbar.

Sabine Stach ist Kulturwissenschaftlerin und Bohemistin. Sie promoviert im Fachbereich Vergleichende Kultur- und Sozialgeschichte an der Universität Leipzig. Kontakt: sabine.stach@gmx.net.

Anmerkungen

- ¹ Als Beginn der *Samtenen Revolution* gilt die Prager Demonstration am 17.11.1989, die aus einem Gedenkakt für den 1939 getöteten Studenten Jan Opletal hervorging.
- ² Jiz nikdy podobné obeti. Pietní akt na uctení památky Jana Palacha [Nie wieder solche Opfer. Gedenkakt für Jan Palach], in: Lidová demokracie, 17.1.1990, S. 1+3, hier S. 1.
- ³ Tatsächlich handelt es sich bei Palach um eine tschechische, weniger eine slowakische Symbolfigur. Daher beziehe ich mich im Folgenden auf diesen Teil der – seit Oktober 1968 föderalisierten – CSSR.

- ⁴ *Nenávist az na hrob*, 1971, in: *Listy [Rom]*, Jg. 1, Heft 2, 14f.
- ⁵ Heute geht die historische Forschung davon aus, dass eine solche Gruppe nicht existierte, sondern von Palach als Druckmittel erdacht wurde.
- ⁶ Aus der Trauerrede des Rektors der Karlsuniversität Oldrich Starý.
- ⁷ Im Münchner Abkommen 1938 stimmten Großbritannien, Frankreich und Italien der Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich zu.
- ⁸ „Der weiße Fleck. Jan Palach – Gegen Gewalt und Gleichgültigkeit“, WDR, ausgestrahlt am 17.1.1979 auf ARD. Im Film werden u.a. Karel Kyncl, Irena Petrinová, Rudolf Battek, Václav Havel, Jirí Hájek und František Kriegel – teilweise mittels Aufnahmen einer versteckten Kamera – porträtiert.
- ⁹ Die letzten drei Texte sind als handgebundenes Heftchen mit dem Titel „O presahování“ [Vom Überschreiten] in der Samizdat-Bibliothek *Libri prohibiti* in Prag zu finden. Sie erschienen außerdem in den Exilzeitschriften *Listy* bzw. *Svedectví*.
- ¹⁰ Etwa durch Anna Marvanová, die mit einem eigenen Feuilleton reagiert und Palachs Entschluss zur Aktivität verteidigt. Vgl. Marvanová 1979.
- ¹¹ Vgl. die Äußerungen Dana Nemcovás anlässlich der Ankündigung einer weiteren Selbstverbrennung im Vorfeld des Palachgedenkens: Prohlášení D. Nemcové k anonymnímu dopisu o chystané protestní sebevrazde upálením, 9.1.1989 (Precan/Vladislav 1990: D3).

Literatur

- Blazek, Petr et al.* 2009: Jan Palach '69. *Praha: Toggá.*
- Brenner, Christiane* 2002: Tod für den Sozialismus mit „menschlichem Gesicht“. Jan Palach. In: Satjukow, Silke/Gries, Rainer: *Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte der Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR.* Berlin: Ch. Links, 256-266.

Culek, Josef 1990: Jan Palach. 11.8.1948 – 19.1.1969. *Praha: Práce.*

Dokument *Charty 77 c. 4/89* 1989. In: *Informace o Chartě 77* [Information über die Charta 77], Jg. 12, Heft 2, 2f.

Dokument *Charty 77 c. 5/89* 1989. In: *Informace o Chartě 77*, Jg. 12, Heft 2, 3f.

Havel, Václav 1989: Schlussrede vor dem Prager Gericht am 21.2.1989. In: Ders.: *Versuch, in der Wahrheit zu leben*, Reinbek: Rowohlt, 6-8.

Havel, Václav 1990: Offener Brief an Gustav Husák vom 8.4.1975. In: Ders.: *Am Anfang war das Wort*, Reinbek: Rowohlt, 33-80.

Holy, Ladislav 1996: *The little Czech and The Great Czech Nation. National identity and the post-communist social transformation.* Cambridge: Cambridge University Press.

Kanturková, Eva/Klímová, Helena/Šilhánová, Libuše 1979: *O presahování. Sborník k 10. výročí obiti Jana Palacha* [Vom Überschreiten. Sammelband zum 10. Jahrestag des Opfers von Jan Palach]. *Libri prohibiti*, Sign. SBM 12190.

Kavan, Jan 1979: Jan Palach. In: *Listy [Rom]*, Jg. 9, Heft 1, 28-31.

Kavan, Jan/Hartel, Ivan 1974: *Palach páli všude* [Palach brennt überall]. In: *Listy [Rom]*, Jg. 4, Heft 2, 38-40.

Lederer, Jirí 1982: Jan Palach. Ein biografischer Bericht, Zürich: Unionsverlag.

Leistner, Alexander 2011: *Sozialfiguren des Protests und deren Bedeutung für die Entstehung und Stabilisierung sozialer Bewegungen: Das Beispiel der unabhängigen DDR-Friedensbewegung.* In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, Jg. 12, Heft 2, Art. 14.

Marvanová, Anna 1979: *Poznámky proti lhostejnosti* [Bemerkungen gegen die Gleichgültigkeit], *Libri prohibiti*, Sign. SBM 10137.

Precan, Vilém/Vladislav, Jan 1990: *Horký leden 1989 v Československu* [Heißer Januar 1989 in der Tschechoslowakei], *Praha: Novinář.*

Šimecka, Milan 1987: *Poděkování Milana Šimecky za cenu Jana Palacha* [Dank Milan Šimeckas für den Palach-Preis]. In: *Informace o Chartě 77*, Jg. 10, Heft 2, 8f.

Tuma, Oldrich 1994: Zítza zase tady! Proti-rezimní demonstrace v predlistopadové Praze jako politický a sociální fenomén? [Morgen wieder hier! Demonstrationen gegen das Regime im Vorfeld des November 1989 als politisches und soziales Phänomen?] Praha: Maxdorf.

Vaculík, Ludvík 1980: Český snár [Tschechisches Traumbuch]. Praha: Edice Petlice.

Vaculík, Ludvík 1978: Poznámky o statečnosti [Bemerkungen über Mut] (6.12.1978). In: Zpravodaj [Zürich], Jg. 12, Heft 4, 1-3.

INTERVIEWS

Etwas ins Rollen bringen: BewegungsarbeiterInnen

Die Frankfurter Rundschau, die Süddeutsche Zeitung, der Spiegel und etliche andere haben schon darüber berichtet: Die gebürtige Französin Cécile Lecomte, besser bekannt als „Eichhörnchen“, hält mit beeindruckenden Kletteraktionen die Polizei in Atem und Castortransporte oder Gentechnikanbauer auf. Die 31-Jährige ist immer wieder aufs Neue dort anzutreffen, wo ihre ungewöhnliche Blockadeform wirkt: An den Gleisen der Atomtransportstrecke, auf Bäumen, die einem Flughafen oder Tagebau weichen oder auf Feldern, die mit gentechnisch manipulierten Pflanzen bestückt werden sollen. Sie seilt sich von Brücken ab oder klettert an Fassaden hoch. Dass Cécile, die ihre Tätigkeit als Lehrerin in Lüneburg vor einigen Jahren aufgegeben hat, als Vollzeitaktivistin im Einsatz ist, macht das Porträt noch spannender. Wie schafft sie das, von was kann eine solche Frau leben?

Sie ist Bewegungsarbeiterin, unterstützt durch ein Programm der Bewegungsförderung, das – so die Idee – in gewisser Weise „Schlüsselfiguren“ in Protestbewegungen fördert. Die LeserInnen erfahren im Folgenden nicht nur, wie eine Aktivistin dank dieses Programms finanziell über die Runden kommen kann, son-

dern auch, dass sie als Patinnen oder Paten Cécile oder einen anderen politisch besonders aktiven Menschen unterstützen können. Wer auf die Internetseite der Bewegungsförderung geht, begegnet einem Porträt von Hagen Kopp, der seit den 1980er Jahren für die Rechte von Migrantinnen und Migranten arbeitet, gegen Abschiebungen und die brutale Behandlung von Flüchtlingen an Europas Grenzen streitet. Oder der Beschreibung des Exil-Angolaners Emanuel Matondo, der vielfältige Kontakte in seine Heimat und in den Kongo unterhält und als kritischer Journalist und Aktionstrainer Kampagnen gegen Militarismus und Rüstungsgeschäfte begleitet. Oder den Informationen über die Autorin dieses Textes, die eines der Gesichter des globalisierungskritischen Netzwerks Attac ist, dort zur „Krötenwanderung“ weg von zerstörerischen Großbanken aufruft, im Bündnis „Umfairteilen“ mit Gewerkschaften und Sozialverbänden Demonstrationen vorbereitet oder mit Zeitungsfälschungen Menschen zum Nachdenken anregt. Bis vor einigen Monaten wurde hier auch Jochen Stay vorgestellt, der einer der ersten Bewegungsarbeiter war und vor allem in der Anti-Atom-Bewegung große Kampagnen initiiert und sich einen Namen gemacht hat.

Diese langjährigen Aktiven unterschiedlicher Initiativen und Bewegungen haben sich bei der Bewegungsförderung in Verden als BewegungsarbeiterInnen beworben.

Derzeit unterstützt die Bewegungsförderung sieben BewegungsarbeiterInnen (BA). Jahr für Jahr gehen über die Stiftung etwa 50.000 Euro direkt an die BewegungsarbeiterInnen.

Dabei zahlt die Bewegungsförderung ihnen kein Gehalt und kein Stipendium. Vielmehr unterstützt sie jedeN BA dabei, ein eigenes Netzwerk an Patinnen und Paten aufzubauen. Diese SympathisantInnen überweisen monatlich oder vierteljährlich Spenden an die Stiftung, die an die BA weitergereicht werden. Die Stiftung macht des öfteren Pressearbeit für ihre BA, stellt Faltblätter und Visitenkarten zur Verfügung, die die Suche nach den

PatInnen erleichtern und informiert über ihre Website über die BA.

Schlüsselrolle wider Willen

Der Anfrage des Forschungsjournal nach einem Artikel über die BA und die besonderen Rollen, die sie in ihren Bewegungen spielen, konnte Cécile Lecomte, das „Eichhörnchen“, zunächst wenig abgewinnen. Aber dann erklärte sie sich bereit, ihre Skepsis gegenüber der Idee von „Schlüsselfiguren“ zu begründen:

Cécile Lecomte: Ich bin keine Schlüsselfigur und möchte mich nicht als solche sehen. Ich bin eine von vielen im Widerstand, ein wichtiges Glied der Kette, aber jedes Glied ist wichtig – ohne die anderen Glieder gäbe es kein Eichhörnchen. Was die Öffentlichkeit daraus macht, ist eine andere Sache, nicht jeder „Job“ ist so exponiert wie das, was ich mache und was ich mache, das hat den Sinn, dass es öffentlich wird. Aber das bedeutet nicht, dass es wichtiger ist als das, was andere „im Dunkeln“ – also nicht so in der Öffentlichkeit – machen.

Jutta Sundermann: Deine Aktionen in den letzten Jahren, tolle neue Ideen und Deine Energie bei ihrer Vorbereitung und Durchführung motiviert andere dazu, mitzuwirken. Ohne Zweifel macht Ihr dann gemeinsam die Aktion zum Erfolg – aber ist dann Dein Beitrag nicht doch auf eine gewisse Weise eine Schlüsselrolle?

Cécile Lecomte: Die Presse macht und verlangt Schlüsselfiguren. Zuschauer wollen sich mit jemandem identifizieren oder jemanden ablehnen können. Also spiele ich manchmal diese Rolle. Aber ob man eine Schlüsselfigur ist, das ist für mich etwas anderes. Mein primäres Ziel ist es nicht, so gesehen zu werden.

Ich würde mich eher als Multiplikatorin sehen. Mir ist besonders der Austausch mit anderen wichtig. Ich kann auch Erfahrungen weitergeben. Für mich bedeutet „Schlüsselfigur“ eine Fixierung auf eine Person, ich möchte aber lieber eine Fixierung auf die gemeinsamen Sachen erreichen.

Manchmal geht mir diese Fixierung, vor allem der Medien, auch auf den Keks. Aber manchmal ist es auch von Vorteil. Wenn ich in Lüneburg für eine Aktion eine Pressemitteilung verschicke, dann kommt die Presse, wenn jemand anderes das macht, nicht unbedingt. Diese Bekanntheit wünsche ich mir nicht, ich nehme sie eher pragmatisch hin.

Jutta Sundermann: Der Umgang mit herausgehobenen Rollen ist in Gruppen, speziell in Gruppen mit dem Wunsch, die Gesellschaft zu verändern, eine Herausforderung. Hast Du Beispiele, wo es trotzdem gut gelungen ist?

Cécile Lecomte: Ich bin viel in informellen Gruppen unterwegs, die sind unterschiedlich zusammengesetzt und unterschiedlich stark politisch. Die Zusammenarbeit, wie ich sie mir wünsche, funktioniert gut bis zu einer bestimmten Gruppengröße. Wenn eine Gruppe sehr groß wird, ist das schwierig. Da fühle ich mich auch schnell überfordert. Oft habe ich mit Robin Wood Aktionen gemacht, in den kleinen Teams hatte jedeR seine Aufgaben und es hat sich keine Hierarchie ausgebildet. Das gelingt bei größeren Gruppen oft nicht mehr.

Jutta Sundermann: Wenn eine Gruppe länger zusammen arbeitet, werden dann Rollen zum Problem?

Cécile Lecomte: Man engagiert sich aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlicher Intensität. Für mich ist das einfach meine Art zu leben. Andere sind sehr viel kurzfristiger aktiv, ein paar Monate oder Jahre. Oft bringen sie weniger Verbindlichkeit mit und steigen zwischendrin wieder aus. Ich würde mir wünschen, dass sich mehr Leute längerfristig beteiligen.

Jutta Sundermann: Deine MitstreiterInnen wissen aber um Deine langjährigen Erfahrungen. Und zählt nicht in der Aktion Deine Einschätzung machmal mehr als die eines Neulings?

Cécile Lecomte: Es gibt natürlich die Unterschiede in den Erfahrungen. Manchmal muss man dann auch sagen, dass etwas nicht geht.



Cécile Lecomte in Aktion

Quelle: Privat

Man muss sich schützen, die Gruppe schützen. Gerade bei Aktionen Zivilen Ungehorsams. Manchmal muss ich „Stopp!“ sagen – das ist aber eher Pragmatismus und hebt mich für die nächste Entscheidung nicht heraus.

Ich überlege mir schon immer wieder, mit welchem Recht ich das tue. Aber ich habe viel Erfahrung mit Repression. Ich weiß, wie viele Menschen das schon kaputt gemacht hat und das will ich verhindern. Ob das schon Hierarchie ist, weiß ich nicht.

Jutta Sundermann: Welche Eigenschaften oder Gründe führen dazu, dass einzelne AktivistInnen besondere Rollen haben?

Cécile Lecomte: Auf dem Wagenplatz, auf dem ich wohne, bin ich eine, die sich oft um die juristischen Sachen kümmert. Ich fühle mich manchmal unwohl damit, wenn ich wie eine Rechtsanwältin mit meinem Kalender und meinen formalen Briefen komme, die ich für den Wagenplatz schreibe. Aber es ist pragmatisch, das zu machen.

Jutta Sundermann: Verändert sich Deine Rolle eigentlich?

Cécile Lecomte: Ja, es verändert sich etwas. Manchmal komme ich aus gesundheitlichen Gründen an Grenzen. Es fällt mir nicht leicht, dann weniger zu machen. Ich mache heute mehr Anti-Repressionsarbeit als früher. Ich habe schon viele Prozesse gehabt. Ich kenne mich inzwischen ganz gut mit den Gesetzen aus und kann auch EA [Ermittlungsausschuss, Kontakt- und Notfalltelefon für AktivistInnen in der Aktion, Anm. d. Red.] machen bei großen Aktionen. Man kann sich vielfältig engagieren und entwickeln. Im Moment mache ich ungefähr zu gleichen Teilen Aktionen, Jurakram und Journalismus.

Jutta Sundermann: Eine kleine Provokation: Du beklagst, dass zu wenige Menschen wirklich Verantwortung übernehmen und langfristig am Ball bleiben. Du machst Schulungen, um Leute für die verschiedenen Aktionsaufgaben fit zu machen. Ist das nicht ein

Versuch, weitere „Schlüsselfiguren“ auszubilden?

Cécile Lecomte: Allerdings sind mir Multiplikatoren in verschiedenen Bereichen sehr wichtig. Nicht jedeR muss Politikaktivist werden, aber ich würde mir schon wünschen, dass es mehr werden. Ich wünsche mir, dass mehr Menschen sich stärker engagieren und sich auch als Politikaktivisten verstehen.

Wir leben in einer Gesellschaft, die viel konsumiert, Aktionen teilweise auch. Die Presse tut das, aber selbst Aktivisten konsumieren gerne eine Aktion. Das schafft große Probleme.

Jutta Sundermann: Trotz all Deiner Distanz zu herausgehobenen Rollen bist Du das Gesicht vieler Aktionen und Berichte. Wie fühlst Du Dich dabei – und hat sich das verändert im Laufe der letzten Jahre?

Cécile Lecomte: Es ist nicht unbedingt nur Spaß, im Fokus zu sein. Das bedeutet auch persönliche Konsequenzen. Das schreckt auch viele ab. Ich bin überregional bekannt geworden 2008 beim Castor-Transport. Da war ich vier Tage im Polizeigewahrsam und alle haben es mitbekommen. Das ist für die Polizei nach hinten losgegangen. Aber für mich war es auch heftig. Und vielleicht fragen sich einige Menschen, ob sie so etwas riskieren wollen.

Ich bin anfangs einfach ins kalte Wasser reingesprungen. Auch mit der Sprache war es für mich am Anfang nicht so einfach. Inzwischen macht mir der Jurakram richtig Spaß, sogar das Theater vor Gericht. Ich habe gerade ein Buch geschrieben und hoffe, es ist auch eine Aufmunterung, weiter zu machen. Ich will da auch Erfahrungen mitteilen.

In Frankreich steht ein Artikel über mich in einem Deutschbuch für Abiturienten. Man fühlt sich komisch dabei. Eine Lehrerin hat mir davon erzählt, ich habe einen Scan. Die Lehrerin sagt, für einige SchülerInnen bin ich eine Heldin. Ich bin jetzt auch eingeladen, einmal in diese Schule zu kommen. Die Lehrerin will vor allem zeigen, wie viele Abenteuer man erleben kann, wenn man gut Deutsch lernt. Man fühlt sich schon herausgesucht. Das ist

ein ganz schräges Gefühl, ich weiß auch nicht so gut, wie ich damit umgehen soll.

Es ist für mich kein Wunder, dass wir in der Bewegungsstiftung Probleme haben, noch eine Frau als Bewegungsarbeiterin zu finden. Ich kenne viele, die wären geeignet, wollen aber nicht mit Namen öffentlich genannt werden. Für mich und für meine Aktionen ist diese Öffentlichkeitsarbeit auch ein Schutz. Die Polizei hält sich mehr zurück, wenn die Öffentlichkeit zuschaut. Das ist für mich wichtig. Aber ich verstehe, dass das für andere anders ist.

[Das Buch von Cécile Lecomte trägt den Titel: „Kommen Sie da runter! Kurzgeschichten und Texte aus dem politischen Alltag einer Kletterkünstlerin“ und erscheint im Herbst 2013 im Verlag graswurzelrevolution.]



Der Anti-Atom-Aktivist Jochen Stay ist nach vielen Jahren aus dem Programm der Bewegungsarbeiter ausgestiegen. Sein aktuell größtes Projekt verlangte all seine Zeit und schließlich nahm er dort eine feste Stelle an. Mit *.ausgestrahlt* bot er in den letzten Jahren vor allem den weniger organisierten AtomkraftgegnerInnen Aktionsplattformen und Mitmachmöglichkeiten. *.ausgestrahlt* organisierte zusammen mit anderen Organisationen beeindruckende Menschenketten gegen die Laufzeitverlängerung und innerhalb kürzester Zeit etliche Großdemonstrationen für den Atomausstieg nach der Katastrophe von Fukushima. Die roten gelben Flaggen mit der Anti-Atom-Sonne und dem *„ausgestrahlt“*-Schriftzug am Rande schmücken bis heute viele Fenster und Veranstaltungen.

Jutta Sundermann: Viele Menschen verbinden Dein Gesicht mit den Anti-Atom-Protesten im Land. Du stehst in Deiner Arbeit irgendwie immer in der ersten Reihe. Dafür wirst Du sehr geschätzt, aber oft auch massiv kritisiert. Was verbindest Du mit der Diskussion um Schlüsselrollen?

Jochen Stay: Das beschäftigt mich schon lange. Darf es Schlüsselpersonen geben? Gleiche Rechte für jeden ist das eine, aber Potential ist was anderes. Ich bin seit 30 Jahren aktiv, in jedem Zusammenhang, in den ich neu einsteige, sind das ganz zentrale Fragen: Wie wollen wir arbeiten? Wie wollen wir es mit der Arbeitsteilung halten? Und wo passen Ansprüche und die Realität nicht so einfach zusammen? Ist es gut, wenn Leute etwas, was sie besonders gut können, immer wieder tun?

Das treibt mich Zeit meines politischen Lebens um. Es war irgendwann ein Schritt, zu merken, dass ich zu meinen Erfahrungen und meinen Fähigkeiten stehe. Ich kann manches ganz gut, auch besser als andere. Ich habe eine besondere Rolle. Ich entwickle Ideen, ich verstehe es, andere zu motivieren. Das sind Sachen, die ich ganz gut kann. In bestimmten Projekten oder Kampagnen war ich dann zuständig dafür, auch für die Sichtbarkeit nach außen. Ist ja nochmal was anderes, wenn man Gesicht für eine Aktion oder Kampagne ist. Es ist immer die Frage: Will man sich auf das Spiel der Medien einlassen, die immer eine Person brauchen, an der sie ihre Geschichte aufhängen können? Ich habe mich darauf eingelassen, weil über die Themen letztlich mehr berichtet wird, wenn die Medien das handhaben können.

Jutta Sundermann: Was bedeutet das für die Menschen, mit denen Du zusammen arbeitest?

Jochen Stay: Das macht natürlich auch was mit der Gruppe. Zum Beispiel ist es dann so, dass viel positives Feedback bei mir landet. Es ist mir wichtig, rüberzubringen, dass ich das nicht alleine mache und außerdem das Lob dem Team weiterzugeben. Wer bei uns die Buchführung macht, hat genauso seinen Anteil an unserem Erfolg wie der, der versucht, ein paar Sätze in die Kamera zu sprechen. Ich mache das ganz bewusst, weil ich die Vorteile sehe.

Jutta Sundermann: Hast Du es früher anders versucht?

Jochen Stay: Ich habe auch lange, als ich damals ins Wendland gezogen bin, gedacht, dass das alles egalitär sein muss. Ich habe versucht, im Wendland und für größere Aktionen gleichberechtigte Gruppen zu organisieren. Das sind aber breite Bevölkerungsteile, da sind es viele Leute auch gewöhnt, dass einer sagt, wo es lang geht. Irgendwann musste ich mich entscheiden: Versuche ich schwerpunktmäßig durchzusetzen, dass alle mitreden können und neue Aktionsformen entstehen oder dass wir starke Aktionen machen, die breit aufgegriffen werden. Habe mich irgendwann entschieden, in die Breite zu gehen. Menschen wollen dabei nicht einfach alle „einen Chef haben“. Sie haben auch sehr unterschiedlich viel Zeit für die politische Arbeit. Viele freuen sich, wenn es Beteiligungsmöglichkeiten mit weniger Aufwand gibt, weil das mehr zu ihnen passt.

Inzwischen würde ich sagen: Natürlich gibt es in allen Protestbewegungen Schlüsselfiguren. Ich finde es aber wichtig, dass das sehr unterschiedliche Schlüsselrollen sind. Das entspricht auch meiner Erfahrung. Es gibt viele, die das sehr bewusst gestalten. Viele, die die Nachteile kennen und gucken, wie sie das abmildern können. Es gibt aber auch noch Bewegungen, wo so etwas offiziell nicht erlaubt ist.

Jutta Sundermann: Du bekommst sehr viel Medienaufmerksamkeit. Oft aber auch geballte Kritik. Wie gehen die Menschen in der Bewegung mit Deiner Rolle und ihrer Entwicklung um?

Jochen Stay: Zum Beispiel ist das in der Anti-Atom-Bewegung spannend. Die ist sehr heterogen, viele Gruppen sind sehr basisorientiert. Die Medien machen mich aber immer wieder nicht nur zum Sprecher von „ausgestrahlt“, sondern sogar von der ganzen Anti-Atom-Bewegung.

Ich bekomme auch immer wieder die Rückmeldung, dass Leute froh sind, dass ich ganz vernünftige Dinge sage und unser Thema so Gehör findet. Andere kritisieren das, dass ich

mich in den Vordergrund spielen würde. Sie wollen mit ihrer eigenen Arbeit und ihren Positionen genauso gesehen werden. Ich versuche das aber sowieso so zu gestalten, indem ich Journalisten weiterleite zum Beispiel, immer wenn sie Fragen zu den Standorten haben. Manche Gruppen bekommen so mehr Anfragen, als wenn ich die Journalisten nicht aufmerksam gemacht hätte. Mir ist bewusst, dass ich als ein solcher Sprecher gesehen werde. Und zugleich, dass ich mir das nicht anmaßen kann, ich habe kein Mandat der Bewegung, das würde es auch nicht geben – aber ich habe ein Stück weit trotzdem die Rolle. Das ist spannend und herausfordernd. Ich mag solche Gratwanderungen eigentlich ganz gerne.

Wie wird jemand zum Bewegungsarbeiter?

Die Bewegungsstiftung hat einige Mindestkriterien für BewerberInnen festgelegt. Neben der langjährigen und zeitintensiven Arbeit in Sozialen Bewegungen ist eine bis zu einem gewissen Grad tragende Rolle erwünscht; diese kann sich auf inhaltliche oder organisatorische sowie konzeptionelle Beiträge stützen, soll sich aber vom bloßen Mitmachen abheben. BewegungsarbeiterInnen sind nicht bei einer Bewegungs-Organisation angestellt und arbeiten unabhängig von Weisungen. Allerdings sollen sie vernetzt sein und keine reinen EinzelkämpferInnen. Ein klares Profil ist sowohl Voraussetzung für die Anerkennung am Anfang als auch für eine erfolgreiche Suche nach PatInnen und Paten. Einige BA sind auf ein Thema konzentriert (wie zum Beispiel Energiewende und Atomausstieg, Antirassismus und Rechte von MigrantInnen oder globalisierungskritische Bewegung) oder auf bestimmte methodische Kompetenzen (wie zum Beispiel Rechtshilfe). BewegungsarbeiterInnen sind mit dem größten Teil ihrer (Arbeits-)Zeit in ihren Bewegungen aktiv, als Orientierung gelten mindestens 20 Wochenstunden.

Von der Grundidee her unterstützt das Programm Menschen, die sich vor Jahren für ein umfangreiches Engagement entschieden haben

und es „sowieso nicht lassen können“. Sie haben zu Gunsten ihrer Projekte auf eine klassische berufliche Karriere verzichtet und sind es gewöhnt, mit wenig Geld auszukommen. Das ändert sich im Rahmen der BewegungsarbeiterInnenenschaft auch nicht. Das Grundmodell des BA-Programms basiert auf der Möglichkeit, dass bedürftige Menschen, die über kein Vermögen und nur ein geringes Einkommen verfügen, mit mildtätigen Zuwendungen unterstützt werden können. Auf diese Weise kommen die BA formal kaum aus der Prekarität heraus, obwohl nahezu alle im Programm aufgenommenen betonen, dass die regelmäßigen Spenden ihre ökonomische Situation verbessert und ihre Handlungsfreiheit deutlich erhöht haben.

Unter anderem, damit sich die Einkommensverhältnisse der BewegungsarbeiterInnen nicht dramatisch knapp gestalten, hat die Stiftung festgelegt, dass eine Mindestsumme von 500 Euro an monatlichen Spenden pro Person zusammenkommen muss. Zwei Jahre hat ein anerkannter BA Zeit, den Kreis seiner UnterstützerInnen so weit auszubauen, dass die Summe zusammen kommt. Wie viele PatInnen dafür notwendig sind, ist sehr verschieden, reicht doch die Zuwendung der einzelnen SpenderInnen von 5 bis über 100 Euro pro Monat. Auch wenn diese Hürde genommen ist, überprüft der Stiftungsrat alle zwei Jahre, ob die BA weiter auf eine gute Spendenbasis setzen können und im Programm verbleiben möchten.

Frei, verantwortlich – und das Gegenteil von „Mietdemonstranten“

Die BewegungsarbeiterInnen bestimmen Inhalte und Form ihrer Arbeit selbst, vonseiten der Stiftung oder der PatInnen gibt es keinerlei Weisungsbefugnis. Die Aufnahme in das Programm erleichtert die Öffentlichkeitsarbeit für die eigene Sache, die Stiftung unterstützt mit Pressearbeit. Mindestens einmal pro Jahr, oft aber auch häufiger, versenden die BA Berichte über ihre Arbeit an ihre PatInnen. Nicht selten knüpfen sich daran weiterer Austausch an. Die Arbeit an den regelmäßigen Berichten, der



Hagen Kopp beim Auftakt der internationalen Kampagne gegen Frontex in Warschau 2008
Quelle: privat

Austausch mit den anderen BA auf einem jährlichen Treffen und meist weiteren Veranstaltungen der Bewegungstiftung helfen den VollzeitaktivistInnen ihre Arbeit zu verbessern und über die eigene Rolle zu reflektieren. Wer möchte, kann sich von der Stiftung auch eine Supervision organisieren lassen. Immer wieder berichten die BA, dass allein der offizielle Charakter der Anerkennung und der Nennung auf der Stiftungs-Seite ihre Wahrnehmung verändert und wie ein Qualitäts-Siegel aufgefasst wird.

Ein paar „chronische Missverständnisse“ sind manchmal anstrengend: JedeR BA musste schon erklären, dass die Stiftung keine Stellen für BA einrichtet. Und jederR hatte wohl schon einen Journalisten, dem zu erklären war, dass Bewegungsarbeiter eben genau keine Mietdemonstranten sind. Sie sind eher diejenigen, die

die großen Demos mit organisieren, die Kampagnen (mit anderen) aushecken und mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen in die Tat umsetzen.

Der Spagat kann gelingen

Wer mitten in der Bewegungsarbeit steckt, weiß, dass es ganz besonderen Fingerspitzengefühl bedarf, in Gruppen engagierter Menschen mit verschiedenen Rollen und individuellen Möglichkeiten umzugehen. Hagen Kopp, langjähriger Aktivist, hat diese Fragen auch im Zusammenhang seiner antirassistischen Netzwerke viel diskutiert, sowohl die Möglichkeiten als auch die besonderen Herausforderungen.

Hagen Kopp: Wir haben das zum Beispiel im Frühjahr 2011 in einem bundesweiten Treffen des antirassistischen Netzwerks „Welcome

to Europe“ diskutiert: wie ließe sich angesichts der vielfältigen Aufgaben und Erfordernisse – hier im Kampf gegen Ausgrenzung und Abschiebungen – eine effektivere Arbeitsstruktur aufbauen? Angesichts der vielfältigen Ansprüche und der immer wieder zu geringen personellen Kapazitäten entstand eine Vision, was alles in Gang gebracht und „bewegt“ werden könnte, wenn das Netzwerk „Welcome to Europe“ nicht alleine auf unbezahlter Arbeit von Gruppen und Einzelpersonen basieren würde, sondern mit 10 oder gar 20 VollzeitaktivistInnen ausgestattet wäre. Die Fluktuationen in Mobilisierungen und Kampagnen ließen sich kontinuierlicher überbrücken – von fundierten Recherchen bis zu direkter Begleitung und Unterstützung von MigrantInnen könnte ein wesentlich effizienteres arbeitsteiliges Netzwerk im Kampf um gleiche Rechte und globale Bewegungsfreiheit weiterentwickelt werden.

Was sich vordergründig schlüssig anhört, beinhaltet allerdings auch Widersprüche und Tücken.

Zum Beispiel im Konzept der BewegungsarbeiterInnen. Es ist kein Zufall, dass es den „Auserwählten“ durchweg „peinlich“ ist, für sich persönlich PatInnen zu werben. In Gruppen, die bislang Geld allein für gemeinsame Projekte und Kampagnen gesammelt haben, kann es durchaus zu Irritationen führen, wenn nun einzelne AktivistInnen über personengebundene Spenden einen Teil ihres Lebensunterhaltes erwirtschaften – selbst wenn das Geld weitgehend in Reisekosten fließt oder der Aufwandsentschädigung dient.

Wie lässt sich das begründen, was ist richtig oder gerecht? Ab wann wird wer bei wieviel Bewegungsarbeit bezahlt oder nicht? Und wer entscheidet das? Darüber hinaus kann die Bezahlung einzelner Personen, denen in den Netzwerken bereits Schlüsselpositionen zukommen, die (informelle) Hierarchisierung von Strukturen befördern. Mit einem Gefälle bezüglich Erfahrungen und Wissen, bezüglich Zeiteinsatz und Entscheidungskompetenz muss jede noch so kollektiv angelegte Gruppe zu recht kommen.

Die Freistellung zum Vollzeitaktivismus, die Quasi-Professionalisierung von Einzelnen bestärkt unter Umständen Dominanzstrukturen und „Führungsrollen“. In Kombination mit ExpertInnenentum ist der Schritt zur Institutionalisierung sozialer Bewegung dann nicht weit, bezahlte Bewegungsarbeit würde – böse formuliert – zum Einfallstor für „Bewegungsmanagement“. Bei beiden Argumenten wird wieder deutlich, wie tragend die Rolle von (Selbst- und Kollektiv-)Verantwortlichkeit und gegenseitigem Vertrauen in solchen Zusammenhängen ist.

Bei allen Widersprüchen und Bedenken hängt es an den jeweiligen Bedingungen der Gruppen oder Netzwerke, in denen die VollzeitaktivistInnen sich bewegen, und nicht zuletzt an der Bereitschaft, die angeschnittenen Problemstellungen zu reflektieren.

Damit verbunden enthält das konkrete Konzept der BewegungsarbeiterInnen entscheidende Vorteile gegenüber meist befristeten Projekt- oder Kampagnenfinanzierungen: es ist eine langfristige und völlig unabhängige Auszahlung. Die BewegungsarbeiterInnen können so mit ihrer Gruppe oder ihrem Netzwerk entscheiden, in welchen Schwerpunkten sie ihre Zeit einsetzen.

Fazit

Soziale Bewegungen werden von Menschen gemacht, die darin ganz unterschiedliche Aufgaben und Rollen übernehmen. Einige können aufgrund besonderer Fähigkeiten, ihrer beruflichen und familiären Situation oder einer grundlegenden Entscheidung für umfangreiches Engagement besondere Beiträge leisten. Sie initiieren häufiger neue Vorhaben, wirken besonders vernetzend und motivierend, tauchen in der Berichterstattung auf. Gerade in emanzipatorischen Bewegungen sind die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle und ein Wissen um deren Ambivalenz erforderlich.

In Bewegungskontexten arbeiten Menschen zusammen, weil sie ein Ziel eint, weil eine Strategie oder eine Organisation sie zu

sammengebracht hat. Sie tun dies aus freien Stücken, nicht bezahlt und (kaum) sanktionierbar. Die Motivation der Beteiligten ist eine der wichtigsten Grundlagen der Arbeit und kann schnell verloren gehen, wenn das Miteinander nicht stimmt. Dabei wird eine Zusammenarbeit ebenso aus dem Lot geraten, wenn Einzelpersonen zu viel an sich reißen als auch umgekehrt, wenn niemand Verantwortung übernimmt. In linken Bewegungszusammenhängen gibt es eine erhöhte Sensibilität gegenüber Hierarchien. AktivistInnen berichten immer wieder, dass eine schwierige Gratwanderung nötig ist zwischen verantwortlichem Handeln und Initiative-Zeigen einerseits und Achtsamkeit gegenüber der Gruppendynamik bishin zu einem Rechtfertigungsdruck für die umfangreich Handelnden andererseits.

Auch die BewegungsarbeiterInnen der Bewegungsstiftung sind in diesem Spannungsfeld tätig. Sie entscheiden anhand ihrer Überzeugungen, ihrer wichtigsten Ziele und Zielgruppen, wie sie mit anderen Menschen zusammenarbeiten möchten. Sie wählen unterschiedliche Arbeitsstrukturen und Entscheidungsfindungsformen. Manche sprechen im Namen einer Gruppe, andere vermeiden das konsequent. Eines haben sie aber gemeinsam: Das Bewusstsein, dass es viele verschiedene „Schlüsselrollen“ gibt, ganz unterschiedliche Menschen, die ihren Beitrag leisten, um ein Projekt erfolgreich zu machen.

Wer nun Interesse an den Projekten der Bewegungsstiftung hat und vielleicht unterstützend tätig werden möchte, findet weitere Informationen auf der Homepage www.bewegungsstiftung.de.

Jutta Sundermann ist Bewegungsarbeiterin und freie Publizistin. Sie gründete 2000 Attac in Deutschland mit, ist Mitglied des Stiftungsrates der Bewegungsstiftung und organisiert Kampagnen zu den Themen Landwirtschaft, Banken und Steueroasen. Kontakt: jutta.s@jpberlin.de.

ANALYSE

Stiftungen als Akteure im politischen Raum

„Politische Kommunikation ist das Nervensystem der Demokratie“ (Korte 2013). Im Modus der politischen Kommunikation werden politische Entscheidungen öffentlich begründet und versuchen Akteure, die Politik von der Wichtigkeit ihrer Themen und Anliegen zu überzeugen und Einfluss auszuüben, in direkten und medialen Kommunikationen. Auch Stiftungen in Deutschland greifen diese Thematik immer wieder auf: U.a. hat die Bertelsmann Stiftung Forschungen zur strategischen Regierungskommunikation gefördert, die Hertie-Stiftung bringt das Thema mit der Hertie-School of Governance auf die Agenda und die Stiftung Mercator veranstaltet eine Workshopreihe zur politischen Kommunikation. Trotz dieser grundsätzlichen Sensibilität haben sich viele Stiftungen aber noch nicht systematisch damit auseinandergesetzt, was politische Kommunikation für ihr strategisches Handeln bedeutet und wie sie ihre Rolle als Akteur im politischen Raum legitimieren können. Zumindest ist das unser Eindruck aus wissenschaftlicher und praktischer Perspektive. Stiftungen tun dies unseres Erachtens nur unzureichend vor dem Hintergrund einer medialen Revolution, in der die Möglichkeiten der Kommunikation enorm gewachsen sind und die Digitalisierung tief in alle Lebensbereiche vordringt.

Mit ihrer Zurückhaltung schöpfen Stiftungen ihr Potential nicht aus, ihre Themen intensiv zu fördern, zu begleiten und gesellschaftlichen Wandel anzuregen. Die Problemlagen in der modernen Gesellschaft werden immer vielfältiger, dem Staat und den Parteien fällt es zunehmend schwer, die an sie gestellten Herausforderungen zu bearbeiten. Die Parteien als Bindeglieder zwischen Staat und Gesellschaft besitzen zwar das Privileg zur Transformation von „Volkswillensbildung in Staatswil-

lensbildung“ (Grimm 1991: 265), die Komplexität der Gesellschaft macht es ihnen aber immer schwerer, ihre Rolle als kommunikativer Transmissionsriemen zu erfüllen. Andere Akteure sind in diese Lücke gestoßen: Die intermediären Organisationen der Zivilgesellschaft, Interessenverbände oder wissenschaftliche Experten wurden zu Frühwarnsystemen und öffentlichen Themensetzern.

Eine Organisationsform wurde aus unserer Sicht in der Analyse aber immer wieder vergessen: Stiftungen. In der Forschung zu den intermediären Akteuren werden sie und ihre öffentliche und politische Rolle nur sehr kurz erwähnt. Zwar gibt es einige Studien zur Legitimation von Stiftungen und deren Transparenz (u.a. Adloff/Strachwitz 2011, Anheier et al. 2011), eine systematische Beschäftigung mit dem öffentlichen und politischen Handeln von Stiftungen findet im deutschsprachigen Raum aber nicht statt.

Ziel dieses Textes ist es, zu klären, welche Rolle Stiftungen als Akteure im politischen Raum spielen können bzw. sollen. Wir wollen folgende These verfolgen: Stiftungen sind nicht nur Problemerkener und -thematierer, sondern gleichzeitig auch politisch unabhängige, innovativ und langfristig denkende Experten um Lösungsstrategien zu entwerfen, diese öffentlich zu positionieren und politisch zu vertreten.

Öffentliche Legitimation von Stiftungen

Als Teil der organisierten Zivilgesellschaft können Stiftungen aber nur auftreten, wenn sie als „legitime und glaubwürdige Instanz“ (Roose/Adloff 2011: 3), die Interessen unabhängig und glaubhaft vertritt, wahrgenommen werden.

Wir schlagen einen öffentlichkeitstheoretischen Zugang zu dieser Frage vor. Bei Jürgen Habermas (1962, 2008) ist die Öffentlichkeit der eigentliche Ort kommunikativen Handelns. Mal hat diese die zentrale Funktion der Vermittlung von Themen aus der Zivilgesellschaft an die Politik, mal gilt sie als *Resonanzboden für gesellschaftliche Probleme*, mal soll in ihr die Aushandlung der Priorität von gesellschaft-

lichen Themen geschehen. Öffentlichkeit konstituiert sich als ein spezifisches Kommunikationsforum, das auf der Basis des Austauschs von Informationen und Meinungen durch Personen, Gruppen und Organisationen eine Themenagenda an die Politik weitergibt und so eine Vorselektion von zu entscheidenden Themen vornimmt. Über die Legitimation von Themen und Akteuren wird in der Debatte selbst entschieden. Der herrschaftsfreie Diskurs und die Offenheit von Diskussionen sind der Kern seines Verständnisses von Zivilgesellschaft. Stiftungen können in diesem Sinne zweierlei tun: Sie treten als Akteur der politischen Kommunikation öffentlich für ihre Themen ein und erringen gleichzeitig durch diese öffentliche Positionierung Legitimation.

Fünf weitere Dimensionen können die öffentliche Legitimation von Stiftungen hebeln: 1) Transparenz, 2) Glaubwürdigkeit, 3) Vertrauen, 4) Unabhängigkeit und 5) langfristiges Handeln.

ad 1) Öffentliche Akteure müssen zunächst darlegen, dass „sie selbst nicht im partikularen Eigeninteresse handeln (...), sondern kollektive, die Allgemeinheit betreffende Ziele verfolgen“ (Gerhards/Neidhardt 1993: 75). Stiftungen sprechen offen über ihre Arbeitsschwerpunkte, ihre Projekte, ihre Ziele und über ihre Finanzierung und erlauben so eine öffentliche Beurteilung von Partikularinteressen. Die von der Mitgliederversammlung des Bundesverbands Deutscher Stiftungen im Jahr 2006 verabschiedeten „Grundsätze guter Stiftungspraxis“ definieren Transparenz als einen „Ausdruck der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und als ein Mittel zur Vertrauensbildung“. Ebenso hat der Verband 2010 die Initiative „Transparente Zivilgesellschaft“ mit ins Leben gerufen.

ad 2) Die Glaubwürdigkeit hängt an den Tätigkeiten von Stiftungen: Die Förderung von wissenschaftlicher Expertise legitimiert öffentliche Positionierungen einer Stiftung genauso wie von ihr ins Leben gerufene oder geförderte Praxisprojekte. Damit stärkt sie nicht nur ihre Glaubwürdigkeit, sondern auch ihr eige-

nes Know-How und schafft Vertrauen bei Stakeholdern und Öffentlichkeit.

ad 3) Die Legitimität einer Stiftung ist aber essentiell an jenes Vertrauen gebunden, das Andere ihr schenken. Vertrauen ist in modernen Gesellschaften nicht mehr nur „hinreichende“, sondern „notwendige“ Bedingung ihrer Legitimation (Anheier et al. 2011: 97). Darüber entschieden wird in der öffentlichen Debatte selbst. Vertrauen gewinnen Akteure, indem sie verlässlich die Erwartungen wichtiger Bezugsgruppen erfüllen (Bentele 1994). „Vertrauenswürdigkeit gründet auf der Erfahrung erwartungskonformen Handelns. (...) Erfüllte Erwartungen produzieren Vertrauen, Vertrauen produziert Reputation“, also den *guten Ruf* einer Stiftung (Eisenegger/Imhof 2009: 250).

ad 4) Stiftungen können zwar politisch agieren, sie haben aber den Vorteil außerhalb des etablierten Parteien-, Regierungs- und Verwaltungssystems zu arbeiten. Dies „schafft die Möglichkeit zur Unterstützung von Themen, die von der allgemeinen Politik“ auf die lange Bank geschoben werden (Anheier/Appel 2004: 13). Diese Unabhängigkeit erlaubt es klare Positionierungen und Lösungsstrategien zu präsentieren und nachhaltig zu verfolgen.

ad 5) Das Potential langfristig zu handeln, prädestiniert Stiftungen zu politischem Engagement mit Weitblick. Kocka (2004) geht gar so weit, eine Unterscheidung zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Politik einzubauen: Stiftungen bringen „in das oftmals sehr temporäre, auch wenig verbindliche, äußerst fluide bürgerschaftliche Engagement der Vereine, Initiativen und NGOs einen Schuss Nachhaltigkeit ein“. Stiftungen formulieren nicht nur Ideen, sondern entwickeln nachhaltige Strategien und bringen diese in den Politikprozess ein. Akteure mit langem Atem besitzen in langwierigen Prozessen höhere Durchsetzungschancen.

Unseres Erachtens legitimiert sich die politische Arbeit einer Stiftung dadurch, dass sie sich auf der Basis eigener Kompetenzen und Praxiserfahrungen für gesellschaftspolitische Themen und Ziele einsetzt, Lösungsstrategien

entwickelt, dafür Aufmerksamkeit schafft, andere relevante öffentliche Akteure von der Lösung überzeugt und mobilisiert und damit politische Wirkung erzielt.

Stiftungen als Akteure im politischen Raum

Nachdem wir Legitimationsaspekte der politischen Arbeit von Stiftungen beschrieben haben, wollen wir nun wissen, auf welchen Ebenen des Politischen Stiftungen arbeiten (können). Versteht man Politik seinem griechischen Ursprung nach als soziales Handeln, das das Zusammenleben der Menschen regelt, dann ist Stiftungsarbeit per se *politisch*. Grundsätzlich bestimmt der Stiftungszweck den politischen Aktionsradius. Unser Eindruck ist, dass die meisten Stiftungen in Deutschland sich nicht als politisch bezeichnen würden, weil ihre Arbeit auf *mildtätige Zwecke* oder die *Förderung der Allgemeinheit* festgelegt ist. Dennoch haben viele dieser Engagements eine politische Wirkung. Fördert eine Stiftung aber Bildungsinitiativen in einer Region, bringt sie damit zugleich Bildungsthemen auf die öffentliche Agenda und setzt die Politik unter Handlungsdruck. Konkretisiert man die Funktion der Politik auf die Produktion allgemein verbindlicher Entscheidungen (Luhmann 2000), ist klar, dass Stiftungen keine politischen Entscheidungen treffen. Sie können aber sehr wohl auf gesellschaftliche Probleme reagieren. Zumindest sollte dies ihr Anspruch sein und sie sollten sich kontinuierlich fragen, ob sie diesen auch erfüllen.

In welchen Dimensionen des Politischen sind Stiftungen nun aktiv? In ihrer strategischen Arbeit müssen Stiftungen die *Polity*-Ebene, also die Rahmenbedingungen politischen Handelns, immer mitdenken. Um Ansatzpunkte für ein Thema zu finden, muss eine Stiftung wissen, welche Institutionen für Entscheidungen verantwortlich sind. Schildern Stiftungen nicht nur Probleme, sondern entwickeln auch Politikvorschläge, wie ein Problem dauerhaft gelöst werden kann, sind die rechtlichen und gesetzlichen Grundlagen so-

wie das Wissen, wer entscheidet, die Basis ihrer Vorschläge.

Ihren Schwerpunkt sehen Stiftungen am ehesten auf der *Policy-Ebene*. Sie beschreiben sich als Spezialisten für die Identifikation von gesellschaftlichen Problemen und deren Definition. Dazu ist ein Sensorium notwendig, das es erlaubt, Problemlagen zu identifizieren und die Kompetenz Lösungsstrategien zu erarbeiten. Andere zivilgesellschaftliche Akteure sind zwar auch gut darin, Probleme zu identifizieren und zu definieren, Stiftungen sollten dank ihrer Ressourcen aber in der Lage sein, komplexe Probleme langfristig zu bearbeiten und politisch verwertbar zu machen.

Um Strategien zu erarbeiten, können Stiftungen selbst die Kompetenz besitzen, sie können aber ebenso wissenschaftliche Projekte fördern, Praxisprojekte etablieren, Partnerschaften und Kooperationen mit anderen Expertenorganisationen eingehen und mit Kommunikations-Projekten die Öffentlichkeit sensibilisieren. Sie erproben die Erfolgsaussichten ihrer Lösungen in Modellversuchen und evaluieren die Ergebnisse. „Es kommt auf den richtigen strategischen Mix von Denken, Handeln und Kommunizieren an“ (Wilkens 2012: 24). Stiftungen präsentieren gute Argumente und Belege dafür, warum und welche Politikentscheidung gefällt werden soll. Die Entscheidung trifft die Politik, Stiftungen können aber Aufmerksamkeit für wichtige Themen organisieren und versuchen öffentlich und politisch zu überzeugen.

Stiftungen haben sich also als Policy-Spezialisten etabliert. Zurückhaltend werden sie allerdings dann, wenn es darum geht, die entwickelten Politikinhalt in den politischen Prozess einzuspielen, also Politics zu betreiben. Nun ist es natürlich im Politics-Bereich am *ungemütlichsten*, geht es hier doch um die Aushandlung und Durchsetzung von Interessen. Hier kommt der der Politik ureigene Code ins Spiel: Um Politikentscheidungen zu treffen, benötigen Organisationen Macht. Diese legitimiert sich wiederum durch Wahlerfolge. Stiftungen treten natürlich nicht bei Wahlen

an und es ist auch klar, dass sie nicht auf der Politics-Ebene agieren sollten und Macht beanspruchen. Stiftungen machen keine Politik. Und dennoch: setzen sich Stiftungen beispielsweise zum Ziel, reformerisch und gestaltend tätig zu sein, müssen sie sich zumindest an die Schnittstelle von Policy und Politics bewegen und politische Kommunikation betreiben. Ihre auf der Policy-Ebene entwickelten Inhalte verbleiben ansonsten dort und finden nicht den Weg in die politischen Entscheidungsprozesse.

Fazit

Stiftungen in Deutschland schöpfen ihr Potential, ihre Positionen in der öffentlichen Debatte zu verankern und Politik und Gesellschaft von der Wichtigkeit ihrer Themen zu überzeugen, nicht aus. Grundsätzlich sind Stiftungen aber in einer idealen Lage, Themenanwaltschaft zu übernehmen und Strategien zu entwickeln um ihre gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Denn sie sind nicht in die oft trägen Strukturen von Politik und Verwaltung und traditioneller Politikberatung eingebunden und sollten deshalb eine flexible, innovative und schnell handlungsfähige Organisationsform sein.

Stiftungen, die eine gestaltende politische Rolle übernehmen wollen, müssen in ihrer strategischen Arbeit auf der Policy-Ebene identifizieren, auf welche Institutionen und Gesetze ihre Vorschläge zielen. Sie benötigen dann auf der Policy-Ebene die Kompetenz, Lösungen zu entwickeln durch einen strategischen Mix aus Wissenschafts- und Praxisprojekten, der Förderung oder Etablierung von Partnern und mit Kommunikationsprojekten. Wollen Stiftungen aber ebenso als Akteure im politischen Raum agieren und ihre Themen mit Nachdruck vertreten, müssen sie sich an die Schnittstelle von Policy und Politics begeben und die Instrumente der politischen Kommunikation strategisch nutzen.

Politische Kommunikation betreiben nur jene Stiftungen, die im politischen Prozess auch eine gestaltende Rolle übernehmen wollen.

Insofern lassen sich Stiftungen in Deutschland anhand ihres Willens zur politischen Kommunikation ausdifferenzieren: 1) in jene Stiftungen, die sich insbesondere in den jeweiligen gesellschaftlichen Problembereichen engagieren, 2) in jene Stiftungen, die auf der Policy-Ebene arbeiten und Ideen und Lösungsstrategien entwickeln und 3) in jene Stiftungen, die sowohl in den Problembereichen als auch auf der Policy-Ebene arbeiten und zudem noch einen gestalterischen Willen an der Schnittstelle zwischen Policy und Politics besitzen. Diese dritte Kategorie von Stiftungen muss die Instrumente der politischen Kommunikation strategisch nutzen. Stiftungen sind also oft schon politischer, als sie selbst denken oder vielleicht zugeben wollen.

Markus Rhomberg ist Politik- und Kommunikationswissenschaftler. Seit 2010 ist er Juniorprofessor für Politische Kommunikation an der Zepplin Universität Friedrichshafen. Kontakt: markus.rhomberg@zu.de

Andre Wilkens leitet das ProjektZentrum Berlin der Stiftung Mercator und ist deren Direktor Strategie. Kontakt: andre.wilkens@stiftung-mercator.de

Literatur

Adloff, Frank/Strachwitz, Rupert 2011: Eine Privilegierung von Stiftungen - wozu? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 24, Heft 1, 55-65.

Anbeier, Helmut/Beller, Annelie/Haß, Rabea 2011: Accountability und Transparenz des Dritten Sektors in Deutschland: Ein Paradox? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 24, Heft 3, 96-105.

Bentele, Günther 1994: Öffentliches Vertrauen - normative und soziale Grundlagen für

Public Relations. In: *Armbrecht, Wolfgang/Zabel, Ulf* (Hg.): *Normative Aspekte der Public Relations*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 131-158.

Eisenegger, Mark/Imhof, Kurt 2009: Funktionale, soziale und expressive Reputation - Grundzüge einer Reputationstheorie. In: *Röttger, Ulrike* (Hg.): *Theorien der Public Relations*. Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung. Wiesbaden: VS Verlag, 243-264.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm 1993: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. In: *Langenbucher, Wolfgang* (Hg.): *Politische Kommunikation*. Wien: Facultas, 31-89.

Habermas, Jürgen 1990 (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen 2006: Political Communication in Media Society: Does Democracy Still Enjoy an Epistemic Dimension? The Impact of Normative Theory on Empirical Research. In: *Communication Theory*, Jg. 16, Heft 4, 411-426.

Kocka, Jürgen 2004: Die Rolle der Stiftungen in der Bürgergesellschaft der Zukunft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 14, 3-7.

Korte, Karl-Rudolf 2013: Politische Kommunikation. <http://karl-rudolf-korte.de/xd/public/content/index.html?pid=243> (23.05.2013).

Lubmann, Niklas 2000: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Roose, Jochen/Adloff, Frank 2011: Geld stinkt nicht. Zivilgesellschaft zwischen Abhängigkeit und Autonomie. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 24, Heft 1, 3-6.

Wilkens, Andre 2012: Don't mention the P-Word. In: *Stiftung & Sponsoring*, Heft 5, 24-25.

Soziale Krise und Demokratie

In Zeiten, in denen das Regierungsoberhaupt eines der wirtschaftlich mächtigsten Staaten der Welt postuliert, man müsse parlamentarische Mitbestimmungsprozesse derart gestalten, dass sie marktkonform seien, und in Europa vielerorts Parlamente von der Seitenlinie aus zusehen, wie nationale Exekutiven und internationale Organisationen sie ihres Königsrechts entmächtigen, erscheint es dringend notwendig, das Verhältnis von sozialen Rechten, politischer Mitbestimmung und Kapitalismus vor dem Hintergrund der allseits bekannten Krise neu zu diskutieren. Dies und nicht weniger lag im Zentrum des Erkenntnisinteresses der von Oliver Eberl (TU Darmstadt) und David Salomon (Universität Siegen) in Kooperation mit der Hans-Böckler Stiftung organisierten Konferenz *Soziale Krise und Demokratie*, die am 5. und 6. Juli in Darmstadt stattfand.

Die postdemokratische Diagnose

Orientiert an der maßgeblich von Colin Crouch geprägten Diagnose der *Postdemokratie*, oder Wolfgang Streecks *Spätzeit der Demokratie*, standen die Veränderungen politischer Mitbestimmung und die sich damit mitverändernden Formen sozialer Rechte und Teilhabe im Mittelpunkt der Diskussion, die vor allem im Kontext des Kräfteverhältnisses zwischen Demokratie und Kapitalismus geführt wurde. Werden politische Prozesse zunehmend ausgehöhlt, gar entdemokratisiert? Werden die Erfordernisse des Marktes (oder sind sie bereits) absolut richtungsweisende Kriterien für Politik, denen diese sich unterordnen muss? Bestimmt wirtschaftliche Macht über informelle Zugangsmöglichkeiten die politische Agenda? Ist der lange latent gehaltene Gegensatz zwischen Kapitalismus und Demokratie doch so unüberwindbar, dass soziale Marktwirtschaft nicht länger Teilhabe und Mitbestimmung garantiert? Oder ist der Kapitalismus von der

Demokratie und ihrem inhärenten Versprechen von Gerechtigkeit und dem guten Leben für alle abhängig, verrohe er doch sonst und entziehe sich selbst die Grundlage. Wie immer man auf die o.g. Fragen antworten mag, ihre Relevanz ist unbestritten. Die Konferenz diskutierte diese Fragen mit VertreterInnen verschiedener Fachrichtungen. Diese Interdisziplinarität war zweifelsohne eine besondere Leistung der durchweg gut besuchten Veranstaltung. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Neujustierung von demokratischen Prozessen im Zuge der Krise nicht nur aus akademischer Perspektive theoretischer Einordnung bedarf, sondern auch realpolitische Relevanz hat, kamen Vertreter der Politischen Theorie, der empirischen Sozialwissenschaft, als auch der politischen Praxis zu Wort, um das Feld aufzubereiten. Diskutiert wurden sowohl die Entwicklung sozialer Rechte und demokratischer Mitbestimmung im historischen und modernen Kapitalismus, postdemokratische Neujustierungen und deren politische Folgen, welche von Elitenreproduktion, Rechtsextremismus und sinkender Wahlbeteiligung über ein reduziertes Potenzial wirtschaftlicher Mitbestimmung reichten, als auch die Wirkungsmöglichkeiten von Gewerkschaften und Kirchen im postdemokratischen Zeitalter sowie die Rolle des Sozialstaats.

Das Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus

Der erste Teil der Tagung griff den Themenkomplex aus einer theoretischen Sichtweise auf und thematisierte vor allem die Entwicklung und das Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus. Sonja Buckel referierte über das historisch gewachsene und sich stetig ändernde Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie. Dabei blieb vor allem ihre Kritik an einer *verkürzten Kapitalismuskonzeption* für den Rest der Tagung von Bedeutung, indem sie betonte, dass Kapitalismus in all seinen Facetten und Nebenschauplätzen verstanden werden muss um die politischen Konsequenzen und Handlungserfordernisse

richtig einschätzen zu können. Kolja Möller schloss mit einem Vortrag über die Konstitutionalisierung globaler sozialer Rechte an. Er kritisierte die Schwäche der postdemokratischen Debatte, sich vor allem auf den nationalstaatlichen Kontext zu beziehen und führte aus, wie die Dominanz suprastaatlicher Institutionen mit eigenen, oftmals marktkonformen Verfassungsordnungen, die Konstitutionalisierung der Macht des Volkes in den nationalen Verfassungen untergräbt und somit letztendlich einem schleichenden konstitutionellen Formwandel gleichkommt.

Ingolfur Blühdorn stellte die Frage, ob wir auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftsvertrag seien. Er argumentierte, dass wir uns nicht von der Demokratie per se abwenden, sondern sie vielmehr ihre Form, von einer sozialen hin zu einer reaktiven Demokratie ändert. Diese ist geleitet von der Idee des *effizienten Regierens* in entgrenzten Räumen, mit Partizipationsmöglichkeiten die vielmehr darauf abzielen, das zu legitimieren, was sowieso passiert und vielmehr an neoliberalen Ideen ausgerichtet ist und letztlich vor allem zu einem Instrument Mächtiger wird, ihre Macht abzusichern. Blühdorn attestierte, dass dies, obgleich die reaktive Demokratie sich vom demokratischen Ideal entferne, nicht das Ende der Demokratie sei, sondern vielmehr ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis stelle. Die Veränderungen politischer Prozesse wurden auch im folgenden Vortrag von Hauke Brunkhorst thematisiert, der *Europas Weg vom demokratischen Kapitalismus zur kapitalistischen Demokratie* schilderte. Er zeigte auf, dass in der kapitalistischen Demokratie das Paradigma vorherrsche, alle Wertesphären und Gesellschaftsformen für Reformen nach BWL-Gesichtspunkten zu öffnen und damit die Gesellschaft auf ökonomische Rationalisierung zu reduzieren.

Klaus Dörre und Sighard Neckel befassten sich vor allem mit den Prozessen, durch die Kapitalismus Demokratie verändert. Dörre argumentierte mit Rückgriff auf Rosa Luxemburg, dass sich die kapitalistische Entwicklung

als Abfolge von Landnahmen verstehen lässt, da sich der Kapitalismus nicht auf eigenen Grundlagen reproduzieren kann, sondern auf Okkupation eines nichtkapitalistischen Anderen angewiesen ist. Die neue, vom Finanzkapitalismus geprägte Landnahme wirkt über ein System von Bewährungsproben, welche entdemokratisierend wirken und denen ein heimatloser Antikapitalismus gegenübersteht. Der Finanzmarktkapitalismus stand auch im Zentrum Sighard Neckels Vortrag. Basierend auf der Beobachtung, dass die gesellschaftlichen Basen, auf denen Demokratie und Kapitalismus koexistierten, durch die Krise untergraben werden, konstatiert Neckel einen Souveränitätsverlust der Demokratie gegenüber dem Finanzmarkt. Als Markt, auf dem ohne unternehmerisches Risiko (und einer damit inhärenten Verantwortung gegenüber Abhängigen) Gewinne erzielt werden, bedeutet der Finanzmarktkapitalismus einen Rückfall in ein vor-demokratisches Zeitalter, der im Rahmen der modernen politischen Institutionen stattfindet und den Neckel mit Rückgriff auf Jürgen Habermas' früher Theorie als *Refeudalisierung der modernen Gesellschaft* beschreibt.

Die politischen Konsequenzen von Postdemokratie

Die Vorträge im zweiten Teil der Tagung befassten sich vor allem mit den politischen Konsequenzen der zunehmenden Kapitalisierung demokratischer Prozesse und möglichen Gegenreaktionen.

Michael Hartmann zeigte in seinem Vortrag, wie Postdemokratie die Reproduktion von Eliten systematisch fördert und welche Konsequenzen dies für das politische Agenda Setting hat. Er argumentierte, dass parlamentarische Demokratie vor allem entleert sei, weil Entscheidungen vornehmlich in Elitenzirkeln getroffen werden und sich eine weitgehende politische Apathie in der breiteren Bevölkerung verfestigt hat. Mit Rückgriff auf Ergebnisse einer von ihm durchgeführten empirischen Studie zeigte er, dass Eliten fundamental anders über soziale Probleme denken als der Rest der

Bevölkerung. Die postdemokratische Konstellation schafft nunmehr günstigere Voraussetzungen für Eliten ihre Präferenzen durchzusetzen, weil Politik, vornehmlich die Bundesexekutive, sich im Laufe der Jahrzehnte verbürgerlicht hat. Dies führt zu einer zunehmenden Homogenität der politischen Agenda zugunsten des Bürgertums, die zu Lasten der nichtelitären Bevölkerungskreise geht – Prozesse, die ohne gesellschaftlichen Druck zu einer Verfestigung dieser Konstellation führen werden.

Anschließend zeigte Oliver Decker den Zusammenhang zwischen Legitimationsproblemen des demokratischen Systems und ihren Folgen in Form einer Zunahme von rechtsextremen Einstellungen auf. Er argumentierte, dass mit der zunehmenden Ökonomisierung politischer und gesellschaftlicher Prozesse die Gegenwartsgesellschaft ihre Legitimation realiter nicht aus demokratischen Teilhabemöglichkeiten erhält, sondern aus ökonomischen Partizipationsmöglichkeiten. Fallen diese im Zuge der Krise, und damit der aus ihnen resultierende Wohlstand und die Heilsbringung materieller Güter weg, legt dies antidemokratische Haltungen frei, wie Oliver Decker mit Hilfe von Interviewdaten ergründete.

Einen Fokus auf die Konsequenzen von zunehmender Liberalisierung der Politik auf Partizipationsverhältnisse legten auch die beiden Vorträge von Armin Schäfer sowie von Ulrich Brinkmann und Oliver Nachtwey. Armin Schäfer stellte empirische Ergebnisse vor, die den Zusammenhang zwischen ökonomischer Deprivation und politischer Entfremdung aufzeigten. Er verdeutlichte, dass eine höhere Einkommensungleichheit zu einer überproportional gesunkenen Wahlbeteiligung bei Einkommensschwachen führt, wobei hier eine genauere Ergründung des Mechanismus dieses empirischen Befundes einen großen Beitrag zur Debatte um Demokratie und Kapitalismus leisten kann. Diesen Sachverhalt weiter allgemein als *Politikverdrossenheit* zu bezeichnen, verschleiert also, dass die sozial Schwachen sich nicht mehr angesprochen und repräsentiert

fühlen, während die sozial Starken weiter von der möglichen Durchsetzung ihrer Interessen durch Wahlen ausgehen.

Ulrich Brinkmann und Oliver Nachtwey referierten über die Folgen von Postdemokratie auf betriebliche Mitbestimmung als zentrale demokratische Teilhabeform in den industriellen Beziehungen. Durch neue, von einem liberalen Dogma geprägte Formen der Unternehmenssteuerung und einer zunehmenden Deregulierung von Beschäftigung am Rande des Arbeitsmarktes manifestiert sich Postdemokratie in der industriellen Sphäre vor allem als Repräsentationsdefizit sozialer Gruppen durch reduzierte Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung.

Nach den vielfach diagnostizierten Konsequenzen postdemokratischer Verhältnisse auf realdemokratische Partizipationsmöglichkeiten, nahmen sich die nächsten beiden Referenten der Frage an, wie Gewerkschaften und Kirchen im Rahmen dieser Diagnose handeln können. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, konstatierte, dass sich Gewerkschaften im postmodernen Finanzmarktkapitalismus zunehmend zu *entkernten Fassaden-Organisationen* entwickeln. Durch die Entkopplung der Gewerkschaften von politischen Mitte-Links-Parteien, Eigenheiten des deutschen Krisenkorporatismus und einer zunehmenden Atypisierung von Beschäftigung, stehen diese vor besonderen organisationspolitischen Herausforderungen. Diese müssen gelöst werden, um eine Reaktivierung und Revitalisierung gewerkschaftlicher Macht und gesellschaftlicher Bündnispartner für gute Arbeit und demokratische Mitbestimmung zu ermöglichen.

Hermann-Josef Große Kracht referierte über mögliche Impulse die von der Katholischen Soziallehre ausgehen könnten, um soziale Demokratie zu festigen. Er wies darauf hin, dass Gemeinwohl als Norm weiterhin wichtig im Diskurs um Solidarität sei, kam aber zu dem ernüchternden Schluss, dass die katholische Sozialtradition de facto nicht mehr gepflegt wird und es keine innovativen theoretischen

Beiträge gibt, die sich als genuin katholisch im gesellschaftstheoretischen Diskurs ausmachen ließen.

Das letzte Panel der Veranstaltung hatte den Sozialstaat im Blick, der mit seinem impliziten und expliziten Versprechen nach Umverteilung, Gerechtigkeit und Teilhabe unabdingbar für moderne Demokratien ist. Stephan Lessenich zeigte den Einfluss von Postdemokratie auf sozialstaatliche Tätigkeiten exemplarisch an der Aufwertung der Zukunft zulasten der Gegenwart auf. Er argumentierte, dass die stärkere Betonung von Eigenverantwortlichkeit als Teil von Sozialverantwortlichkeit in sozialstaatlicher Politik zu neuen Interventionsformen führt, durch die der Wohlfahrtsstaat die Rolle des *Humanaktivierers* einnimmt. Innerhalb dieses neuen Paradigmas wird die Zukunft zunehmend aufgewertet und sozialstaatliche Politik prioritär darauf ausgerichtet, nachhaltig und generationengerecht gestaltet zu sein. Dieser Duktus, so argumentiert Lessenich, führt aber zu einer Dethematisierung intragenerationeller, akuter Ungleichheit und verhindert so politische Umverteilung, die nur durch eine Entmystifizierung der Zukunft und eine Repolitisierung der Gegenwart gesehen kann.

Michael Hirsch plädierte dafür, die Krise der Demokratie nicht losgelöst von der sozialen und der Geschlechterfrage her zu denken. Diese finden Ausdruck in den Formen von Arbeits- und Geschlechterverträgen, die das Verhältnis von Individuen in einer Gesellschaft je nach ihrer Ausgestaltung entweder demokratisieren oder entdemokratisieren können.

Hirsch argumentierte, dass unter der neoliberalen Hegemonie der Erwerbsarbeit die Selbstachtung von Individuen stark unter Druck gerät, sich auf Kosten anderer Freiheiten der Aktivierung am Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Er plädierte dafür, dass Politikwissenschaft sich stärker darum bemühen müsse, Kriterien für neue Leitbilder, die mit den vorherrschenden Beschäftigungs- und Wachstumsparadigmen brechen, einzubringen. Hirsch sah diese vor allem in Ansätzen der radikalen Demokratie, die feministisch, kulturempanzipatorisch, ökologisch und egalitär sind.

Ausblick

So facettenreich das Zusammenspiel zwischen Kapitalismus und Demokratie, so facettenreich sind die soziale Krise und die Konsequenzen die sich aus ihr ergeben, ob realpolitisch oder demokratietheoretisch. Die von Oliver Eberl und David Salomon organisierte Tagung hat eindrucksvoll bewiesen, dass sich einzelne sozialwissenschaftliche Disziplinen dieser Facetten auch in Zukunft gemeinsam annehmen sollten. Nicht nur wegen ihrer akademischen Komplexität, sondern vielmehr um oft erbetene, konstruktive Beiträge zu den realpolitischen Problemlagen bieten zu können.

Katharina Grabietz schloss ihr Studium 2013 mit einem *MPhil* in *Comparative Social Policy* an der University of Oxford ab. Kontakt: katharina.grabietz@gmx.de

Anmerkung der Redaktion: Die Tagung wird Schwerpunkt des Heftes 01/2014 sein.

Oppositionelle in Russland – der Bolotnaja-Fall

In Russland mehren sich seit einigen Monaten Verfahren gegen Oppositionelle; insbesondere AktivistInnen aus der linken Szene sind hierbei bedroht. Gegen mehrere AktivistInnen, die im Rahmen des so genannten Bolotnaja-Falls in Moskau inhaftiert wurden, wurde Anklage erhoben. Ihnen wird die Organisation von und Beteiligung an Massenunruhen und Gewaltanwendung bei einer Demonstration am 6. Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau vorgeworfen. Bei der Demonstration in der Nähe des Kremls waren rund 80 Polizisten verletzt und zunächst über 650 Personen verhaftet worden. Das Verfahren hat im September begonnen, die Angeklagten, unter ihnen Alexej Gaskarov (s. Themenschwerpunkt), befinden sich nach wie vor in Untersuchungshaft. Amnesty International berichtet in der Oktoberausgabe ihres Journal über den Umgang mit Oppositionellen in Russland. www.amnesty.de/journal/2013/oktober/alles-unter-kontrolle.

Sorgenbericht der Atomgegner

Genau 30 Jahre nach Erscheinen des ersten „Sorgenberichts“ zum Umgang mit Atommüll und Atomanlagen, der 1983 als Entgegnung auf den Entsorgungsbericht der Bundesregierung von einem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen veröffentlicht worden war, liegt nun wieder ein Sorgenbericht zum Thema Atom vor. Der 240 Seiten starke Text bietet eine Bestandsaufnahme über Atommülllagerstandorte in Deutschland, über das eingelagerte Inventar sowie über die Transportwege des Atommülls. „Es gibt nicht ein Atommüllproblem, sondern tausende im ganzen Land“, so die Politikwissenschaftlerin und Mitautorin des Berichts, Ursula Schöneberger. So berichtet die Publikation etwa von rostenden Fässern im Fasslager Brunsbüttel, über Hausmülldeponien, auf denen Atommüll gelagert wird und über den Reaktordruckbehälter in Jülich, der so stark strahlt, dass er ein eigenes Zwischenlager benötigen wird. Der Sorgenbericht ist für 15 Euro über die Bürgerinitiative Lüchow-

Dannenberg per Mail bestellbar (www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=10084).

Lampedusa in Hamburg

Am 20. Juni 2013, UN-Weltflüchtlingstag, hat sich die etwa 300 Personen umfassende Gruppe der libyschen Kriegsflüchtlinge „Lampedusa in Hamburg“ mit einem Vorschlag an den Hamburger Senat und an die Öffentlichkeit gewandt, der die humanitäre Notlage der Flüchtlinge ändern soll. Die Forderung: eine Anerkennung als spezifische Gruppe vor dem Hintergrund des Kriegs – eine entsprechende Gruppenanerkennung ist durch § 23 des Aufenthaltsgesetzes jedem einzelnen Bundesland möglich. Wer die Kampagne § 23 unterstützen möchte, findet auf den Internetseiten der Gruppe eine entsprechende Briefvorlage und darüber hinaus Hintergrundinfos zur Situation von Flüchtlingen in Italien. <http://lampedusa-in-hh.bplaced.net/wordpress>
> Kampagne § 23

50 Anleitungen zum Bürgerprotest

50 Protestaktionen hat Harro Honolka in einer Publikation zusammengestellt, um die Zivilgesellschaft gegen „das Treiben der Banken, unakzeptable Großprojekte, Hungerlöhne, Datenmissbrauch, Mietenexplosion, Verbrauchertäuschung, Steuerflucht, fehlende Kindertagesstätten, Waffenlieferungen an Unterdruckerstaaten...“ zu wappnen. Die vorgestellten Aktivitäten reichen vom Stromanbieterwechsel über NGO-Mitgliedschaften und Konsum von Fair-Trade-Produkten bis zu Guerilla Gardening und der Gründung einer Bürgerinitiative. Das Buch kann für 14,90 Euro in der Printversion über den Westend-Verlag oder den Buchhandel bezogen werden – eine E-Book-Version ist für 8,99 Euro über die Seiten des Projekts bestellbar (www.anleitungen-buergerproteste.de). Dort wird zudem jede Woche eine andere Aktion vorgestellt. Der Gewinn des Verkaufs soll zivilgesellschaftlichen Akteuren gespendet werden. Der Autor freut sich außerdem über neue Aktionsideen.

Harro Honolka 2013: Jetzt reicht's! 50 Anleitungen zum Bürgerprotest. Was jeder gegen Missstände tun kann. Frankfurt a.M.: Westend, 14,90 Euro Printversion, 8,99 Euro E-Book.

Gerechtigkeitsindex – Deutschland ohne Chancen

Der neue Gerechtigkeitsindex des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) setzt das deutsche Gesellschaftssystem bei einem Vergleich von 28 Staaten auf Platz 7. Besser schneiden lediglich die skandinavischen Länder, Neuseeland und Österreich ab. In Hinblick auf Chancengerechtigkeit ist Deutschland jedoch nur durchschnittlich. Das Institut erstellt den Index unter Rückgriff auf 32 Einzelindikatoren, die sechs Gerechtigkeitsbegriffen zugeordnet sind, unter anderem der Leistungs-, Generationen- und Chancengerechtigkeit. Bei der Frage, ob alle Gesellschaftsmitglieder gerechte Chancen auf Bildung, Arbeit und Aufstieg haben, landet Deutschland mit Rang 14 zwar deutlich weiter vorne als im letzten Index von 2004, aber immer noch im Mittelfeld. Der Bericht kann über die Homepage des Instituts versandkostenfrei bezogen werden (www.iwmedien.de/bookshop).

Dominik H. Enste/Heide Haas/Jana Wies 2013: Internationaler Gerechtigkeitsindex – Analysen und Ergebnisse für 28 Industriestaaten. Analysen Nr. 91, Köln. 70 Seiten, 18,90 Euro.

Keine Profite mit der Miete

Immer mehr Menschen können sich die Miete in Städten nicht mehr leisten und werden, gemeinsam mit unkommerziellen Projekten wie soziale Zentren und Jugendclubs, an den Stadtrand gedrängt, Frei- und Grünflächen überbaut. Auch in dünner besiedelten Regionen verschlechtert sich die Lage der MieterInnen – hier lohnen Investitionen nicht, Infrastruktur und Wohnsubstanz zerfällt immer mehr. Die Wohnungsnot wird immer stärker, in Folge nehmen soziale Ungerechtigkeiten zu; Anlass genug für den zweiten Aktionstag gegen stei-

gende Mieten und Zwangsräumungen, der am 28. September 2013 bundesweit stattfand. Die Internetseite www.keineprofitemitdermiete.org bündelt Berichte zu den Aktionen an den verschiedenen Standorten sowie Pressemeldungen zu den Demos.

Ratgeber zum Bundesfreiwilligendienst

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat einen Ratgeber zum Bundesfreiwilligendienst zusammengestellt. Der Text informiert über Rechte und Pflichten rund um den Bundesfreiwilligendienst und gibt Tipps etwa für Bewerbungsgespräche. Die Info-Broschüre kann über den C.H.Beck-Verlag für 4,90 Euro bestellt werden und wird als PDF-Datei auf den Seiten der AWO kostenlos zur Verfügung gestellt. www.awo-freiwillig.de/freiwilligendienst/bundesfreiwilligendienst.

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (Hg.) 2013: Der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Freiwillig viel bewegen. München: C.H.Beck, 47 Seiten, 4,90 Euro.

Dossier zu Autonomen Nationalisten

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat ihrem umfangreichen Online-Dossier zum Thema Rechtsextremismus ein Kapitel über Autonome Nationalisten (AN) hinzugefügt. Rund ein Jahrzehnt ist diese nach klassischen Merkmalen äußerlich nicht mehr als Neonazis identifizierbare Gruppierung nun in Deutschland aktiv. „Der alternative Lifestyle wirkt auf Jugendliche einfach anziehender als dieses uralte Nazi-Skinhead-Ding“, so ein Aussteiger, der im Interview im Online-Dossier zu Wort kommt. Stattdessen kopieren Autonome Nationalisten den Stil, die Symbole und Aktionsformen der Linken, wie im Einstiegsvideo erläutert wird. Darüber hinaus bietet der neue Schwerpunkt Informationen über die Geschichte der militanten Gruppierung, die als äußerst gewaltbereit gilt und sich selbst als Nachfolger von Hitlers SA begreift. Das Rechtsextremismus-Dossier der Bundeszentrale umfasst inzwischen über 20 Schwerpunkte, unter anderem finden sich Beiträge zu Frauen im

Rechtsextremismus, zu rechtsextremen Mythen, zu Fußball und Rassismus oder zur rechten Musikszene. www.bpb.de/166420.

Foodsharing gegen Butterberge

„Lebensmittel teilen statt wegwerfen“ lautet das Motto der Aktion Foodsharing. Ihre Internetplattform (www.foodsharing.de) gibt Privatpersonen, Händlern und Produzenten die Möglichkeit, überschüssige Lebensmittel kostenlos anzubieten oder abzuholen. Die Suche über Stichworte kombiniert mit Postleitzahlen ermöglicht das Einstellen und Aufspüren von Lebensmitteln vor Ort. Über Foodsharing kann man sich auch zum gemeinsamen Kochen verabreden, um überschüssige Lebensmittel mit Anderen zu teilen, statt sie wegzuerwerfen.

Geschlechtergerechtigkeit stärken

Die Woman Major Group, eine der neuen von den Vereinten Nationen (VN) offiziell anerkannten zivilgesellschaftlichen Gruppen, setzt sich in einer im September 2013 durch die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in der Reihe FES Perspective veröffentlichten Studie mit den Sustainable Development Goals und der neuen Entwicklungsagenda auseinander, die ab 2015 die bisherigen Millennium-Entwicklungsziele ablösen. Darin kommen die Autorinnen zu dem Schluss, dass nachhaltige Entwicklung ohne eine integrierte Geschlechterperspektive nicht möglich ist. Nach wie vor werde jedoch, so die Einschätzung der Gruppe, die Frage der Geschlechtergerechtigkeit zugunsten von Wirtschaftsinteressen und Unternehmen marginalisiert. Die Entwicklung der Agenda sei nicht ausreichend transparent gestaltet, Frauen- und Menschenrechtsbewegungen sollten größere Einflussmöglichkeiten auf diesen Prozess haben. Die Studie ist als PDF-Datei kostenfrei auf den Seiten der FES abrufbar (www.fes.de/lnk/w1).

Women's Major Group 2013: Strengthening Gender Justice. Recommendations for the Sustainable Development Goals and the Post-2015 Development Agenda. FES Perspective (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Genitalverstümmelung

Seit 2011 hat sich Terre des Femmes dafür eingesetzt, dass die weibliche Genitalverstümmelung in den medizinischen Diagnoseschlüssel aufgenommen wird, damit die Folgekosten einer Genitalverstümmelung von den Krankenkassen getragen und so den Betroffenen besser geholfen werden kann - im September wurde nun der Diagnoseschlüssel 2014 veröffentlicht und die weibliche Genitalverstümmelung ist eingefügt. Die Aufnahme in den Diagnoseschlüssel bedeutet zudem, dass sich das medizinische Personal künftig mit den Erscheinungsformen und Folgen von weiblicher Genitalverstümmelung befassen muss und das Thema mehr Raum in der medizinischen Ausbildung erhalten wird. Terre des Femmes hatte in diversen Aktionen hierfür gekämpft und mehr als 21.000 Unterschriften gesammelt. In Deutschland leben schätzungsweise 24.000 Frauen mit beschnittener und zum Teil eng zugenähter Vulva, über 6.000 Mädchen zählen zur „Risikogruppe Genitalverstümmelung“. Weiterführende Informationen auf den Seiten von Terre des Femmes unter www.frauenrechte.de > Themen & Aktionen > Genitalverstümmelung.

Initiativen gegen Rechtsextremismus

Über ein Jahr hat das gemeinnützige Beratungshaus PHINEO, unterstützt durch die Amadeu Antonio Stiftung, bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in Deutschland analysiert und gemeinnützige Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, besucht. Es sollte nach Best-Practice-Beispielen gesucht und herausgearbeitet werden, wie nachhaltig gegen rechte Einstellungen vorgegangen werden kann, und welche Handlungsansätze erfolgsversprechend sind. In Folge wurden insgesamt 17 Initiativen und Projekte für ihre Arbeit ausgezeichnet, darunter beispielsweise das Projekt ElternStärken, das Familien wie Fachkräfte der Jugendhilfe darin unterstützt, sicherer im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen zu werden. Weitere Initiativen helfen Aussteigern aus der

rechten Szene, veranstalten Projektstage an Schulen oder bilden Jugendliche zu Demokratieberatern aus. Die Projekte werden auf der Internetseite von PHINEO vorgestellt: www.phineo.org/empfohlene-projekte/engagement-gegen-rechts.

Ausschreibungen zu Vielfalt-Projekten

Das Projekt „Werkstatt Vielfalt“, das die Stiftung Mitarbeit für die Robert Bosch Stiftung ausführt, fördert mit insgesamt 7.000 Euro ausgewählte Projekte, die Brücken schlagen zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, sozialen oder religiösen Milieus. Anträge können etwa von Vereinen, Schulen, Migrantenorganisationen oder Jugendeinrichtungen gestellt werden und sollten eine Mindestdauer von 6 Monaten haben. Bewerbungen können bis zum 15.03.2014 eingereicht werden. Weitere Informationen und ein Antragsformular finden sich unter www.mitarbeit.de/werkstatt_vielfalt.html.

Partizipative Demokratie in Europa

Im November 2012 widmete die AG 9 „Engagement und Partizipation in Europa“ des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) der Frage, wie partizipative Demokratie in Europa gestaltet und wie insbesondere Artikel 11 des Lissabon-Vertrags umgesetzt werden kann, eine Fachtagung. VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik diskutierten dabei insbesondere, mit welchen Instrumenten und Verfahren ein „offener, transparenter und regelmäßiger Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ nach Art. 11 EUV realisiert werden kann. Die umfangreiche Dokumentation der Tagung ist nun als PDF erschienen und kostenlos erhältlich unter www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/Partizipative_Demokratie_in_Europa.pdf.

AG 9 »Engagement und Partizipation in Europa« des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2013 (Hg.): Partizipative Demokratie in Europa. Chancen für Bürgerbeteili-

gung nach dem Lissabon-Vertrag. Bericht des Fachworkshops der BBE-AG 9 „Engagement und Partizipation in Europa“.

No Country for Young Women

NoCountryForYoungWomen.com ist eine Internetseite, die Frauen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher sozialer Schichten und unterschiedlicher kultureller Herkunft darstellt und ihre Lebenswege und Karrieren nachzeichnet. Über hundert Frauen wurden bislang in Video-Interviews porträtiert. Das Multimedia-Projekt möchte das berufliche Leben von Frauen vorstellen und so inspirieren. Die dargestellten Frauen gehen den unterschiedlichsten Berufen nach, von Schriftstellerinnen über Architektinnen bis hin zu NASA-Ingenieurinnen.

Prekäre Beschäftigung

Erst Leiharbeit, jetzt Werkvertrag – so resümiert eine neue Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung die aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen. Nachdem Leiharbeit über Rechtsprechung und Tarifverträge strenger reguliert ist, verdrängen nun Werkverträge in einigen Betrieben und Branchen die regulären Beschäftigungsverhältnisse. Aufgaben, die bisher von der Stammbelegschaft übernommen wurden, werden vermehrt an externe Firmen gegeben. Deren Angestellte arbeiten dann aber an den Anlagen und Maschinen, an denen bislang die Stammbelegschaft des Auftraggebers tätig war. So ist es teils möglich, betrieblich festgelegte Ansprüche der Belegschaft – bezogen auf Tarife, Arbeitsrecht und Mitbestimmung – zu umgehen. Arbeitsbedingungen und Lohn verschlechtern sich hierbei, sogar Arbeitsschutzgesetze würden häufig verletzt, so Hartmut Klein-Schneider aus der Mitbestimmungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung und der Betriebsräteberater Kai Beutler. http://www.boeckler.de/42994_43002.htm

Forschen mit Grafstat – Partizipation vor Ort

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat ihrer Unterrichtsreihe „Forschen mit Grafstat“ das Projekt Partizipation vor Ort hinzugefügt. LehrerInnen wie SchülerInnen erhalten darin Hilfestellungen, Ideen und Informationen zur Durchführung und Auswertung eigener Aktionen. Zentrales Thema ist hierbei immer die Beteiligung Jugendlicher. Diese sollen hierüber Erfahrung darin sammeln, wie Mitbestimmung funktionieren kann, wo Probleme auftauchen und wie erfolgreiche Projekte und Ideen auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen werden können. www.bpb.de/139262.

Publikation: Blackbox Abschiebung

Geschichten von Leuten, die gerne geblieben wären, erzählt Miltiadis Oulios in seinem 2013 im Suhrkamp-Verlag erschienenen Band „Blackbox Abschiebung“. Darin entwickelt Oulios eine Theorie der Abschiebung. Der Autor geht der Frage nach, was Abschiebung eigentlich bedeutet, erzählt, was in einem Abschiebegefängnis passiert und fragt nach dem Sinn der Abschiebepolitik. Er ließ von Abschiebung bedrohte Menschen Fotos in Deutschland sowie in ihrer alten und neuen Heimat machen und porträtierte ihr Leben. Die Fotos waren Gegenstand einer gleichnamigen Ausstellung, die in vielen Städten in Deutschland zu sehen war bzw. sein wird.

Miltiadis Oulios 2013: Blackbox Abschiebung. Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären. Berlin: suhrkamp. 482 Seiten, 20,00 Euro.

Was tun gegen Gewalt?

Wie kann Zivilcourage unterstützt und gefördert werden? Welche zivilgesellschaftlichen Strategien gegen Gewalt sind sinnvoll? Diesen Fragen ging eine Fachtagung vom Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) nach, die am 23. und 24. August 2013 in Göttingen stattfand. Neben aktuellen Befunden aus der Gewalt- und Konfliktforschung wurden Themen wie Cybermobbing, Gewaltprävention in Schule und Beruf angesprochen und diskutiert, welche Rolle ehrenamtliche Arbeit im Sport bei der Vermeidung von Gewalt spielen kann. Die Dokumentation dieser Tagung sowie Präsentationen aus sämtlichen Workshops sind nun online zugänglich unter <http://www.buendnis-toleranz.de/cms/beitrag/10035892/425892/>.

Partizipation und Klimawandel

Weltweit verändert der Klimawandel die Ökosysteme und damit die menschlichen Lebensverhältnisse – komplexe Anpassungen an diese Änderungen, umfangreiche Klimaschutzprogramme und eine Ausgestaltung von nachhaltigen Gesellschaftsstrukturen werden notwendig werden. Wie dieser Prozess unter Einbezug unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteure gestaltet werden kann, ist Inhalt eines von Andrea Knierim, Stefanie Baasch und Manuel Gottschick im oekom verlag herausgegebenen Sammelbandes. Die Autorinnen und Autoren stellen darin Vor- und Nachteile unterschiedlicher Beteiligungsverfahren, dabei insbesondere regionalspezifische Erfahrungen, dar und geben Empfehlungen, wie künftige Partizipationsverfahren gestaltet werden können.

Andrea Knierim/Stefanie Baasch/Manuel Gottschick (Hg.) 2013: Partizipation und Klimawandel. Ansprüche, Konzepte und Umsetzung. München: oekom verlag. 294 Seiten, 34,95 Euro.

Rechtsextremismus in öffentlichen Diskursen

Schellenberg, Britta 2013: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. Wiesbaden. Springer VS.

Im Jahr 2007 wurde der sächsische Ort Mügeln innerhalb kürzester Zeit weltberühmt. Pogromartige Übergriffe auf Migranten, deren Begleiter und eingesetzte Polizeikräfte begleitet von rechtsextremen Parolen und Äußerungen lösten eine kontrovers geführte Debatte über den Vorfall und angemessene Reaktionen aus. Er beschäftigte die Bundespolitik und provozierte internationale Stellungnahmen. Dennoch ging die radikale Rechte auf lokaler Ebene gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hinaus: Mügeln entwickelte sich zum „Brennpunkt rechtsextremer Aggression in Sachsen und dem gesamten Bundesgebiet“ (305). Der Ort liefert damit ein herausragendes Fallbeispiel für die Ausbildung einer „rechtsradikale[n] Hegemonie“ (309) auf lokaler Ebene.

Der Fall Mügeln als Exempel

Den Fall Mügeln nutzt Britta Schellenberg im Rahmen ihrer Dissertationsschrift, um die öffentliche Thematisierung von Rechtsextremismus und deren Effekte auf die Entwicklung der radikalen Rechten zu untersuchen (15). Die Autorin geht davon aus, dass die Strukturen und Inhalte der öffentlichen Debatte einen Schlüssel zum Verständnis solcher Hegemoniebildungsprozesse darstellen. Sie sieht auch angesichts einzelner Studien – etwa von Heinz Lynen von Berg oder Werner Bergmann – erheblichen Forschungsbedarf, im Blick auf andere Untersuchungen etwa von Brosius, Esser und Eps sogar deutlichen Revisionsbedarf. Schellenberg stützt ihre qualitativ-induktive Fallstudie auf diskursanalytische Ansätze, auf Konzepte zur Narrativbildung und zur kollektiven Erinnerung und die Vorurteilsforschung

sowie in den empirischen Analysen insbesondere auf das Framing-Konzept und die Analyse von Argumentationsmustern.

Sie strukturiert ihren Untersuchungsgegenstand durch die Identifizierung einer Reihe zentraler Öffentlichkeitsakteure, die teilweise auf unterschiedlichen Ebenen im föderalen Gefüge der Bundesrepublik angesiedelt und intern durchaus vielgestaltig sind: Polizei und Staatsschutz, die lokale Politik, die regionale (Landes-)Politik, die Bundespolitik und die radikale Rechte sowie die Medien. Zeitlich differenziert Schellenberg die Debatte in drei Phasen: Phase 1 setzt mit dem Übergriff am 19. August 2007 ein und umfasst erste und unmittelbare Reaktionen. In Phase 2, die sich vom 31. August bis zum Februar 2008 erstreckt, haben sich die Positionen und Deutungen in den Grundzügen etabliert. Eine dritte Phase beschreibt schließlich die nachträgliche Erinnerung der Vorfälle und ihre Einbindung in spätere Debatten.

Etablierung einer „Anti-Rechtsextremismus-Norm“

Die Studie zeichnet ein geradezu mikroskopisches Bild der öffentlichen Debatte, wobei eine besondere Stärke in der Einbeziehung von polizeilichen Ermittlungsakten besteht, deren Ergebnisse für den Debattenverlauf folgenreich waren, obwohl sie nicht in Gänze veröffentlicht wurden. Es kann nicht überraschen, dass die Auswertung von Äußerungen eines breiten Akteursspektrums widersprüchliche und kontroverse Einschätzungen und Deutungen zu Tage fördert: Rechtsextremismus erweist sich als Konfliktthema, das von unterschiedlichen Akteuren in jeweils spezifischer Art und Weise und zur Beförderung zum Teil konträrer Perspektiven angesprochen – oder auch verleugnet – wird.

Schellenberg sieht auch im Verlauf der Debatte kaum Anzeichen für die Ausbildung eines gesellschaftsweiten Minimalkonsenses im Umgang mit Rechtsextremismus, sondern macht eine Spaltung der Debatte in zwei Lager aus. Auf der einen Seite stehen insbesondere

die Bundespolitik und die Medien und mit Einschränkungen auch die sächsischen Regionalparteien. Auf der anderen Seite findet sich nicht nur die radikale Rechte, sondern auch die lokale Politik in Mügeln.

Insbesondere gegenüber der Debattenlage in den frühen 1990er-Jahren mit der auch publizistisch oftmals aufgerufenen „Urtat“ in Rostock-Lichtenhagen lässt sich auf bundespolitischer Ebene ein nicht unerheblicher Lernprozess verzeichnen. Eine „Anti-Rechtsextremismus-Norm“ findet trotz einiger Ambivalenzen und Schwankungen eine recht deutliche Bekräftigung. Im Zuge veränderter Einschätzungen von Migration und Zuwanderung (Stichwort: Fachkräftemangel) und rechtlicher Rahmenbedingungen hat sich ein Leitbild eines vielfältigen und weltoffenen Deutschlands etabliert, das durch Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus flankiert wird und Debatten um ein NPD-Verbot stimuliert. Die mediale Thematisierung befördert frühzeitig ein Framing des Vorfalls in Mügeln als rechtsextrem, bleibt allerdings gegenüber einer Artikulation von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eher unauffällig. Hervorzuheben ist, dass Bezüge zur NS-Geschichte kaum hergestellt werden und die mediale Debatte in hohem Maße durch eine Ost-West-Kontroverse überformt wird.

Dissoziation von bundesdeutschen Normsetzungen

Auf landespolitischer Ebene erfolgt die Bekräftigung der Anti-Rechtsextremismus-Norm allerdings zögerlicher und auch widersprüchlicher. Rechtsextreme Tathintergründe werden zunächst nicht anerkannt und erst durch ihre Zurechnung zur NPD Teil des offiziellen Diskurses der Landespolitik. Zugleich wird die mediale Thematisierung von Rechtsextremismus jedoch als überzogen und hysterisch kritisiert und damit eine Deutung vorgenommen, die sich auf der lokalen Ebene und in der radikalen Rechten in Reinform wiederfindet und eine schleichende Erosion der bundespolitischen Normsetzungen anzeigt.

Die radikale Rechte, insbesondere die auch im Landesparlament vertretene NPD und die der Neuen Rechten nahestehende Zeitschrift „Junge Freiheit“, instrumentalisiert den Fall, um Unterstützung für ihre Deutungsangebote und ideologischen Interessen zu generieren. Ihre Versuche der Schuldumkehr und der Konstruktion eines völkischen Kollektivs, u.a. durch die Darstellung der Ostdeutschen als Opfergruppe, werden durch die Landespolitik nur eingeschränkt zurückgewiesen und stoßen insbesondere auf der lokalen Ebene auf erhebliche Resonanz.

Lokalpolitik als Gelegenheitsstruktur für die radikale Rechte

Eine zentrale diskursive Referenz, die erheblichen Einfluss auf den Debattenverlauf gewinnt, ist dabei ein Interview des Mügeln Bürgermeisters mit der „Jungen Freiheit“. Der Bürgermeister folgt einem nicht untypischen Handlungsmuster lokaler Politik, indem er zugunsten einer Deutung unspezifischer Gewalttätigkeit einen rechtsextremen Tathintergrund offensiv ausblendet oder als von außen kommend externalisiert. Im Selbstverständnis, sich schützend vor seine zu Unrecht diskreditierte Gemeinde zu stellen, werden Aufklärungsversuche delegitimiert. Im weiteren Verlauf transformiert sich dieses Abwehrmuster noch in Richtung einer partiellen Öffnung gegenüber der radikalen Rechten und einer Stigmatisierung kritischen Gegenengagements, was die Verfasserin als „paranoische, kollektivistische, ethnisch-nationalistische Position“ (91) beschreibt. In der Dissoziation der Lokalpolitik von bundespolitischen Normsetzungen macht sie damit eine zentrale Gelegenheitsstruktur für die Durchsetzung der Hegemonie der radikalen Rechten aus.

Polizeiliche Ermittlung als Vertuschung

Obwohl der unmittelbare Vorfall von vor Ort eingesetzten Polizeikräften zunächst als pogromartige Situation eingeschätzt wurde, die erst mit massiver Verstärkung beruhigt werden konnte, sieht die Verfasserin auch in der anschlie-

henden Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsschutz einen zentralen Einflussfaktor. Die ethnische Kategorisierung des Falls verfestigte sich, der rechtsextreme Kontext trat in den Hintergrund und es kam zu einer partiellen Täter-Opfer-Umkehr, indem die angegriffenen Inder und ihre „deutschen“ Begleiter unter den Verdacht gestellt wurden, die Ausschreitung selbst provoziert zu haben, während die Ermittlungen gegen die zunächst ausgemachten Tatverdächtigen zögerlich geführt wurden oder im Sande verliefen. Die Verfasserin erhebt hier schwerwiegende Vorwürfe gegen die Ermittlungsbehörden, die „einen rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierten Fall vertuschten. Die Opfer wurden zu Tätern stilisiert, Zeugen eingeschüchert und Ermittlungen gegen Tatverdächtige stümperhaft geführt“ (73f). Die Dissoziation von bundesdeutschen Normsetzungen auf der lokalen Ebene und in den Ermittlungsbehörden bildet nach Ansicht der Verfasserin damit eine Gelegenheitsstruktur, die die radikale Rechte für die erfolgreiche Durchsetzung völkischer Deutungen und Praktiken nutzen konnte. Die Studie bestätigt und differenziert insofern Einsichten, die in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus mittlerweile verstärkt ins Blickfeld gerückt sind. Ob der Breite des untersuchten Akteurspektrums und der Fülle identifizierter Argumentationsmuster und Frames bietet sie eine detailgenaue und tiefenscharfe Rekonstruktion einer Kontroverse, die vielfach tatsächlich typische Züge aufweist, obwohl mit der Fallauswahl eine Akzentsetzung auf die strategischen Erfolge der radikalen Rechten einhergeht, die durch zivilgesellschaftliche Gegenstrategien andernorts wirksam in Bedrängnis gebracht wird.

Dennoch soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Autorin ihre quellennahe Rekonstruktion in auffälliger Weise mit unvermittelt eingeführten, obwohl an vielen Stellen durchaus diskutablen Bewertungen durchsetzt, obwohl es ihr doch um eine sozialwissenschaftliche Analyse und nicht um einen strafrechtlichen Diskurs oder einen politischen Untersuchungsausschuss

geht. Die Kurzschließung von Verstehens- und Erklärungsfragen mit Schuldfragen mag zwar eine verständliche Distanzierung zu rechtsextremen Einstellungen zum Ausdruck bringen, geht aber auf Kosten der - gerade für die Entwicklung von wirksamen Gegenstrategien unverzichtbaren - begrifflichen Erschließung. Abgesehen von dem Umstand, dass ein sorgfältiges Lektorat dem Text gut getan hätte, hätte die Studie von einem weiteren Schritt aus der Versenkung ins Material und den Einzelfall profitieren können. Interessant wären eine stärkere Ausbeutung der zumeist klug gewählten konzeptionellen Grundansätze und -ideen und eine Bergung der nicht nur für die Rechtsextremismusforschung systematisch relevanten Erträge. Spinozas Empfehlung „nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen“ könnte ein guter Ratgeber auch beim Blick in völkische Abgründe der deutschen Provinz und deren Bild in der Öffentlichkeit sein.

Albrecht Lüter, Berlin



Industriearbeiter denken anders

Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hg.) 2013: Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg: VSA Verlag.

Denken Industriearbeiter anders, je nachdem ob sie im Westen oder im Osten arbeiten? Haben sie überhaupt noch ein kollektives Arbeitnehmerbewusstsein? So könnte die erste Frage lauten, sieht man den neuen Sammelband „Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen“ der HerausgeberInnen Klaus Dörre, Anja Happ und Ingo Matuschek. In der Einleitung machen die HerausgeberInnen deutlich, dass in diesem Band Forschungen aufgenommen wurden, die leider seit den 1980er Jahren

in vielen deutschen Universitäten verschwunden sind. Gab es bis dahin noch umfassendere Analysen zum Bewusstsein der Arbeiter und Angestellten, wurde das Feld mehr und mehr zu einem Nischenthema. Der Sammelband ist keine neue Darstellung von Ergebnissen, vielmehr versucht er, bereits vorhandene Analysen von WissenschaftlerInnen der Universität Jena zusammenzubringen und neue Erkenntnisse in der Arbeiterbewusstseinsforschung zu gewinnen.

Dabei wird zunächst ein ausführlicher historischer Kontext dargestellt, in dessen Weiterführung sich dieser Sammelband versteht. Zentral sind hierbei die Fragen, ob sich der Unterschied zwischen Kapital und Arbeit aufgelöst hat, und, welche Folgen dies zum einen für die arbeitende Bevölkerung, zum anderen für die gesamte Gesellschaft hat.

Warum nicht ganz Europa streikt – aktuelle Situation

Die Einleitung bleibt nicht bei historischen Erklärungen stehen, sondern wirft den Blick auf die jüngsten Krisenerfahrungen, der Weltwirtschaftskrise um 2009. In Europa zeigen sich offensichtlich unterschiedliche Strategien, mit der Krise umzugehen. In Griechenland gibt es Generalstreiks, in Frankreich werden Geschäftsführer gekidnappt, nur in Deutschland bleibt es scheinbar ruhig trotz Ausweitung eines Niedriglohnsektors, Skandalen rund um Leiharbeit und Werkverträge. So stellt sich die Frage, die zu diesem Band geführt hat: „[S]ind die Lohnabhängigen hierzulande also zufrieden mit ihrer Gesellschaft? Geht die Krise tatsächlich an ihnen vorbei?“ (12)

Als LeserIn stellt man sich die Frage: Wenn durch Stagnation und Rückläufigkeit von Wirtschaftsleistung, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse größer werden, also ein Ungleichgewicht innerhalb der Gesellschaft erzeugt wird, warum sind die Aktionen darauf so diffus? Gibt es keinen Kitt, der Kollektivität erzeugen kann? Darauf versucht dieser Sammelband in sieben Kapiteln Antworten zu geben.

Auf den Spuren des Bewusstseins

Die in diesem Sammelband veröffentlichten Forschungen beziehen sich auf unterschiedliche Kontexte und Ausgangsthesen. Um diese Analysen miteinander vergleichbar zu machen und die Ergebnisse einander ergänzend darstellen zu können, werden im ersten Kapitel von Klaus Dörre und Ingo Matuschek sieben forschungsrelevante Annahmen hergeleitet, anhand derer die vorhandenen Analysen neu geprüft werden. Dabei spielt wie so oft das Konzept der „Landnahme“ eine exponierte Rolle. Unter anderem wird beschrieben, dass marktbergrenzende Regeln zur Wettbewerbsvorteilnahme unterlaufen und infrage gestellt werden. Deutlich wird das in der Auflösung der Grenzen zwischen Arbeitskraft und Kapital. Des Weiteren wird die Annahme, dass der Betrieb als neue Heimat wahrgenommen wird, in sieben Thesen verdichtet und für die übrigen Analysen als Gerüst zur Verfügung gestellt.

Es folgen zwei Aufsätze zur Interessensorientierung, für die ostdeutsche sowie für die westdeutsche Industrie. Mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung und einer groß angelegten Diskussion um die Frage nach der Flexibilität von ArbeitnehmerInnen bestehen noch immer signifikante Unterschiede, zumindest in den ausgewählten Unternehmen. So ist die Zahl der Hochqualifizierten im ostdeutschen optischen Industriebetrieb deutlich höher. Alle untersuchten Unternehmen sind männerdominiert und die Mehrheit der Beschäftigten gilt als Stammmitarbeiter, befindet sich also in einem sozial geschützten Beschäftigungsverhältnis.

Positiv hervorzuheben ist bei beiden Texten, dass sie nicht bei der Beschreibung stehenbleiben. Insbesondere die Analysekapitel zur Interessensorientierung der ostdeutschen Industriearbeiter werden verbunden mit Handlungsempfehlungen an Gewerkschaften als wichtigen Partner für BetriebsrätInnen. Das es hier keine automatische Verbindung gibt, beschreiben die AutorInnen Michael Behr, Anja Happ, Klaus Dörre und Margrit Elsner wie folgt: „Trotz dieser gewerkschaftsskeptischen Haltung einer größeren Gruppe von Beschäftigten geben die

Befragungsergebnisse doch einige Hinweise für die Gewerkschaftsarbeit im Ostunternehmen und der Unternehmenslandschaft generell“ (83).

Hajo Holst und Ingo Matuschek knüpfen an die bereits dargestellte Unsicherheit der Beschäftigten durch Auflösung von Stamarbeit an und zeigen speziell am Beispiel der Leiharbeit, wohin die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse auch für die Frage eines gemeinsamen Bewusstseins führen kann. Die Herausbildung eines gemeinsamen Bewusstseins ist speziell für die Interessensvertretung eine Herausforderung (108). Auch dieser Beitrag zeigt eine differenzierte Wahrnehmung der Belegschaften zwischen politischen Verhältnissen und Auswirkungen auf den Betrieb. Die These, dass der Betrieb als „der Gute“ in den Mittelpunkt von Interessen tritt und die Gesellschaft als völlig getrennt davon wahrgenommen werden kann, wird hier bestärkt.

Doch nicht alles gleich

Sind die Krisenerfahrungen nun unterschiedlich in Betrieben der ost- und westdeutschen Industrie verarbeitet worden? Der eigentlich als Exkurs in der Einleitung dargestellte Aufsatz von Anja Happ, Bernd Martens und Ingo Matuschek bringt noch einmal neue und spannende Ansätze ins Spiel. Die AutorInnen unterscheiden nicht nur nach Ost-West, sie ziehen auch Vergleiche zwischen Jung – Alt und Frauen – Männern. Ein überraschendes Ergebnis lautet, dass „Frauen, über alle Datensätze hinweg (...) skeptischere Wahrnehmungen ihrer Lebenssituation haben“ (130). Die AutorInnen nennen das hinsichtlich des demographischen Wandels alarmierend, bedarf es doch zukünftig einer Veränderung der Aufteilung von Arbeitskapazitäten.

Aber nicht nur hier zeigen sich Unterschiede. Klaus Dörre untersucht im fünften Kapitel das Gesellschaftsbild des Prekariats in Fremd- und Selbstzuschreibungen. Nicht verwunderlich, aber trotzdem beunruhigend ist der Befund, dass bereits erkämpfte Privilegien wieder abgebaut werden. An einem kleinen Absatz zeigen sich die eigentlich Ausmaße: „...weil Arbeiterkinder sich seither wieder verstärkt mit sozialen Schlie-

ßungsprozessen konfrontiert sehen.“ Der viel gelobte wirtschaftliche Fortschritt wird also für eine wachsende Gruppe wieder zum Rückschritt. Es wundert daher nicht, dass in der Selbstzuschreibung einer wachsenden Gruppe, hier benannt als „Übriggebliebene und Verwundbare“ große Unsicherheiten zu bemerken sind. Gerade im Unterkapitel zum Gesellschaftsbild zeigt sich, dass das Prinzip Hoffnung, also der feste Glauben an den sozialen Aufstieg, zunehmend schwieriger zu vertreten ist und Spannungen erzeugt, auf die weder Gewerkschaften noch demokratische Parteien bisher eine ausreichende Antwort gefunden haben (172).

Ökonomische Eliten und Grenzen des Kapitalismus

Im Gegensatz zu den vielen Analysen zu Leiharbeit, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen gibt es zu Führungskräften, ökonomischen Eliten und leitenden Funktionsträgern wenig wissenschaftliche Befunde zu kollektivem Verständnis. Christoph Thieme untersucht ostdeutsche Führungskräfte und kommt zu unerwarteten Ergebnissen. Zwar wurden überwiegend leitende Angestellte in kleinen und mittleren Unternehmen untersucht, aber es scheint doch, dass die Ergebnisse auch in der Großindustrie nicht besonders differieren würden. Bei Personen in leitenden Funktionen gibt es keine homogene Vorstellung von allgemeingültigen Lösungen in Krisenzeiten. Ebenso gibt es kein einheitliches Verständnis über die Folgen und Auswirkungen des derzeitigen Finanzkapitalismus. Ein auch hier fehlendes gemeinsames Leitbild scheint aber die Diskussion um gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen noch viel schwieriger zu machen.

Fazit

Im letzten Kapitel versuchen Dörre, Holst und Matuschek Brücken zu bauen zwischen Kritik am Finanzkapitalismus und der Identifikation mit dem eigenen Betrieb. Der Unterschied zwischen Arbeit und Kapital hat sich gewandelt, scheinbar aufgelöst. Ebenso hat sich die Identifikation mit dem Betrieb, in dem man

arbeitet, mehr und mehr verändert. Krisenerfahrungen werden zunehmend individualisiert, kollektive Antworten scheinen obsolet und nicht mehr gefragt.

Bereits in der Einleitung stellen die HerausgeberInnen die These auf, dass es den Beschäftigten in Deutschland um einen positiven Rückschluss auf ihren Betrieb, ihr Werk oder ihr Unternehmen geht (13). Man argumentiert grundsätzlich nicht gegen einen Klassengegner „Betrieb“, sondern für dessen ökonomische Stärkung, auch in schwierigen Zeiten. Dieses Phänomen erweitert sich noch in der Gegenüberstellung „guter Betrieb, schlechte Gesellschaft“ (13). Es fehlt an einem mit Handlungsperspektiven verknüpften intellektuellen Bezugssystem, das solche Stimmungen auch politisch bündeln könnte. Das wäre die Herausforderung, vor der Gewerkschaften, Interessensvertretungen und Beschäftigte, Arbeitgeber und Politik gemeinsam stehen: die gesellschaftliche Verantwortung von unternehmerischen Entscheidungen nicht abzukoppeln.

Stephanie Schmoliner, Hamburg



Europäische Bewegungen – europäische Bewegungsforschung?

Fominaya, Cristina Flesher/Cox, Laurence 2013. *Understanding European Movements: New Social Movements, Global justice Struggles, Anti-austerity Protest*. Abington/New York: Routledge.

Nach einer langen Reihe von Büchern über einzelne soziale Bewegungen, der Transnationalisierung von Bewegungen oder themenspezifischen Bänden (z.B. Bewegungen und Kultur) beschäftigt sich endlich mal wieder ein Sammelband mit Europa und europäischen sozialen Bewegungen. Dabei sind die Ziele hoch gesteckt: Der Sammelband möchte nicht nur empirische Forschung zu sozialen Bewegungen in Europa zusammentragen, sondern auch die

europäische Forschungsperspektive auf soziale Bewegungen in einem ansonsten von amerikanischer Forschung dominiertem Feld herausarbeiten. Dabei ging die Initiative für dieses Buch vom Council for European Studies an der Columbia Universität New York aus. Dennoch sind die Autoren aus elf verschiedenen überwiegend europäischen Ländern, einschließlich Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Ungarn, Italien, Irland, Rumänien, Spanien und England.

Doch was kennzeichnet nun europäische Bewegungsforschung? Für die Herausgeber besteht die besondere europäische Sichtweise auf Bewegungen vor allem darin, sie als Teil der europäischen Geschichte zu begreifen, also einen historischen Blick auf Bewegungen zu werfen, der Kontinuitäten in den Entwicklungen ebenso sichtbar macht wie nationale und kontextspezifische Besonderheiten. Das Buch zeigt immer wieder auf, dass es durchaus kein Widerspruch sondern im Gegenteil bezeichnend ist, dass Bewegungen historisch gewachsene Besonderheiten mit sehr lokalen Bezugspunkten und einer gleichzeitig globalen Orientierung verbinden. Dazu diskutiert der Band Kontinuitäten und Brüche, grenzüberschreitende Gemeinsamkeiten und länderspezifische Besonderheiten verschiedener Bewegungen ausgehend von den sogenannten neuen sozialen Bewegungen, der globalisierungskritischen Bewegung und den Anti-Austeritäts- und Krisenprotesten. Somit liefert das Buch einen umfassenden Einblick in zentrale Entwicklungen europäischer Bewegungen in den letzten 40 Jahren. Der Band ist einer breiten Leserschaft zu empfehlen, die sich für die Theorie und Empirie sozialer Bewegungen interessiert, aber auch Leserinnen und Lesern, die sich mit europäischer Geschichte und Theorieentwicklung im Allgemeinen beschäftigen.

Aktuelle europäische Bewegungen – Vorläufer und Besonderheiten

Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte: Nach der Ausbuchstabierung der Besonderheiten der europäischen Bewegungsforschung durch die

Herausgeber werden im zweiten Abschnitt die europäischen Vorläufer der globalisierungskritischen Bewegung diskutiert, bevor anschließend verschiedene Aspekte letzterer genauer beleuchtet werden. Der letzte Abschnitt beschäftigt sich mit den europäischen Krisenprotesten.

Besonders der erste Abschnitt verfolgt ehrgeizige Ziele. Darin versuchen die Herausgeber eine alternative Narration und Deutung der Entwicklung sozialer Bewegungen in Abgrenzung zu Forschung, die das Neue an den neuen sozialen Bewegungen betont, insbesondere die Identitätspolitik, Themenbezogenheit und klare Abgrenzung zur Arbeiterbewegung. Damit wollen sie einen realistischeren und theoretisch fruchtbareren Weg für zukünftige Forschung einschlagen. Das Spezifische in der Entwicklung in Europa (gerade auch in Abgrenzung zu den USA) liegt dabei an der historisch engen Verknüpfung zwischen Staatsentwicklung und sozialen Bewegungen. Gleichzeitig verweisen die Autoren auch auf eine recht enge Verknüpfung von Bewegungen und intellektuellen Eliten, die Theorien auch dafür entwarfen, um Bewegungen weiter voranzubringen und sich somit als Teil von ihnen verstanden. Außerdem wenden sich die Autoren gegen das neue soziale Bewegungsparadigma, welches Identitätsorientierung, einzelne Themen und Lebensstile in den Vordergrund stellt: zum einen, indem sie die Kontinuitäten stärker betonen als die Brüche zwischen der Arbeiterbewegung und Bewegungen wie der Umwelt-, Frauen-, Studenten oder Friedensbewegung. Sie betonen, dass die Arbeiterbewegung und andere Bewegungen in Vergangenheit und Gegenwart häufig zusammenarbeiten und gemeinsame Themen der sozialen Frage teilen („...the period under discussion in ‚NSM theory‘ was not only not a ‚post-Marxist‘ period by any means, but the canonical account’s caricature of labour movements as fails to correspond to their actual diversity and activities.“ (19)); zum anderen, indem die Autoren aufzeigen, dass die Wissenschaftler, die mit der Einführung des Paradigmas der neuen sozialen Bewegungen assoziiert werden – Habermas,

Melucci und Touraine – nie den Anspruch auf Einführung eines Paradigmas postuliert haben.

Die folgenden empirischen Artikel argumentieren dafür, die künstliche Unterscheidung zwischen Politik und Kultur aufzugeben. Bewegungen sollten nicht isoliert betrachtet, sondern als Teil einer breiten sozialen Wirklichkeit und diese im historischen Entwicklungskontext verstanden werden. Diesem Anspruch werden sie in unterschiedlichem Maße gerecht.

Insgesamt erhält der Leser einen tiefen Einblick und ein umfangreiches Verständnis über europäische Bewegungen. Dabei werden Gemeinsamkeiten ebenso wie Unterschiede zwischen den Ländern herausgearbeitet: Beispielsweise arbeitet Osterweil die Spezifika der globalisierungskritischen Bewegung in Italien heraus (die Auseinandersetzung und Frustration mit dem italienischen politischen System) und Sommer und Fillieule für Frankreich – beide Beiträge verweisen aber auch immer wieder auf die transnationale Ausrichtung der Bewegung. Einige Beiträge zeigen die Kontinuitäten zwischen anderen Bewegungen und der globalisierungskritischen Bewegung auf (Rivat z.B. zwischen der Anti-Atombewegung und der globalisierungskritischen Bewegung, Fominaya die Anti-Straßen-Bewegung in England). Andere wiederum analysieren spezifische Elemente der Mobilisierungsinfrastruktur (z.B. soziale Zentren in Italien, Membretti und Mudu), die Bedeutung einzelner Ereignisse für die Bewegung und damit verbunden die Herausbildung gemeinsamer Erinnerungen und transnationaler kollektiver Identitäten trotz nationaler Unterschiede (z.B. José Bové’s Protest gegen McDonalds in Frankreich, Morena, oder Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Erinnerung internationaler Ereignisse wie dem Protest gegen die WTO in Seattle oder gegen G8 Treffen, Daphni), oder die grenzüberschreitende Diffusion einer bestimmten Protesttaktik (wie dem Euromayday, Scholl). Durch die verschiedenen Beiträge wird deutlich, dass die Bewegungen trotz aller nationalen und lokalen Differenzen durch gemeinsame diskursive Bezüge und Identitäten zusam-

mengehalten wird. Gelegentlich wären allerdings Querbezüge hilfreich, da nicht immer ganz klar ist, ob sich die verschiedenen Interpretationen wirklich ergänzen oder auch Alternativen zueinander präsentieren. Beispielsweise verortet ein Beitrag den Ursprung der globalisierungskritischen Bewegung in Italien, ein anderer in Spanien.

Einen Einblick in aktuelle Entwicklungen des europäischen Frühlings, der Anti-Austeritäts- und Krisenproteste liefert das letzte Kapitel. Darin werden interessante Fälle wie die „Pfannenrevolution“ („saucepan revolution“) in Island (Juliussón/Helgason), die spanische Indignados Bewegung (Romanos/Calvo) oder der Vergleich zwischen dem arabischen Frühling in Tunesien und den griechischen Frühling (Sergi/Vogiatzoglou) analysiert. Dabei wird das Besetzen öffentlich wichtiger Plätze (occupy) ebenso diskutiert wie die Bedeutung von sozialen Medien wie Facebook für die Entwicklung der Protestereignisse. Leider wagen sich die Autoren jenseits der Analyse von Frames, Repertoires und Events kaum daran, diese neue Protestwelle in ihren größeren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einzubetten und mögliche Folgen und Auswirkungen (oder die Abwesenheit solcher) zu thematisieren. Eine Ausnahme bildet lediglich die Saucepanrevolution in Island, die nach Ansicht der Autoren signifikant zum Politikwandel beigetragen hat. Gerade der Vergleich zwischen Griechenland und Tunesien wirft z.B. Fragen auf: Warum kommt es in dem einen Fall zum Systemwandel (Tunesien), in dem anderen nicht? Welche Rolle spielt Europa, die Europäische Union und andere Länder (vorrangig Deutschland) in der Stabilisierung politischer Ordnungen trotz massiven Protests?

Fruchtbare Verknüpfung und neue Forschungsfragen

Lässt sich also sagen, dass die Beiträge eine genuin europäische Forschungstradition repräsentieren? Das lässt sich nicht so leicht beantworten. Bereits die empirischen Beispiele (globalisierungskritische Bewegung, Krisenproteste)

sind nicht europäische Bewegungen oder (ausschließlich) europäischen Ursprungs. Spezifisch europäische Bezüge haben in den Analysen deshalb in Teilen auch eine geringere Rolle gespielt als die globalen Bezüge mit ihren jeweils nationalen oder lokal spezifischen Ausprägungen. In der theoretischen Herangehensweise wird zwar eine historisch-kontextspezifische, kulturell-sensitive Perspektive eingehalten; ein Blick in die Literaturverzeichnisse macht jedoch deutlich dass auch die Klassiker der amerikanischen Bewegungsforschung (McAdam, Tarrow, Tilly, u.a.) zur Erklärung herangezogen werden. Die Verknüpfung verschiedener Forschungsstränge erweist sich jedoch als durchaus fruchtbar für das Verständnis der Beispiele.

Das Buch endet mit dem Aufwerfen verschiedener Forschungsfragen insbesondere in Hinblick auf die aktuellen Proteste: Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem arabischen und europäischen Frühling? Welche Kontinuitäten gibt es zu andere Bewegungen? Welche Rolle spielen globale Prozesse für diese Bewegungen? Es wäre spannend gewesen, wenn manche Autoren versucht hätten, einige Fragen davon bereits in diesem Buch aufzugreifen.

Nichtsdestotrotz ist es insgesamt ein sehr aufschlussreiches Buch, dessen zentrale Aussage auch weitere Forschungsgenerationen berücksichtigen sollten: „As this book shows, we have to understand locally-situated processes across time with their continuities and ruptures, together with transnational waves which articulate very different national and regional realities, if we want to arrive at an accurate understanding of how social movements continue to be both universal and particular, specific to their time and place yet also reaching beyond it and attempting to transform it“ (257). Es bleibt zu hoffen, dass weitere Bücher und Publikationen dieser Aufforderung folgen und dabei auch über den europäischen Tellerrand hinaus sich anderen Kontinenten und Regionen zuwenden.

Sabrina Zajak, Bochum

Ruth Simsa: *Protest ohne Organisationen?* (FJ SB 4/2013, S. 6-13). Gegenwärtig gibt es weltweit eine umfassende Mobilisierung von zivilgesellschaftlichem Protest. Motiviert ist dieser meist entweder demokratiepolitisch oder durch Spannungen angesichts sozialer Ungleichheit. Auffallend und noch wenig analysiert in ihrer Auswirkung ist dabei die geringe Kopplung dieses nicht-institutionalisierten Protests zu zivilgesellschaftlichen und politischen Institutionen. Untersuchungen der internationalen Zivilgesellschaftsforschung deuten dabei auf einen Trend der zunehmenden Abkopplung zivilgesellschaftlichen Engagements von den traditionellen Institutionen der Zivilgesellschaft, also den Nonprofit-Organisationen hin. Der Artikel diskutiert die Veränderung der Beziehungen zwischen NPOs und den neuen Protestbewegungen von beiden Seiten her. Mit Befunden der internationalen Zivilgesellschaftsforschung sowie der NPO-Forschung werden zwei Zugänge verbunden, die zwar oft beide unter der Überschrift „Zivilgesellschaft“ behandelt werden, sich dennoch aber auf Unterschiedliches beziehen.

Ruth Simsa: *Protest without organisations?* (FJ SB 4/2013, pp. 6-13). We are currently witnessing a comprehensive global mobilisation of civil protest. This is largely motivated either by a desire for more democracy or as a result of tensions in view of social inequalities. One startling and as yet under-analysed aspect is the lack of linkages between non-institutionalised protests and civil or political institutions. Findings by international civil society researchers point to a trend towards the increasing decoupling of civil society activities from traditional civil society actors, including non-profit organisations. The article discusses shifts in the relationship between NGOs and the new protest movements. Findings by both international civil society research as well as NGO research connects two approaches that tend to be lumped together under the heading „civil society“, but refer to distinct phenomena.

Alexander Leistner: *Die Selbststabilisierung sozialer Bewegungen: Das analytische und theoretische Potential des Schlüsselfigurenansatzes* (FJ SB 4/2013, S. 14-23). Der Beitrag entfaltet den Schlüsselfigurenansatz als einen alternativen Ansatz innerhalb der Bewegungsforschung, der helfen soll, Prozesse der ungewissen und instabilen Ordnungsbildung in der Frühphase einer Bewegung zu rekonstruieren und zu erklären. Es wird zunächst gezeigt, dass ein Rückgriff auf klassische Ansätze der Leadership-Forschung fruchtbar sein kann, um soziale Bewegungen in ihrer Formationsphase und in ihrer flüchtigen sozialen Gestalt fassen zu können. Dieser Rückgriff macht aber erhebliche Modifizierungen nötig, die sich in der Unterscheidung von Führungs- und Schlüsselfiguren ausdrücken. Dieser Perspektivwechsel, oder genauer: der modifizierende Rückgriff auf funktionalistische Perspektiven birgt das Potential, analytische und theoretische Schwachstellen innerhalb der Bewegungsforschung zu beheben. Das Potential des Ansatzes wird exemplarisch am Beispiel der unabhängigen DDR-Friedensbewegung vorgeführt.

Alexander Leistner: *The self-stabilisation of social movements: the key figures approach and its potential for analysis and theory.* (FJ SB 4/2013, pp. 14-23). This contribution discusses the key figure approach as an alternative approach within movement research which can potentially help to reconstruct and explain processes of uncertain and instable order formation in a movement's early phase. First, it is shown that a recourse to classical approaches of leadership research can be useful to capture the ephemeral social nature of social movements in their formation phase. But this recourse also necessitates substantial modifications, including in the drawing of a distinction between leadership and key figures. This change of perspective, or more precisely: the modifying recourse to functionalist perspective has the potential of rectifying analytical and theoretical weak areas within movement research. The contribution concludes by demonstrating the potential of the approach by applying it to the independent GDR peace movement.

Andreas Pettenkofer: *Die Zeugin und der Sündenbock. Zur informellen Ordnung sozialer Bewegungen* (FJ SB 4/2013, S. 24-31). Das Konzept ‚Schlüsselfiguren‘ eröffnet einen Zugang zur informellen Struktur sozialer Bewegungen: Es fragt nach der Verfestigung von Rollen, die diesseits und jenseits formaler Organisationen Wirkungen zeigen. Dieser Beitrag nutzt Überlegungen der klassischen Religionssoziologie, um das Konzept weiter auszuarbeiten. Im Zentrum steht das Handlungsmodell der *Zeugin*, das diversen in Protestbewegungen beobachtbaren Schlüsselfiguren zugrunde liegt. Davon ausgehend wird auch gezeigt, warum das Konzept ‚Schlüsselfiguren‘ – entgegen einem möglichen ersten Eindruck – nicht auf einen individualistischen, das Handeln ‚großer Männer‘ (bzw. Frauen) hervorhebenden Ansatz hinausläuft.

Andreas Pettenkofer: *The witness and the scapegoat. On the informal order of social movements* (FJ SB 4/2013, pp. 24-31). The concept „key figures“ provides access to social movements' informal structures: it concerns itself with the solidification of roles that make an impact within and beyond formal organisations. This contribution uses deliberations of classical sociology of religion to flesh out the concept further. At the centre is the action model of the *witness* that several key figures in protest movement seem to draw on. In addition, it is also demonstrated the concept ‚key figures‘, in contrast to its possible first impression, does not constitute an individualistic approach which only emphasises the actions of ‘great men’ (and women).

Dieter Rucht: *Schlüsselfiguren statt Führer: Zur (Selbst-)Steuerung sozialer Bewegungen* (FJ SB 4/2013, S. 32-43). In diesem Beitrag werden zunächst einige in der Literatur vorhandene Konzepte von Führung in sozialen Bewegungen gesichtet, um dann eine Systematisierung von üblicherweise mit Führung assoziierten Schlüsselfunktionen vorzustellen. Im zweiten Teil werden anhand empirischer Beispiele die Notwendigkeit, Relevanz und Problematik von personen gebundenen Schlüsselfunktionen diskutiert. Dabei wird die These vertreten, dass das Konzept der Führung die differenzierten Steuerungsleistungen in sozialen Bewegungen nicht angemessen erfasst und zugunsten eines Konzeptes multipler exponierter Schlüsselfunktionen aufgegeben werden sollte.

Dieter Rucht: *Key figures, not leaders: On the (self)regulation of social movements* (FJ SB 4/2013, pp. 32-43). After discussing some existing concepts of leadership in social movements, this article presents a systematisation of key functions usually associated with leadership. The second part provides empirical examples to elucidate the necessity, relevance and problems of person-bound key functions. The author argues that the concept of leadership cannot adequately grasp the complex steering functions in social movements. It should therefore be given up in favour of a concept of multiple exposed key functions.

Silke Roth: *Alltag und Aktivismus – Schlüsselfiguren in Familie, Nachbarschaft und Arbeit* (FJ SB 4/2013, S. 43-51). Dieser Beitrag beruht auf zwei Grundannahmen. Erstens geht Silke Roth davon aus, dass es sinnvoll ist, die Beteiligung in sozialen Bewegungen nicht als getrennt von anderen Lebensbereichen zu verstehen, sondern als damit untrennbar verbunden. Daher fordert sie dazu auf, mehr Aufmerksamkeit auf Familie, Nachbarschaft und Beruf als Kontexte sozialen Engagements zu richten. Zweitens plädiert die Autorin hinsichtlich der Bewegungsforschung für eine biographische Perspektive, die es erlaubt, die Abfolge unterschiedlicher Formen von Beteiligung – sei es in Protesten, Graswurzelorganisationen, Projekten, Bürgerinitiativen oder in traditionelleren Organisationen (z.B. Parteien, Gewerkschaften, Verwaltung) – in den Blick zu

nehmen. Sie identifiziert fünf Typen von Schlüsselfiguren – die Vermittlerin, die Femokratin, die Wissensproduzentin, die Beraterin und die Gründerin –, die sich angesichts der zahlreichen Überlappungen von unbezahlten und bezahlten Tätigkeiten nur analytisch trennen lassen.

Silke Roth: *Everyday life and activism – key figures in family, neighbourhood and workplace* (FJ SB 4/2013, pp. 43-51). This contribution is based on two assumptions. First, Silke Roth argues that it is important to understand the participation in social movements as inextricably linked with rather than separate from other life spheres. She therefore suggests, to put more emphasis on family, neighbourhood and the workplace as sites of social engagement. Second, she argues that social movement research should make use of a biographical perspective which allows capturing the succession of various forms of participation – whether in protests, grass-roots organisations, projects, citizens' action groups or in more traditional organisations (for example political parties, trade unions or government agencies). She identifies five types of key figures – the broker, the femocrat, the knowledge producer, the consultant and the founder – which due to the multiple overlaps between paid and unpaid work can only be analytically separated.

Fabian Virchow: *Führer und Schlüsselfiguren in extrem rechten Bewegungen* (FJ SB 4/2013, S. 52-58). Auch wenn die Sozialfigur des charismatischen Führers in sozialen und politischen Bewegungen der extremen Rechten weltanschaulich verankert ist, lässt sich deren Entstehung und Entwicklung nicht ohne Rückgriff auf die Analyse weiterer Sozialfiguren verstehen. Der Text trägt einige Überlegungen und empirischen Beobachtungen zum Konzept der Schlüsselfiguren am Beispiel der neonazistischen Bewegung in Deutschland zusammen.

Fabian Virchow: *Leaders and key figures in extreme right wing movements* (FJ SB 4/2013, pp. 52-58). The social figure of the charismatic leader may be ideologically anchored in social and political movements of the extreme right, but its genesis and development cannot be understood without recurrence to an analysis of further social figures. Using the neo-nazi movement in Germany as an example, the text gathers some thoughts and empirical observations on the concept of key figures.

Christian Fröhlich: *Schlüsselfiguren zeitgenössischer Anarchie-Bewegungen* (FJ SB 4/2013, S. 58-64). Trotz wachsender Popularität von libertären und radikaldemokratischen Organisations- und Handlungsformen in gegenwärtigen sozialen Bewegungen befasst sich die Forschung eher selten mit Anarchie-Bewegungen. Leadership-Ansätze und Erklärungen durch politische Opportunitäten lassen sich nur sehr eingeschränkt auf das Handlungsfeld der Anarchie anwenden. Besonders die hierarchie- und dominanzfeindliche und anti-staatliche Haltung von AnarchistInnen hat auch Folgen für das Repertoire an Schlüsselfiguren. Am Beispiel der Anarchie-Bewegung im postsowjetischen Russland werden einige prägnante Sozialfiguren (Pionierorganisationen, Brückenbauer, Urgesteine, Avantgarde und Märtyrer) skizzenhaft vorgestellt.

Christian Fröhlich: *Key figures in contemporary anarchic movements* (FJ SB 4/2013, pp. 58-64). Despite the growing popularity of libertarian and radically democratic forms of organisation and action in current social movements, research so far has scarcely looked at anarchical movements. Leadership approaches and explanations through political opportunities can only be applied to the action field of anarchy in a very limited way. The hierarchy- and dominance-averse and anti-state attitude of anarchists also impacts the repertoire of key figures. Using the anarchy

movement in post-soviet Russia, the article sketches some poignant social figures (pioneer organisations, bridge-builders, stalwarts, avant-garde and martyrs).

Thomas Schmidt-Lux: *Jenseits von Batman. Schlüsselfiguren des Vigilantismus* (FJ SB 4/2013, S. 64-71). Selbstjustiz und Vigilantismus erscheinen oft als kurzlebige und unorganisierte Phänomene. Tatsächlich jedoch weisen sie innere Strukturen und kollektive Dynamiken auf, die über das Konzept von Schlüsselfiguren analysiert werden können. Dabei werden exemplarisch die Figuren des *Heroen*, des *Aktivisten* und des *aktiven Beobachters* hervorgehoben. Abschließend präsentiert der Aufsatz eine vigilante Gruppierung im deutsch-tschechischen Grenzgebiet, die sich vor allem über die Schlüsselfigur ihres *zivilisierenden Anführers* verstehen lässt.

Thomas Schmidt-Lux: *Beyond Batman. Key figures in the field of vigilantism* (FJ SB 4/2013, pp. 64-71). At first glance, vigilantism seems to be ephemeral and disorganized. Instead, vigilante groups and incidents reveal inner structures and collective dynamics, which can be analysed by referring to the concept of key figures. The article highlights the *hero*, the *activist* and the *active bystander* as examples of important vigilante key figures. Additionally a German vigilante group will be described by focussing on its key figure, which can be understood as a *civilizing leader*.

Alexej Gaskarov: *Brief aus dem Gefängnis* (FJ SB 4/2013, S. 72-74). Alexej Gaskarov ist ein landesweit bekannter Antifaschist und Vertreter der außerparlamentarischen Linken in Russland. Dort sitzt er derzeit in Untersuchungshaft, von wo aus er per Brief über sein politisches Engagement berichtet. Er erzählt über den Beginn seines Engagements, das vom Aufwachsen nach dem Zerfall der UdSSR in den 1990er Jahren geprägt ist und den Auseinandersetzungen mit Neonazis. Durch sein antifaschistisches Engagement wird er – mehr durch Zufall – öffentlich bekannt und ein Ansprechpartner der Bewegung für die Presse. Aufgrund dieser Funktion wird ihm von der Polizei die Rolle des Anführers oder offiziellen Vertreters der antifaschistischen Bewegung zugeschrieben, weshalb er zweimal verhaftet wird. Diese Erfahrungen führten dazu, dass Gaskarov sich selbst als Übersetzer der Anliegen der antifaschistischen Bewegung in der Öffentlichkeit sieht und im Sinne dieser Rolle agiert.

Alexej Gaskarov: *Letter from prison* (FJ SB 4/2013, pp. 72-74). Alexej Gaskarov is a high profile anti-fascist and representative of the extra-parliamentary left in Russia. His letter from pre-detention custody discusses his political engagement. He reports about the early days of his engagement, marked by his growing up after the dissolution of the USSR in the 1990s and his struggles with neo-nazis. Due to his anti-fascist engagement, he gains public prominence (somewhat by chance) and becomes an important spokesperson of the movement for the press. On account of this function, the police ascribe the role of ringleader or official representative of the anti-fascist movement to him, which leads to him being arrested twice. As a result of these experiences, Gaskarov now regards himself as translator of the demands of the anti-fascist movement in the public and acts according to this role.

Hansjörg Weigel: *Der ungewisse Beginn. Das Königswalder Friedensseminar* (FJ SB 4/2013, S. 74-78). Hansjörg Weigel gründete in den frühen 1970er Jahren in der DDR eine der ersten Friedensgruppen der staatsunabhängigen Friedensbewegung. In seinem Beitrag schildert er die lange Vorgeschichte und die Ereignisse, die schließlich zur Gründung führten. Dabei wird deut-

lich, wie mühsam und langwierig es war, bis sich die ersten Zusammenschlüsse formieren und vernetzen konnten und welche wichtige Bedeutung für ihn als einer der Wegbereiter der Friedensbewegung die Ermutigung durch Mentoren hatte.

Hansjörg Weigel: *The uncertain beginning. The peace seminar of Königswalde* (FJ SB 4/2013, pp. 74-78). In the early 1970ies, Hansjörg Weigel founded one of the first peace groups of the independent peace movement. In his essay he depicts the long history and the events which eventually led to the foundation. He illustrates how tedious and drawn-out the process of formation of the first groups and their eventual networking was. He stresses how important his mentors encouragement was for him as one of the pioneers of the peace movement.

Wolfgang Hertle: *Ein Grenzgänger auf der Suche nach Heimat* (FJ SB 4/2013, S. 78-82). Wolfgang Hertle ist ein Pionier der gewaltfreien Aktionsgruppen in Deutschland und war maßgeblich an der Gründung der anarchistischen Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ sowie der Bildungs- und Begegnungsstätte „Kurve Wustrow“ beteiligt. Im Interview mit dem FJSB berichtet er von seinen Vorbildern und Leitfiguren und dem Beginn seines Engagements, das von der Idee der Veränderung von unten, wie der Name der Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ andeutet, geprägt war. Dies führte dazu, dass Hertle über die Grenzziehungen im linken Lager hinweg Verbündete suchte und Aktivisten zusammenbrachte. Hertle agiert in der Rolle des Vernetzers, was ihm zufolge auch mit Pionierarbeit und dem Übersetzen und Weitertragen von Aktionserfahrungen in neue politische Kontexte einhergeht. Sein Ziel ist es, Personen aus unterschiedlichen politischen Gruppen, Organisationen, Altersstufen und Nationen ins Gespräch zu bringen.

Wolfgang Hertle: *Walking the line in search of home* (FJ SB 4/2013, S. 78-82). Wolfgang Hertle is a pioneer of nonviolent action groups in Germany and made decisive contributions to the establishment of the magazine „Graswurzelrevolution“ and the education and community centre „Kurve Wustrow“. In an interview with FJSB, he talks about his role models, leading figures and the beginning of his engagement, which - as illustrated by the name of the magazine „Graswurzelrevolution“ (grassroots revolution) - is strongly influenced by the idea of bottom-up change. This led to Hertle looking for allies across the usual borders within the left spectrum and bringing activists together. Hertle acts in a networking role, which he believes also aligns with pioneering work and the translating and advancing of action experiences into new political contexts. His goal is to get people from different political groups, organisations, age groups and nations to talk to each other.

Mona Bricke: *Brückenbauen im Dienste des Klimaschutzes* (FJ SB 4/2013, S. 82-87). Mona Bricke ist eine wichtige Klimaaktivistin, die politisch in der Friedensbewegung der 1980er und autonomen/postautonomen Bewegung der 1990er Jahre sozialisiert wurde. Schon früh nahm sie die Funktion einer Brückenbauerin zwischen verschiedenen politischen Gruppen der radikalen Linken und NGOs ein. Im Interview mit dem FJSB spricht sie über die Schwierigkeiten des Brückenbauens in konkreten Situationen wie dem G8-Gipfel in Heiligendamm und über die Bedeutung dieser Funktion für die Entstehung starker Bewegungen, die in die Gesellschaft hineinwirken. Aus ihrer Sicht sind für das Wirksamwerden etwa der Klimabewegung Schlüsselfiguren wichtig, die vermitteln, sich auf die unterschiedlichen kulturellen Codes gesellschaftlicher Gruppen einstellen können und die Anliegen der Bewegung überzeugend darstellen und erzählen können. Hierbei geht sie auch auf Besonderheiten der Klimabewegung wie deren

Professionalisierung, unterschiedliche Aktionskonzepte und die Unterschiede von Männern und Frauen als Schlüsselfiguren ein.

Mona Bricke: *Building bridges in service of climate protection* (FJ SB 4/2013, S. 82-87). Mona Bricke is an important climate activist who was socialised politically as part of the 1980s peace movement and the 1990s autonomous/post-autonomous movement. She soon became a bridge-builder between different leftist political groups and NGOs. In the interview with FJSB, she talks about the difficulties of bridge building in concrete situations like the G8 summit in Heiligendamm and about the importance of this function for the emergence of strong movements that can impact on society. In her view, effective movements – including the climate movement – require key figures that can mediate, adapt to the cultural codes of different societal groups and are able to convincingly present and explain the goals of the movement. She also touches on specifics of the climate movement like its professionalisation, different action concepts and the difference between men and women as key figures.

Olaf Ebert/Nina Leseberg/Andreas Pautzke/Ana-Maria Stuth/Tobias Quednau: *Kümmerer – Motoren der Bürgergesellschaft* (FJ SB 4/2013, S. 88-92). In diesem Überblicksbeitrag werden die wichtigsten Ergebnisse der Diskussionen des Forums Bürgergesellschaft 2013 in Schloss Diedersdorf bei Berlin zusammengefasst. In mehreren Diskussionsrunden wurde der Frage nachgegangen, welche Rolle Kümmerer, also jene Personen, die andere dazu motivieren, sich freiwillig zu engagieren, für die Bürgergesellschaft spielen, und wie sie gefördert werden können. Dabei wurden die Unterschiede verschiedener Kümmerertypen ebenso behandelt wie der Umstand, dass die Förderung von Einzelpersonen bestimmte Herausforderungen mit sich bringt. Darüber hinaus wurde diskutiert, welche Besonderheiten bei Kümmerern in Vereinen und Verbänden einerseits sowie in Kommunen andererseits bestehen.

Olaf Ebert/Nina Leseberg/Andreas Pautzke/Ana-Maria Stuth/Tobias Quednau: *Carers – motors of civil society* (FJ SB 4/2013, pp. 88-92). This contribution highlights the most important discussion findings of the Forum Bürgergesellschaft 2013 in Schloss Diedersdorf near Berlin. The breakout groups discussed the role that carers – that is, people who motivate others to get involved in volunteering – have for civil society and how they can be promoted. Differences between individual types of carers were illustrated, as well as the fact that the promotion of individuals entails certain challenges. A further topic was peculiarities of carers in associations and organisations on the one hand and at the communal level on the other hand.

Christoph Hoeft/Johanna Klatt/Annike Klimmeck/Julia Kopp/Sören Messinger/Jonas Rugenstein: *Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter: Schlüsselfiguren des Stadtteillebens* (FJ SB 4/2013, S. 92-96). In ihrem Beitrag charakterisieren die AutorInnen den Typus Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter und untersuchen, unter welchen Bedingungen diese erfolgreich wirken können. ViertelgestalterInnen, so die Autoren und Autorinnen, zeichnen sich durch Selbstwirksamkeitserfahrungen und eine hohen Gemeinschaftssinn aus. Voraussetzungen für ihr erfolgreiches Wirken sind eine gesicherte Existenz sowie bestehende Strukturen der organisierten Zivilgesellschaft.

Christoph Hoeft/Johanna Klatt/Annike Klimmeck/Julia Kopp/Sören Messinger/Jonas Rugenstein: *Neighbourhood shapers: key figures of urban district life* (FJ SB 4/2013, pp. 92-96). In their contribution, the authors characterise village shapers as a type and examine under which

conditions these types can act effectively. In view of the authors, village shapers share high experiences of self-efficacy and a high sense of community. In order to act effectively, they require a secure livelihood and existing structure of organised civil society.

Lea Miram/Tobias Federwisch: *Modellprojekt Dorfkümmerer – innovative Lösungen für den ländlichen Raum* (FJ SB 4/2013, S. 96-99). In ihrem Beitrag stellen Lea Miram und Tobias Federwisch das Modellprojekt Dorfkümmerer vor. Ziel des Projektes ist es, im ländlichen Raum Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen für sozialunternehmerisches Handeln zu gewinnen, sodass die regionale Erwerbssituation verbessert und die Herausforderungen des demografischen Wandels besser bewältigt werden können. Vorgestellt werden der Ansatz sowie die Erfahrungen aus der Praxis, die für das Gelingen des Ansatzes wichtig sind.

Lea Miram/Tobias Federwisch: *Model project village carer – innovative solutions for rural areas* (FJ SB 4/2013, pp. 96-99). In their contribution, Lea Miram and Tobias Federwisch present the model project village carer. It aims at encouraging people from all parts of the population in rural areas to become active in social entrepreneurship in order to improve the regional job situation and to better manage the challenges posed by demographic change. It discusses the approach and practical experiences relevant to its success.

Ralf Vandamme: *Hauptamtliche „Kümmerer“ in Infrastruktureinrichtungen und Kommunen?* (FJSB 4/2013, S. 100-103). Ralf Vandamme zeichnet in seinem Beitrag nach, wie sich die Rolle von hauptamtlichen Fachkräften für Engagement in Kommunen gewandelt hat. Mit der zunehmenden Aufwertung innerhalb der Verwaltungsstrukturen sei auch die Bedeutung von Professionalität gewachsen, die z.T. im Spannungsverhältnis zum „Herzblut“ steht, das hauptamtliche Fachkräfte für Engagement früher mitgebracht hätten.

Ralf Vandamme: *Professional „carers“ in communes and infrastructure institutions?* (FJSB 4/2013, pp. 100-103). In his article, Ralf Vandamme sketches how the role of engagement professionals in communes has changed over time. Their gradual upgrading within administrative structures also increased the importance of professionalism, which is in partial tension to the authentic commitment that now-professionals can be perceived to have brought to the cause before their professionalisation.

Karsten Speck/Oxana Ivanova-Chessex: *Kümmerer in Vereinen, Verbänden und Vorständen?* (FJSB 4/2013, S. 103-107). Die AutorInnen gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Rolle Kümmerer in Verbänden und Vereinen spielen. Sie zeigen, was Kümmerer ausmacht und vor welchen spezifischen Herausforderungen Vereine und Verbände stehen. Dazu zählt vor allem die Gewinnung von Vorständen und anderen Funktionsträgern innerhalb der Organisationen.

Karsten Speck/Oxana Ivanova-Chessex: *Carers within organisations, associations and on boards?* (FJSB 4/2013, pp. 103-107). The authors discuss the role that carers should play in organisations, associations and on boards. They illustrate which characteristics carers display and the specific challenges faced by organisations and associations. Above all, these include finding board members and other operatives within the organisations.

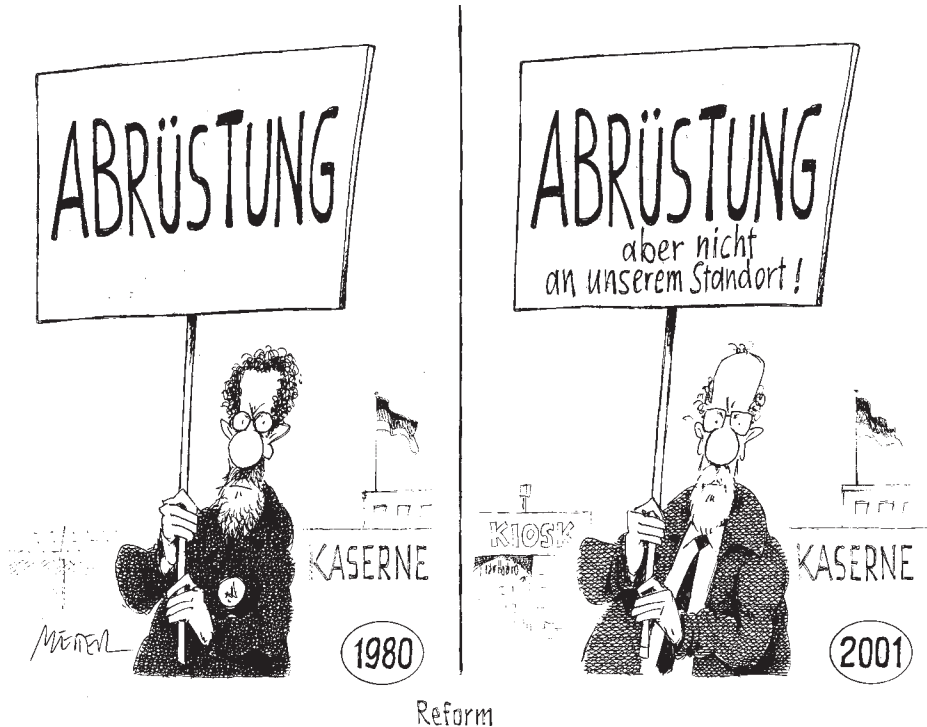
Sabine Stach: *Jan Palach als oppositioneller Märtyrer? Zur Handhabung eines „absoluten Opfers“* (FJ SB 4/2013, S. 108-114). In ihrem Artikel widmet sich Sabine Stach der „Schlüssselfigur“ des Märtyrers. Am Beispiel der Rezeptionsgeschichte von Jan Palach, der sich am 15. Januar 1969 in der Tschechoslowakei selbst anzündete, um gegen das Ende des *Prager Frühling* zu protestieren, geht sie der Frage nach dem zivilgesellschaftlichen Mobilisierungspotential von Märtyrerdiskursen nach. Es zeigt sich, dass die Aneignung Palachs als Symbolfigur des Widerstandes verschiedene Funktionen erfüllte und historischen Konjunkturen unterlag. Während Palach 1969 sofort als Nationalheld kanonisiert wurde, tat sich die Bürgerrechtsbewegung *Charta 77* mit der lähmenden moralischen Größe des „absoluten Opfers“ schwer. Erst 1989 konnte die Ambivalenz im Umgang mit der Selbstverbrennung überwunden werden: Ein von unabhängigen Gruppen organisierter Gedenkkakt zum 20. Todestag Jan Palachs wurde zum Auslöser der „Palachwoche“ – einer Reihe von Demonstrationen, die heute als Auftakt der *Samtenen Revolution* gelten.

Sabine Stach: *Jan Palach as an oppositional martyr? On dealing with an „absolute sacrifice“* (FJ SB 4/2013, pp. 108-114). In her article, Sabine Stach discusses the „key figure“ of the martyr. She takes as example the reception history of Jan Palach, who set himself on fire in Czechoslovakia on 15 January 1969 in order to protest against the end of the Prague Spring and examines to which degree martyr discourses can mobilise parts of civil society. She finds that the appropriation of Palach as a symbolic figure of resistance met various functions and was subject to historical ups and downs. Although Palach was canonised as a national hero immediately in 1969, the civil rights movement *Charta 77* found the mortifying moral standing of the „absolute sacrifice“ difficult. The ambivalence in dealing with self-immolation could only be overcome in 1989: a memorial service on the occasion of Jan Palach’s 20th anniversary of death triggered the „Palach week“ – a number of demonstrations which today count as the beginning of the *Velvet Revolution*.

Jutta Sundermann: *Etwas ins Rollen bringen: BewegungsarbeiterInnen* (FJ SB 4/2013, S. 114-122). Der Text behandelt die durchaus ambivalente Schlüsselrolle von Bewegungsarbeitern und Bewegungsarbeiterinnen in sozialen Bewegungen. BewegungsarbeiterInnen werden als Vollzeitaktivisten und -aktivistinnen über das gleichnamige Programm der Bewegungsstiftung bei der Suche nach Paten unterstützt. Jutta Sundermann erläutert die Voraussetzungen, die ein Bewegungsarbeiter mitbringen muss, sowie die Form der Unterstützung durch die Bewegungsstiftung. Zu ihrer Rolle als Schlüssselfiguren von sozialen Bewegungen werden zudem aktuelle und ehemalige BewegungsarbeiterInnen wie die aus den Medien als „das Eichhörnchen“ bekannte Bewegungsarbeiterin Cécile Lecomte und der Anti-Atom-Aktivist und ehemalige Bewegungsarbeiter Jochen Stay befragt. Während Lecomte der Idee der Schlüssselfiguren skeptisch gegenüber steht und sich selbst nicht in dieser Rolle sieht, sind für Stay Schlüssselfiguren in sozialen Bewegungen selbstverständlich. Hagen Kopp, ein Bewegungsarbeiter mit den Themenschwerpunkten Antirassismus und Migration, geht schließlich auf die Gefahren von Hierarchiebildung ein, die sich daraus ergeben können, wenn Schlüsselfunktionen in Bewegungen bezahlt werden. Um diese Spannungen auszubalancieren, plädiert Sundermann für einen transparenten und sensiblen Umgang mit solchen Formen von Rollenausdifferenzierung im Bewegungsalltag.

Jutta Sundermann: *Getting something rolling: Movement workers* (FJ SB 4/2013, pp. 114-122). The text elaborates on the ambivalent key role of movement workers in social movements. The movement foundation’s program of the same name supports movement workers as full time

activists in their search for mentors. Jutta Sunderman elucidates the qualities which movement workers must bring to the task and the form of support provided by the movement foundation. The contribution also features interviews with current and former movement workers on their role, including movement worker Cécile Lecomte, who became known in the media as „the squirrel“ and former movement worker Jochen Stay. While Lecomte is skeptical about the idea of key figures, Stay regards them as given in social movements. Movement worker Hagen Kopp, who specialises in anti-racism and migration, also underlines the danger of hierarchisation which may result from paying key figures in movements. In order to calibrate these tensions, Sundermann cautions that these forms of role differentiation should be handled with transparency and sensitivity in the day-to-day work of movements.



Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 26, Heft 4, Dezember 2013

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Peter Kuleša, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Ulrich, Mannheim, Regina Vierkant, Berlin

Redaktionelle Mitarbeit: Hans-Georg Feldbauer, Berlin; Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Katrin Kwiatkowski, Berlin; Miriam Küller, Berlin; Maria Langenthal, Berlin; Alexander Leistner, Leipzig; Aleksandra Lewicki, Bristol; Markus Mertens, Mannheim; Melanie Müller, Berlin; Laura Sasse, Berlin; Franziska Scholl, Berlin

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Alexander Leistner, Leipzig (V.i.s.d.P.); Vera Faust, Aachen; verantwortlich für den Sonderschwerpunkt: Tobias Quednau, Berlin; verantwortlich für *Pulsschlag*: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Aktuelle Analyse*: Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.f Faust@gmx.de; für *Literatur*: Tobias Quednau, Katzbachstraße 26, 10965 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Kreuztal/Düsseldorf; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de; *Spendenkonto:* Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2013: Bibliotheken € 66,-, persönliches Abonnement € 42,-, Studierende (gegen Studienbescheinigung) € 30,-, jeweils zuzügl. Versandkosten (Inland € 4,-/Ausland € 8,-). Der Bezugspreis schließt den Zugang zum digitalen Volltext der Zeitschrift ein. Persönliche und Studentenabonnements zum reduzierten Preis erhalten den Zugang zur Datenbank gegen einen Zuschlag von € 12,-/Jahr. Mit dem Ende des Abonnements endet auch das Zugriffsrecht auf die Digitalversion. Einzelheft € 19,- (zzgl. Versandkosten). Alle Bezugspreise verstehen sich inkl. MwSt. und sind unverbindliche Preisempfehlungen.

Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnentenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2013.

© 2013 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 2192-4848

 <p>Forschungsjournal Majestäten zu Demokratie und Zivilgesellschaft Soziale Bewegungen</p> <p>Praxisanalysen mit Tiefgang</p>	<p>Forschungsjournal Soziale Bewegungen</p> <p>Im nächsten Heft: Soziale Kämpfe in der Postdemokratie</p> <p>Mit Beiträgen von Ingolfur Blühdorn Hauke Brunkhorst Oliver Eberl & David Salomon Michael Hirsch Kolja Möller Oliver Nachtwey u.a.</p> <p>März 2014</p>
--	--

Die Themenhefte 2013 im Überblick

- 1/13 **Demokratie**
Zwischen Krise und Erneuerung
- 2/13 **Social Media**
Motor einer neuen Bewegungs- und Partizipationskultur?
- 3/13 **Erfolgreich scheitern**
25 Jahre Forschungsjournal (Neue) Soziale Bewegungen
- 4/13 **Anstifter, Strippenzieher, Urgesteine**
Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen

Einzelheft € 19 • Jahresabonnement € 42 – für Studierende € 30

Bestellungen über Ihre Buchhandlung, direkt beim Verlag oder im Internet!
www.luciusverlag.com • www.forschungsjournal.de

LUCIUS
LUCIUS



Stuttgart